

Neue Soziale

FORSCHUNGSJOURNAL

Bewegungen



Abbildung: DpK

Sisyphos: ein glücklicher Mensch, wer die Vergeblichkeit seines Tuns begreift.

Neue soziale Bewegungen - Impulse, Bilanzen und Perspektiven

Jubiläumsausgabe: 10 Jahre Forschungsjournal NSB



WESTDEUTSCHER
VERLAG

Heft 1 - März 1998 DM 24,-

Editorial

Neue Soziale Bewegungen –
Impulse, Bilanzen und Perspektiven 2

Call for Papers

Jugendkultur und Protest 14

**I. Soziale Bewegungen: Impulse für
Gesellschaft und Politik**

Dieter Rucht

Gesellschaft als Projekt –
Projekte in der Gesellschaft 15

Joachim Raschke

Machtwechsel und soziale Bewegungen ... 25

Roland Roth

Neue Soziale Bewegungen und
liberale Demokratie 48

**II. Bilanzen und Perspektiven der
Bewegungsforschung**

Karl-Werner Brand

Neue Soziale Bewegungen:
'Europäische' Erklärungskonzepte 63

Myra Marx Ferree/Silke Roth

Kollektive Identität und
Organisationskulturen 80

**III. Ost-westdeutsche
Bewegungsforschung kontrovers
Zum Demokratiepotehtial der sozialen
Bewegungen in Ostdeutschland**

Detlef Pollack

Wie alternativ waren die alternativen
Gruppen in der DDR? 92

Helmut Fehr

Bewegungen für Bürgerrechte
und Öffentlichkeit 103

**IV. Bilanzen und Perspektiven ausgewähl-
ter Bewegungen aus dem Spektrum der
neuen sozialen Bewegungen**

Regina Dackweiler/Reinhild Schäfer

Bilanzen und Perspektiven
der Frauenbewegungen 113

Andreas Buro

Transformationen, Bilanzen und
Perspektiven der Friedensbewegung 131

Wolfgang Ehmke

Transformationen
der Ökologiebewegung 142

Walter Hollstein

Die Alternativbewegung 154

**V. 10 Jahre Forschungsjournal –
eine Übersicht**

Die Themenhefte im Überblick 164

Das elektronische Register 166

Der Förderverein
„Soziale Bewegungen e.V.“ 167

VI. Englische Abstracts

Abstracts 168

EDITORIAL

Neue soziale Bewegungen – Impulse, Bilanzen und Perspektiven

Das Forschungsjournal NSB beginnt mit dem vorliegenden Heft das zweite Jahrzehnt seiner Arbeit. Dies war für Herausgeber, Redaktion und Verlag Anlaß für ein Jubiläumsheft. In ihm wird eine Bilanz der neuen sozialen Bewegungen versucht, indem gesellschaftliche, demokratietheoretische und politikwissenschaftliche Bewertungen vorgenommen, prominente einzelne Bewegungen beleuchtet und auch ein Überblick über die wissenschaftliche Diskussion in der Bewegungsforschung gegeben wird. Neben der Bilanz schwingt die Frage nach den Perspektiven sozialer Bewegungen in allen Beiträgen mit¹.

1 Die neuen sozialen Bewegungen

Als 1988 das erste Forschungsjournal erschien, hatten die neuen sozialen Bewegungen die Höhepunkte ihrer Mobilisierung bereits überschritten. Die großen Protestereignisse der 80er Jahre (Friedensdemonstrationen, Protest gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen, Solidarität/Dritte Welt, Anti-AKW-Protest) hatten viele tausend Menschen auf die Straße gebracht. Heute gehören solche Großereignisse weitgehend der Vergangenheit an. Dennoch wird auch die Bewegungsforschung immer wieder von Protestmobilisierungen überrascht, etwa von den Protesten gegen den Golfkrieg oder den Lichterketten gegen fremdenfeindliche, rechtsradikale Gewalt. Diese Proteste haben mittlerweile längst den Ruch des 'unkonventionellen' abgestreift. In beinahe allen Politikbereichen gehören Proteste heute zum Standardrepertoire eines bürgerschaftlichen Engagements. Stabilisierende Milieuverankerungen, der erfolgreiche Aufbau sozialer wie politischer Infrastrukturen, Ausdifferenzierung, Organisationsbildungen und Professionalisierungspro-

zesse haben Beobachter veranlaßt, von der Institutionalisierung eines Bewegungssektors in der Bundesrepublik zu sprechen. Im Gegensatz zu den 'Protestevents' der 80er Jahre spielen heute organisierte Kampagnen professionell arbeitender Bewegungsorganisationen eine weit größere Rolle in der politischen Öffentlichkeit. Zwar zeigt beispielsweise der Protest gegen die Castor-Transporte, daß Mobilisierung vor dem Hintergrund eines institutionalisierten Bewegungssektors auch über längere Zeithorizonte möglich ist. Doch das Beispiel der Brent Spar-Kampagne von Greenpeace hat zugleich deutlich gemacht, daß Formen des stellvertretenden Handelns von vielen Aktiven als Entlastung von den Zumutungen eines politischen Dauer-Engagements verstanden werden².

Der Bewegungssektor ist heute mit eigenen Problemen politischer Stellvertretung konfrontiert, die so gar nicht zu den basisdemokratischen Idealen der meisten Beteiligten zu passen scheinen: Das Beispiel Greenpeace zeigt, daß mittlerweile auch von einer 'expandierenden Protestindustrie' (Roland Roth in diesem Heft) gesprochen werden kann. Expertise, Medienkompetenz und organisatorisches Know-how, Vernetzung oder auch Lobbyarbeit sind mittlerweile erforderliche Voraussetzungen, mit deren Hilfe Bewegungsorganisationen ihre Anliegen positionieren. Darüber hinaus haben zahlreiche Verbände, aber auch Gewerkschaften, Kirchen und Parteien Themen der neuen sozialen Bewegungen aufgegriffen und sich auf deren Thematisierungsstärken eingestellt³.

2 Die Zäsur von 1989 und eine neue Agenda der Bewegungsforschung

Manchmal verdichten sich im Blick zurück längerfristige Entwicklungen zu einem Moment des richtungweisenden Wandels. In diesem Sinne scheint es so, als habe das Jahr der deutschen Einheit mit seinen Folgen für die

neuen sozialen Bewegungen, die im Westdeutschland der 70er und 80er Jahre auf eine rasante Erfolgsgeschichte zurückschauen konnten, einen solchen Verdichtungsmoment dargestellt. Die politische Agenda wird seitdem von Themen bestimmt, die vorher – wie Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Armut – nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der neuen sozialen Bewegungen standen⁴. Schmerzlich bewußt wurde im Blick auf Formierungsprozesse rechter sozialer Bewegungen, aber auch auf nationalistische Bewegungen in Osteuropa, daß soziale Bewegungen die Demokratie nicht gepachtet haben.

Die anfängliche Euphorie über eine Verstärkung des progressiven Bewegungssektors durch die Bürgerbewegungen der DDR wich schnell der Ernüchterung. In Ostdeutschland hatten zwar die Bürgerbewegungen eine wichtige Rolle im Transformationsprozeß gespielt – die Kontroverse über eine rückblickende Bewertung der Bürgerbewegungen wird in diesem Heft von Detlef Pollack und Helmut Fehr aufgegriffen –, doch waren sie rasch von Parteien und Verbänden im politischen Raum marginalisiert worden⁵. Dennoch konnte in Ostdeutschland binnen weniger Jahre eine Stabilisierung sozialer Milieus und eine Ausbildung sozialer und politischer Infrastruktur beobachtet werden, die es erlaubt, von Angleichungsprozessen der ost- und westdeutschen Bewegungssektoren zu sprechen⁶.

Die normative Emphase der Bewegungsforschung, die sich in den 80er Jahren beinahe ausschließlich mit den progressiv-emanzipatorischen neuen sozialen Bewegungen beschäftigt hatte, wurde durch die Mobilisierungs- und Vernetzungserfolge im rechten Spektrum der Gesellschaft gedämpft. In einer heftigen Diskussion wurde deutlich, daß nicht nur die spannungsreiche Dynamik von Bewe-

gungen und Gegenbewegungen ein wichtiges Forschungsfeld ist, sondern auch, daß das analytische Potential der Bewegungsforschung für die Erforschung rechter Bewegungen ebenso angewendet werden müsse.⁷

Parallel zu den Problemen der deutschen Einheit und der Wiederkehr der sozialen Frage rückte das Ende des Ost-West-Konfliktes Fragen der transnationalen Kooperation und Vernetzung auch von Bewegungsakteuren ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Eine (hektisch einsetzende Globalisierungsdebatte) wie auch die Konjunktur der NGOs belegen dies. Die Diskussionen der Bewegungsforschung in den vergangenen Jahren machen deutlich, daß der internationale Vergleich sozialer Bewegungen und die Rolle multinationalaler Bewegungsorganisationen wichtige Forschungsaufgaben der Zukunft sind. Ebenso rücken Fragen europäischer und internationaler Vernetzung in den Blick, wie auch die Folgen, die sich hieraus für Bewegungssektoren auch auf regionaler und kommunaler Ebene ergeben.

Unbestreitbar gegeben ist aus unserer Sicht die anhaltende gesellschaftspolitische Brisanz sozialer Bewegungen. Mehr Bewegung als im letzten Jahrzehnt gab es weltweit vielleicht noch nie: Rechte Mobilisierungen, Konjunkturen regionalistischer und nationalistischer Bewegungen, die *militia* in den USA oder die aktuellen sozialen Proteste in Frankreich sind nur einige Beispiele dafür⁸. Wir haben uns anläßlich einer Bilanz in diesem Heft auf das Themenfeld der neuen sozialen Bewegungen konzentriert, das bisher in der bundesrepublikanischen Bewegungsforschung dominierte. Wie auch schon in den ersten 10 Jahrgängen werden wir uns dennoch weiterhin bemühen, das ganze Spektrum sozialer Bewegungen und den erweiterten Horizont der Bewegungsforschung in unserer Arbeit zu berücksichtigen.

EDITORIAL

3 Zur Situation der Bewegungsforschung in Deutschland

Ende der 80er steckte die wissenschaftliche Forschung zu den Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) in der Bundesrepublik noch in den Kinderschuhen. Sie hatte sich nicht nur gegenüber einer teilweise immer noch einflußreichen Skepsis zu behaupten, die sich aus der Rolle der nationalsozialistischen Bewegung speiste und Irrationalismuskorrekturen massenpsychologischer Provenienz mit Vorbehalten gegenüber außerparlamentarischen Formen des Bürgerengagements verband.⁹ Ebenso massiv waren Vorbehalte gegen eine Forschung, in der die Grenzen zwischen Beobachter- und Akteursposition häufig in Gestalt sympathisierender ForscherInnen unscharf wurden.¹⁰ Unserer Meinung nach hat sich die Bewegungsforschung gegen diese Vorbehalte erfolgreich behaupten können. Sie wird mittlerweile als wichtiger Beitrag zu Sozialwissenschaften und politischer Soziologie anerkannt.

Einen anderen Vorbehalt freilich sieht sich eine Bewegungsforschung zu Recht ausgesetzt, die ihren Fokus alleine auf die mittlerweile ebenfalls in die Jahre gekommenen 'neuen' sozialen Bewegungen ausgerichtet hat. Diese Bezeichnung war sicherlich zur Abgrenzung von der 'alten' Arbeiterbewegung und zur Klärung der Bedeutung neuer Akteure von einiger Plausibilität. Doch bedeutet sie heute eher ein Hindernis: Die zukünftigen Aufgaben einer international vergleichenden Bewegungsforschung (dazu Ferree/Roth in diesem Heft), die Analyse rechter Spektren der Gesellschaft und von Gegenbewegungen wie auch von diffusen, richtungsarmen oder Protobewegungen (dazu Raschke in diesem Heft) werden durch die Konzentration auf ein begrenztes Spektrum sozialer Bewegungen erschwert. Die ansteigenden sozialen Verwerfungen auch

in den westlichen Gesellschaften lassen es zumindest als möglich erscheinen, daß die 'alte' Arbeiterbewegung in neuen Formen Mobilisierungsaufschwünge erleben könnte. Auf all diese Fragen muß eine sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung eingestellt sein (zu Konturen wie auch Grenzen des NSB-Konzepts siehe Karl-Werner Brandt in diesem Heft).

Auf institutioneller Ebene fanden Politik- und SozialwissenschaftlerInnen in der Bundesrepublik der 80er Jahre im Arbeitskreis Soziale Bewegungen in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) einen ersten Diskussionskreis, dessen Aktivitäten auch heute noch vom Forschungsjournal unterstützt werden. Das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, gegründet von Sozialwissenschaftlern, die Theorie und Praxis der Bewegungsforschung enger verzahnen wollten, nahm 1988 seine Arbeit auf. Seitdem steht die Redaktion im engen Kontakt mit der deutschen Bewegungsforschung, aber auch mit Aktiven aus den Bewegungen. Im Forschungsjournal werden immer wieder – neben den Beiträgen (mittlerweile) etablierter WissenschaftlerInnen – Zusammenfassungen von Diplom- und Promotionsarbeiten publiziert wie auch Forschungsvorhaben und Praxisberichte und -analysen veröffentlicht. Auch zukünftig wird die Arbeit des Forschungsjournal wesentlich davon abhängen, daß es als Forum von Wissenschaft und Praxis anerkannt wird. Aus unserer 10jährigen Arbeit wissen wir, daß wir damit auch publizistisch in einem erheblichen Spannungsfeld agieren, das freilich aus unserer Sicht seine Produktivität bislang deutlich unter Beweis gestellt hat.

In der Bewegungsforschung ist in den letzten 10 Jahren ein vor allem transatlantischer Dialog entstanden, sind Fragestellungen und Forschungsinstrumente diskutiert und korrigiert worden. Das transatlantische Forschungsnetzwerk bedarf sicherlich der Verstärkung einer

internationalen Öffnung, die bereits in Gang gekommen ist. In den internationalen Vereinigungen der Politik- und Sozialwissenschaften (IPSA und ISA) verfügt die Bewegungsforschung über eigene Sektionen und auch auf europäischer Ebene hat sich unlängst innerhalb der European Sociological Association ein Research Network 'Social Movements' gegründet, das die europäische Bewegungsforschung stärker zu integrieren bestrebt ist. Das Forschungsjournal wird sich in seiner Arbeit weiterhin darum bemühen, die sich in den Sozialwissenschaften abspielenden Entwicklungen kontinuierlich zu dokumentieren und hier auch als Drehscheibe zu fungieren.

Im Gegensatz zu diesen internationalen Vernetzungsbestrebungen kann in Deutschland von einer erfolgreichen Institutionalisierung der Bewegungsforschung nicht wirklich die Rede sein. Anders als etwa in den USA, wo sie an zahlreichen Universitäten und Forschungsinstituten zu Hause ist, aber auch anders als die Frauenforschung, die es an Universitäten zu Lehrstühlen und auch Instituten gebracht hat, konnte sie in der deutschen Forschungslandschaft nur wenig Terrain erringen. Sicher: Im unmittelbaren Anschluß an die Phase der Hochmobilisierung der 80er Jahre wurden einzelne Forschungsprogramme aufgelegt. Insbesondere die Abteilung 'Öffentlichkeit und soziale Bewegungen' des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) hat mit ihren Bemühungen um eine empirisch gehaltvolle und analytisch differenzierte Bewegungsforschung eine Art von institutioneller Konstanz dargestellt. Aber selbst diese Forschungsabteilung des WZB steht derzeit zur Disposition. Allzu sehr hängt hierzulande der Fortbestand der Bewegungsforschung von persönlichen Interessen einzelner ForscherInnen ab, die deren Fragestellungen und analytischen Instrumente in ihrer Arbeit aufgreifen. Wissenschaftspolitisch wäre vor diesem Hintergrund

die Verbesserung der Situation der Bewegungsforschung mittels eigener Lehrstühle und fortgeschriebener Forschungsprogramme erforderlich.

Doch dies ist nur die eine, negative Seite der Medaille. Aus einer anderen Perspektive wird deutlich, daß soziale Bewegungen mittlerweile in zahlreichen Forschungszusammenhängen thematisiert werden: Dies gilt etwa für die Transformationsforschung, die die Rolle sozialer Bewegungen in Demokratisierungsprozessen behandelt, aber auch für die Erforschung des weiten Feldes der NGOs, in dem nationale und multinationale Bewegungsorganisationen eine wichtige Rolle spielen. Ähnlich geht auch die Verbände- und Vereinsforschung davon aus, daß der Einbezug sozialer Bewegungen und ihrer Auswirkungen für heutige Analysen zwingend ist.

Politische Soziologie vermag heute weniger denn je trennscharf die Grenzen zwischen Bewegungen, Verbänden und Parteien zu ziehen. Die Forschungszusammenhänge zum Non-Profit-Bereich des Dritten Sektors haben mittlerweile die Diskussionen über die 'Alternativökonomie' beerbt und eine breitere empirische, auch international vergleichende Basis geschaffen. Auch in Demokratietheorie¹¹ und politischer Philosophie läßt sich die Relevanz der Bezugnahme auf soziale Bewegungen beobachten. Erinnert sei nur an die Debatten um Zivilgesellschaft und Kommunitarismus¹², in denen sie wichtige Referenzpunkte darstellen.

Solange die nachhaltige wissenschaftspolitische Förderung der Bewegungsforschung ausbleibt, wird das Forschungsjournal weiterhin versuchen, über den Kontakt zu den skizzierten vielfältigen Diskussionen Anschlußfähigkeit und Berührungsfächen herzustellen, die der Bewegungsforschung zugute kommen.

EDITORIAL

4 Zehn Jahre Forschungsjournal – Danksagungen

Anläßlich des 10jährigen Bestehens des Forschungsjournals möchten wir uns bei all denen bedanken, ohne die eine solche Kontinuität der Arbeit nicht möglich wäre:

Zu allererst gilt dieser Dank den zahlreichen Autorinnen und Autoren (siehe e-Register-Hinweis am Heftende). Sie gewährleisteten letztlich die Qualität der Zeitschrift. Wer das Journal regelmäßig liest, weiß, daß wir über mit einigen der AutorInnen schon über viele Jahre zusammenarbeiten. Ihre Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit gibt uns das Mindestmaß an Planungssicherheit, ohne das ein Periodikum nicht existieren kann.

Ende 1993 ist das Forschungsjournal vom Marburger Schüren-Verlag zum Westdeutschen

Verlag gewechselt. Unser Dank gilt allen MitarbeiterInnen des Verlags, insbesondere Manfred Müller als ehemaligem und Gerd Nollmann als jetzigem Cheflektor. Herausgeber und Redaktion hatten zu keinem Zeitpunkt Anlaß, diesen Wechsel zu bereuen. Aus unserer Sicht ist nicht nur die Professionalität des Verlags, sondern auch das publizistische Umfeld des sozial- und politikwissenschaftlichen Zeitschriftenprogramms ein wichtiger Schritt nach vorne gewesen.

Der Arbeitskreis 'Soziale Bewegungen' der DVPW hat über seine jährlich stattfindenden Tagungen zahlreiche Themenhefte des Forschungsjournals mitgestaltet und wird dies auch weiterhin tun. Für die zweimal jährlich stattfindenden Tagungen des Forschungsjournals waren und sind uns die Elisabeth-Selbert-Akademie (Saarbrücken) und die Gustav-Heinemann-Akademie (Freudenberg) der Fried-



rich-Ebert-Stiftung verlässliche Kooperationspartner.

Die Mitglieder des Fördervereins 'Soziale Bewegungen e.V.': (dazu siehe die Informationen am Heftende) helfen uns durch ihre Beiträge dabei, die anfallenden Kosten des rein ehrenamtlich arbeitenden Forschungs-journals zu decken. Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich für diese Unterstützung bedanken und unsere AbonnentInnen noch einmal um den Beitritt in den Förderverein bitten.

Die Freunde aus dem Mainzer Satzbüro 'm.o.p.s.', Volker Klemm und Horst Wenner, sind verlässliche Partner und ermöglichen uns eine nicht nur sorgfältige, sondern auch preiswerte Erstellung der Druckvorlagen. Nina Faber und die AG für Design&Kommunikation Wiesbaden gestalten schon lange professionell den Titel des Journals. Gerhard Mester hat als Karikaturist seit Entstehung der Zeitschrift ihr Erscheinungsbild wesentlich mitbestimmt. Der große Fundus seiner Arbeiten bereichert immer wieder unsere Themenhefte.

Last, but not least gilt unser Dank all unseren früheren und jetzigen ehrenamtlichen Redaktionsmitgliedern und redaktionellen MitarbeiterInnen. Wer schon einmal mit Zeitschriftenarbeit befaßt war, kennt die zahllosen Erfordernisse technischer, organisatorischer, redaktioneller und konzeptioneller Art, die hier bestehen, und weiß, welcher große Zeitaufwand und welch hohes Engagement (gerade bei unbezahlter Tätigkeit) damit verbunden ist. Auf unseren Tagungen haben viele TeilnehmerInnen schon lebendige Eindrücke von unserem Team gewonnen, das sich über die Jahre immer wieder um neue MitarbeiterInnen ergänzt hat. Diese Offenheit wünschen wir uns auch für die nächsten Jahre.

5 Zu den Beiträgen

Dieter Rucht diskutiert in seinem Essay die Rolle sozialer Bewegungen in modernen Gegenwartsgesellschaften vor dem Hintergrund der These von der 'Bewegungsgesellschaft'. In seiner Analyse kennzeichnet der Autor eine soziale Bewegung als ein historisches Subjekt mit grundlegendem gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch. Dieser Gestaltungsanspruch als revolutionäre Forderung des radikalen bürgerlichen Liberalismus und des Sozialismus markiert den Übergang zur Moderne. Während die sozialen Bewegungen der historischen Moderne jedoch die Verabschiedung traditioneller Bindungen zugunsten des ganz Neuen im Sinne gesamtgesellschaftlicher Utopien in den Blick nahmen, zeichnen sich die sozialen Bewegungen in modernen Gegenwartsgesellschaften durch vergleichsweise bescheidene Ansprüche aus: Ihre Funktion besteht demzufolge nicht mehr in dem Bemühen um revolutionäre Gegenentwürfe, sondern in der reformorientierten, korrigierenden und dauerhaften Einmischung in die institutionalisierte Politik. Dabei läßt sich sowohl eine Vielzahl bewegungsspezifischer Themen ausmachen als auch eine Zunahme bewegungsförmiger Proteste quer durch alle sozialen Gruppen und Schichten. Um die Treffsicherheit der These von der Bewegungsgesellschaft zu untersuchen, unterscheidet Rucht darüber hinaus zwischen der frühmodernen Perspektive, die Gesellschaft als (zu gestaltendes) Projekt auf faßt und einer (spät-)modernen Sichtweise, die statt dessen von einer Vielzahl von (Gestaltungs-)Projekten in der Gesellschaft ausgeht. Die Funktion dieser Projekte in einer Bewegungsgesellschaft könnte seiner Auffassung nach darin bestehen, diese auf den Kurs einer 'reflexiven Moderne' zu verpflichten, die sich ihrer eigenen Grenzen und ihrer Entwicklungsrichtung stets aufs Neue zu vergewissern hat.

EDITORIAL

Demokratie, so **Roland Roth**, kann als das zentrale Thema der neuen sozialen Bewegungen gewertet werden. Doch sind deren Problematisierungs- und Thematisierungsleistungen offenbar weit stärker zu veranschlagen als ihre Fähigkeit, sie institutionell folgenreich umzusetzen. Bilanziert werden zunächst Forderungen und Maßstäbe für eine neue Demokratisierungsrunde seitens der neuen sozialen Bewegungen angesichts von Gefährdungen, Grenzen und Unzulänglichkeiten des westlich-liberalen Projektes der Demokratie. Die Bestandsaufnahme umfaßt zunächst ein weites Spektrum von Herausforderungen, die freilich zusammen kein kompaktes und durchgearbeitetes Konzept einer nachliberalen Demokratie bieten: Sie reichen von den konservativen Reaktionen auf das zivile Ungehorsam von Bürgerinitiativen ('Unregierbarkeit') über die Entgrenzung des Politischen und die Revision etablierter Politikbereiche zur Thematisierung von Grenzen der Mehrheitsdemokratie, vom Bedeutungsanstieg 'unkonventioneller' Partizipation bis hin zu einer Thematisierung von Fragen der Geschlechterdemokratie, der ökologischen Demokratie und einer Dezentralisierung und Entstaatlichung der Politik. Am Beispiel der Grünen wie auch der institutionellen Entwicklung auf kommunaler Ebene wird deutlich, daß die neuen sozialen Bewegungen statt weitreichender politisch-institutioneller Reformen allenfalls Repertoireerweiterungen und institutionelle Anbauten erreicht haben. Zugleich lassen sich paradoxe Effekte beobachten: So haben bspw. die demokratischen Ansprüche der Bürgerschaft in der politischen Klasse eher zu einer Wagenburgmentalität geführt. Seitens der Bewegungsakteure verstärkt die fehlende Responsivität der politischen Institutionen die politische Entfremdung und Tendenzen zur Zuschauerdemokratie. Ein positives Zusammenspiel von Protest und Reform scheint suspendiert, das demokratische Potential der neuen sozialen Bewegungen bleibt

ungenutzt. Dazu beigetragen hat auch die bisherige Vernachlässigung der 'demokratischen Frage' seitens der Bewegungsforschung. Deren Chance zu einem innovativen Beitrag für eine neue Runde der Demokratisierungsdiskussion, zur Schärfung der Konturen einer postliberalen Demokratie, gilt es zukünftig verstärkt zu nutzen.

Können soziale Bewegungen im Wahljahr 1998 dazu beitragen, Blockaden des politischer Systems in der Bundesrepublik und den Stillstand der Politik zu beheben? Zur Beantwortung dieser Frage beleuchtet **Joachim Raschke** in einem historisch-analytischen Rückblick die Jahre 1966, 1968 und 1982, in denen in der alten Bundesrepublik ein Machtwechsel stattgefunden hat. Vor dem Hintergrund einer Analyse des Bewegungspotentials postindustrialier Gesellschaften zeigt sich, daß der Wirksamkeit sozialer Bewegungen gegenüber dem Parteiensystem enge Grenzen gesetzt sind. Deren Wirkungen sind nicht selten paradox, stärken also die Kräfte, die sie bekämpfen, und soziale Bewegungen können indirekt auch zum Bestandteil eines blockierten Systems werden. Eine Entwicklung der Parteien weg von der Mitgliedepartei klassischen Zuschnitts zu bewegungsoffenen Rahmenparteien ist derzeit nicht zu beobachten, während andererseits für Bewegungsaktivisten Anreizstrukturen fehlen, die eine wirkliche Alternative zu einer Abwanderung darstellen. Die neuen sozialen Bewegungen leiden unter einer 'strategischen Ohnmacht', die auf ihre Unentschiedenheit zwischen Macht- und Kulturorientierung und auf ihre basisdemokratischen Ideale zurückgeführt werden kann. Auffällig ist ihre Thematisierungsschwäche wirtschaftlicher und sozialer Strukturfragen. Rechte soziale Bewegungen sind durch Gegenmobilisierung, staatliche Repression, Geschichte und politische Kultur bislang in der Defensive. Ein wichtiger Aspekt der Asymmetrie des Parteiensystems

liegt darin, daß die Interaktions-, Verständigungs- und Koordinationskosten zwischen Parteien und Bewegungen/Bewegungspotential auf der Linken ungleich höher sind als im rechten Spektrum. Der Typus reaktiver, richtungsarmer Bewegungen, die kurzfristig und bereichsspezifisch mobilisieren, ist zwar absehbar von zunehmender Bedeutung, spielt im Hinblick auf Fragen des Machtwechsels jedoch keine große Rolle. Erst wenn die Trennungslinien zwischen Partei und Bewegung stärker gezogen und deren Beziehungen flexibler gestaltet werden, lassen sich Brückenschläge zwischen den Akteuren des politischen Systems und der Zivilgesellschaft denken, die auch den progressiven Bewegungen ein stärkeres politisches Gewicht verleihen könnten.

Karl-Werner Brand unternimmt in seinem Beitrag den Versuch einer Bilanz der europäischen Bewegungsforschung zu den 'Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) der 60er, 70er und 80er Jahre, zu denen im Kern die Friedens-, die Anti-AKW-, die Umwelt-, die Dritte-Welt-, die Selbsthilfe-, die Alternativ- und die Frauenbewegung gezählt werden. Dabei greift Brand auch kurz die historischen Vorläufer der Bewegungsforschung auf, so die marxistische Tradition und die 'collective behavior'-Ansätze (Massenpsychologie, Anomie und relative Deprivation), wie sie gerade für die NSB-Forschung in hohem Maße inspirierend, wenn nicht richtungsleitend gewesen sind, um dann auf die Hauptannahmen des NSB-Ansatzes einzugehen. Diese setzen an einem Krisenmoment der modernen Gesellschaft einerseits, der Wertewandelthese Ingleharts andererseits an, was an der Diskussion zentraler Autoren wie Alain Touraine und Alberto Melucci deutlich wird. Zum Schluß geht es Brand um die Frage nach der spezifischen Erklärungskraft und den Grenzen des NSB-Ansatzes. Unzweifelhaft sieht sich der NSB-Ansatz einer Reihe ernsthafter Kritikpunkte ausgesetzt, die sich

etwa auf die Einheit der neuen sozialen Bewegungen (Kann die Frauenbewegung unproblematisch subsumiert werden?) oder die Empiriefähigkeit dieses Begriffs (Wie läßt sich das übergreifende Phänomen empirisch konkret abgrenzen?) beziehen. Brand macht aber auch deutlich, daß es ein besonderes Verdienst dieses Ansatzes sei, auf die gesamtgesellschaftliche 'Rolle' der neuen sozialen Bewegungen als Krisenindikator aufmerksam gemacht zu haben, weshalb ihm im Rahmen der internationalen Bewegungsforschung unzweifelhaft Relevanz zukommt.

In ihrem Beitrag zur amerikanischen Rezeption der europäischen NSB-Debatte, wie Brand sie oben skizziert hat, beschäftigen sich **Myra Marx Ferree** und **Silke Roth** vor allem mit der Frage, wie die amerikanische Bewegungsforschung auf den NSB-Ansatz aus Europa reagiert und welche Kritik sie daran hat. Dabei konstatieren beide einen überwiegend instrumentellen Umgang der amerikanischen Bewegungsforschung mit Konzepten wie kollektiver Identität oder Krisendiagnose, wenngleich grundsätzlich zugestanden wird, daß das Interesse an Werten, Ideologie, Identität, Deutungsmustern und Kultur, wie sie die Bewegungsforschung in den USA in den letzten Jahren sehr stark geprägt haben, vor allem auch dem Einfluß der europäischen Bewegungsforschung geschuldet ist. Gleichwohl spart die amerikanische Bewegungsforschung nicht mit Kritik. So wird bezweifelt, ob der Begriff 'Neue Soziale Bewegungen' tatsächlich etwas grundsätzlich 'Neues' darstellt, was auch damit zu tun hat, daß es in den USA nie eine 'alte' Arbeiterbewegung als Kontrastprogramm gab. Auch werden die marxistischen Anteile in deren Begriffsbestimmung sowie der Versuch einer klaren Rechts/Links-Einordnung aufgrund einer anderen politischen Kultur mit Skepsis betrachtet. Zudem taucht der Vorwurf des Eurozentrismus auf, da die europäische Bewegungs-

EDITORIAL

forschung aufgrund ihrer gesellschaftspolitischen Geschichte (z.B. Wohlfahrtsstaat) sehr viel schärfere Grenzen zwischen den Bewegungen der hochindustrialisierten Länder und denen in anderen Ländern zieht, als dies in den USA der Fall ist. Insgesamt bescheinigen Ferrée/Roth der europäischen Bewegungsforschung daher aus amerikanischer Sicht – trotz unbestreitbarer Verdienste – einen gewissen Reformbedarf, um nicht von einem Paradigmenwechsel zu sprechen.

Im Doppelpack Pollack/Fehr, von Beiträgen, die auf dem Bamberger Politologentag im Herbst 1997 diskutiert worden sind, geht es um eine kritische Einschätzung des bisherigen Forschungsstandes zu den Bürgerbewegungen der ehemaligen DDR. Dabei konzentrieren sich beide Autoren auf die Frage nach dem Stellenwert von Ideen für das Selbstverständnis und die Stabilität dieser Bewegungen.

Der Beitrag von **Detlef Pollack** nimmt seinen Ausgang bei der Feststellung, daß die ostdeutschen Bürgerbewegungen in einer Reihe kritischer Untersuchungen relativ schlecht abgeschnitten haben. Im Kern geht es um den Anwurf, daß die Bürgerbewegungen – gemessen an dem, was sie haben verlautbaren lassen – keineswegs so systemkritisch und oppositionell waren, wie sie es selbst zum Teil haben glauben machen wollen. Dieser Kritik hält Pollack entgegen, daß bei der Beurteilung der ostdeutschen Bürgerbewegungen häufig die politischen Gelegenheitsstrukturen außer Acht gelassen wurden, die eine hohe Restriktion noch möglicher Positionen darstellten, so daß eine Bewertung der tatsächlichen Radikalität der Bürgerbewegungen den politischen Kontext sehr viel mehr berücksichtigen müßte, als dies bisher geschehen ist, um den tatsächlichen Möglichkeiten dieser Bewegungen gerecht zu werden. Denn nicht Ideen allein bestimmen, was möglich ist; hierzu gehören im-

mer auch jene Möglichkeitsbedingungen, wie sie durch das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen aufgezeigt sind.

Auch für **Helmut Fehr** geht es, wenngleich mit einer etwas anderen Zielsetzung, im wesentlichen um die 'Leitideen' der Bürgerbewegungen, denen er insgesamt eine 'emphatische Vorstellung von Bürgerrechten' bescheinigt und deren Entwicklung er für den Zeitraum von 1987 bis Anfang der 90er Jahre nachzeichnet. Denn besonderes Interesse bringt Fehr der Beobachtung entgegen, daß die Unterstützung der ostdeutschen Bürgerbewegungen durch Intellektuelle, Sozialwissenschaftler und andere 'Ideen'-Experten im Vergleich zu den Bürgerbewegungen in Polen, der Tschechoslowakei oder Ungarn ungleich geringer ausfiel. Auch ist festzustellen, daß ostdeutsche Bewegungsforscher häufig auf westdeutsche Erklärungsmuster für soziale Bewegungen, vor allem der 'Neuen Sozialen Bewegungen', zurückgegriffen haben, was sich im Nachhinein aber als unangemessen herausgestellt habe. Von daher sei mittlerweile davon abzuraten, einen rein innerdeutschen Vergleich anzustellen, sondern bei der Analyse der Bürgerbewegungen vielmehr der Vergleich mit anderen osteuropäischen Bewegungen anzustrengen, wo die Gemeinsamkeiten aufgrund gemeinsamer 'Chancenstrukturen' höher seien.

Regina Dackweiler und **Reinhild Schäfer** untersuchen die Entwicklung der neuen Frauenbewegung der Bundesrepublik im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit von Frauenbewegungen. Die Internationalität der Frauenbewegungen stellt den Autorinnen zufolge einen entscheidenden bewegungsmobilisierenden Faktor dar. Anahnd des zentralen Bewegungsthemas 'Gewalt gegen Frauen' zeigen Dackweiler und Schäfer auf, daß die Wirksamkeit der neuen Frauenbewegungen im nationalen Kontext ohne deren – in der wissenschaft-

lichen Betrachtung oftmals vernachlässigte – Einbindung in internationale Netzwerke nicht erklärbar ist. Die Beschäftigung der bundesrepublikanischen Bewegung mit dem Thema wurde demnach erst durch das Internationale Tribunal gegen die an Frauen begangenen Verbrechen 1976 in Brüssel angeregt. Auch die vielfältigen Selbsthilfe-Strategien der Frauenbewegungen (Frauenhäuser, Notruftelefone, Beratungsstellen) sowie feministische Gewaltanalysen und entsprechende Dokumentationen wurden durch internationale Netzwerke initiiert. Wesentlich befördert wurden die internationalen Vernetzungsbestrebungen der Frauenbewegungen durch die Weltfrauenkonferenzen der UN. Erfolge der internationalen Kampagnen gegen Männergewalt zeigen sich beispielsweise in einem Bewußtseinswandel im Verständnis von sexualisierten Formen der Gewalt und nationalen Reformen des Sexualstrafrechts. Die Wechselwirkungen in den Beziehungen der Frauenbewegungen untereinander und mit supranationalen staatlichen Organisationen analysieren die Autorinnen anhand der Gleichstellungspolitik, insbesondere der Durchsetzung von EG-Gleichbehandlungsrichtlinien. Anhand der Themenvernetzung internationaler Frauenpolitik zeigen Dackweiler und Schröder auf, daß eine bewegungssoziologische Subsumtion der Frauenbewegungen unter die neuen sozialen Bewegungen zu kurz greift.

Andreas Buro untersucht Transformationen, Bilanzen und Perspektiven der bundesdeutschen Friedensbewegung. In einem Überblick zeichnet er die Mobilisierungszyklen, die inhaltlichen Veränderungen und institutionellen Brüche der Friedensbewegung seit den 50er Jahren nach. In den unterschiedlichen Hoch- und Tief-Phasen friedensbewegter Mobilisierung lassen sich je nach konkreten historisch-politischen Rahmenbedingungen Themenentwicklungen, Protest- und Aktionsformen so-

wie unterschiedliche Motivationsstrukturen der Bewegungsakteure ausmachen. Als eine Zäsur in der Geschichte der bundesdeutschen Friedensbewegung kennzeichnet Buro das Ende des Ost-West-Konflikts: Statt der überwiegenden Orientierung an abrüstungspolitischen Forderungen treten nunmehr Entwürfe friedlichen Zusammenlebens und ziviler Konfliktbearbeitung in den Vordergrund. Die Diskussion um die (Un-) Möglichkeit einer humanitären militärischen Intervention angesichts des Krieges im ehemaligen Jugoslawien hat zu einer Ausdifferenzierung der Friedensbewegung geführt und über die diesbezüglich einsetzenden Kontroversen deren pazifistischen Gehalt gestärkt. Die Kampagne 'Bundesrepublik ohne Armee' wird in den 90er Jahren zum Fokus der gemeinsamen Anstrengungen um eine internationale zivile Friedensordnung und mehr Demokratie. Buro diagnostiziert für die bundesdeutsche Friedensbewegung einen hohen Professionalisierungsgrad bei jedoch geringerer Mobilisierbarkeit der Basis. Ihre Hauptaufgabe bestehe in der Schaffung von hoher gesellschaftlicher Akzeptanz für zivile Konfliktbearbeitung bei gleichzeitiger Infragestellung der Legitimation des Militärs. Sonst drohe die militärische Integration Westeuropas zur Militärgroßmacht.

Wolfgang Ehmke zieht in seinem Beitrag eine Wirkungsbilanz der Ökologiebewegung. Als einen herausragenden Erfolg dieser Bewegung wertet er einen allgemeinen Bewußtseinswandel: Ökologisches Wissen sei zum Allgemeinwissen geworden und habe alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen. Umweltpolitische Forderungen werden nicht mehr nur von ökologiebewegten Initiativen erhoben, sondern erfolgen auch von seiten spezialisierter und professionisierter Umweltverbände und Forschungsinstitute. Zudem, so Ehmke, bieten die Ergebnisse der großen umweltpolitischen Konferenzen – wie die Klimarahmenkonventi-

EDITORIAL

on, die Konvention zur biologischen Vielfalt und das Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert – den umweltpolitischen Initiativen und Organisationen einen breiten Aktionsrahmen. Diesen Erfolgen der Ökologiebewegung stehen jedoch die empirischen Beobachtungen gegenüber, denen zufolge die globale Umweltzerstörung keinesfalls gebremst oder gar gestoppt worden ist, sondern nach wie vor anhält. Vor dem Hintergrund dieser Gegenüberstellung geht Ehmke auf die Schwierigkeiten einer Wirkungsbilanz ein, deren Hauptursache er in der Problematik längerfristiger Kausalanalysen aufgrund komplexer politischer wie ökologischer Bedingungsgefüge sieht. Auch Analysen der Medienrezeption umweltpolitischer Proteste, Aktionen und Kampagnen, protest-event-Analysen, Meinungsumfragen und Wahlergebnisse stellen dem Autor zufolge nur unzureichende Bemessungsgrundlagen für Erfolgsmessungen der Ökologiebewegung dar. Am Beispiel der Anti-Atom-Bewegung und der Energiepolitik sieht er vor diesem Hintergrund in der Erarbeitung konkreter umweltpolitischer Handlungskonzepte und wissenschaftlicher Effizienzscenarien, in bündnispolitischen Erfolgen und der nachhaltigen, generationenübergreifenden Verankerung ökologischen Bewußtseins wichtige Erfolgsmaßstäbe für ökologiebewegtes Engagement.

Die Entwicklung der Alternativbewegung in Deutschland hat **Walter Hollstein** zum rückblickenden Thema. Das äußerst heterogene Feld der Alternativbewegung kennzeichnet demnach die Ablehnung des Gegebenen, die Forderung nach neuen Werten und Verhaltensweisen sowie der Wunsch nach einem eigenen Lebensrahmen in einer 'Gegengesellschaft'. Von anderen Protestbewegungen unterscheidet die Alternativbewegung dem Autor zufolge die Orientierung an Gefühlen und konkreten Lebenserfahrungen statt an politischen

Utopien und revolutionären Theorien. Folgerichtig kämpft sie demnach weniger mit politischen Forderungen für eine bessere zukünftige Gesellschaft, sondern gestaltet ihren eigenen konkreten Rahmen gegengesellschaftlichen Lebens. Ausgehend von den 'tribes' der us-amerikanischen 'beat generation' und den sich verweigernden, aber politisch passiven Gammlern der 60er Jahre beschreibt Hollstein eine stärkere Politisierung der Provos und Hippies als Wegbereiter der Studentenbewegung mit ihrer dezidierten Gesellschaftskritik und ihrer Aufbauarbeit an gesellschaftlich-kulturellen Gegeninstitutionen. In seiner Bilanz sieht der Autor denn auch den Erfolg der Alternativbewegung in der Entwicklung von oppositionellen Wertvorstellungen, die – lebenspraktisch realisiert – Modellcharakter für andere gesellschaftliche Entwicklungen hatten. Die Grenzen der Alternativbewegung sieht Hollstein in Tendenzen der parasitären Existenzsicherung, in sektenähnlicher (Selbst-) Isolation und in der Konzentration auf Selbstbefreiung und Ich-Findung, kurz: immer dort, wo es ihr nicht gelingt, individuelle und gesellschaftliche Befreiung dialektisch zu verbinden.

Im Namen von Herausgebern und Redaktion *Kai-Uwe Hellmann*, Berlin; *Ansgar Klein*, Berlin; *Markus Rohde*, Bonn

Anmerkungen

¹ Im Herbst werden Herausgeber und Redaktion des Forschungsjournal im Westdeutschen Verlag einen Sammelband herausbringen ('Neue soziale Bewegungen – Impulse, Bilanzen und Perspektiven'), der auf breiterer AutorInnenbasis die Fragestellungen dieses Themenheftes bearbeiten wird. Dort werden u.a. die politischen Chancenstrukturen, der Formwandel von Bewegungspolitik, ökonomische Aspekte und die Rolle multinationaler Bewegungsorganisationen das Spektrum der Beiträge ergänzen.

² Die Kontroverse über Greenpeace, auch in

diversen Heften des Forschungsjournal geführt, war ein aufschlußreicher Indikator für absehbare Entwicklungstrends nicht nur im Bewegungssektor, sondern auch für den Formwandel der Bewegungspolitik und die sich daraus ergebenden Probleme.

³ In den bilanzierenden Analysen einzelner Bewegungen werden die hier angesprochenen Aspekte aufgegriffen und vertieft.

⁴ Fragen der Marginalisierung (Heft 2/1997), des Verhältnisses der neuen sozialen Bewegungen zu den Gewerkschaften (Heft 3/1992), der sozialpolitischen Profilierung von Bewegungsakteuren (dazu Heft 2/1998) und der Ökonomie (Heft 2/1998 zu Alternativökonomie; Heft 4/1992 zur Diskussion über den Dritten Sektor) sind vom Forschungsjournal immer wieder aufgegriffen worden. Dennoch ist insgesamt der Meinung von Joachim Raschke (in diesem Heft) zuzustimmen, daß soziale und ökonomische Themen, sofern sie strukturelle Dimensionen ansprechen, für die neuen sozialen Bewegungen bislang keine große Rolle gespielt haben. Ob dies auch zukünftig so bleiben wird, scheint uns jedoch weniger eindeutig.

⁵ Den Entwicklungen der Bürgerbewegungen und der Rolle sozialer Bewegungen im Transformationsprozeß galten die Themenhefte 'Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten' (3/1990), 'Von der DDR zu den FNL – Soziale Bewegungen vor und nach der Wende' (1/1992), 'Osteuropa in der Krise – Bewegungen ohne Einfluß' (2/1993), 'Das Erbe der Bürgerbewegungen' (4/1995) und 'Zivilgesellschaften im Transformationsprozeß' (1/1997). – Eine Übersicht über die Themenhefte des Forschungsjournal 1988-1997 befindet sich am Ende des vorliegenden Heftes.

⁶ Wenn auch in Ostdeutschland staatliche Trans-

ferzählungen für den Bewegungssektor eine ungleich größere Rolle spielen. Dazu siehe Rucht, Dieter/Blattert, Barbara/Rink, Dieter 1997: Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands. Frankfurt/Main-New York: Campus, 167-169.

⁷ Siehe dazu die Hefte 'Bewegung, Gegenbewegung und Staat' (2/1991) und 'Bewegungen von rechts – Analyse und Kritik' (4/1994) des Forschungsjournal.

⁸ Das Forschungsjournal wird vom 16.-18. Oktober dieses Jahres eine europäische Konferenz zu regionalistischen und nationalistischen Bewegungen in Europa (in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Otzenhausen und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchführen. Ein differenziertes Tagungsprogramm wird in Heft 2/1998 bekanntgegeben.

⁹ Diesem Themenkreis widmete sich das Heft 'Masse – Macht – Emotion' (3/1997). 1998 wird zu diesem Thema ein Sammelband im Westdeutschen Verlag erscheinen, der von Frank Nullmeier und Ansgar Klein herausgegeben wird.

¹⁰ Michael Th. Greven löste mit einer entsprechenden Intervention im Forschungsjournal (Heft 4/1988) eine Kontroverse zum Selbstverständnis der Bewegungsforschung aus, die sich in der Folge über mehrere Jahrgänge der Zeitschrift erstreckte.

¹¹ Dazu die Beiträge in Ansgar Klein/Rainer Schmalz 1997 (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Baden-Baden und Bonn.

¹² Dazu siehe Heft 1/1994 'Zivilgesellschaft und Demokratie' und Heft 3/1995 'Kommunismus'.

CALL FOR PAPERS

Herbsttagung 1998 des DVPW- Arbeitskreises 'Soziale Bewegungen'

Der Arbeitskreis 'Soziale Bewegungen' plant eine Tagung zum Thema 'Jugendkultur und Protest'. Die Tagung wird – in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung – am 25./26. September 1998 im Wissenschaftszentrum Berlin stattfinden. Für die thematische Organisation haben Roland Roth und Dieter Rucht ihre Unterstützung zugesagt.

Jugendkulturen sind traditionell Ausdruck des Wunsches nach Abgrenzung zur Erwachsenenwelt und damit eines Generationskonflikts; sie sind zugleich Seismographen für gesellschaftliche Umbrüche, wenn es zu direktem oder indirektem Protest gegen bestimmte soziale oder politische Verhältnisse kommt. Nicht zuletzt artikulieren Jugendliche heute ein verbreitetes Gefühl, die Erwachsenen würden ökologisch und sozial auf Kosten der jüngeren Generation leben.

Die Tagung soll den historischen und vor allem aktuellen Erscheinungsformen des in einen Botschaften verschlüsselten jugendlichen Protests nachgehen und 'verstehend deuten'. Dabei geht es einerseits um eine Betrachtung sub- und gegenkultureller Formen des Protests, andererseits um die Einwirkungen von außen auf Jugendkulturen - zum Beispiel deren Stigmatisierung, aber auch Vereinnahmung und Kommerzialisierung.

Schwerpunkte der Tagung werden sein:

- der historische Wandel von Jugendkulturen
- Varianten aktueller Jugendkulturen (Punks, Skins, Hooligans, Techno, Hiphop etc.)
- aktuelle Jugendkulturen im Ausland
- Gender in Jugendkulturen
- die expressive Seite von Jugendkulturen (Kämpfe um Freiräume, Auseinandersetzungen mit der Polizei, Antifa-Gruppen, Nutzung neuer Medien u.a.)
- der soziale und politische Umgang mit Jugendkulturen (Ausgrenzung und Vereinnahmung, wissenschaftliche und sozialarbeiterische Zugänge, Enquete-Kommission etc.)

Call for Papers: WissenschaftlerInnen, die zu diesen Schwerpunkten ein Referat halten wollen, werden gebeten, ein Abstract mit Angaben zur Fragestellung, zum Gegenstand, zu den Hauptthesen bzw. Befunden und zur Materialbasis bis zum 1. Mai an folgende Adressen zu schicken:

Prof. Dr. Roland Roth
Fachhochschule Magdeburg - Sozialwesen
Am Krokentor 2
39104 Magdeburg

Prof. Dr. Dieter Rucht
Department of Sociology
Darwin College
University of Kent at Canterbury
Canterbury, Kent CT2 7NY

roland-roth@sozialwesen.fh-magdeburg.de

D.Rucht@ukc.ac.uk

Dieter Rucht

Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft

Zur Rolle sozialer Bewegungen

Komplexe Sachverhalte in griffige Schlagworte zu packen, ist ein legitimes Unterfangen von Journalisten, aber auch von Sozialwissenschaftlern. Kein Wunder also, wenn letztere, abhängig von ihrem je spezifischen Blickwinkel, mit immer neuen Etikettierungen westlicher Gegenwartsgesellschaften aufkommen, sei es die 'postindustrielle Gesellschaft' (Daniel Bell), die 'programmierte Gesellschaft' (Alain Touraine), die 'organisierte Gesellschaft' (Charles Perrow) oder die 'Risikogesellschaft' (Patrick Lagadec). Zu der langen Liste solcher Schlagworte ist nun, basierend auf einem 1992 vorgestellten Konferenzpapier und einer nachfolgenden Veröffentlichung, das der 'Bewegungsgesellschaft' hinzugekommen (Neidhardt/Rucht 1993), nachdem schon zuvor von einer 'Demonstration Democracy' (Etzioni 1970) und einer 'Protestgesellschaft' (Pross 1992) die Rede war. Sidney Tarrow (1994) hat den Begriff Bewegungsgesellschaft aufgegriffen. Neuerdings ist er sogar, wenngleich ohne weitere Klärung, in einen Buchtitel eingegangen (Meyer/Tarrow 1998).

Bevor man derartige Begriffe distanzlos übernimmt oder aber indigniert zurückweist, sollte man sich vergewissern, welche Ansprüche und Inhalte die jeweiligen Urheber damit verbunden wissen wollen. Mit dem Stichwort Bewegungsgesellschaft, eingeführt mit einem Fragezeichen und nicht ohne eine gewisse argumentative Zurückhaltung, wurde von Neid-

hardt/Rucht die These vertreten, daß moderne westliche Gegenwartsgesellschaften zunehmend günstige Ausgangsbedingungen für die Entstehung und Stabilisierung sozialer Bewegungen bieten. Zugleich wurde aber auch vermutet, daß die heutigen Bewegungen nicht unbedingt die Dauer und Bindekraft historischer Bewegungen des 19. Jahrhunderts erreichen. Behauptet wurde eine Tendenz zur Bewegungsvielfalt, eine Herabsenkung der Schwelle, sich in Bewegungen zu engagieren. Allerdings muß ein solches Engagement nicht Ausdruck eines verbindlichen Weltbildes und umfassender alltagsweltlicher Praxis sein, wie das für frühere Bewegungen typisch war. Auch wurde mit der These der Bewegungsgesellschaft nicht unterstellt, andere Formen gesellschaftlicher Interessennahme würden durch Bewegungen bedeutungslos oder gänzlich abgelöst.¹ Und schon gar nicht wurde vorgeschlagen, soziale Bewegungen als das Schlüsselphänomen moderner Gesellschaften anzusehen und somit in das Zentrum der Soziologie zu rücken, wie dies etwa Alain Touraine (1984) tat.²

Diese relativierenden Bemerkungen dienen zunächst lediglich der retrospektiven Klarstellung; sie sollen nicht gegen Kritik immunisieren. Der Anspruch dieses Essays ist es vielmehr, die These der Bewegungsgesellschaft weiter auszuführen und durchaus offensiv zu vertreten. Nicht das Ende, sondern die Forcierung der Debatte ist beabsichtigt. Anders als in der vor-

ausgegangenen Veröffentlichung von Neidhardt und Rucht zur Bewegungsgesellschaft geht es nachfolgend auch nicht um die Systematisierung der Stabilisierungsbedingungen sozialer Bewegungen, sondern um die Frage nach der Bedeutung und Funktion sozialer Bewegungen in der historischen und gegenwärtigen Moderne.

1 Bewegungen in der historischen Moderne

Sofern es ein Bestimmungsmerkmal sozialer Bewegungen sein soll, daß sie Gesellschaft gestalten oder sich einem derartigen Unterfangen widersetzen wollen³, folgt daraus, daß soziale Bewegungen ein Produkt moderner Gesellschaften sind. Erst wenn Gesellschaft als 'hergestellte Wirklichkeit' (Tenbruck 1976) denkbar wird, kann ein historisches Subjekt auftreten, das einen grundlegenden gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch erhebt. Vormoderne historische Bewegungen, angefangen von den Sklavenaufständen der Antike bis hin zu den Bauernrevolten des frühen 16. Jahrhunderts, waren Bemühungen um die Restitution einer alten Ordnung. Die Revolte der Untertanen wie deren Repression durch die Obrigkeit berief sich nicht auf die Imagination einer neuen Ordnung, sondern auf hergebrachte 'göttliche' bzw. 'natürliche' Rechte. Ihrem Anspruch nach führte die Kritik an den bestehenden Verhältnissen zurück zur alten Ordnung. Erst mit der ungeheuerlichen Idee, mit der Tradition, und darin mag jegliche Gottesvorstellung eingeschlossen sein⁴, definitiv brechen zu können, wird der Weg frei für die Moderne: frei für eine von Menschen ersonnene und durch sie zu verwirklichende neue Gesellschaft – eine Gesellschaft, in der „der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei“, wie es Marx (1966: 24) formulierte. Koselleck (1979: 262) zufolge „wurde es erst seit rund 1780 denk-

bar, Geschichte machen zu können. Die Formel indiziert eine moderne Erfahrung und mehr noch eine moderne Erwartung, daß man nämlich fähig sei, Geschichte planen und vollstrecken zu können.“

So gesehen kann eine typologische Unterscheidung getroffen werden zwischen vormodernen und modernen Gesellschaften, zwischen Bewegungen in der Vormoderne einerseits und im Wortsinne sozialen Bewegungen andererseits, welche in der Moderne und nur in der Moderne möglich sind. Diese Scheidung bleibt sinnvoll, obgleich empirische Grenzziehungen schwierig sind, insofern wir mit ungleichzeitigen Entwicklungen in unterschiedlichen geographischen Räumen, mit langen Übergangsphasen zwischen Tradition und Moderne, mit vormodernen Restbeständen auch in modernen Gegenwartsgesellschaften, nicht zuletzt mit antimodernen Bewegungen in der Moderne zu rechnen haben. Die als 'misplaced polarity' (Gusfield 1967) kritisierte Scheidung von traditionellen und modernen Gesellschaften bleibt aber auch dann sinnvoll, wenn wir anerkennen, daß selbst in der fortgeschrittenen Moderne sich Geschichte oftmals 'hinter dem dem Rücken der Akteure' vollzieht, anstatt von ihnen 'gemacht' zu werden. Das revolutionäre Element der Moderne liegt bereits in der bloßen Idee umfassender Gestaltungsmacht unabhängig davon, in welchem Ausmaß diese Gestaltung gelingt und nicht beabsichtigte Folgen menschlichen Handelns vermieden werden können.

Die sozialen Bewegungen mit dem bis heute weitreichendsten Veränderungsanspruch waren der radikale bürgerliche Liberalismus und der frühe Sozialismus: Sie wagten wahrhaft Revolutionäres zu denken und zu fordern, nämlich den Grund ihres Handelns allein aus sich, aus ihrem Wollen, ihrem Verstand, ihren Leidenschaften zu schöpfen.

Wird es so möglich, einen wenn auch noch sehr allgemeinen historischen Begriff sozialer Bewegungen zu gewinnen, so ist dieser doch umfangslogisch zu weit und inhaltlich zu unbestimmt, um der sich verändernden Bedeutung sozialer Bewegungen innerhalb der Moderne Rechnung zu tragen. Hierzu mag in einem nächsten Schritt die grobe Unterscheidung zwischen sozialen Bewegungen in der historischen und der gegenwärtigen Moderne hilfreich sein. Wiederum geht es um eine typologische Differenz, nicht um eine empirisch klar datierbare Zäsur.

Die Radikalität historischer Bewegungen in der Moderne zeigt sich zum einen darin, daß ihnen die Tradition nicht länger als heilig gilt. Tradition ist nicht mehr eine in sich geschlossene und als Ganze legitime Ordnung, sondern wird verfügbar. Man kann sich ihrer wie eines Steinbruchs bedienen. Die Radikalität historischer Bewegungen in der Moderne steigert sich mit der Vorstellung, jegliche Bindungen könnten im Prinzip verabschiedet werden, um dem ganz Neuen Platz zu machen. Das Wort Bindung steht dabei nicht nur für eine Sammlung hergebrachter sozialer Regeln – die Tradition –, sondern auch für die vorgebliche 'Natur' des Menschen, die der Vergesellschaftung Schranken setzt. Nur aufgrund der Annahme, solche Bindungen abstreifen zu können, wurde es möglich, Utopien zu formulieren, die sich über alle Regeln der bisheriger Erfahrung hinwegsetzten, ohne als ver'ückt' zu gelten. Nur so konnte die Pädagogik im Zeitalter der Aufklärung junge Menschen als beliebig formbares Material in der Hand des Erziehers verstehen. Und nur so war eine Gesellschaft ohne Staat, ohne die Differenz zwischen Herrschern und Beherrschten nicht nur vorstellbar, sondern wurde auch politisch eingefordert.

Gemessen an diesem außerordentlichen Anspruchshorizont haben historische Bewegun-

gen der Moderne fast nichts erreicht. Und doch haben sie Gewaltiges bewirkt, hält man sich vor Augen, was nicht nur als Denkmöglichkeit freigesetzt, sondern was tatsächlich historisch überwunden, zumindest in die hoffnungslose Defensive gedrängt wurde. 'Seid realistisch, verlangt das Unmögliche' war historische Praxis, lange bevor der Pariser Mai diesen Slogan kreierte. Vieles, was wir als selbstverständlich anzusehen gewohnt sind, geht auf erfolgreiche Kämpfe historischer sozialer Bewegungen zurück, deren Forderungen den Konservativen zunächst als unerhört, ja als wahnwitzig galten. Dazu gehören Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung von Ständen, Leibeigentum und Sklaverei, Proklamation universeller Menschenrechte, staatliche Gewaltenteilung, bürgerliche Rechte einschließlich des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit und vieles andere mehr. Große historische Bewegungen haben der Moderne die Richtung gewiesen und sie trotz aller Trägheitsmomente und des aktiven Widerstands von Gegenbewegungen vorangebracht.

2 Bewegungen in modernen Gegenwartsgesellschaften

Vor dem Hintergrund des Anspruchshorizonts und der Eingriffstiefe der großen historischen Bewegungen muten selbst die 'antisystemischen' Varianten sozialer Bewegungen in modernen Gegenwartsgesellschaften bescheiden an. Ich sehe keine breit vertretene Forderung, die an das radikale Programm der promoderne historischen Bewegungen heranreichen würde. Dies gilt erst recht, nachdem Vorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft an Attraktivität verloren haben. Abgesehen von sich antimodern gebenden, faktisch jedoch viele Momente der Moderne inkorporierenden Bewegungen erscheinen die heute erhobenen Veränderungsansprüche an die Gesellschaft so be-

schränkt, daß sogar die These vom 'Ende der Geschichte' (Fukuyama 1992) im Sinne einer erfolglosen Durchspielung aller Alternativen zum Typus westlicher kapitalistischer Demokratien aufkommen konnte. Die Ideen des Anarchismus, Sozialismus und Kommunismus sind nicht tot; für ernstzunehmende linke Intellektuelle wie Eric Hobsbawm ist die Systemalternative sogar notwendiger denn je. Doch sind revolutionäre Bewegungen linker Provenienz kraftlos und randständig geworden. Den heutigen progressiven Bewegungen geht es um Reformen, etwa die weitere Durchsetzung von Inklusions- und Partizipationsansprüchen, die Beseitigung negativer Folgen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse. Aber es geht kaum mehr um radikale Alternativen zum Bestehenden, schon gar nicht, entgegen allen Diskursen um die Postmoderne, um Alternativen zur Moderne. Die Formel von der 'postmodernen Moderne' (Welsch 1987) bringt dies auf den Punkt.

Die typische Funktion sozialer Bewegungen in modernen Gegenwartsgesellschaften besteht nicht länger in der Durchsetzung großer institutioneller Innovationen (Grundrechtskataloge, Gewaltenteilung, allgemeines und gleiches Wahlrecht, Sozialstaat, Öffnung der Berufe und der Politik für Frauen usw.), sondern in der dauerhaften Einmischung in Politik. Inhaltlich gesehen verkörpern die heutigen Bewegungen kaum etwas, was nicht schon vorgedacht worden wäre oder, in aufgeweichter Form, die Agenden der etablierten Parteien erreicht hat. Hinsichtlich ihrer grundlegenden Formen sind die heutigen Bewegungen nur Varianten und Weiterentwicklungen dessen, was schon im 19. Jahrhundert an Konturen gewonnen hatte (Tilly 1978). Heutige soziale Bewegungen sind im wesentlichen Komplemente und Korrektive etablierter Institutionen; sie sind formbewußte Reaktion auf Bürokratien, Reaktion auf die sachliche Unbestimmtheit des demokratischen Repräsentationsprinzips, auf die Entkop-

plung von individuellen Motiven und Organisationszwecken (Rammstedt 1978). Heutige Bewegungen zeigen strukturelle Defizite des institutionenellen Gefüges an, aber sie sind – entgegen ihrer Rhetorik – nicht wirkliche Gegeninstitutionen.

Große themenübergreifende soziale Bewegungen, zumal in Gestalt von Klassenbewegungen, finden nicht nur keinen sozialen Nährboden mehr, sondern sind auch in dem Maße obsolet geworden, wie relativ vernünftig ausgestaltete, weil im Prinzip ergebnisoffene demokratische Institutionen und Verfahren etabliert worden sind.⁵ Das heißt nicht, alle Reste von Klassenjustiz wären beseitigt, öffentliche Kommunikation folge überwiegend den Regeln der Diskursivität, Parteiensysteme seien offen für Außenseiter, Frauen besäßen in Beruf und Politik Chancengleichheit. Doch nicht die Grundlegung von Institutionen und Verfahren, sondern ihre mangelhafte Ausgestaltung im Sinne weithin anerkannter Grundprinzipien ist das dominante Thema heutiger Bewegungen. Typisch hierfür ist die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, die sich auf die bestehende Verfassung berufen konnte und nicht erst eine konstitutionelle Neuordnung einfordern mußte.⁶ Das nimmt den Ereignissen ungeachtet der subjektiven Radikalität vieler Aktivisten und der Brutalität mancher Polizeiaktionen ihre historische Dramatik. Es geht nicht mehr um das Ganze. Die Utopien sind verblaßt.

All dies spiegelt sich auch in der erstaunlichen Fragmentierung der Konfliktlinien. Mit fortlaufenden sozialen Differenzierungsprozessen multiplizieren sich die issuespezifischen Ansatzpunkte sozialer Bewegungen. Vorherrschend ist das Muster der kampagnenbezogenen Kooperation und der *weak ties*. An die Stelle der lebenslangen Einbindung des einzelnen in eine große Bewegung tritt das situa-

tive Engagement (Paris 1989). Zugehörigkeit zu einer Bewegung bedeutet nicht mehr notwendig ultimatives Glaubensbekenntnis und lebensweltliche Einbettung 'von der Wiege bis zur Bahre'.

Der Bedeutungsverlust großer antisystemischer Bewegungen scheint paradoxerweise mit einer quantitativer Zunahme bewegungsförmiger Proteste insgesamt einherzugehen. Dafür sprechen die Ergebnisse von ersten, große Zeitspannen umfassenden Protestereignisanalysen, die zeigen, daß die Proteste in der Bundesrepublik von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zunehmen (Rucht 1997) und immer mehr von Aktionsbündnissen anstelle von einzelstehenden Großorganisationen getragen werden. Die Gründe für das Anwachsen von Bewegungsprotesten sind zum Teil bereits angeführt worden (Neidhardt/Rucht 1993). Sie bedürfen einer weiteren Prüfung und Erhellung. In der Vielzahl und Heterogenität von Bewegungen sowie ihrer Omnipräsenz in nahezu allen Politikfeldern und auf allen Ebenen (vom lokalen bis zum globalen Maßstab) liegt die Pointe des Begriffs der Bewegungsgesellschaft. Gleichzeitig findet das Instrumentarium des zunächst vor allem Bewegungen vorbehaltenen Protests als ein Mittel rationaler und legitimer Interessenverfolgung zunehmend breitere Anerkennung und Anwendung. Die Umfrageforschung bestätigt, daß der Anteil derer, die noch an keiner Protestaktionen teilgenommen haben, kleiner wird. Protest ist nicht länger eine spezifische Waffe der Ausgegrenzten; er diffundiert in alle soziale Gruppen und Schichten. Auch scheint sich die enge Bindung bestimmter Protestformen an bestimmte Protestinhalte aufzulösen. Protest wird, wie es Tarrow (1994) genannt hat, 'modular'. Bayerische Spitzenpolitiker führen eine Protestkundgebung gegen ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts an. Bundestagsabgeordnete der PDS treten ausgerechnet in einem Theater einen Hungerstreik

an, um eine drastische Steuerforderung an ihre Partei abzuwenden. Was jedoch die Eingriffstiefe sozialer Bewegungen angeht, so waren die okzidentalischen Gesellschaften des 18. und 19. Jahrhundert viel eher Bewegungsgesellschaften als die Gegenwartsgesellschaften.

3 Von der Gesellschaft als Projekt zu Projekten in der Gesellschaft

Die Essenz der Moderne besteht, wie betont, darin, Gesellschaft nicht als Verlängerung der Tradition, als 'gegebene Wirklichkeit', sondern als 'hergestellte Wirklichkeit' aufzufassen. In die Zukunft gewendet bedeutet dies: Gesellschaft wird zu einem Projekt. Auf dem langen Weg vom frühmodernen bis zum postmodernen Denken wird diese Projektvorstellung, und mit ihr die Rolle sozialer Bewegungen, allerdings ganz unterschiedlich gefaßt. Eine äußerst radikale und zugleich sehr reduzierte Projektvorstellung beinhaltet die frühmoderne naturrechtliche Vertragskonstruktion eines Thomas Hobbes. Gesellschaft erscheint als das Produkt vernunftgeleiteten menschlichen Willens, als bewußt eingegangene Abkehr vom Naturzustand. Im Gegensatz zu diesem gewährt Gesellschaft Sicherheit und Berechenbarkeit, aber sie fordert auch ihren Preis. Um Gesellschaft möglich zu machen, muß sich die große Mehrheit der Herrschaft einiger weniger unterwerfen. Damit hat Gesellschaft als Projekt bereits ihr Ende gefunden. Für soziale Bewegungen ist darin kein Platz.⁷ Die Wirren der Religionskriege, vor deren Hintergrund Hobbes den Vertragsgedanken postulierte, sind gerade jenes den Naturzustand auszeichnende Element, das es mit der Konstitution gesellschaftlicher Ordnung aufzuheben gilt.

Marx erscheint dagegen die Vorstellung eines vorgesellschaftlichen Naturzustandes absurd. Zudem ist für ihn mit Ausnahme des Urkom-

munismus jede historische Gesellschaftsformation Klassengesellschaft und insofern bewegte Gesellschaft im doppelten Sinne: Gesellschaft ist in Bewegung und es agieren Bewegungen in der Gesellschaft. Es sind Bewegungen, die, anknüpfend an den jeweiligen Stand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, den eigentlichen Motor gesellschaftlichen Fortschritts bilden. Inspiriert ist dieser Fortschritt durch die Idee, Entfremdung aufzuheben. Dies macht den Kern des Marxschen Projekts von Gesellschaft aus, gibt ihm Sinn, Kraft und Richtung. Verglich Hobbes die Gesellschaft mit einem Uhrwerk, in dem jedes Teil seinen Platz hat und ein für allemal beibehält, so birgt Gesellschaft für Marx die Möglichkeit, sich zu einem kollektiven Subjekt zu erheben. Und das schließt ein, sich selbst zum Gegenstand der Reflexion und tätigen Veränderung zu machen. War für Hobbes die Idee bestimmend, sich im wohlverstandenen Eigeninteresse in die Mechanik des gesellschaftlichen Räderwerks einzufügen, so setzt Marx auf den schöpferischen Menschen, der, nachdem er in einem kollektiven Akt der Befreiung seine Ketten abgeworfen hat, als Freier unter Freien und als Gleicher unter Gleichen Gesellschaft so einrichtet, wie es seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen entspricht. Obgleich Marx, scheinbar ähnlich wie Hobbes, von Bewegungsgesetzen der Gesellschaft spricht, sind es ihm zufolge doch die Menschen, die jene Verhältnisse schaffen und jenen kollektiven Befreiungsakt zuwege bringen, welchen den Sprung aus der 'Vorgeschichte' in die 'Geschichte' erlauben.

Verlor das 'Große Projekt' im Marxschen Sinne bereits um die Wende zum 20. Jahrhundert durch die Ausbildung reformsozialistischer Strömungen an Suggestivkraft, so hat es der bis in die 80er Jahre dahinsiechende Realsozialismus auf lange Sicht diskreditiert. Andere Entwicklungen und Einsichten haben dazu beigetragen, sich von Gesellschaft als Projekt, sei

es in einer eher emphatisch-aufklärerischen Variante, sei es in seiner technokratischen Variante, abzuwenden. Im Westen markierte die Studentenrevolte der 60er Jahre den vorerst letzten Versuch, ein aufklärerisches gesellschaftliches Großprojekt anzugehen. Dieses Vorhaben ist, bei allen sonstigen Langzeitwirkungen der Revolte, gescheitert. Ungefähr zeitgleich liefen auch die Bemühungen um ein technokratisch gesteuertes, freilich strikt systemimmanentes Projekt von Gesellschaft in Gestalt diverser Planungs- und Reformvorhaben. Auch dieses ist gescheitert. Vor diesem Erfahrungshintergrund wird erst die Selbstbeschränkung nachfolgender Akteure und Beobachter verständlich, sei die Bescheidenheit der den Praxisanschluß suchenden Wissenschaft, sei es die Bescheidenheit der auf politische Intervention bedachten Bewegungen. Erneut mag der Kontrast mit historischen Fällen verdeutlichen, wie sehr die Ansprüche zurückgenommen wurden.

Die Wissenschaft im Zeitalter der Aufklärung, obgleich schon damals in einige Disziplinen ausdifferenziert, wollte Gesellschaft in der ganzen Breite ihrer Erscheinungen fassen. Das Programm der französischen Enzyklopädisten bestand darin, Gesellschaft in ihrer Totalität zu beschreiben. Das Programm eines Hegel und Marx bestand darin, Gesellschaft durch alle ihre Erscheinungsformen hindurch auf den Begriff zu bringen. Verbunden damit war der Anspruch, über die Selbsterkenntnis von Gesellschaft vernünftige gesellschaftliche Praxis anzuleiten.

Die Sozialwissenschaften von heute sind, cum grano salis, in weithin unverbundene Spezialdisziplinen zerfallen. Der Blick aufs Ganze wird aufgegeben: „(...) bezüglich des Begriffs der Gesamtgesellschaft bin ich agnostisch“, meint Helmut Scheuch (zit. nach Hauck 1984: 18). Wer, wie Niklas Luhmann, dennoch das

Ganze im Blick behalten will, zieht sich auf die Beobachterposition zurück. Allenfalls ironische Kommentierungen politischer Vorgänge lassen erahnen, daß der Spezialist fürs Ganze einige Korrekturen für angebracht hält.

Die zeitgenössische Bewegungswissenschaft spiegelt den allgemeinen Trend. Wollte Touraine (1978) noch mittels 'soziologischer Intervention' den neuen Bewegungen die Augen für das Großthema der 'Historizität' öffnen, so hat sich die Mehrheit der nachfolgenden Bewegungsforscher daran gemacht, einzelne Bewegungen und Kampagnen mit den konventionellen Mitteln empirischer Sozialforschung zu sezieren. Das geschieht nicht selten in der Hoffnung, es fielen auch taktische Ratschläge für die Bewegungen ab, steht doch die Bewegungsforschung stärker als viele andere sozialwissenschaftlichen Disziplinen im Bannkreis ihres Objekts, das kühle Distanz erschwert.

Die Bewegungen selbst sind von großen Utopien, vom großen Projekt der Gesellschaft, abgekommen. Wie ihre Beobachter haben sie sich zu Spezialisten entwickelt, um im fachgebundenen Politikbetrieb mithalten zu können. Vor unseren Augen eröffnet sich eine endlose Palette politischer Issues. Die einen kümmern sich um Aufklärungskampagnen zum Thema Aids, die anderen um Vor- und Nachteile der Müllverbrennung, die dritten um die Beschneidung junger Mädchen in Afrika. Wir mögen all diese Themen sinnvoll finden, aber wir können sie kaum gleichzeitig verfolgen, geschweige denn aktiv an allen arbeiten. Wie Fernsehzuschauer zappen wir durch die Fülle von Themen.

Nicht nur die Inhalte, auch die Formen werden als Menue angeboten. Sollen wir mit anderen die Straße blockieren oder wollen wir von zuhause aus die Gestaltung der *Homepage* einer

Protestorganisation übernehmen? Und selbst wenn wir uns zu einer ganz bestimmten Gruppierung, sagen wir Greenpeace, hingezogen fühlen: Sollen wir es bei beim monatlichen Scheck belassen oder ziehen wir es vor, am Stand einer örtlichen 'Kontaktgruppe' Aufkleber zu verkaufen? Reizt uns der in der 'Zeit' ausgeschriebene Job eines Kampagnenleiters in der Hamburger Zentrale oder hoffen wir darauf, als waghalsige Stuntmen in Schlauchboote und auf Kühltürme klettern zu dürfen, um uns Stunden später in der 'Tagesschau' zu sehen?

Die dramatischen Bilder der Konfrontation täuschen. Sie sagen mehr über die Mechanismen der Medienselektivität als über den Bewegungsalltag. Wo zuvor tiefe Gräben herrschten, ist nun überwiegend Dialog und Kooperation angesagt. Wie kommen wir an EU-Gelder eines Rahmenprogramms zur Frauenförderung heran? Wird unsere 'Basis' murren, wenn wir einen Ökosponsering-Vertrag mit der Firma X eingehen? Lohnt es, an einem Mediationsprojekt zur gentechnischen Veränderung herbizidresistenter Pflanzen teilzunehmen? Ist es legitim, gegen ein Angebot von mehreren Millionen DM eine verwaltungsgerichtliche Klage zurückzuziehen, um diese Gelder dem Naturschutz zu widmen? Schaffen wir bis in drei Tagen die erbetene Stellungnahme zum Fragenkatalog der Enquete-Kommission? Werden mehr Journalisten zur Pressekonferenz kommen, wenn wir ihnen einen kleinen Snack offerieren? Es sind Fragen dieser Art, die Bewegungsorganisatoren von heute umtreiben. Im hektischen Alltag des Organisierens und Mobilisierens fällt es schwer, innezuhalten und den Blick aufs Ganze zu werfen. Und diejenigen, die wie der vor kurzem verstorbene Rudolph Bahro das Ganze im Auge behalten wollten, haben sich von auf unmittelbare politische Intervention zielender Praxis entfremdet, weil ihnen in ihrem quasi religiösen Eifer das Kon-

krete nur noch als 'Putzarbeit auf der Titanic' erschien.

Laut Otthein Rammstedt (1978) müssen sich Bewegungen bewegen, um Bewegung zu bleiben. Was aber, wenn auf der einen Seite vor lauter Bewegtheit Richtungssinn und Tiefgang verlorengehen, wenn Bewegung zum Lauf im Hamsterrad wird? Was aber, wenn auf der anderen Seite nur auf den fernen Horizont gezeigt wird, aber alle ersten kleinen Schritte in diese Richtung lächerlich gemacht werden? Wie alle sozialen Bewegungen, deren Sturm und Drangphase dem Alltag gewichen ist, stehen auch die neuen sozialen Bewegungen vor der Frage, ob sie in harmlose Geschäftigkeit verfallen oder aber ihre Alltagspraxis an die Grundfragen sozialer Ordnung rückbinden wollen. Im ersten Fall hieße dies, sich in die Schar der Interessengruppen einzureihen und es dem Bund der Steuerzahler oder dem Verband mittelständischer Unternehmer gleichzutun. Im

zweiten Fall hieße dies, an den kritischen Gehalten der großen sozialen Bewegungen der Moderne anzuknüpfen. Dies scheint jedoch nur sinnvoll, wenn das frühe Aufklärungsprogramm zugleich unterboten wie überboten würde. Unterboten werden müsste es in seiner Radikalität. Angesichts der Tragkraft und des Vernunftpotentials grundlegender Institutionen der Moderne, und nahezu alle demokratischen und rechtsstaatlichen Einrichtungen sind ein Ausdruck davon, kann es nicht darum gehen, etwas ganz anderes an ihre Stelle zu setzen. Der formale Charakter dieser Einrichtungen ist, entgegen der Behauptung mancher Kritiker, nicht ein besonders raffiniertes, da illegitime Herrschaft verschleiernsdes Konstrukt, sondern hat gerade den Vorzug, die Zukunft nicht durch vermeintlich substantielle Gewisheiten und ewige Wahrheiten zu versperren. Damit, und nur damit, bleibt der Weg offen für Gesellschaft als Projekt. Überboten werden müsste das bescheidene Reflexionsniveau der frühen



Aufklärung, insofern diese der naiven Vorstellung anhing, frei von Bindungen Geschichte machen zu können. Möglicherweise gibt es anthropologische Konstanten, die auch ein gut gemeintes Programm eines 'neuen Menschen' zur Erziehungsdiktatur werden lassen. Möglicherweise kann das Projekt der Gesellschaft nicht allein auf Vernunft gebaut werden, sondern erfordert Mitgefühl, *compassion* – ein wichtiger Grundbegriff der schottischen Moralphilosophen, der im französischen Rationalismus keinen Platz hatte. Möglicherweise ist das Projekt der Gesellschaft aus guten Gründen von der historischen Tagesordnung verschwunden, um Projekten in der Gesellschaft Platz zu machen. Die Rede von der Bewegungsgesellschaft könnte darin ihre empirische wie normative Pointe finden, daß sich in ihr viele Bewegungen einen Platz erkämpfen, um Gesellschaft nicht nur umzutreiben, sondern auf dem Kurs und Niveau einer 'reflexiven Moderne' zu halten. Reflexiv soll dabei vor allem heißen, sich der eigenen Grenzen bewußt zu werden, sich der Richtung immer aufs Neue zu vergewissern und dabei die Widersprüche zwischen Radikalität und Pragmatismus auszuhalten. Dies den Bewegungen in der heutigen Moderne zuzumuten – soll man es wirklich ein kleines Projekt in der Gesellschaft nennen?

Dieter Rucht ist Professor am Department for Sociology am Darwin College der Universität Kent at Canterbury.

Anmerkungen

¹ An anderer Stelle habe ich vielmehr argumentiert, daß die Aktivitäten von politischen Parteien, Interessenverbänden und sozialen Bewegungen nicht den Bedingungen eines Nullsummenspiels folgen (Rucht 1994).

² Kritisch dazu Rucht 1991.

³ In diesem Punkt konvergieren viele Definitionen sozialer Bewegungen (vgl. Heberle 1951: 6; Turner/Killian 1972: 246; Raschke 1985: 77).

⁴ Marx zufolge ist die Religion und das „religiöse Gemüt“ ein gesellschaftliches Produkt. Vgl. seine siebente These über Feuerbach. In der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie schreibt Marx: „Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertals, dessen Heiligschein die Religion ist.“ (Marx 1966: 17)

⁵ Das wird dann am deutlichsten, wenn grundlegende Verfassungsfragen zur Sprache kommen. Die Phantasie auch ausgewiesener Linker konzentriert sich auf Modifikationen und Ergänzungen. Vgl. etwa die Beiträge in *Offe/Guggenberger* (1984) sowie die von linker Seite angestregte und folgenlos geliebene Debatte um eine Verfassungsreform im Zuge der deutschen Vereinigung.

⁶ Der Civil Rights Act von 1964 bedeutet so gesehen lediglich eine Konkretisierung des bereits festgeschriebenen Gleichheitsgrundsatzes in der Verfassung der USA.

⁷ Dies wird deutlich in Hobbes' Äußerungen über die Zulässigkeit von Menschenansammlungen. „Eine Versammlung ist dann ungesetzlich, wenn die anwesenden Beamten nicht in der Lage sind, die Oberhand zu gewinnen und die Menschen in die Schranken zu weisen. Versammelt sich eine ungewöhnlich große Zahl von Menschen, um gegen jemanden Klage zu erheben, so muß man von einem widerrechtlichen Aufruhr sprechen. Sie hätten ihre Anklage ebenso von wenigen oder nur einem einzigen vor den Magistrat bringen können.“ (Hobbes 1965: 186)

Literatur

Etzioni, Amitai 1970: *Demonstration Democracy*. New York et al.: Gordon and Breach.

Dalton, Russell J. 1996: *Citizen Politics, Public Opinion and Political Parties in Advanced Western Democracies* (2. Aufl.). Chatham, New Jersey: Chatham.

- Fukuyama, Francis* 1992: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler.
- Guggenberger, Bernd/Offe, Claus* 1984 (Hg.): An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gusfield, Joseph* 1967: Tradition and Modernity: Misplaced Polarities in the Study of Social Change. *The American Journal of Sociology* 72, Heft 4, 351-362.
- Hauck, Gerhard* 1984: Geschichte der soziologischen Theorie. Reinbek: Rowohlt.
- Heberle, Rudolf* 1951: Social Movements. An Introduction to Political Sociology. New York: Appleton-Century-Crofts.
- Hobbes, Thomas* 1965: Leviathan oder Wesen, Form und Gewalt des kirchlichen und bürgerlichen Staates. Reinbek: Rowohlt.
- Koselleck, Reinhard* 1979: Über die Verfügbarkeit der Geschichte (zuerst 1977). In: ders., *Vergangene Zukunft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 260-277.
- Marx, Karl* 1966: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung. In: Karl Marx, Friedrich Engels. Studienausgabe in 4 Bänden, hrsg. von Iring Fetscher. Band 1. Philosophie. Frankfurt/M.: Fischer, 17-30.
- Meyer, David/Tarrow, Sidney* 1998 (Hg.): *The Social Movement Society: Contentious Politics for a New Century*. Boulder, CO: Rowman & Littlefield.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter* 1993: Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. *Soziale Welt* 44, Heft 3, 305-326.
- Paris, Rainer* 1989: Situative Bewegung. *Moderne Protestmentalität und politisches Engagement*. *Leviathan* 17, Heft 3, 322-336.
- Pross, Harry* 1992: *Protestgesellschaft*. Von der Wirksamkeit des Widerspruchs. München: Artemis & Winkler.
- Raschke, Joachim* 1985: *Soziale Bewegungen*. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/M.: Campus.
- Rammstedt, Otthein* 1978: *Soziale Bewegung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rucht, Dieter* 1991: Sociological Theory as a Theory of Social Movements? A Critique of Alain Touraine. In: Dieter Rucht (Hg.), *Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA*. Frankfurt/M. und Boulder, CO: Campus und Westview Press, 355-384.
- Rucht, Dieter* 1993: Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 251-275.
- Rucht, Dieter* 1997: Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft. In: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland - Möglichkeiten und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 382-403.
- Tarrow, Sidney* 1994: *Power in Movement: Social Movements, Collective Action and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tenbruck, Friedrich H.* 1976: Glaubensgeschichte der Moderne. *Zeitschrift für Politik* 23, Heft 1, 1-15.
- Tilly, Charles* 1978: *From Mobilization to Revolution*. Reading, MA; Addison-Wesley.
- Touraine, Alain* 1978: *La voix et le regard*. Paris: Seuil.
- Touraine, Alain* 1984: Les mouvement sociaux: objet particulier ou problème central de l'analyse sociologique? *Revue française de sociologie* 25, Heft 1, 3-19.
- Turner, Ralph/Killian Lewis* 1972: *Collective Behavior* (2. Auflage). Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall.
- Welsch, Wolfgang* 1987: *Unsere postmoderne Moderne*. Weinheim: VHC, Acta humaniora.

Joachim Raschke

Machtwechsel und soziale Bewegungen

1 Blockade und Machtwechsel, Bewegungsflaute und Sehnsucht nach Bewegung(en)

Politik in der Bundesrepublik ist heute blockiert. Das politische System ist bestimmt durch ein Institutionensystem mit eingebautem Große-Koalitions-Effekt, durch eine Orientierungskrise und durch ein Gleichgewicht der gegnerischen Kräfte. Im Ergebnis führt all dies zu einem Stillstand der Politik.

Unwahrscheinlich ist, daß die blockierten Verhältnisse allein durch die Macht des Diskurses verflüssigt werden können. Auch das 'Volk' des Grundgesetzes kann wohl kaum als Blockadebrecher agieren: schon deshalb, weil es auf Bundesebene keine Rechte direkter Entscheidung hat, und Wahlen von den Thematisierungen der Parteien abhängig bleiben. Möglicherweise ist es aber auch in sich so unentschieden und orientierungsschwach, daß es heute noch nicht entscheiden könnte, selbst wenn es dürfte.

Sehnsucht nach Bewegung ist in dieser blockierten Situation verbreitet, aber Bewegungen als Hoffnungsträger sind nicht in Sicht. Und doch sind Blockade, Machtwechsel und soziale Bewegungen im politischen Assoziationsfeld enger miteinander verbunden. Einem Machtwechsel, verstanden als bedeutender Regierungswechsel, bei dem die Kanzlerschaft in einer neuen Koalition auf die andere Großpartei übergeht, wird, wie die beiden Fälle in der

BRD-Geschichte auch zeigen, das Potential zu einem relevanten Richtungswechsel zugeschrieben. 1969 konnte damit die Blockade überwunden werden, die sich in der Großen Koalition spätestens nach der Erledigung von Aufgaben auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner symbolisierte. Machtwechsel erscheint insofern als notwendige Bedingung für die Auflösung von Blockaden.

Die Rolle von Bewegungen für den Machtwechsel und – soweit Machtwechsel dies leistet – auch für die Beseitigung von Blockade wurde noch nicht systematisch diskutiert. Auf der Linken gibt es eine Denkgewohnheit, Machtwechsel und grundlegenden Richtungswechsel an die Auswirkungen von Bewegungsaktivitäten zu binden. Allerdings war es immer falsch, zu behaupten, Bewegungen seien für strukturellen Wandel unersetzlich.

Hier soll dem engeren Problem von Machtwechseln und postindustriellen Bewegungen in der Bundesrepublik seit den späten 60er Jahren nachgegangen werden. Dabei zeigt sich unter anderem, daß der Wirksamkeit von Bewegungen gegenüber dem Parteiensystem enge Grenzen gesetzt sind, daß ihre Wirkungen nicht selten paradox sind, also am Ende die Kräfte stärken, die sie bekämpfen. Und daß Bewegungen durch ihre indirekten Wirkungen zum Bestandteil eines blockierten Systems werden können. Bevor im Fokus des Machtwechsels Eigenarten und Grenzen der postindustriellen Bewegungen schärfer zu be-

leuchten sind, ein kurzer Blick auf die 'blockierte Situation'.

Unter den vielen Gründen für den bundesdeutschen Immobilismus hat Fritz Scharpf schon 1977 die institutionellen Blockaden unseres Verfassungs- und Institutionensystems herausgearbeitet, in dem die Gegengewichte zur Regierung ungewöhnlich starke Rechte haben und so die Reichweite von Reformpolitik drastisch reduzieren können. Das Gegenmodell Großbritannien hat unter Margaret Thatcher gezeigt, was in diesem Land auch mit Stimmanteilen deutlich unter 50 Prozent möglich ist. Durch das Mehrheitswahlrecht können daraus eine deutliche Mehrheit der Mandate, eine stabile Regierung und ein scharfer Politikwechsel werden. Mehr Hindernisse sind in dieser Konkurrenz- und Mehrheitsdemokratie nicht zu überwinden. In der Bundesrepublik dagegen kann die Regierung durch das Bundesverfassungsgericht, die Bundesbank, den Bundesrat nachhaltig gebremst werden.

Die Diskursschwäche besteht nicht darin, daß es an kompetenten Beiträgen fehlen würde. Sie hat einerseits damit zu tun, daß sich Kommentatoren, Experten, Intellektuelle, Berater in ihren grundlegenden Beiträgen mehr als sonst wechselseitig widersprechen. Offenbar auch deshalb, weil es der Gesamtlage an Eindeutigkeit fehlt und noch zu vieles von zu vielen als plausibel angesehen werden kann.

Auch sind die mit den Argumenten verbundenen Interessen ziemlich klar bei den Modernisierungsgewinnern und den Verlierern, weniger eindeutig aber bei der großen Zahl von Menschen, für die der Markt sein Urteil noch nicht gesprochen hat. Sie sind zwischen Sorge und Hoffnung hin- und hergerissen. Die überwiegend pessimistischen Einlassungen auf die Fragen nach Zukunftserwartungen, gleichgültig, ob man nach Arbeitslosigkeit,

Rentensicherheit, Halten des Wohlstandsniveaus, innerer Sicherheit oder was auch immer fragt, ist auch als Rückmeldung über die Größe dieses Sorgenhaushalts zu verstehen.

Diskursschwäche war für die Kohl-Republik immer konstitutiv. Zum Glück gab es die versprochen-angedrohte 'geistig-moralische Wende' nicht. Das Zudecken von Problemen mit unscharfen Worten, die Kameraderie zentraler Akteure als Politikmuster, das kommunikative Ersticken der Gefolgschaft, das Ausklammern, Vertagen und Aussitzen – so ungekonnt das häufig aussah, das Auslegen der Republik mit Watte war der Beitrag von oben, perspektivische Alternativen politisch folgenlos zu machen.

Es gelang der Kohl-Regierung zu keiner Zeit, einen Diskurszusammenhang zu entwickeln, in dem ihre Maßnahmen einen übergreifenden Begründungszusammenhang fanden, und in dem offene Fragen kontinuierlich mit gesellschaftlichen Akteuren auf zukunftsfähige Lösungen hin erörtert werden konnten. Nach von Weizsäcker versucht nun mit Herzog schon der zweite Bundespräsident in die Bresche zu springen. So hilfreich mancher dieser Beiträge sein mag, viel größer als die Reichweite evangelischer und katholischer Akademien ist er auch nicht.

Blockade und Immobilismus kennzeichnen auch das Feld kollektiver Akteure im intermediären System. Das gilt für das Verbändesystem, von dessen verfestigter, vielfach interdependenter Interessenstruktur aber auch zu anderen Zeiten kein Durchbruch erwartet werden kann. Eher werden Verbände als ein bremsendes oder mitziehendes Teilsystem für staatliche Reformpolitik relevant.

Von größerer Bedeutung ist die Verfassung parteipolitischer Akteure und der Zustand des Par-

teiensystems. Wenn Diskurse der Zivilgesellschaft und des Parteiensystems nicht ineinander greifen, trocknen beide aus. Die innere Fragmentierung inzwischen ausnahmslos aller Bundestagsparteien von der CDU über die CSU bis zur PDS ist einerseits Ausdruck der Schwierigkeiten, auch im politisch-aktiven Stratum begehbare Wegmarkierungen zu finden, andererseits trägt sie zur Uneindeutigkeit aller Parteien bei.

In den späten 60er Jahren haben Bewegungen über Wechselwirkungen mit Parteien ein sich ähnlich wie heute selbstblockierendes System aufgebrochen. Sie haben damals zwar nicht den Machtwechsel selbst (s.u.), aber dessen weitere Orientierung gespeist. Heute hat sich das Parteiensystem so grundlegend verändert, daß eine solche Vermittlungsleistung nicht mehr zu erwarten wäre. Mindestens so wichtig aber ist die Prämisse: Mobilisierungstüchtige Bewegungen, die das progressive Reformpotential voranbrächten, sind nicht in Sicht.

Die Bewegungen der 70er und 80er Jahre haben sich mit einer stolzen Infrastruktur institutionalisiert. Dadurch tragen sie bisher auch dazu bei, daß die Widersprüche nicht in Richtung einseitig neoliberaler Weltmarktanpassungen aufgelöst werden können. Aufgrund ihrer Themenstruktur leisten sie aber auch keinen Beitrag für reformpolitische Durchbrüche und verstärken von links her eher den Immobilismus.

In Zeiten eines verbreiteten Malaisebewußtseins und seiner Verknüpfung mit einer Selbstblockade von Gesellschaft und Politik könnten sich berechtigterweise Erwartungen an Bewegungen knüpfen. Immerhin werden sie von den Sozialwissenschaften als Frühwarnsysteme, Katalysatoren, Agenten des Wandels beschrieben. Wann also könnte man ihren Beitrag gebrauchen, wenn nicht heute?

Es ist gut begründbar, und Neidhart/Rucht (1993) haben es getan, Bewegungen als ganz normalen Bestandteil 'hochmoderner' bzw. postindustrieller Gesellschaften zu verstehen. Das heißt zunächst einmal nicht mehr als die Funktionalisierung von Bewegungen für eine dynamische, aber nicht disruptive Systementwicklung. Dazu paßt, daß Bewegungsorganisationen über die Mobilisierungshöhepunkte hinaus, deutlicher: auch in der Bewegungsflaute durch staatliche Zuwendungen im weitesten Sinne am Leben gehalten werden. Die Menschen in postindustriellen Gesellschaften werden mehr denn je mit und in Bewegungen leben. Aber die Normalisierung von Bewegun-



gen begrenzt auch ihre Wirkungsmöglichkeiten. Zu fragen ist also nach den spezifischen Beiträgen solcher Bewegungen und nach deren Grenzen.

Wir werden diese Frage einbetten in den engeren Zusammenhang von Machtwechseln. Im Wahljahr 1998, da nach 1990 und 1994 der dritte Anlauf unternommen wird, Rot-Grün in Bonn zu installieren, mag dieser Aspekt der Wirkung sozialer Bewegungen von Interesse sein. Andere standen bisher im Vordergrund: Wirkungen auf den Thematisierungsprozeß durchziehen weite Teile der Bewegungsliteratur, sie sind auch für das intermediäre System insgesamt bedeutsam. Policyeffekte sind in der Untersuchung sehr aufwendig, für die Bewegungen selbst aber von grundlegendem Interesse, da hier die Hauptintentionen ihrer Aktivität liegen (Rucht 1994). Einflüsse von Bewegungen auf den parteipolitischen Machtwechsel betreffen zwar überwiegend einen Bereich von Neben- und nicht-beabsichtigten Effekten sozialer Bewegungen, sie verdienen aber wegen ihrer Seltenheit und wegen der Konsequenzen von Machtwechseln Aufmerksamkeit.

‘Postindustrielle Bewegungen’ sind ein phasenspezifischer Bewegungstypus, der sich in den 60er Jahren im Zuge der Entwicklung zu einer postindustriell geprägten Moderne und in Abgrenzung zum Typ industrieller Bewegungen herausgebildet hat (Raschke 1988). Studentenbewegung/APO und neue soziale Bewegungen gehören – auf dem progressiven Pol – ebenso dazu wie die sich in den 90er Jahren entwickelnden Ansätze rechtsradikaler/rechtspopulistischer Bewegungen, die sich signifikant von den faschistischen Bewegungen der industriellen Phase unterscheiden.

Diese postindustriellen Bewegungen werden zunächst zu den beiden gelungenen Machtwechseln von 1969 und 1982 in Beziehung

gesetzt (2). In einer Einschätzung sollen Eigenarten, Stärken und Schwächen der neuen sozialen Bewegungen (nsB), den einflußreichsten Bewegungsakteuren der letzten Jahrzehnte, benannt und bewertet werden; so mögen Einwirkungsmöglichkeiten gegenüber der parteipolitischen Ebene und von ihr unabhängige Wirkungschancen besser erkennbar sein (3). Das Bewegungspotential postindustrieller Gesellschaften wird auf Links-Rechts-Gegensätze bezogen und bietet damit auch eine Hintergrundfolie für weitere Entwicklungen zwischen Bewegungssektor und Parteiensystem (4). Im folgenden werden einzelne Konstellationen im Verhältnis von Bewegung und Partei systematisiert (5), bevor abschließend noch einmal die Brücke zu den aktuellen Problemen von Machtwechsel geschlagen wird (6).

2 Machtwechsel und Paradoxien sozialer Bewegungen

Der erste Regierungswechsel 1966, bei dem die SPD die FDP bei der Regierungsbeteiligung mit der Union ablöste, stand außerhalb jeden Zusammenhangs mit sozialen Bewegungen, ganz einfach deshalb, weil es keine gab. Die im gleichen Herbst 1966 in West-Berlin entstehende Studentenbewegung bezog ihrerseits Motivations- und Mobilisierungspotential aus der Bildung der Großen Koalition. In der Neuköllner Hasenheide, in einer der klassischen Hallen der Arbeiterbewegung, berieten Dutschke und Genossen im Dezember über die Bildung einer USPD, die die SPD-Linke auffangen sollte. Man verwarf diese Parteigründung.

Die SPD der Großen Koalition grenzte sich zunächst überwiegend und zum Teil drastisch von der Studentenbewegung und APO ab, war selbst auch Zielscheibe heftigster Kritik aus diesem Bewegungszusammenhang. Erst im Wahljahr 1969 entzifferte der anfangs gegen-

über der Studentenbewegung skeptische Willy Brandt 'Demokratisierung' als das Schlüsselthema dieser Bewegung und baute daraus einen Gegensatz zwischen CDU und SPD auf. Für die Wahlkampagne blieb dies marginal. Ausschlaggebend für die 3,4 %, die die SPD dazugewann, waren die Leistungsbilanz in der Regierung und das Thema einer DM-Aufwertung, das die 'Schiller-Wähler', die eigentlich auf dem Weg zu der sich modernisierenden FDP waren, zur SPD führte (zu den zeitgeschichtlichen Kontexten vgl. u.a. Baring 1982; Helms 1994; Kaltefleiter 1970).

Der sozialliberale Machtwechsel basierte auf dem Bündnis einflußreicher Führungsleute, für die Willy Brandt und Walter Scheel standen. Führende Sozialdemokraten wie Helmut Schmidt und Herbert Wehner waren dagegen. Bei den Freidemokraten kam es nach 1966 – völlig unabhängig von der APO – zu einem Richtungskampf zwischen Anhängern einer Fortführung der Strategie des 'Liberalen Korrektivs' gegenüber der Union und den Verfechtern eines Konzepts der 'Dritten Kraft'. Den Vertretern einer Öffnung zur SPD um den 1968 gewählten Vorsitzenden Walter Scheel diente die APO als Folie ihrer Veränderungsbereitschaft und Modernität. Der Kurs der Gesamtpartei im Wahljahr war schlingern.

Die neue Koalition baute weniger auf einer Aufbruchstimmung der beteiligten Parteien auf, als daß sie diese Stimmung durch ihre Regierungsbildung zu erzeugen suchte. Die heterogene Bewegung war allenfalls Verstärker einer gesellschaftlichen Unruhe, die eine Richtung suchte. Seit Mitte 1968 war die Bewegung in der Krise und konnte schon deshalb den parteipolitisch instrumentalisierenden Deutungen ihrer Absichten nicht widersprechen (der SDS löste sich 1969 selbst auf). Die Mehrheit der Bevölkerung wollte 1969 eine Fortsetzung der Großen Koalition.

Erst die Tatsache des Machtwechsels, die plakative Öffnung, die sich im Slogan der Regierungserklärung 'Mehr Demokratie wagen' verdichtete, und die Krise der sehr kurzfristigen Bewegung haben Akteure und Sympathisanten der APO zur und in die SPD geführt.

Für den Machtwechsel waren also politische und ökonomische Faktoren entscheidend, die auch ohne die Bewegung den Ausschlag gegeben hätten. Übrigens herrschte das Prinzip Zufall: Die FDP lag 0,8% über, die NPD 0,7% unter der Sperrklausel. Der durch die Bewegung ausgedrückte und auch beeinflusste Klimawandel griff vor allem nach dem Machtwechsel. Partielle Responsivität durch weiche Interpretation harter Forderungen (zum Beispiel: 'Enteignet Springer'), ohne Präsenz der Bewegungsakteure in den Parteien, mit der Chance, die Übernahme eigener Ziele selbst zu kontrollieren – so ließe sich nüchtern der Machtwechsel entgegen späterer Idealisierung beschreiben.

Der Regierungswechsel von 1982, bei dem die Union anstelle der SPD trat, während die FDP sitzen blieb, brachte eine CDU ins Amt, die sich in der Opposition nach Gesichtspunkten des politischen Marktes modernisiert hatte. Diesmal hatten die Bewegungen Einfluß: einen negativen unter dem Gesichtspunkt des Machtwechsels.

Aktive und Anhänger von Studentenbewegung bzw. APO waren bei der SPD bis in Vorstand und Parlament vorgedrungen, die Themen der nsB wie Atomausstieg und Nachrüstung fanden nachhaltige Resonanz in der Partei. Zwar waren die ökonomisch-sozial-finanziellen Fragen für den Ausstieg der FDP von großer Bedeutung, aber die durch die Bewegungen (und die Angebots- und Sparpolitik) gesplittene SPD war für die Wende-FDP schon ein Grund, be-

vor im Bundestag der Nachrüstungsbeschlüß gescheitert war.

Obwohl also der Einfluß der Bewegungen nicht ohne parteiförmige Vermittlung wirksam wurde, läßt sich dieser Regierungswechsel nicht, jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt, ohne Bewegungen denken. Sie hatten vor allem mit Atom- und Friedenspolitik zwei Themen auf die Agenda gesetzt, die die traditionelle Links-Rechts-Spaltung in der SPD überlagerten und die innere Zerrissenheit forcierten. Die Grünen als Partei der nsB, die erfolgreich bei Wahlen startete, bedrohten die Rolle der FDP als Dritte Kraft. Damit verstärkten sich die Anreize für Genscher und Lambsdorff, jenen Wählern zu folgen, die 1980 im – auch durch die kritische Öffentlichkeit – hochpolarisierten Strauß-Schmidt-Duell von der CDU zu ihnen gekommen waren.

Bewegungen, so zeigt sich, können in beachtlichem Umfang indirekte Effekte erzielen. Sie können zur Fragmentierung ihnen näher stehender Parteien beitragen. Möglich ist auch, daß sie durch ihre Bewegungspartei eine andere Kleinpartei unter Wettbewerbsdruck setzen und dadurch den Machtwechsel des von ihnen sozusagen verschonten Gegners fördern.

3 Neue soziale Bewegungen: Für vieles gut, für manches nicht zu gebrauchen

Es gibt kein 'Versagen' der neuen sozialen Bewegungen, keinen selbstverschuldeten 'Niedergang' oder ähnliches. Die Lebenszeit von Bewegungen, mindestens ihre Mobilisierungsphasen sind kürzer geworden. Ihre Bewegungsorganisationen überleben sie, der rasche gesellschaftliche Themenwandel gibt ihnen aber nur begrenzte bzw. gelegentliche Chance erfolgreicher Mobilisierung. Fünf Jahre sind heute

schon eine gute Zeit für eine hochmobilisierte Bewegung.

Der Bruch mit dem 'industriegesellschaftlich' geprägten Bewegungstypus fand um 1960 herum statt. Ablesen läßt sich dies am Kontrast zwischen der 'Kampf dem Atomtod'-Bewegung einerseits, getragen von den industriellen Massenorganisationen Gewerkschaften und SPD, der Ostermarschbewegung andererseits, einer Bewegung im Übergang zum postindustriellen Bewegungsmuster. Der neue Typus galt für die APO wie für die nsB: eine andere Organisations- und Mobilisierungsstruktur, ein neues Großthema und neue Ziele, eine andere Wirkungsweise.

Dieser neue Typus kann ebenso aus der Sozialstruktur wie aus den Rahmenbedingungen erklärt werden. Hier interessieren drei Momente, die starken Einfluß auf sein strategisches Handlungspotential haben: Ambivalenz zwischen Kultur- und Machtorientierung, anti-hierarchische Organisationsweise, massenmediale Abhängigkeit.

(a) Verschiebung zu kulturorientierten Bewegungen bzw. zum kultur- gegenüber dem machtorientierten Element in Bewegungen:

Das Großthema der Lebensweise prägt auch Orientierungen der Akteure, die sich wegen innerer Abneigung gegenüber dem Machtelement von Politik häufig schwer damit tun, Machtpolitisch-strategisches zu praktizieren. Wertwandel, 'kulturelle Resonanz' (Gamson), Selbst- statt Strukturveränderung bezeichnen Voraussetzungen, Wirkungen und Intentionen neuer sozialer Bewegungen.

Organisatorisch nicht oder schwach gebundener Wertewandel ist schwer stabilisierbar. Da organisatorische und personelle Integration für die neuen sozialen Bewegungen in geringem

Maße zur Verfügung stehen, bleibt die symbolische Integration. Sie ist aber von kultureller und massenmedialer Vermittlung extrem abhängig – ihrerseits in ihrer Aufmerksamkeit hochgradig oszillierenden Einheiten.

(b) Organisations- und Strategieschwäche:

Bei vielen Stärken liegt eine grundlegende Schwäche der neuen sozialen Bewegungen im Fehlen eines kohärenten, interventionsstarken, strategiefähigen Akteurs. Dabei trägt das Schwanken zwischen Macht- und Kulturorientierung sowie die – auch daraus resultierende – Neigung zu basidemokratischen Organisations- und Aktionsformen zu dieser Schwäche bei.

Eine andere Neigung, die Projektorientierung und das persönliche, intensive Engagement in einem der zahlreichen Politikfelder, ist unter vielen Gesichtspunkten eine Stärke der Bewegung. Unter strategischen Aspekten aber ist sie auch eine Schwäche, weil sie Themenpartikularismus bzw. alternatives Spezialistentum fördert – ein Problem, das über die Bewegungen hinaus weit in die Grünen hineinwirkt, bis auf die Ebene von Bundestagsfraktion und Parteivorstand.

(c) Medieneffekte:

Schneller Aufstieg und rascher Absturz werden zusätzlich zu den internen Faktoren auch durch die Medien gefördert. Medien sind inzwischen auch für die Bewegungen der wichtigste Umweltfaktor. Medieneffekte unkonventionellen Handelns machen Großorganisationen überflüssig, sie setzen die symbolische an Stelle der realen Masse. Medien fördern das expressive Moment, verschleißen aber die Bewegungen durch ihren raschen Themenwechsel. Auch wollen sie gleich wissen, worauf ein Bewegungsversuch hinaus will, und etikettieren

schnell, wie die Akteure auf dem Weg zu einer neuen Studentenbewegung im Winter 1997 beklagten. 'Gegenöffentlichkeit' bleibt meist in ersten Ansätzen stecken.

Die Versuchung, sich mit Surrogaten sozialer Bewegung zu begnügen, die in der Mediengesellschaft nicht so leicht zu erkennen sind, ist groß. Solche Surrogate bedürfen nur einiger Ingredienzien wie ausgewählter unkonventioneller Aktionsformen, einer kleinen Zahl von Aktiven oder bewegungsförmiger Sprache, um wie Bewegung zu wirken. Vorausgesetzt, man kann sich durch gezielte Maßnahmen das Medieninteresse verschaffen, wie es zum Beispiel Greenpeace durch Kampagnenpolitik, die wie die Inszenierung einer Bewegung wirkt, immer wieder gelingt.

Die andere Wirkungsweise der nsB bereitet Schwierigkeiten realistischer Einschätzung. Man kann sie leicht überschätzen – in der Bewegungskonjunktur. Man kann sie aber in der Flaute auch leicht unterschätzen, weil sie wirksam bleiben, auch wenn sie nicht mobilisieren. Licht- und Schattenseiten; die hohe Ambivalenz ist in den Bewegungen selbst verwurzelt.

Stärken der nsB unter systemischen Aspekten wurden häufig beschrieben: ihre Thematisierungsleistungen; ihre Beiträge zur Verstärkung eines Wert- und Bewußtseinswandels, deren Ausdruck und Katalysator sie sind; ihr Angebot zur Steigerung von Partizipationschancen außerhalb des konventionellen Repertoires; ihre Wirksamkeit vor allem auf der kommunalen Ebene (Rucht et al. 1997), aber auch überregional in spezifischen Politikfeldern wie zum Beispiel der Atompolitik.

Auch aus der individuellen Perspektive fällt eine Bilanz der nsB günstig aus. So zeigen sie einen geringeren Grad lebensweltlicher Abson-

derung; vom Ideal einer Politisierung der Lebenswelt her gesehen sind sie sogar den meisten Bewegungen seit dem 19. Jahrhundert überlegen. Sie sind aufgrund ihrer basisdemokratischen Strukturen auch relativ freundlich gegenüber individueller Autonomie. Sie gehen relativ schonend mit den Ressourcen der einzelnen um (vor allem mit knapper Zeit), weil sie vom kostenträchtigen Prinzip dauerhafter Massenmitgliederorganisation abgekommen sind und die relativ günstige Kosten-Nutzen-Relation hinsichtlich verstärkter Medieneffekte berücksichtigen.

Unangebracht wäre aber eine nachträgliche Idealisierung der neuen sozialen Bewegungen. Für vieles gut, sind sie für manches nicht zu gebrauchen. Schwächen gibt es nicht nur aus der Außenperspektive, sondern auch aus der Sicht von Akteuren, die über die Grenzen ihrer Wirksamkeit häufig enttäuscht sind, ohne immer genau zu wissen, woran das liegt.

Interventionsschwächen der neuen sozialen Bewegungen resultieren auch aus Organisationschwächen. Situativ können die Vielfalt von Bewegungsorganisationen, Aktionsformen, Strategien, die Dezentralität, die informelle Verständigung in kleinen Einheiten durchaus auch von strategischem Vorteil sein. Langfristig treten aber die Defizite solcher Organisationsstrukturen hervor: Schwächen verbindlicher Koordination, kontrollierter Zentralisierung sowie der Mitgliedermobilisierung, die solche Bewegungsorganisationen mit kleiner Mitgliederzahl und geringer Verpflichtungswirkung unattraktiv als Verhandlungspartner staatlicher Reformakteure macht (Mayntz 1987). Konstitutiv ist, wie Dieter Rucht u.a. (1997) gezeigt haben, nicht eine institutionelle Schwäche der nsB – die Bewegungsorganisationen haben durchaus verstanden, sich zu stabilisieren. Konstitutiv aber sind Strategiedefizite der neuen Bewegungen.

Im politischen System fänden sie, entsprechend dessen Regeln, nur als strategiefähiger Machtfaktor Berücksichtigung. Was Thomas Leif (1990) für die vergleichsweise stark koordinierte und zentralisierte Friedensbewegung der 80er Jahre festgestellt hatte, 'strategische Ohnmacht', gilt mehr noch für die anderen Zweige der neuen Bewegungen. Selbst bei den Grünen besteht ein sehr geringes Ausmaß strategischer Handlungsfähigkeit auf nationaler Ebene.

Es kommt zu einer Selbstfesselung durch Bindung an bewegungsspezifische Prinzipien. Was unter dem Kriterium der Authentizität positiv ist, muß unter dem Aspekt strategischer Handlungsfähigkeit häufig als negativ bewertet werden. Vereinbarkeit scheint nicht möglich, es ist eine Entscheidung zwischen gegensätzlichen Prioritäten.

Es gibt mindestens zwei Voraussetzungen strategischer Handlungsfähigkeit sozialer Bewegung: (a) Ein hinreichendes Maß an auch in der Bewegung akzeptierter Machtorientierung, (b) die Herausbildung eines oder mehrerer strategiefähiger Zentren, gebunden an eine gut koordinierte zentrale Handlungsebene.

Tatsächlich haben wir es zu tun mit Ambivalenz, ja Unentschiedenheit zwischen Macht- und Kulturorientierung sowie mit basisdemokratischen Idealen. Die Organisationsform wird primär nach Wert-, nicht nach Strategiepräferenzen gewählt.

Was läßt sich resümieren nach fünf Jahren Anlauf, fünf Jahren Hochmobilisierung und weiteren fünf Jahren abflauernder Mobilisierung? Thematisierungserfolge; vorwiegend kommunale Policy-Erfolge; Aufbau eines organisatorischen Bewegungssektors, vorzugsweise auf der kommunalen Ebene; Penetration in das intermediäre System und starke öffentliche Re-

sonanz; Aufbau einer Bewegungspartei, deren Stammwählerschaft erst in den 90er Jahren über die 5%-Hürde gekommen ist, und deren Bezüge zu den Bewegungen sich – je länger, desto mehr – lockern.

Ist das viel, ist das wenig? Vom Nullpunkt her gesehen ist es sicherlich 'viel'. Als weniger erscheint es, wenn man die 80er Jahre als ein für Bewegungsmobilisierung ungewöhnlich günstiges Jahrzehnt betrachtet. Erheblicher Anteil an den Erfolgen der nsB wäre also den günstigen Rahmenbedingungen zuzurechnen. Noch kleiner wird der Erfolg, sieht man vom Ende der 90er Jahre zurück, da sich zeigt, daß Stabilisierung vor allem organisatorisches Überleben, nicht strategische Intervention oder Massenmobilisierung bedeutet. Stabilisierung nicht zuletzt durch staatliche Förderung, mit der längerfristig – wie beispielsweise die ABM-Politik zeigt – nicht gerechnet werden kann.

In den 90er Jahren wurden Schwächen der nsB deutlich sichtbar:

- Themenwechsel, dem sich die nsB weder erfolgreich widersetzen noch – unter Aufrechterhaltung von Identitätskernen – erfolgreich anpassen konnten. Die erneut erdrückende Dominanz von Fragen der Wachstums-, Verteilungs- und Sicherheitspolitik, das ganze Spektrum 'materialistischer' Issues, lassen die 80er Jahre mit ihrem Durchbruch postmaterialistischer Themen wie eine Episode erscheinen.
- Organisations-Schwächen und Defizite strategischer Handlungsfähigkeit auf überlokalen Handlungsebenen. Dort, wo Organisation und strategische Handlungsfähigkeit relativ am besten gelangen, war man am wenigsten Bewegung: bei den Grünen.

- Entkopplung von der einstigen Bewegungspartei Die Grünen, zuletzt bei der pazifistischen Friedensbewegung. Die Mobilisierungsschwäche der nsB ermöglicht den Grünen eigenständige Operationen auf dem Wählermarkt. Sie erfordert sie sogar, teilt man die Prämisse des parlamentarischen Überlebens der Partei, die sich nur noch sehr begrenzt im Spannungsfeld zwischen Bewegungssektor und Wählermarkt definieren kann bzw. muß.

Es hat Folgen, daß die nsB keine kohärenten, strategiefähigen Makroakteure sein wollen und können. Im intermediären System müssen sie nicht nur eine Arbeitsteilung, sondern auch eine Hierarchie akzeptieren. Verbände, vor allem aber Parteien, als in höherem Maße strategiefähige Makroakteure, kontrollieren mittel- und langfristig ihre Einwirkungsversuche auf das politische System (die Massenmedien mit ihrem kontinuierlichen Parteien-Bias sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt). Gerade die interventionsschwachen nsB sind auf Vermittlung der Vermittlung angewiesen.

Einen wichtigen Teil ihrer Wirkung erzielen sie deshalb auf anderem Wege. Sie haben eine Sickerwirkung, die über lebensweltliche Thematisierungen, Wertewandel, Bewußtseinsbildung, alltagsbezogene Netzwerke geht. Multiplikatoren verstärken – gestützt durch Initiativen, Vereine, informelle Netzwerke – diese wenig sichtbaren Wirkungen auch mobilisierungsmüder, latenter Bewegungen. So beeinflussen sie Grundstimmungen und die in Millimetern zu messenden Veränderungen der außersystemischen Lebenswelt.

Die Wirkung der nsB ist überwiegend indirekt. Bei günstigen Rahmenbedingungen, auch bei gezielter, punktueller Mobilisierung (wie zum Beispiel bei Atomtransporten), gewinnen sie Einfluß auf die politische Agenda. Suchte

man nur nach den Interventionen strategiefähiger Makroakteure, ginge man an der 'silent revolution' (Inglehart) vorbei.

4 Bewegungspotentiale postindustrieller Gesellschaften

Umfang und Kompetenz des Aktivenpotentials, problemerzeugende Selbstwidersprüchlichkeit moderner Gesellschaften sowie Erosionstendenzen des etablierten intermediären Systems lassen die Voraussage als unrisikant erscheinen, Bewegungsaktivitäten hätten mittel- und langfristig eine Zukunft. Von welcher Art aber sind die Bewegungspotentiale, mit denen wir in postindustriellen Gesellschaften zu rechnen haben?

Wir werden Bewegungen haben, dürfen aber nicht zu viel von ihnen erwarten. Drei Faktoren begrenzen und spezifizieren solchen Erwartungshorizont:

4.1 Brüchigkeit von Kollektivakteuren

Postindustrielle Gesellschaft schafft nicht die Bedingungen für kohärente Massenbewegungen mit steuerungsfähigem strategischem Zentrum. Individualisierung, Nutzenkalküle, Narzismus, um nur diese drei Tendenzen zu nennen, stehen gegen Sozialisationsanfordernisse für erfolgreiche Akteure in formaler Organisation mit beträchtlicher Koordinations- und kontinuierlicher Interventionsleistung.

Krise bis hin zum Zerfall makropolitischer, strategisch handlungsfähiger Kollektivakteure ist eine Erscheinung fortgeschritten-moderner Gesellschaften. Obwohl auch in Parteien und Verbänden wirksam, sind soziale Bewegungen besonders davon betroffen, da ihr formaler Halt besonders gering ist. Die Ursachen liegen nicht nur im Sozialisationsstyp, aber sie beginnen dort.

4.2 Problemhaushalt

Bewegungen lassen sich eher hinsichtlich ihrer grundlegenden Formen als in Bezug auf ihre Inhalte vorhersagen. Dennoch sind auch erwartbare Problemlagen nicht beliebig.

4.2.1 Progressive Bewegungen

Linke Bewegungen haben von den späten 60er bis zum Ende der 80er Jahre den Bewegungssektor dominiert. Ihr Großthema ließ sich mit dem Begriff der Lebensweise umreißen (vgl. Raschke 1988). Giddens (1995:192) unterscheidet bei seiner Systematisierung bewegungsrelevanter Großthematik zusätzlich zwischen Egalisierungs- und Lebenspolitik.

Dies war ein Bruch mit dem systemstrukturellen Ansatz, wie er die Arbeiterbewegung bestimmt hat. Selbstveränderung bzw. die Anpassung der Lebenswelt an die veränderten, postmaterialistischen Wertorientierungen gewannen an Gewicht. Strukturveränderung wurde überwiegend nicht mehr von einem postulierten Systemzustand abgeleitet, sondern durch pragmatische Anpassungen von einer veränderten, aber nicht – zum Beispiel im Sinne eines irgendwie gearteten 'neuen Menschen' – revolutionierten Lebensweise aus angestrebt.

Im Vordergrund stand die Thematisierung negativer Effekte von Wirtschaft/Kapitalismus, Kultur/Wissenschaft und Politik/Staat (repräsentativ für diese Denkrichtung und theoretisch begründet von Offe 1986). Politik sollte von außen, begrenzend, modifizierend auf eine funktional differenzierte moderne Gesellschaft einwirken. Man war eher auf der Suche nach neuen Gleichgewichten, nicht mit dem Einreißen des gewachsenen Systems moderner Gesellschaft beschäftigt. Nicht zufällig wurde 'Umbau' eine zentrale Metapher und 'Moderne' ein vielfach akzeptierter Referenzpunkt.

‘Modernisierungskritische Modernisierer’, diese Formel, mit der versucht wurde, den Ansatz der Grünen zu charakterisieren (Raschke 1995), kann auch als Etikett für weite Teile der progressiven Bewegungen gelten.

In ihren spekulativ-vagabundierenden, zum Teil auch utopisierenden Aktivitäten kursierten in den Bewegungen Vorstellungen ganz anderer grundlegender Strukturen in Wirtschaft, Staat, Kultur. Es gab aber keine Kraft und überwiegend auch nicht den Willen, diese Strukturen selbst fundamental zu ändern.

Bewegungen sind heute schwächer in den hochgradig ausdifferenzierten, professionalisierten, durchrationalisierten Bereichen, stärker in geringer ausdifferenzierten und rationalisierten Handlungsfeldern der Lebenswelt. Zwar kann der sinnvolle Versuch gemacht werden, ‘externe Effekte’, die Ökologie, Soziales und andere Aspekte der Lebensweise tangieren, in das Subsystem der Ökonomie zu ‘internalisieren’; zu zentralen Codes oder Leitwerten avancieren sie damit nicht. Innerhalb sehr langer Zeiträume werden sie ‘im Zweifel’ bzw. in der Krise gekippt.

Ökologie und Technikentwicklung, Geschlechterverhältnisse, Partizipation und Überwachungskritik, solidarische und offene Gesellschaft, inner- und zwischenstaatlicher Gewaltabbau – dies werden sicherlich Unterthemen zum Großthema der Lebensweise bleiben.

Große Partizipationsthemen auf nationaler Ebene sind, außer dem alten, überregional nur schwach mobilisierenden Thema von Referendumsdemokratie, nicht in Sicht. Offenkundig gibt es Demokratisierungsgrenzen des politischen Institutionensystems auf nationaler und internationaler Ebene, soweit an Massenpartizipation gedacht wird. Damit entfällt ein Themenbereich, für den in der partizipationswilli-

gen und -fähigen Gesellschaft hervorragende Dispositionen bestünden.

Die Groß- und Subthemen einer postindustriellen Linken werden die Gesellschaft lange begleiten. Sie sind in Widersprüchen und Spannungsfeldern der Moderne angelegt, die sich nur durch Modernisierung der Moderne halten kann. Auch die kritisch orientierten Trägergruppen aus dem Bereich qualifizierter, sich modernisierender Dienstleistungstätigkeiten werden durch die gesellschaftliche Entwicklung fortlaufend hervorgebracht.

Ohne Mobilisierungsschübe in der näheren Zukunft erscheint eine fortlaufende Reproduktion der aus den 80er Jahren überlebenden Bewegungsorganisationen unwahrscheinlich. Da Anreize für kurz- und mittelfristige Bewegungen begrenzten Engagements aber hoch bleiben, ist auch mit neuen Bewegungen bzw. Mobilisierungsphasen zu den genannten Themenhorizonten zu rechnen.

4.2.2 Rechte Bewegungen

Eine stabile rechtsradikale Bewegung konnte sich in der Bundesrepublik noch nicht herausbilden. In den frühen 90er Jahren standen rechtsradikale Akteure aber an der Schwelle zur Bewegungsbildung, vielleicht hatten sie sogar schon eine Frühform sozialer Bewegung realisiert. In den Zielen, der Vernetzung von Bewegungsorganisationen, der Mobilisierung und einigen Aktionsformen entsprach dieser Handlungszusammenhang durchaus schon Bewegungskriterien (Koopmans/Rucht 1996).

Bisher verhinderten staatliche Repression und Gegenmobilisierung, Geschichtserfahrungen und Politische Kultur, aber auch interne Strukturierungsschwächen den Durchbruch und die Stabilisierung als Bewegung. Besonders wich-

tig ist dabei das eingeschränkte Aktionsrepertoire rechtsradikaler Bewegung(en), das ein weites Spektrum partizipatorisch-öffentlicher Aktionsformen ausschließt. Für diesen normalen Kernbereich sozialer Bewegungen, von Demonstrationen mit Kundgebungen bis hin zum zivilen Ungehorsam, ist der öffentliche Raum bisher weitgehend verschlossen (Koopmans 1996).

So kommt es, daß die rechtsradikalen Sympathisanten sich in der Anonymität der Wahlkabine des Stimmzettels, Aktivisten sich im Dunkeln der Nacht der Gewalt bedienen. Von allen rechtsradikalen Aktivitäten zwischen 1991-1993 waren 80 Prozent gewaltsam. Auch die Diskurse der Neuen Rechten konnten diese Kluft zwischen Stimmung und Stimmen auf der einen, sprachloser Gewalt auf der anderen Seite bisher nicht schließen.

Das beachtlich große Potential für Rechtsradikalismus nährt sich aus Erfahrungen von Modernisierungsverlierern wie aus Ängsten vor sozialem Abstieg und Ausschließung, aus Modernisierungsverdrossenheit wie kulturell-politischer Entfremdung und Sinnverlust, aus kursierenden alltäglichen Ressentiments und Vorurteilen. Nur die strukturellen Schwierigkeiten der Bewegungsbildung erklären, daß dieses Potential bisher vor allem von rechtspopulistischen Parteien (Pfahl-Traugher 1994) mobilisierbar war.

Dabei zeigen sich die Probleme eines politisch aktiven Rechtsradikalismus schon auf der Ebene alltäglicher Sichtbarkeit, zum Beispiel bei den Schwierigkeiten, Kandidaten für Kommunalwahlen zu finden. Der Versuch, aktiven Rechtsradikalismus zu diskriminieren und sozial zu ächten, verstärkt Tendenzen des parteipolitischen Rechtspopulismus, sich als Bewegungssurrogat anzubieten.

Die Schwäche rechtsradikaler Bewegungsbildung ist – wie wir sehen werden – ein Strukturvorteil der bürgerlichen Parteien. Sie können sich auf das beachtliche Potential beziehen, ohne die Interaktionskosten zahlen zu müssen. Bleibt die Bewegung draußen, können sie drinnen manchmal so reden, als seien sie Bewegung (von 'durchrasster Gesellschaft', 'Überfremdung' oder 'Asylantenschwemme').

4.2.3 Reaktive, richtungsarme Bewegungen

Die großen, strukturell verankerten Bewegungspotentiale bleiben einem Richtungsspektrum zuordenbar, wenn man den Bedeutungswandel von Links und Rechts in den vergangenen zwanzig Jahren in Rechnung stellt. Unzufriedenheits- und Unruhepotentiale postindustrieller Gesellschaften gehen aber weit darüber hinaus (vgl. auch Heitmeyer 1997). Als Trägerschaft für Bewegungen sind sie schwerer prognostizierbar.

Teile des studentischen Protests und der Proteste von Bergleuten, Arbeitslosen oder des regionalen Protests finden in einem Vor- und Zwischenbereich zu sozialer Bewegung statt. Zu beobachten sind sich überschneidende Formen von Protest, kollektiver Episode und – eher kurzfristiger und bereichsspezifischer – sozialer Bewegung oder doch von Protobewegungen. Gerade solche thematisch und von den engeren Trägergruppen her fast beliebigen und unabgeschlossenen Protest- und Partizipationsmanifestationen verweisen auf ein insgesamt hohes Bewegungspotential postindustrieller Gesellschaften. Wenn Widerspruchs- und Partizipationspotentiale gleichzeitig wachsen, scheint dies unvermeidbar.

Erklärungen für alle drei hier unterschiedenen Bewegungsformen finden sich für die Makro-

und Mesoebene in Modernisierungstheorien, für die Mikro- und Mesoebene in Theorien relativer Deprivation. Unzufriedenheits-, Protest- und Bewegungspotentiale aufgrund forciertem Modernisierungsprozesse sind heute und in Zukunft sicherlich im erweiterten Kontext von Globalisierung zu entziffern.

Es gibt noch keine Politische Soziologie der Globalisierung. Suhraster für Rückwirkungen globalisierter Modernisierung auf Unzufriedenheits- bzw. Bewegungspotentiale könnten in mehreren, nicht trennscharfen Dimensionen entwickelt werden, unter anderem:

- Globalisierung als Öffnungsprozeß, der im Gegenschlag Schließungen verstärkt: zum Beispiel ethnische, regionale, nationale, religiöse Gemeinschaften.
- Globalisierung als Risikoprozeß, der das Interesse an Sicherheiten verstärkt: an Schutzangeboten wie Protektionismus, chauvinistischer Ökonomie ('Deutschland zuerst', 'Britain first' etc.), an neuen Formen sozialer Sicherheit wie einer sozialen Grundversicherung, an Sicherheitsangeboten gegenüber internationalisierter Kriminalität.
- Globalisierung als Wettlauf, der Gewinner und Verlierer hervorbringt: neue Armut und Reichtum, Spaltung der Gesellschaft, Erosion der Mittelschichten, sektorale Radikalisierungen sind Stichworte sich erneut verschärfender Ungleichheiten und Ungleichgewichte globalisierter Moderne.

Die Akteure der Globalisierung, die Forscher, Techniker, Konzernherren, Aktionäre etc., sind heute die wichtigsten Agenten sozialen Wandels. Progressive Bewegungen versuchen, Globalisierung durch Maßstäbe ökologischer, sozialer, demokratischer Verträglichkeit, durch Forderungen inner- und internationaler Soli-

darität zu steuern (zum Teil, auf verzweifeltem Posten, zu verhindern).

Regressive Bewegungen arbeiten an einem Weg zurück, wobei die besseren und glücklichen Zeiten durch unterschiedliche, aber immer homogenisierende, zwanghaft vereinheitlichende Projektionen besetzt werden. Situativen Protest-Bewegungen fehlt eine große Linie und eine strukturelle Verankerung. Sie wehren sich gegen Auswirkungen globalisierter Moderne, auch wenn bei Intellektuellen vorzeigbare ideologische Rahmenkonzepte nicht vorhanden sind.

4.2.4 Bewegungsschranken des Teilsystems Ökonomie

Postindustrielle Bewegungen, das ist ihnen gemeinsam, setzen von außen am Teilsystem Ökonomie an. Sie können zwar ökonomische Ursachen und Auswirkungen haben, aber ihr primäres Handlungsfeld liegt außerhalb der Ökonomie.

Zwar sind Bewegungen zur Abwehr der herrschenden Modernisierungslinie und zur Verteidigung sektoraler Interessen möglich. Sie zeigen aber nur die Spur, die Modernisierung in der Gesellschaft hinterläßt, und fordern normativ eine Grenze des Wandels. Sie greifen nicht offensiv in die Bestimmung des Wandels ein. Jedenfalls so lange nicht, als Fragen der Wirtschaft und des Sozialen lediglich als wirtschaftliche und soziale Fragen thematisiert werden.

Wirtschaft ist heute ein hochgradig ausdifferenziertes System mit einem hohen Institutionalisierungsgrad. Institutionalisiert sind die Funktionslogik der Verwertung von Arbeit und Kapital, die Produktionseinheiten mit Funktionsspezialisierungen und Rollenmustern sowie die organisierten, bereichszentrierten Interes-

senverbände der Arbeitgeber/Unternehmer und Arbeitnehmer.

Im mehr als zweihundertjährigen Prozeß der Ausdifferenzierung dieses Teilsystems gab es für die Kämpfe sozialer Bewegungen zunächst erhebliche Ansatzpunkte. Langfristig aber haben Spezialisierungs-, Vermachtungs- und Kooperationsprozesse der Arbeiterbewegung bzw. ihrem ökonomischen Arm von Gewerkschaften und Genossenschaften innerhalb dieses Teilsystems immer mehr den Boden entzogen bzw. sie zu funktionaler Anpassung gezwungen. Am Ende verteidigen Gewerkschaften mit den Unternehmern die Autonomie dieses Systems, solange die Unternehmer zu systeminternem Interessenausgleich und Kompromiß bereit sind. Betrieb und Unternehmen können so zwar Ort des sozialen Protestes, zum Beispiel gegen eine unbegründete Stilllegung, sie können aber nicht mehr Ort sozialer Bewegung sein.

Bis hin zum Betriebsverfassungsrecht betreibt das Subsystem Wirtschaft eine 'Entpolitisierung' im Sinne der Ausklammerung von partei- oder bewegungspolitischen Kontroversen und Konflikten. Endogen entstehende Bewegungen sind innerhalb eines so hochgradig formalisierten und spezialisierten Systems unwahrscheinlich. Sie bilden sich, soweit sie Fragen des ökonomischen Systems berühren, an dessen Folgen und suchen vor allem den Einflußweg über das politische Teilsystem, in dem gesamtgesellschaftliche Interessen definiert werden und von dem aus interveniert werden kann.

Schwieriger, aber möglich ist es, Bewegungsinteressen durch das ökonomische System und seine Funktionslogik hindurchzutreiben. Dies versucht beispielsweise die Ökobewegung durch Formen wie Ökobank oder ökologische Investmentfonds, Förderung ökologischen Konsumentenverhaltens, kritische

Aktionäre, Ökoaudit, Mediation etc. All diesen Formen ist gemeinsam, daß sie sich innerhalb der Funktionslogik des ökonomischen Systems bewegen und diese für spezifische Ziele zu nutzen suchen. Wirtschaft als ausdifferenziertes Teilsystem wird dadurch nicht verändert. Auf Wirtschaft wirkende Bewegungen kommen also von außerhalb der Wirtschaft. Das gilt auch für Formen der Arbeitslosenbewegung, von Akteuren getragen, die mit der Arbeit auch ihren Ort im ökonomischen System verloren – oder nie erreicht – haben.

Vielleicht kann nur eine Bewegung mit kulturellem Überschuß Wirkungen auch in der Ökonomie auslösen: Wenn sich die Frage 'Wie wollen wir leben?' notwendigerweise auch mit der Ökonomie verbindet. In den 70er und 80er Jahren sagte man: 'Nicht mit der Atomkraft leben!' In den 90er Jahren beginnt man sich zu weigern, mit Massenarmut oder mit politischer Apathie und Entfremdung wg. ökonomischer Unsicherheit zu leben.

Zur Zeit der Arbeiterbewegung, in der Formation der Industriegesellschaft, gab es einen materieller Kern und kulturelle Zusatzserwartungen – aber die Zusatzserwartungen 'befreiter', 'gerechter', 'kulturvoller' Gesellschaft wirkten motivierend und mobilisierend auf den Kernbereich zurück. Heute ist es eher umgekehrt: Die Bewegungen beginnen mit einem kulturellen Kern, kommen aber von dort zu materiellen Zusatzserwartungen.

Ökonomie bleibt also ein Thema, sie ist aber kein Handlungsfeld mehr für postindustrielle Bewegungen. Interventionsforderungen richten sich an das politische System, das aber nie als Gegner der Ökonomie, des Leitsystems der kapitalistischen Moderne, reüssieren kann.

4.5 Entwicklungstendenzen des politischen Systems

Die neuere Bewegungsforschung hat gezeigt, wie stark die Opportunitätsstrukturen auf Strukturen, Entfaltung- und Wirkungsmöglichkeiten sozialer Bewegungen zurückwirken. Aufgrund der Strukturierungsschwäche aller postindustriellen Bewegungen im Vergleich zu denen der industriellen Phase ist das Gewicht der Opportunitätsstrukturen noch gewachsen.

Mit weitem Abstand sind politische Institutionen die wichtigsten Adressaten der Forderungen neuer sozialer Bewegungen. Anders als bei Selbsthilfe, bei der die Binnenstrukturen in den Vordergrund treten, sind bei interventionistischen Aktivitäten die Strukturveränderungen von Staat und intermediärem System besonders wichtig. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen: der verhandelnde Staat (a) und die Rationalisierungsspirale des intermediären Systems (b).

(a) Der verhandelnde Staat braucht als Kooperationspartner organisierte Akteure mit der Fähigkeit zur Verpflichtung großer, eigener Klientele. Dies ist nicht die Stärke der postindustriellen Bewegungen. Der veränderte Politiktypus von Verhandlung als Gesamtstrategie, Konflikt als Teilstrategie setzt die Bewegungen unter Anpassungsdruck, ohne daß sie strukturell dessen Anforderungen entsprechen könnten.

(b) Auch die Rationalisierungsspirale im intermediären System setzt Bewegungen unter Streß. Massenmedien und Parteien treiben die professionell-rationalen Formen von Vermittlungsarbeit voran. Allenfalls kurzfristig wirkt der Charme naiv-spontaner Bewegungsaktivitäten, dann fällt durch das Sieb, wer in der Rationalisierungsspirale sich wechselseitig

übertrumpfender Wirkungsstrategien nicht mithalten kann.

Beide Beispiele zeigen, wie die Ambivalenz von Bewegungen durch Strukturen des politischen bzw. des intermediären Systems gesteigert werden kann. Bewegungen operieren in einer permanenten Spannungszone zwischen den Verheißungen einer sich selbst steuernden Zivilgesellschaft und den Realitäten gezielter Einflußnahme im politischen System. Entkopplung ohne Resonanz vs. Professionalisierung ohne Authentizität sind zugespitzte Alternativen. Probleme haben Bewegungen, nicht Parteien. Parteien sind Apparate, die reagieren und sich arrangieren. Bewegungsparteien etwas später als die anderen.

5 Prekäre Wechselbeziehungen: Parteien und Bewegungen

Man kann unterscheiden zwischen dem Verhältnis Bewegung - Partei einerseits, den Auswirkungen von Bewegungen auf den Parteienwettbewerb andererseits. Im folgenden sollen die komplexen Beziehungsmuster ohne diese analytische Unterscheidung in vier Konstellationen eingefangen werden:

5.1 Bewegungen bilden Partei: die Bewegungspartei

Der Begriff 'Bewegungspartei' versucht einen Zustand zu verlängern, der in Wirklichkeit ein rasch vorübergehender ist. Jedenfalls beim hohen Fluktuationsgrad heutiger Politik, besonders ausgeprägt in den Bereichen Medien/Öffentlichkeit, Parteien und Bewegungen. Es waren nur wenige Jahre, in denen die Grünen als Bewegungspartei in einem strengeren Sinne aufgefaßt werden konnten. In einem unverbindlicheren Sinne, der sagt, daß sie sich auch auf ihre Herkunftsbewegungen bezieht, bleibt der Begriff richtig, enthält aber keine wesentliche Information mehr.

Bewegungspartei als Episode erklärt sich aus der Handlungslogik des Parteienwettbewerbs, zumal unter den Bedingungen einer hohen Sperrklausel. Die niedrigen Aktivenzahlen der nsB und die zum Teil flüchtigen Identifikationen mit den Bewegungen lassen härtere Bewegungsforderungen rasch zu einem Minderheiteninteresse in der Wählerschaft auch der Bewegungspartei werden (Pappi 1991). Im Spannungsverhältnis zwischen prinzipientreuer, aber wahlpolitisch marginalisierter Bewegungspartei und Stimmenoptimierung betreibender, aber nicht ganz prinzipienloser Wahlpartei kann man sich vielleicht verbal, aber nicht faktisch über den Entscheidungsdruck hinwegtäuschen. Ist man nicht bereit, diesen Schritt einer Anerkennung der besonderen Handlungslogik von Parteien zu tun, hätte man besser getan, seine Ressourcen nicht von den Bewegungen für ein Parteiexperiment mit in dieser Hinsicht gewissem Ausgang abzuziehen.

Eine Partei kann auf Zeit, aber nicht auf Dauer 'bewegt' sein. Dies hat sich im Vergleich zu den Zeiten von sozialdemokratischer Arbeiterbewegung und Partei, für die man doch mindestens 50 Jahre ansetzen kann (von 1863 bis zur Rückkehr der USPD in die Mehrheitssozialdemokratie 1922), beschleunigt. Radikale Frauenbewegung und Anti-AKW-Bewegung oder die Autonomen als generalisierter Protestausdruck auch gegen die ehemalige Protestpartei der Grünen haben die Kluft verschärft, noch bevor das erste Jahrzehnt vorbei war. Die 'konsequente' Bewegungspartei, die sich aus Enttäuschung über die realpolitische Entwicklung der Grünen abgespalten hat, kam bei den anschließenden Wahlen in Hamburg auf 0,5% (AL); in Hessen erging es der sich zur Bewegungssikone stilisierenden Jutta Dittfurth nicht besser.

Es ist auch nicht so, als folgte nur die Partei der spezifischen Handlungslogik ihres Feldes.

Auch die Bewegungsakteure tun dies. Auf beiden Seiten gibt es – trotz aller Beschwörungsforneln – eine faktische Abkehr vom Solidaritätsprinzip als Regulativ der wechselseitigen Beziehungen. Die Beziehungen pendeln sich ein in einem Zwischenbereich von Reziprozitäts- und Tauschregeln, bei denen Nutzenkalküle Ausdruck der gewachsenen Distanz sind (Raschke 1993: 682ff). Solidarität kann nur eine vorübergehende Verhaltensnorm in der Beziehung von Bewegung und Partei sein. Normalerweise bewegen sich die Beziehungen zwischen Reziprozität und Tausch.

Parteien sind mit den quantifizierten Leistungsindikatoren von Wahlprozenten einer ungleich härteren Erfolgskontrolle unterworfen als Bewegungen. Das erklärt, daß sie rascher mit der Distanzierungs- und Kalkulierungsarbeit beginnen. Bewegungen halten sich länger mit Enttäuschungsreden und Verratsmythen auf. Stattdessen könnten sie, viel stärker als sie das bisher getan haben, Bewegungen als bleibend attraktives Handlungsfeld profilieren. Dazu müßten sie Erwartungen an die Bewegungen binden und nicht an die Partei delegieren, sowie bewegungsspezifische Anreizstrukturen entwickeln, die auch für besonders Aktive und Führungsleute eine wirkliche Alternative zu einer Abwanderung in Richtung 'Bewegungspartei' darstellen.

Greenpeace hat dies unter radikaler Abkehr von Formprinzipien der Herkunftsbewegung vorgeführt, ohne daß es damit zu einem Ideal für die Ökobewegung werden könnte. Betonung von Hierarchie und Geschlossenheit, Anspruch einer Stellvertreterpolitik für die Bewegungen, weitgehende Abwehr einer Demokratisierung der eigenen Organisation – so verstand sich Greenpeace als Gegenmodell zu der auch der Form nach genuinen Bewegungsorganisation Robin Wood, die sich von ihr abspaltete. Würde man die Organisationsformen

von Greenpeace, BUND/NABU und lokal-regionalen Ökoinitiativen neu mischen, käme man auch zu einer Verbreiterung von Anreizstrukturen, die Greenpeace heute nicht bieten will.

Bewegungen müssen mindestens halbautonome und flexibel gegenüber Parteien bleiben, wenn sie ihrer eigenen Aufgabe und der funktionalen Differenz zwischen Bewegung und Partei gerecht werden wollen.

Durchsetzungsprobleme lassen sich auch in einem übergreifenden historischen Zusammenhang interpretieren: Nach der faschistischen war die bisherige postindustrielle eine weitere Bewegungswelle, die auf ein etabliertes Vermittlungssystem stieß. Arbeiterbewegung, liberale, demokratische und katholische Bewegungen bildeten im 19. Jahrhundert aus sich heraus Parteien, die die Plätze in einem vorher gar nicht existierenden parteilichen Vermittlungssystem besetzten. Zusammen mit den konservativen Parteien entstand so das erste Parteiensystem, das spätestens um 1920 'eingefroren' wurde (Lipset/Rokkan 1967). Neue Bewegungen bedurften beträchtlicher eigener Ressourcen und spezifischer, verdrängender Strategien gegenüber einem tendenziell fremden intermediären System.

Die postindustriellen Bewegungen brachten es nur zu einer geringen Inklusion in die eigenen Organisationen. In den meisten Ländern bildete sich eine im Verhältnis zum postmaterialistischen Potential kleine, meist links-libertär orientierte ökologische Partei. Sie erfuhr, wie schwer es selbst für die Organisierung neuer Großthemen ist, auf die politische Bühne zu gelangen, wenn die Plätze schon besetzt sind. Es gelingt nur über die Gewinnung neuer Generationen, und auch dann nur, wenn die Sozialisation in stabilen Milieus erodiert.

Mehr als ein begrenztes Einsickern kommt selbst im Erfolgsland der nsB, der Bundesrepublik, in zwei Jahrzehnten nicht zustande. Zwar läßt sich eine von den Bewegungen ausgegangene Partei halten, aber – aus Sicht der Bewegungen – sozusagen als Restposten in der Flaute.

5.2 Bewegungen durchdringen Parteien: Heterogenisierung

Die SPD unter Willy Brandt hat nach anfänglichem Zögern die APO-Generation zu sich eingeladen, sich damit kurzfristig Rückenwind, mittel- und langfristig aber vor allem Heterogenisierung eingehandelt. Helmut Schmidt, sozialdemokratischer Protagonist gegen die neuen Bewegungen seit der APO, hat in den 70er Jahren die systematische Enttäuschung von Bewegungserwartungen eingeleitet, die eine der Schlüsselmotivationen für die nsB-Akteure war, eine eigene Partei zu gründen.

Der quantitativ größere Teil der nsB-Anhänger ist als Wähler zur SPD gegangen. Sie müssen also nicht massenhaft im aktiven Teil der Partei präsent sein. Es genügen symbolische Repräsentationen und die Umorientierung von Aktiven, die die Beschlußlage tragen. Bis auf Jo Leinen oder Monika Griefahn sind kaum genuine Bewegungsaktivisten in der Partei nach vorne gekommen. Aber auch die Zeit, in der sie nützlich waren, ist schnell abgelaufen. Der Zielwandel entstand überwiegend durch Umorientierung bzw. thematische Erweiterung der Parteilinken, vor allem soweit sie aus dem Denk- und Handlungszusammenhang der APO kam.

Die Responsivität ohne Präsenz half der SPD 1969 beim Machtwechsel, die Anwesenheit von Parteiaktivisten, die sich mit den Bewegungen identifizieren, führt zu einer Hetero-

genisierung der Großpartei, die für sie den Machtwechsel erschwert. Kommen die genuinen Bewegungsthemen in die Krise, zeigt sich, daß die Bewegungsakteure bzw. -sympathisanten nur Gäste in Organisationen waren, deren Bewegungs-Fremdheit nun wieder deutlicher sichtbar wird. Inzwischen hat die SPD sich weit entfernt von ihrem 'Angebot' am Ende des Bewegungsjahrzehnts, ein „Reformbündnis der alten und neuen sozialen Bewegungen“ zu schließen (Grundsatzprogramm der SPD von 1989). Aber sie wird die Geister, die sie rief, nicht so schnell los.

Fragmentierung und Heterogenisierung der postindustriellen Gesellschaft, die zunehmende Neigung, thematisch begrenzte und vorübergehende Initiativen, Protestkampagnen, 'Bewegungen auf Zeit' zu bilden, legen für die Zukunft wahrscheinlich auch einen anderen Parteityp nahe. Debatten darüber werden zunehmend unter dem Stichwort der Rahmenpartei geführt.

Gerd Mielkes an den amerikanischen Verhältnissen gewonnenes Modell von 'Omnibus-Parteien' gehört in diese Kategorie. „...sie gleichen organisatorischen Vehikeln zur Beförderung politischer Anliegen vermittelt Wahlen: Ihre Fahrgäste wechseln; sie werden eine Zeitlang von spezifischen sozialen Gruppen mit ihrem Gepäck an Interessen besetzt, bis neue Gruppen hereindrängen oder die vormaligen Fahrgäste sich eines anderen besinnen und aussteigen“ (Mielke 1994: 235). Durch sie könnten auch Bewegungen, wenn sie da sind, hindurchgehen; mit ihren kleinen, relativ stabilen Organisationskernen würden diese Parteien aber auch ohne Bewegungsschübe weiterexistieren.

Dem stehen in Deutschland Ideal und Praxis der Mitgliederpartei entgegen. Wenn Mitglie-

der- auch Großparteien sind, brauchen sie länger zur Adaption an neue Bewegungen, aber auch zur Ablösung von ihnen, wenn Großthematik und Grundstimmung sich ändern. Die sich gegenüber Bewegungen öffnende Mitgliederpartei kann so gesellschaftlich Überholtes konservieren, sie trägt einen konservativen Bias in sich. Mielkes Modell ist denn auch konsequenterweise ein Plädoyer gegen die Mitgliederpartei, die er für historisch überholt hält.

Allerdings setzt die bewegungsoffene Rahmenpartei eine Schicht ideologearmer Kernaktiver voraus, die die Kontinuität der Partei gegenüber der Fluidität von Bewegungen wahren, außerdem die tatsächliche Fluktuation von Bewegungsnahen, die die Partei mit dem Bewegungszyklus auch wieder verlassen. Ob letztere Annahme realistisch ist, und ob office seekers und nur um Machterwerb bemühte Parteiarbeiter die Idealausstattung einer Partei darstellen, hängt auch von der Politischen Kultur des Landes und der Partei ab. Sie ist in den USA sicherlich anders als in Deutschland.

Mit den Bewegungen identifizierte Parteiaktivisten verstärken nicht nur die Heterogenisierung entsprechender Großparteien, sie verschärfen auch das Zeitproblem. Es existieren unterschiedliche Zeithorizonte von a) Diskursthemen, b) Bewegungen, c) Parteien, d) politisch-administrativer Themenbearbeitung. Thematisierung hat einen eher kurzfristigen, Themenbearbeitung einen langen Zeithorizont. Der lange Atem, den man braucht, bis erste Policyveränderungen erreicht sind, trägt zusätzlich zur Beharrungskraft von bewegungsorientierten Aktiven in Parteien bei. So sind Teile der SPD – wie auch die Grünen selbst – heute dabei, Bewegungsthemen der 70/80er Jahre abzuarbeiten. Was unter individuellen und Bewegungsaspekten Überzeugungstreue heißt, kann unter Gesichtspunkt-

ten der Flexibilität, auch der Responsivität von Parteien problematisch sein.

5.3 Parteien reagieren auf Bewegungen von außen: Responsivität

Bewegungen müssen nicht in Parteien, Parteien nicht in Bewegungen durch Akteure präsent sein, um eine symbolische Interaktionsbeziehung aufzubauen. Gelingt eine solche Beziehung, sind die Kosten eines Bewegungsengagements gesenkt, gleichzeitig wird der Nutzen für die Partei in Form von Wählerstimmen erfüllt.

Statt Personalunion und direkter Interaktion muß die korrespondierende Partei in dieser Tauschbeziehung allerdings etwas bieten, um Stimmen zu erhalten. Das kann sich erstrecken auf semantische Angebote an sprachliche Gewohnheiten der Bewegung, verständnisvolle Verstehensbekundungen gegenüber Motiven der Bewegungen, Thematisierungs- und Policyleistungen.

In progressiven Bewegungen hat Partizipation auch als Selbstzweck einen ganz anderen, ideologisch begründeten Stellenwert als in regressiven Bewegungen. Zwar haben sich die Partizipationsformen heute verändert, sind in Zeit, Thema, Intensität begrenzte Aktivitäten heute charakteristischer geworden als dauerhafte Vollmitgliedschaften, aber unverändert lassen progressive Bewegungen sich von Parteien nicht so einfach abspesen.

Ein Aspekt der Asymmetrie des Parteiensystems liegt darin, daß die Interaktions-, Verständigungs- und Koordinationskosten zwischen Parteien und Bewegungen/Bewegungspotential auf der Linken ungleich höher sind als im rechten Spektrum. Diskontinuität und Strukturierungsschwächen der rechten Bewegungen helfen den bürgerlichen Parteien, das

dahinter stehende Potential anzusprechen, ohne sich in die Interaktionsprobleme verwickeln zu müssen.

Brunner und Kappel, Dregger und Lummer waren bzw. sind Resonanzträger rechtspopulistischer Orientierungen in FDP und CDU; die CSU ist als Gesamtpartei versiert darin, rechtspopulistische Parteien durch Aufnahme ihrer 'berechtigten' Themen und Parolen zu bekämpfen. Der harte Kern dieses Tauschgeschäfts sind Stimmen gegen Maßnahmen, die weiche Hülle Worte, Gesten und der ewige de Gaulle: 'Je vous ai compris'.

Responsivität ist die übergreifende allgemeine Regel, mit der Parteien auch ihre Beziehung zu Bewegungen gestalten. Dabei sind Größe der Bewegung, öffentliche Resonanz, Verortung im politischen Feld (links/rechts) Bestimmungsgrößen. Bewegung wird bei ihrer Bewertung durch Parteien mittels Demoskopie kontrolliert. Bei positivem Trend ist Bewegung ein relevanter Verstärkungsfaktor, da er die Intensität einer Präferenz anzeigt und als öffentlicher Akteur eigenes Gewicht hat.

5.4 Parteien profitieren von heterogenisierten Konkurrenzparteien: Gegnerschaftsprofit

Diese indirekten Effekte müssen in einer Gesamtbilanz den Bewegungen zugerechnet werden, auch wenn sie sich meist nicht für sie verantwortlich fühlen, weil es ja nicht beabsichtigte Effekte sind. Sie können auch nicht dazu führen, dann eine Bewegung gar nicht erst zu beginnen, gehören aber zum reichen Paradoxien-Haushalt sozialer Bewegungen.

Die CDU hat 1982/83 und im Grunde bis heute profitiert von der Heterogenität der SPD und von einer Verschärfung der Friktionen zwischen Rot und Grün, für die sich nach der

Spaltung des linken Lagers in zwei Parteien – nach Hinzukommen der PDS: in drei Parteien – die strategischen Schwierigkeiten eines Machtwechsels verschärft haben.

6 Machtwechsel und soziale Bewegungen 1998

Soziale Bewegungen sind also keineswegs per se ein produktiver Faktor für Machtwechsel. Am deutschen Beispiel, eingegrenzt auf die postindustriellen Bewegungen seit den 60er Jahren, war zu sehen, daß der sozialliberale Machtwechsel 1969 auch ohne die APO stattgefunden hätte und daß der bürgerliche Machtwechsel 1982 von der Heterogenisierung der SPD durch die Bewegungen profitierte.

Die 16jährige Dauer der bürgerlichen Regierung wurde auch gestützt von einer Instrumentalisierung rechtspopulistischer Bewegungspotentiale, ohne sich ins Handgemenge schwieriger Interaktionen begeben zu müssen. Das war auf Bundesebene besonders deutlich, als CDU/CSU Anfang der 90er Jahre die Asyldebatte polarisierten, damit den rechtspopulistischen Konkurrenten das Wasser abgruben, gleichzeitig die Gewaltaktivitäten einer sich formierenden Bewegung objektiv förderten, die nach dem 'Asylkompromiß' rasch zerfiel. Es ließ sich zeigen, „daß die Entwicklung der Gewalt stärker von der Intensität der Asyldebatte als von der Entwicklung der Asylbewerber beeinflusst wurde“ (Koopmans/Rucht 1996: 282).

Die SPD muß mit einer Reihe struktureller Defizite leben: Sie besetzt mit der Arbeit/Kapital-Spaltung nur eine der in Deutschland relevanten Konfliktlinien, die CDU zusätzlich auch noch das Konfessionscleavage. Sozialdemokraten haben Schwächen bei grundlegenden Kompetenzzurechnungen (Wirtschaft und Finanzen, innere und äußere Sicherheit). Die SPD ist die heterogenste aller Parteien,

die den alten Materialismus und neue, angebotspolitisch gewendete, sozial flankierte Varianten der Modernisierung vereinbaren will mit einigen der Forderungen einer Neuen Linken (Postmaterialismus/neue soziale Bewegungen) und aus Teilen ihrer (ehemaligen) Stammwählerschaft an sie herangetragenen Erwartungen eines neuen autoritären Rechtspopulismus.

Zu solchen Asymmetrien des Parteiensystems mit Vorteilen für die bürgerlichen Parteien (vgl. auch Schmidt 1992) kommt hinzu der Unterschied zwischen einem aktiv-öffentlichkeitszentrierten Bewegungsmodell auf der Linken und einem lediglich durch Wahlen und Gewalttaten umgrenzten Latenzmodell auf der Rechten. Die SPD hat zwar versucht, den in ihrer Wählerschaft relevanten Rechtspopulismus anzusprechen (Lafontaine mit seinen Aussiedler-Thesen in Baden-Württemberg, später Voscherau und Schröder mit einer 'harten Linie' der Kriminalitätsbekämpfung), aber erfolglos. So hat die SPD unter dem Bewegungsaspekt das Doppelhandicap der internen Präsenz von nsB-Sympathisanten und der Nichterreichbarkeit des externen rechtspopulistischen Potentials zu tragen.

Auch bei der Bundestagswahl 1998 ist ungewiß, ob es zu einem Machtwechsel kommt. Er müßte, da mit Rot-Grün eine prinzipiell mehrheitsfähige Alternative existiert, aus einem Austausch von Regierungs- und Oppositionsformation bestehen. Scheitert ein solcher Machtwechsel, hätten mobilisierende Bewegungen darauf keinen direkten Einfluß – weil es sie zur Zeit nicht gibt. Die indirekte Wirkung sozialer Bewegungen wäre aber erneut nicht unbedeutend: Die Heterogenisierung der SPD und der Gesamtopposition. Nur wenn es gelingt, diese Fragmentierung der Machtalternative politisch zu beherrschen, wird sich ein positiver Gesamteffekt der Arbeitsteilung für Bewe-

gungsziele und Machtwechsel herstellen lassen.

Zweifelsohne ist es aus gesamtgesellschaftlich-integrativer Sicht ebenso wie aus der Bewegungsperspektive prinzipiell positiv und aus Gesichtspunkten von Wählermobilisierungsinteressen der SPD ist es auch unvermeidbar, daß die SPD sich der realen gesellschaftlichen Heterogenität stellt. Was aber bedeutet das für die Machtchancen des linken Feldes?

Bilanziert man Rot-Grün in nackten Wählerzahlen, sieht es so aus: Im Schnitt der vier Bundestagswahlen 1980-1994 (ohne den negativen Ausreißer von 1990) kamen SPD und Grüne auf 44,3 Prozent. Als sie noch allein war, erreichte die SPD in den vier Bundestagswahlen der Jahre 1965-1976 durchschnittlich 42,6 Prozent. Die Differenz beträgt 1,7 Prozent.

Das linke Lager ist also quantitativ durch die Ausdifferenzierung gestärkt worden. Man könnte zu Recht einwenden: nur geringfügig und mit hohen Reibungsverlusten. Allerdings hätte der Niedergang der Großparteien (Wiesendahl 1998) sich für die SPD auch ohne die Abwanderung zu den Grünen einstellen können – dann würde das Urteil über die organisatorische Spaltung der Linken günstiger ausfallen. Die Grünen hätten für das linke Lager gerettet, was sonst verloren gewesen wäre. Das Ausschöpfen eines Wählerpotentials scheint aber leichter als dessen politische Koordination für einen Machtwechsel. Erfolgsorientierte Koordination folgt relativ autonomen Überlegungen politischer Strategiebildung (Raschke 1998).

Faktoren des politischen Systems, nicht die Bewegungen als solche, so zeigt der Überblick, sind entscheidend für Machtwechsel: Auf- und Abstiegsprozesse konkurrierender und koalier-

render Parteien; Situationsdeutungen, Kosten-Nutzen-Kalküle und Strategieoptionen; innerparteiliche Machtverhältnisse, insbesondere auf der Ebene der Eliten und Funktionsträger; strukturelle Themenaffinitäten und Kompetenzverteilungen von Parteien. Nur soweit Bewegungen – wie viele andere Akteure – mit solchen unmittelbar handlungsrelevanten politischen Faktoren plausibel verknüpft sind, besteht auch für sie eine Einflußchance.

Dabei müssen vielfältige Wechselwirkungen und Effekte unterschiedlicher Handlungsebenen berücksichtigt werden: zwischen Links und Rechts (beide in alten und neuen Varianten), zwischen den Gegenpolen des Wertwandels, der 'silent revolution' (Inglehart) eines libertären Postmaterialismus und der 'Stillen Gegenrevolution' eines autoritären Sicherheits-Materialismus, zwischen den Ebenen von Wertwandel, Bewegungen, Parteien, Regierung und Opposition (vgl. auch Ruß/Schmidt 1998).

Bewegungen sind also ein Einflußfaktor neben anderen, in der Wirkungsrichtung nicht berechenbar, häufig paradoxe Effekte auslösend. Sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Fragmentierung und verstärken deren Effekt auf der Ebene von Parteien und Verbänden. Da sie selbst die Integration und Kohärenz auf der Ebene strategisch handlungsfähiger Makroakteure nicht mehr leisten, delegieren sie faktisch die Integrationsaufgaben an die Parteien.

Entkoppelungstendenzen zwischen Staat/Parteien einerseits, Bewegungen/Zivilgesellschaft andererseits nehmen zu. Brückenschläge werden vor allem wegen der Eigenentwicklung des institutionalisierten politischen Systems schwieriger. Die Trennungslinie zwischen Partei und Bewegung muß stärker gezogen, deren Beziehungen als flexibler, teils interaktiv, teils nur symbolisch gedacht, und der Tribut berücksichtigt werden, den beide der fortschrei-

tenden Ausdifferenzierung unterschiedlicher Handlungsfelder zu zählen haben.

So viel für eine stärkere Autonomisierung von Bewegungen spricht, so wenig können sie sich allerdings prinzipiell aus der Entwicklung der opportunity structure ausklinken. So wenig sie möglicherweise zum Machtwechsel beizutragen haben, so günstig sind eigentlich die Aussichten für Bewegungen nach der Bundestagswahl 1998. Wird die jetzige Regierung bestätigt, kommt es zur Fortsetzung des Immobilismus im beschriebenen Dreieck der Blockade, ist angesichts von Problemstau und Massenarbeitslosigkeit mit Protest- und Bewegungsaktivitäten zu rechnen. Endet die Wahl in einer großen Koalition, polarisiert sich die außerparlamentarische Opposition nach einem Links-Rechts-Muster. Gelingt ein rot-grüner Machtwechsel, führt dies zur Belebung von Rechtsbewegungen und gleichzeitig zu einer Revitalisierung der neuen sozialen Bewegungen, die ihre Forderungen gegenüber 'ihrer' Regierung einzuklagen versuchen.

Mit der 'Eigenmächtigkeit' wächst auch die Absturzgefahr für Parteien. Parteien selbst sind verantwortlich für Gelingen oder Scheitern von Machtwechsel. Sie haben im Zeichen der Entwicklung zu Rahmenparteien mehr Autonomie gegenüber gesellschaftlichen Gruppen und auch gegenüber anderen politisierten Wert- und Interessengruppen des intermediären Systems gewonnen, wie zum Beispiel sozialen Bewegungen. Das erweitert die Chancen von Führungsgruppen, unterwirft sie aber auch einer verschärften Leistungskontrolle. Möglicher Machtwechsel, der nicht zustande kommt, ist in erster Linie dem strategischen Handeln von Führungsgruppen zuzurechnen.

Joachim Raschke ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg.

Literatur

- Baring, Arnulf* 1982: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart.
- Giddens, Anthony* 1995: Konsequenzen der Moderne, Frankfurt a.M.
- Heitmeyer, Wilhelm* (Hg.) 1997: Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bd. 1.
- Helms, Ludger* 1994: 'Machtwechsel' in der Bundesrepublik Deutschland. Eine vergleichende empirische Analyse der Regierungswechsel von 1966, 1969 und 1982. In: Jahrbuch für Politik, 4. Jg., 225-248.
- Kaltefleiter, Werner* 1970: Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969, Köln.
- Koopmans, Ruud* 1996: Noch einmal davongekommen. Warum es (noch) keine soziale Bewegung von rechts gibt. In: Berliner Debatte INITI-AL, Heft 1, 51-54.
- Koopmans, Ruud/Rucht, Dieter* 1996: Rechtsradikalismus als soziale Bewegung? In: Jürgen W. Falter et al. (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, 265-287.
- Leif, Thomas* 1990: Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren, Opladen.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein* (Hg.) 1967: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York/London.
- Mayntz, Renate* 1987: Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme. Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma. In: Thomas Ellwein/ Joachim Jens Hesse et al. (Hg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft. Baden-Baden.
- Mielke, Gerd* 1994: Parteiensystem in der Krise oder Annäherung an die demokratische Normalität? Mutmaßungen zur Amerikanisierung der deutschen Parteien. In: Wolfgang Jäger et al. (Hg.): Republik und Dritte Welt. Festschrift für Dieter Oberndörfer zum 65. Geburtstag, Paderborn, 232-242.

- Neidhart, Friedhelm/Rucht, Dieter* 1993: Auf dem Weg in die 'Bewegungsgesellschaft'? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, in: Soziale Welt, 44. Jg., 305-326.
- Offe, Claus* 1986: Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien. In: Johannes Berger (Hg.): Die Moderne – Kontinuität und Zäsuren, Soziale Welt, Sonderband 4, 97-117.
- Pappi, Franz Urban* 1991: Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. In: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung), 2. Aufl.
- Pfahl-Traughber, Armin* 1994: Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994.
- Raschke, Joachim* 1988: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt a.M./New York, 2. Aufl. Studienausgabe.
- Raschke, Joachim* 1993: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.
- Raschke, Joachim* 1995: Das Selbstverständnis der Grünen in einer sich verändernden Gesellschaft. In: Bündnis 90/Die Grünen (Hg.): Reader zum Strategie-kongreß 1995, Bonn, 2-10.
- Raschke, Joachim* 1998: Szenarien und Strategien eines Machtwechsels, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43. Jg., 3.
- Rucht, Dieter* 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a.M./New York 1994.
- Rucht, Dieter et al.* 1997: Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel 'alternativer' Gruppen in beiden Teilen Deutschlands, Frankfurt a.M./New York.
- Ruß, Sabinel/Schmidt, Jochen* 1998: Herausforderungen von links und rechts: Wertewandel und Veränderungen in den Parteiensystemen in Deutschland und Frankreich. In: Renate Köcher/Joachim Schild (Hg.): Wertewandel in Deutschland und Frankreich. Nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten, Opladen, 265-287.
- Scharpf, Fritz* 1977: Politischer Immobilismus und ökonomische Krise. Aufsätze zu den politischen Restriktionen der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Kronberg/Ts.
- Schmidt, Manfred G.* 1992: Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992.
- Wiesendahl, Elmar* 1998: Wie geht es weiter mit den Großparteien in Deutschland? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/98, 13-28.

Roland Roth

Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie

Herausforderungen, Innovationen und paradoxe Konsequenzen*

„If democracy is a good thing (as almost everybody everywhere now seems to believe), then more democracy should presumably be an even better thing“ (Dryzek 1996: 475).

1 Demokratie und soziale Bewegungen

Das Verhältnis von sozialen Bewegungen und Demokratie ist keineswegs eindeutig. Dieses zuendegehende Jahrhundert wurde wesentlich von anti-demokratischen Bewegungen geprägt – und dies nicht nur, wenn wir den eher bescheidenen Maßstab liberaler Demokratien anlegen. Während die verschiedenen Spielarten des Faschismus explizit als anti-demokratische Mobilisierungen antraten, geriet der demokratische Anspruch des ‘demokratischen Zentralismus’ und der Rätedemokratie kommunistischer Spielart (‘Sowjets’) rasch zur Mogelpackung. Wer erinnert sich noch daran, daß die Selbstbezeichnung ‘Kommunisten’ einmal am Vorbild der Pariser Commune orientiert war, die bereits Karl Marx in seiner Analyse des ‘Bürgerkriegs in Frankreich’ als „endlich gefundene politische Form der ökonomischen Befreiung der Arbeit“ gefeiert hatte. Die politische Faszination der ‘Commune’ – für Marx leuchtendes Vorbild, wie eine der bürgerlichen Variante überlegende, demokratische Form der ‘Diktatur des Proletariats’ aussehen könnte – liegt, noch heute für die Bewegungsforschung anregend (Gould 1995), in dem für kurze Zeit praktizierten, auf Nachbarschaften gegründe-

ten Modell umfassender kommunaler Selbstverwaltung. Eine nach dem von demokratisch gestimmten Bürgerbewegungen vorangebrachten Ende des Ostblocks erhoffte ‘dritte Welle’ der Demokratisierung (Huntington 1991) ist weitgehend ausgeblieben. Versuche, Marktwirtschaft und liberale Demokratie als ‘blueprints’ zu exportieren, sind kläglich gescheitert. Spätestens seit Max Weber können wir eigentlich darum wissen, wie unwahrscheinlich und möglicherweise einmalig die gesellschaftlichen Konstellationen sind, die das westliche Modell hervorbrachten. Die Debatten über ‘embeddedness’ und ‘nestedness’ holen diese Lektion angesichts der Erfahrungen in Osteuropa nach. ‘Illiberale Demokratien’ (Zakaria 1997) sind stattdessen das eigentliche Wachstumsprodukt der 90er Jahre, politische Regime mit einer perversen Kombination aus formal freien Wahlen, aber weitgehend ohne konstitutionelle Gewaltenteilung und garantierte zivile wie politische Freiheitsrechte. Die Beispiele reichen von Argentinien bis Weißrußland, von Bosnien bis Bangladesch. Ohne Zweifel haben soziale Bewegungen an diesen anti-demokratischen Rückbildungen Anteil. Dies gilt auch für parallele Prozesse in den entwickelten liberalen Demokratien des Westens. Vom ‘militia movement’, ‘religiös-fundamentalistischen’ Mobilisierungen und ‘promise-keepers’ in den USA bis zur rechtsradikalen Szene in der Bundesrepublik mit ihrer Welle von Anschlägen gegen Asylsuchende und Fremdaussehende reicht das sozialbewegte Spektrum, das aktuell

zum Abbau demokratischer Bestände beiträgt. Grund genug, soziale Bewegungen nicht einfach mit Demokratie gleichzusetzen (vgl. Weil 1996).

Daß wir heute dennoch dazu neigen, hat im wesentlichen eine Ursache: Im Bewegungssektor der Bundesrepublik haben wir in den letzten drei Jahrzehnten ein deutliches Übergewicht von Themen der neuen sozialen Bewegungen erlebt (Kriesi et al. 1995). Unter ihrem Eindruck und mit ihnen eng verbunden hat sich eine seriöse Bewegungsforschung entwickelt. Die neuen sozialen Bewegungen sind die eigentlichen Motoren des Aufschwungs, den vormals 'unkonventionelle' politische Beteiligung in der politischen Kultur (nicht nur) der Bundesrepublik genommen hat. Ihr Kennzeichen ist, daß sie – die politischen Bürgerrechte nutzend – ganz überwiegend unter dem Banner von 'mehr Demokratie wagen' als Demokratisierungsbewegungen angetreten sind. Dies war und ist nicht nur ein legitimatorischer Anspruch, sondern hat sich in ihren Diskursen, Mobilisierungs- und Aktionsformen niedergeschlagen. Immer wieder wurde und wird in den neuen sozialen Bewegungen darum gerungen, ein hohes Maß an innerer Demokratie (Bezugsgruppenprinzip, Verzicht auf Mehrheitsentscheidungen, Primat der unmittelbar Betroffenen, Verzicht auf formale Hierarchien etc.) mit möglichst gewaltfreien Formen der Einflußnahme zu verbinden (gewalttätige Aktionen, gar in strategischer Absicht, sind in den neuen sozialen Bewegungen eine absolut minoritäre Erscheinung) und dennoch die eigenen Forderungen mit Nachdruck und möglichst erfolgreich öffentlich vorzubringen. Menschen, die sich in neuen sozialen Bewegungen engagieren, erscheinen gelegentlich sogar verrückt nach Demokratie zu sein (Kaplan 1997). Obwohl dieser doppelte Anspruch, in der eigenen Praxis eine möglichst demokratische Bewegung zu sein und gleichzeitig auf eine (wei-

tere) Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zu zielen, weithin akzeptiert wird, gibt es nur wenig Versuche, die inzwischen erkennbaren Auswirkungen ihrer demokratischen Herausforderungen zu bilanzieren und demokratietheoretisch zu reflektieren. Wer heute über Gefährdungen, Grenzen und Unzulänglichkeiten des westlich-liberalen Projekts der Demokratie nachdenkt, wird in der Praxis und den Diskursen der neuen sozialen Bewegungen reichlich Anregungen, Forderungen und Maßstäbe für eine weitere Demokratisierungsrunde finden. Dieser Beitrag versucht, dafür einige Merkposten zusammenzutragen.

2 Von der Herausforderung der Grenzen...

Die erste Runde der öffentlichen Auseinandersetzungen mit der politischen Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen war durch den Begriff 'Herausforderung' geprägt (vgl. Offe 1985, Dalton/Kuechler 1990). Damit wurde in den frühen, die Diskussion für eine Weile prägenden Zwischenbilanzen der 80er Jahre – der Sammelbegriff 'neue soziale Bewegungen' hatte sich gerade erst etabliert – auf den politischen Veränderungsdruck hingewiesen, der über die konkreten Themen und Mobilisierungsanlässe hinaus von diesen Protesten ausging. Obwohl sich die bewegt vorgebrachten Forderungen im einzelnen – ganz im Unterschied zur Fundamentalopposition der Neuen Linken – durchaus bescheiden und 'selbstbegrenzt' ausnahmen (Cohen 1985), markierte die Summe der Teilkritiken einen enormen Veränderungsbedarf. Er mußte umso ernster genommen werden, je mehr sich – wissenschaftlich solide belegt – herausstellte, daß die Mobilisierungen entlang der neuen Themen kein Strohfeuer waren, sondern zunehmend als fester, in der Tendenz eher wachsender Bestandteil des politischen Handlungsrepertoires von Bürgerinnen und Bürgern in den reichen De-

mokratien des Westens betrachtet werden mußten (Barnes/Kaase et al. 1979; Jennings/van Deth 1989; Dalton 1996). Daß auch in den ärmeren Regionen der Erde Mobilisierungen entlang der Themen der neuen sozialen Bewegungen an Gewicht gewannen (Ekins 1992; Wignaraja 1993), verstärkte diesen Eindruck. Worin lagen bzw. liegen die politischen Herausforderungen, die den liberalen Demokratien durch die neuen sozialen Bewegungen erwachsen? Einige Stichpunkte – vorwiegend aus der deutschen Debatte – seien in Erinnerung gerufen:

2.1 Unregierbarkeit

Der in den neuen sozialen Bewegungen und ihrer Grundform 'Bürgerinitiative' in großer Zahl zum Ausdruck gebrachte Ungehorsam schürte zunächst vor allem die Sorge um die Handlungsfähigkeit des Staates. Berechtigt oder nicht, in der Summe bewirkte der Bürgerprotest den Eindruck eines staatlichen Souveränitätsverlusts auf der 'output'-Seite. Politische Entscheidungen konnten nicht mehr einfach vollzogen werden, sondern trafen in vielen Bereichen auf widerspenstige BürgerInnen. Auch die Standortsuche nach einer duldsamen Bevölkerung in der Provinz erwies sich nicht immer als erfolgreich. Ein prominentes Beispiel ist der gescheiterte Bau einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz. Bürgerinitiativen bewirkten einen konjunkturhemmenden 'Investitionsstau', so ein Kampfbegriff aus der Mitte der 1970er Jahre. Während wohlwollende Beobachter von einer – gelegentlich in ihren Folgen durchaus segensreichen – 'Gegenimplementation von unten' (Hellmut Wollmann) sprachen (etwa indem der Anti-AKW-Protest in der Bundesrepublik Überkapazitäten vermeiden half, unter denen der atompolitisch durchsetzungsfähigere französische Nachbar später zu leiden hatte), reagierten konservative Kritiker schroff. Die InitiativbürgerInnen

avancierten zum 'rechtspolitischen Problem' (Cornelius Mayer-Tasch), zur 'Landplage' (Friedrich Karl Fromme) oder gar zur 'Initiativkriminalität' (so der Staatsrechtler Franz-Josef Isensee). Der Akzeptanzverlust wies auf eine Störung im repräsentativ-demokratischen Tauschverhältnis von allgemeiner Unterstützung der Regierungspolitik durch Wahlen einerseits und der Bereitschaft der BürgerInnen andererseits, die staatlichen Entscheidungen auch dann hinzunehmen, wenn sie gegen eigene Interessen gerichtet sind.

2.2 Entgrenzungen des Politischen

Auf der 'input'-Seite des politischen Systems schien die Vielzahl neuer Themen, die durch die neuen sozialen Bewegungen zum Politikum gemacht wurden, besonders bedenklich. Vormalig intime und private Sphären wurden durch eine feministische 'personal politics' entgrenzt. Eine der folgenreichen 'Entdeckungen' war die in Intimverhältnissen ausgeübte männliche Gewalt, auf die zunächst mit autonomen Einrichtungen der Frauenbewegungen, später mit kommunalen Angeboten reagiert wurde. Neben dem Geschlechterverhältnis wurde auch das Naturverhältnis politisiert. Erschreckt war von einer 'Politisierung des Wetters' die Rede. Selbst die Bäume, einmal Inbegriff deutscher Natursehnsucht, verloren mit dem Waldsterben ihre politische Unschuld. Folgenreich war und ist die Politisierung naturwissenschaftlicher und technischer Objekte. Der 'Stand der Technik' verlor dabei seinen Sachzwangcharakter. Politische Entscheidungsspielräume entstanden, wo Alternativen in und zu Wissenschaft und Technik eingefordert wurden. Die Liste der entgrenzten, vormalig weitgehend 'unpolitischen' Bereiche ließe sich fortsetzen. Erinnerung sei u.a. an Auseinandersetzungen um die politische Gestaltung von Lebensphasen wie Jugend und Alter, d.h. um die kulturellen Normen, die den Lebenslauf regulieren, an das

Konsum- und Konsumentenverhalten. Sozialwissenschaftler entdeckten eine nominell private Sphäre der 'Subpolitik' in Unternehmen, Ingenieurbüros und Forschungseinrichtungen (Beck 1986), in der wesentliche gesellschaftliche Zukunftsentscheidungen getroffen werden. Im Prinzip war dies nichts neues. Schon Talcott Parsons entwickelte einen weiten Politikbegriff, der in allen gesellschaftlichen Subsystemen funktionale Spezialisierungen auf 'goal-attainment' verortete. Nur die Gewichte scheinen sich verschoben zu haben: von der Politik zur Subpolitik. Auf die Herausforderungen, die von diesen vielfältigen thematischen Entgrenzungen ausgingen, reagierten zunächst viele Akteure institutioneller Politik mit der auf Dauer aussichtslosen Zurückweisung, es handele es sich doch um un- bzw. vorpolitische Themen. Schließlich wurden Kompetenzen, Routinen und Institutionen (Umweltämter, Frauenbüros, Ethikkommissionen, Technologiefolgenabschätzungseinrichtungen etc.) geschaffen und nicht selten durch kooptiertes Bewegungspersonal besetzt, um mit vielen der neuen Themen im politischen Alltag umgehen zu können.

2.3 Revisionen etablierter Politikbestände

Die neuen Themen führten nicht nur zur Anlagerung neuer Politikbereiche (Frauenpolitik, Umweltpolitik, Technologiepolitik etc.), sondern provozierten zugleich eine Revision der etablierten Politikbereiche unter den besonderen thematischen Vorzeichen, die von den neuen sozialen Bewegungen gesetzt wurde. Dieser Prozeß hält an. Ökologischen 'Verträglichkeitsprüfungen' werden heute u.a. Automobile und Bohrinseln, Trassenführungen und die Einführung der Sommerzeit ausgesetzt. Auch die feministischen 'Inspektionen der Herrenkultur' sorgen weiterhin für Wirbel. Er läßt sich z.B. an der Ausweitung politikwissenschaftlicher

Themenfelder ablesen, die zur Zeit feministisch durchpflügt werden. Geschlechterpolitik wird nicht nur in den Klassikern der politischen Theorie aufgespürt (Pateman 1988), sondern auch in den internationalen Beziehungen, in der Staatsorganisation oder im privaten Versicherungswesens (vgl. Laslett et al. 1995; Hartscock 1997).

2.4 Grenzen liberal-demokratischer Verfahren

Neue Themen und nachlassende Akzeptanz staatlicher Entscheidungen nährten den Verdacht, daß Verfahren und Entscheidungshorizonte liberaler Demokratien bei bestimmten Themen systematisch zu kurz greifen. Besonders bei technologischen und ökologischen Entscheidungen scheinen die 'Grenzen der Mehrheitsdemokratie' mit ihrer Orientierung an kurzfristigen wahlpolitischen Erfolgen rasch überschritten (Guggenberger/Offe 1984). Wo – wie in der Nutzung der Atomenergie – Festlegungen für viele Generationen getroffen werden, schwindet die Legitimationskraft der Mehrheitsregel, die ja nur überzeugen kann, wenn Entscheidungen revidierbar und irrtumsoffen gehalten werden. Kommt noch der sozialräumliche Effekt ungleicher Belastungen mit ökologischen Risiken hinzu ('environmental injustice'), kann von Mehrheitsentscheiden keine Legitimationskraft für die besonders betroffenen majorisierten Minderheiten mehr erwartet werden. Ihr Protest verlangt nicht nur andere Sachentscheidungen, sondern auch politische Verfahren jenseits parlamentarischer Mehrheiten und etablierter Verhandlungssysteme. Sonst kann ein Punkt erreicht werden, an dem regionaler Betroffenenprotest so stark wird, daß konventionell getroffene Entscheidungen nicht mehr politisch durchsetzbar erscheinen (Gorleben und Wackersdorf als Beispiele).

2.5 'Partizipatorische Revolution'

Dieser von Max Kaase geprägte Begriff war als Diagnose für die Ausweitung und Nutzung des politischen Handlungsrepertoires in den 70er Jahren immer zu hoch angesetzt. Dennoch ist das Ausmaß und die Kontinuität der politischen Beteiligungsansprüche beachtlich, die über den Horizont des 'demokratischen Elitismus' hinausweisen, der seit Joseph A. Schumpeter als 'realistische' Demokratietheorie gehandelt wird. 'Revolutionär' mögen sie besonders gegenüber den in den 60er Jahren vorherrschenden Demokratiekonzepten erscheinen, als politische Apathie noch – in kalt-kriegerischer Abgrenzung gegen die Überpolitisierung in den Sowjetgesellschaften – als liberal-demokratische Bürgertugend galt und als Systemvertrauen gedeutet werden konnte (Kornhauser 1959). Den hohen Anteil 'unkonventioneller' Formen am Aufschwung politischer Beteiligung hat Ronald Inglehart (1990) auf die einprägsame Formel eines kulturellen Wandels von einer 'elite-needing and elite-seeking' zu einer 'elite-challenging public' gebracht. Nicht allein das Ausmaß an politischer Beteiligung, sondern besonders dessen politische Formen deuten auf ein breites Unbehagen am berufspolitisch gestützten 'demokratischen Elitismus'. Bevorzugter Handlungstyp der neuen sozialen Bewegungen und darüber hinaus ist die 'projektorientierte Mobilisierung' (Raschke 1985), d.h. ein an überschaubaren Vorhaben interessiertes politisches Engagement, das sich deutlich von den klassischen Mustern politischen Engagements entlang lebenslanger, sozialstrukturell verankerter Partei- und Milieubindung, aber auch dem modernen Leben von der und für die Politik unterscheidet. Im bestehenden Gefüge von Parteien und Verbänden findet dieses neue Politikverständnis in der Regel keinen Handlungsrahmen.

2.6 Zivilisierung von Politik

In den neuen sozialen Bewegungen finden sich zudem radikalere Ansprüche an eine Demokratisierung der Politik. Eine besonders von der Friedensbewegung, aber auch der neuen Frauenbewegung angemahnte Dimension ist die der Zivilisierung von Politik. Mit der Infragestellung des inneren und äußeren Gewaltmonopols von Nationalstaaten, mit der Ablehnung von Gewalt als Mittel inner- und zwischenstaatlicher Politik zielte die neue Friedensbewegung in ihren radikaleren Strömungen auf das 'Herz des Staates': seine Fähigkeit, Staatsräson durch Gewalt zu erzwingen. Auch heute können wir uns die Grundstrukturen eines politischen Gemeinwesens kaum vorstellen, das auf die 'Gewaltdeckung' von Politik verzichtet bzw. verzichten kann.

2.7 Geschlechterdemokratie/ Feminisierung von Politik

Die neue Frauenbewegung hat von Anbeginn nicht nur die Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen, sondern zugleich eine Anerkennung und Aufwertung aller Arbeits- und Lebensformen gefordert, die mit Reproduktion zu tun haben und klassisch der Intim- und Privatsphäre und damit der Obhut des weiblichen Geschlechts zugeordnet sind. Diese kulturevolutionäre Umwertung geht weiter als die Klage über den männerbündischen Ausschluß von Frauen aus dem öffentlichen Raum und der Politik. Wie die Institutionen einer politischen Demokratie und die gesellschaftliche Organisation von Arbeit und Reproduktion aussehen könnten und müßten, in denen Frauen und einen gleichberechtigten Platz einnehmen können, auch für sie selbstgewählte 'differente' Lebensentwürfe möglich werden (Benhabib 1996) und Fragen der Reproduktion nicht geschlechtsspezifisch 'privatisiert' werden, wissen wir heute bestenfalls in Ansätzen.

2.8 Ökologische Demokratie

Ähnlich anspruchsvoll sind die Konsequenzen, die sich aus einer demokratischen Neufassung des sozialen Naturverhältnisses ergeben. Will sich ökologisch verantwortliches Handeln nicht auf Nachbessern, Entsorgen und Schadensbegrenzung beschränken, erfordert sie eine 'materiale Politisierung der Produktion' (Herbert Kitschelt), denn hier wird darüber entschieden, was in anderen Lebenssphären zum kaum zu bewältigenden ökologischen Problemberg anwächst. Daß in der vielen ökologischen Konflikten eigenen Kluft zwischen Entscheidern und Betroffenen ein Demokratieproblem ersten Ranges steckt, hat nach anfänglichen Polemiken selbst Niklas Luhmann in seiner 'Soziologie des Risikos' (1991) zugestanden. Ohne massive Eingriffe in die private Verfassung der Ökonomie lassen sich z.B. Bremsen und Stoppregeln für jene Technologien nicht durchsetzen, die aus prinzipiellen Gründen als nicht demokratieverträglich einzustufen sind. Dies gilt z.B. für die zivile Nutzung der Atomenergie wegen der nicht zu verantwortenden Schäden bei einem immer möglichen großen Unfall, der radioaktiven Hypothek, mit der künftige Generationen belastet werden, und nicht zuletzt wegen des demokratiezerstörenden Sicherheitsbedarf, den diese Anlagen selbst im Normalbetrieb erfordern. Reflexionen darüber, wie Verfahren und Institutionen einer ökologisch aufgeklärten Demokratie aussehen könnten, gibt es inzwischen in größerer Zahl, im deutschsprachigen Raum u.a. von Alex Demirovic, Claus Offe oder Ulrich K. Preuß, zur internationalen Debatte vgl. Doherty/de Geus (1996). Das Anspruchsniveau hat sich im letzten Jahrzehnt jedoch drastisch gesteigert, seit die globalen Dimensionen zahlreicher Umweltprobleme deutlicher zu Bewußtsein gekommen sind (Agenda 21, sustainable development etc.). Ökologische Demokratie läßt sich heute jedenfalls nicht mehr in einem beschränkten na-

tionalstaatlichen Rahmen denken. Gibt man sich nicht der Illusion hin, die verstärkte Präsenz von NGOs auf dem internationalen Parkett sei bereits die Antwort, dann bedarf es enormer institutioneller Phantasie, sich eine ökologisch verantwortliche 'cosmopolitan democracy' (Archibugi/Held 1995) mit der zugleich notwendigen lokalen Bodenhaftung vorzustellen.

2.9 Dezentralisierung von Politik

Viele dieser demokratischen Anforderungen lassen sich angemessen nur auf lokaler und regionaler Ebene verankern, vor allem wenn die bürgerschaftlichen Beteiligungsansprüche ernst genommen werden. Dezentralisierung, Kommunalisierung und Regionalisierung lautet darum eine wichtige Forderung erweiterter Demokratie. Die gegenwärtigen Veränderungen im Kräfteverhältnis von regionalen staatlichen Zusammenschlüssen (EU, NAFTA etc.), Nationalstaaten und ihrer jeweiligen lokalen bzw. regionalen Ebene unter den Bedingungen der Globalisierung weisen eher in die Gegenrichtung. Kompetenzen und Finanzen werden auf die höheren Ebenen der Staatsorganisation aufkosten der Kommunalpolitik konzentriert, soziale Folgelasten gleichzeitig im Sinne einer 'Urbanisierung sozialer Ungleichheit' nach unten abgewälzt (Merrifield/Swyngedouw 1996). Wo zusätzlich die neoliberale Philosophie des Politikverzichts zugunsten 'des Marktes' obwaltet, droht den durchaus vorhandenen lokalpolitischen Demokratisierungsbemühungen jenes Schicksal, das Jochen Hippler mit Blick auf die Staaten der Dritten Welt treffend 'Demokratisierung der Machtlosigkeit' genannt hat.

2.10 Entstaatlichung der Politik

Besonders die Oppositionsbewegungen in den kommunistischen Regimen Osteuropas verstärken eine zivilgesellschaftliche Interpreta-

tion der politischen Stoßrichtung der neuen sozialen Bewegungen. Ihr Ziel sei nicht eine Stärkung staatlicher Handlungskompetenzen im Namen von Ökologie oder Feminismus, nicht der Kampf um Machtpositionen im Staat, sondern eine Zurücknahme des Politischen in die Zivilgesellschaft und die Stärkung ihrer autonomen Handlungskompetenzen (Arato/Cohen 1992). Nicht Max Weber, sondern Hannah Arendt sei die Kronzeugin dieses alternativen Politikverständnisses. Auch wenn in der staatstheoretischen Diskussion verstärkt von einem Aushöhlen staatlicher Handlungskompetenzen und neuen Formen der nicht-staatliche Akteure einschließenden 'governance' die Rede ist (Grimm 1994), scheinen die Terraingewinne eher in Richtung 'corporate economy' und nicht in Richtung kleiner, vernetzter zivilgesellschaftlicher Akteure zu gehen.

Als Zwischensumme dieser keineswegs vollständigen Liste der aufgelaufenen politischen Herausforderungen läßt sich festhalten, daß die neuen sozialen Bewegungen in ihren Formen und Inhalten eine Fülle von 'demokratischen Fragen' auf die Tagesordnung gesetzt haben. Sie bieten zusammen kein kompaktes und durchgearbeitetes Konzept einer nachliberalen Demokratie.

Vorliegende Integrationsversuche sind eher bescheiden angelegt und greifen allenfalls einzelne Aspekte auf. Sie sind zudem in der Regel institutionell nicht durchbuchstabiert, ihre Kompatibilität ist ungeprüft. Es fehlen meist Ausführungen über gesellschaftliche Umsetzungsbedingungen, etwa die notwendige soziale und ökonomische Einbettung dieser neuer politischen Institutionen. Dies führt in eine paradoxe Situation. Das Gros der demokratischen Herausforderungen wird in den öffentlichen Debatten in der Regel punktuell, aufgeklärt und realpolitisch 'selbstbegrenzt' präsentiert. Einzelne Verfahren, wie z.B. Referenden,

erlangen dabei gelegentlich den Status eines *Passepartout*. Trotz der vielschichtigen Forderungen nach Ergänzungen und Erweiterungen, nach einzelnen Um- und Anbauten werden zumeist die Grundstrukturen liberaler Demokratien nicht infrage gestellt (für die feministische Debatte vgl. Holland-Cunz 1997). In jeder Einzelbewegung steckt jedoch ein demokratischer Anspruchshorizont, der die 'Séparée-Existenz' liberaler Demokratien (Wolf-Dieter Narr) überschreitet. Zusammengenommen ergibt sich ein radikaldemokratischer Veränderungsbedarf, der alle Kommune- und Räte-Utopien in den Schatten stellt, die historisch einmal mit dem Begriff Sozialismus verbunden wurden. Dies gilt selbst für die Verfassung der Ökonomie. Auch hier übersteigen die im Namen von Ökologie und Feminismus reklamierten Gestaltungsansprüche den demokratischen Regelungsbedarf, der einmal mit dem Konzept der Arbeiterselbstverwaltung verbunden war.

3 ...zu den Grenzen der Herausforderung

Im Rückblick drängt sich der Küchen-Sinnpruch auf, daß nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde. Zumindest sind auch nach drei Dekaden die institutionellen Innovationen, die als positive Antwort auf die Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen betrachtet werden können, äußerst bescheiden ausgefallen. Und selbst diese sind einer steten 'Entzauberung' ausgesetzt. Als provozierend bewegter Veränderungsstachel im herrschenden institutionellen Gefüge gedacht, sind sie eher zu einem mehr oder weniger kommensurablen Teil desselben geworden. Diese Logik der Normalisierung im Sinne einer weitgehenden Einpassung der bescheidenen institutionellen Innovationen in das Bestehende – Helmut Schelsky hat einmal in einem anderen Kontext vom institutio-

nellen 'Einfügsel' gesprochen – läßt sich in vielen Bereichen nachzeichnen. Zwei Beispiele mögen genügen:

Die Grünen gelten als der sichtbarste Ausdruck des bewegten Aufbruchs im politischen Gefüge der Bundesrepublik. Sie sind die einzige Partei, der es nach der Konsolidierungsphase der Republik gelungen ist, sich dauerhaft auf Bundesebene (mit einem vereinigungsbedingten Einbruch) zu behaupten – als eine der beiden kleinen Parteien, die für mögliche Koalitionen zur Verfügung steht. Dies ist zweifellos ein Institutionalisierungserfolg. Wie man auch immer das Wirken der Grünen in Bonn und in anderen Parlamenten einschätzen mag, auffällig ist nach fast zwei Jahrzehnten der Abstand zwischen den mit dieser Parteigründung von ihren Protagonisten verbundenen innovativen Erwartungen und dem, was aus dem grünen Parteiexperiment geworden ist. Eine 'Partei neuen Typs' (Claus Offe) oder eine 'post-konventionelle Rahmenpartei' (Joachim Raschke), der es gelingt, ein 'links-libertäres' Politikverständnis in der eigenen Organisation zu praktizieren und als neue gesellschaftliche Konfliktlinie zu etablieren (Herbert Kitschelt), sind die Grünen jedenfalls nicht geworden (Raschke 1993). Trotz aller weiterhin bestehenden Unterschiede zu den anderen Parteien haben sie sich den Spielregeln der Parteienkonkurrenz unterworfen und die Geschäftsordnungen der Parlamente als Strukturierungsprinzip der eigenen Arbeit weitgehend akzeptiert. 'Anders' sind sie zumeist nicht mehr programmatisch, sondern weil sie noch immer auf ein sozialbewegtes Wählerklientel Rücksicht nehmen müssen, das mit Parteipolitik insgesamt wenig am Hut hat und den Grünen einen solch niedrigen Organisationsgrad besichert, daß selbst der Versuch innerparteilicher Basisdemokratie zur Farce geraten muß.

Zu institutionellen Öffnungen und Anbauten entlang von Bewegungsthemen ist es vor allem auf kommunaler Ebene gekommen. Sie reichen von den in einigen Bundesländern inzwischen obligatorischen Frauenbüros bis zur lokalen Selbsthilfeförderung, von Energiebeiräten bis zu Stadtentwicklungsforen, die auch für Bürgerinitiativen offen sind. In einigen Bundesländern wird mit lokalen Kinder- und Jugendparlamenten experimentiert. Frauenhäuser und Umweltdezernate, Ämter für multikulturelle Angelegenheiten und lokal geförderte Netzwerke von Agenda 21-Initiativen, Beiräte von AusländerInnen und SeniorInnen würde es ohne die Mobilisierungen der neuen sozialen Bewegungen ebensowenig geben wie eine Vielzahl der bereichsspezifischen Partizipationsangebote (Bürgerversammlungen, Foren, Planungszellen, Mediationsverfahren etc.).

Durch die vorsichtige Ergänzung fast aller Gemeindeordnungen um direkt-demokratische Verfahren wurden in den 90er Jahren auch verfassungspolitische Konsequenzen gezogen. In einigen wichtigen Fragen und in der Regel mit zahlreichen Kautelen (Quoren, Fristen, Themenbegrenzungen, parlamentarischen Vorbehalten etc.) versehen, werden den BürgerInnen verstärkt Sachentscheidungen zugebilligt. Dieses Schwergewicht an kommunalpolitischen Innovationen entspricht durchaus dem Mobilisierungsprofil der neuen sozialen Bewegungen, denn das Gros der Initiativen konzentriert sich auf lokale Forderungen (Koopmans 1992). Dennoch passen auch diese Neuerungen in das Bild des 'Einfügsels'. Die repräsentativen Grundstrukturen kommunaler Demokratie blieben unverändert. Ihre Nachrangigkeit in der Staatsorganisation hat – bedingt u.a. durch EU, Überregelung und Finanzknappheit – sogar eher zugenommen.

4 'Normalisierung' als unaufgeregtes Fazit?

Entwarnung gibt es auch für die Bewegungspolitik selbst. Seit Beginn der 90er Jahre mehrten sich Stimmen, die eine Normalisierung des vormals Unkonventionellen konstatieren. 'Unkonventionelle' Beteiligung sei – dank der neuen sozialen Bewegungen – zur Normalität in der politischen Kultur der BRD geworden, wobei neue und konventionelle Formen der Beteiligung für die BürgerInnen lediglich komplementäre Optionen darstellen, die situationspezifisch eingesetzt werden. „Der Anpassungsdruck auf das politische System im Sinne eines strukturellen Wandels ist von daher gesehen eher unwahrscheinlich“ (Fuchs 1990). Dazu paßt auch die These vom Gegen- zum Nebeneinander, mit der die Entwicklungstendenzen im Verhältnis von Parteien und neuen sozialen Bewegungen gekennzeichnet wurden. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat mit zwei zentralen Entscheidungen (der Brokdorf-Entscheidung von 1985 und dem Sitzblockaden-Urteil von 1996) dazu beigetragen, in denen es zivile Formen demonstrativen Protests entkriminalisierte.

Soziale Bewegungen werden heute in der politischen Soziologie weithin als regelmäßig auftretende Akteure des politischen Systems begriffen und eingeordnet. Dieter Rucht sieht sie – neben Parteien und Verbänden – als eigene Akteursgruppe im System der intermediären Interessenvermittlung. Andere Autoren, wie Dieter Fuchs, stufen sie als eine Variante von Interessengruppen (neben den Verbänden) im Publikumssystem ein. Unstrittig ist, daß das Engagement in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen allgemein akzeptiert wird und zum individuellen politischen Verhaltensrepertoire einer relevanten Zahl von AktivbürgerInnen gehört. Ich habe eine – politisch insgesamt eher marginale – Institutionalisierung von

Bewegungspolitik für die Bundesrepublik beschrieben, die nicht zuletzt auf eigenen lokalen Milieubildungen beruht (1994). Neuere empirische Studien haben diese Diagnose bestätigt (Rucht et al. 1997). Sie deckt sich mit Botchaften, die mit emphatischer klingenden Begriffen wie 'Protestgesellschaft' oder 'Bewegungsgesellschaft' verbunden sind (s. Rucht in diesem Band).

Wie läßt sich diese neue Normalität des Protests in der Bundesrepublik demokratietheoretisch deuten? Auch hier fallen die Antworten eindeutig aus. Durch die neuen sozialen Bewegungen hat die (west-)deutsche Demokratie an Substanz gewonnen. Sie haben ihr zu jenem bürgerschaftlich aktiven Unterbau verholfen, der in den ersten Jahrzehnten noch fehlte. Damit endet der deutsche Sonderweg, und die Bundesrepublik reiht sich in den Kreis der 'normalen' stabilen Demokratien des Westens ein (Burns/van der Will 1988; Koopmans 1992). Die institutionellen Neuerungen folgen einem Muster, das Peter Katzenstein und Manfred Schmidt auch für verschiedene Politikfelder der Bundesrepublik beobachtet haben: der 'Politik des mittleren Weges'. Ihr Kennzeichen sind kleine Anbauten und moderate Veränderungen, die von der enormen Stabilität des Grundgefüges zuweilen verdeckt werden ('Mikroflexibilität' bei 'Makrostabilität').

Zu dieser Diagnose passen auch Aussagen der international vergleichenden Forschung. Je moderner die Gesellschaft, desto selbstverständlicher ist Protest, aber auch umso weniger radikal – so lautet die Normalisierungsbotschaft von Roller/Weßels (1996). Neue soziale Bewegungen und Protest sind keine 'deutsche Krankheit', sondern auch in den Nachbarländern selbstverständlich (Kriesi et al 1995; Rucht 1994). Nationale Variationen ergeben sich aus den jeweiligen politischen Chancenstrukturen. Gemeinsam ist die Bewertung, daß

die Mobilisierungen der neuen sozialen Bewegungen – trotz ihrer breiten Herausforderungspalette und ihrer Mobilisierungsdichte – (bislang) allenfalls Repertoireerweiterungen und institutionelle Anbauten, nicht aber weitreichende politisch-institutionelle Reformen bewirken konnten.

5 Paradoxe Effekte

Das Normalisierungsgemälde ist zu glatt, um (ganz) realistisch zu sein. Mehren sich doch die Anzeichen, daß wir nicht in der besten aller liberal-demokratischen Welten leben, nun zusätzlich gestützt auf eine aktive Bürgerschaft, die selbstbewußt und mit Augenmaß demokratischen Protest als Korrektiv repräsentativer Machtausübung nutzt. Die kontinuierlichen Wellen des Protests haben neben den bescheidenen institutionellen Innovationen auch gegenläufige Wirkungen. Sie lassen sich – aus der Perspektive des Protests – als nicht-intendierte, zuweilen paradoxe Effekte beschreiben:

Von Japan bis Italien, aber auch in den USA oder der Bundesrepublik mehren sich Anzeichen, die eher zur Diagnose einer zunehmend 'fragilen Demokratie' (Etzioni-Halevy 1989) passen. Daran hat auch der Protest der neuen sozialen Bewegungen seinen Anteil. Die gewachsenen demokratischen Ansprüche der Bürgerschaft haben in der 'politischen Klasse' eine Wagenburgmentalität provoziert. Parteien schließen ihre Machtkartelle. Politische Patronage, Selbstbedienung und eine wachsende Korruptionsdichte verstärken einen allgemeinen Vertrauensschwund in Politiker und Parteien. Selbst wenn es sich nur um einen Effekt gesteigerter Sensibilität der Bürger handeln sollte, die Folgen bleiben die gleichen. Auch zu dieser Deutung paßt der Befund der randständigen Institutionalisierung sozialer Bewegungen und einer selbst in den 1990er Jahren noch angestiegenen Protesthäufigkeit – bei

nachlassender öffentlicher Beachtung und politischer Berücksichtigung. Totgesagte leben länger, aber in einer Wahrnehmungsnische. Bewegungs- und Korruptionsforschung gehören zu den Wachstumsbranchen in der politischen Soziologie der letzten Dekade (vgl. Castells 1997).

Politische Blockaden erzeugen wachsende Enttäuschung bei den Bewegungsakteuren. Weil auf die Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen keine angemessene Antworten gesucht oder gefunden werden, wächst – auch bei einer wachsenden Anzahl von Protestereignissen und Bewegungsgruppen – die politische Entfremdung, so zumindest die Botschaft einer Studie über die Entwicklung von zunehmenden, aber auch zunehmend erfolglosen Berliner Verkehrsbürgerinitiativen (Schneider-Wilkes 1997). Die positive Bewertung von neuen sozialen Bewegungen, ihrer Themen und Aktionsformen hält in der jungen Generation an. Längst hat sich für sie der Sinngehalt von konventionell und unkonventionell umgekehrt. Aber die fehlende Responsivität der politischen Institutionen verstärkt auch im Bewegungssektor die Tendenz zur Zuschauerdemokratie. Die Kluft zwischen einer diffusen Mobilisierungsbereitschaft und eigenem politischem Engagement wird, so die Ergebnisse der jüngsten Shell-Jugendstudie (Fischer/Münchmeier 1997), augenscheinlich größer. Eine expandierende Protestindustrie mit ihren professionellen Angeboten bedient die entstehende Lücke, wie die Karriere von Greenpeace signalisiert. Aus dem Nebeneinander von Protest und institutioneller Politik auf eine 'normale' und stabile Demokratie zu schließen, könnte sich vor diesem Hintergrund als Täuschung erweisen.

Auch die Ausdehnung von Grundzügen der süddeutschen Ratsverfassung auf die gesamte Republik könnte sich für die Ziele der Bewegungspolitik als Gegenreform erweisen. Ihre

Form der Institutionalisierung von direkt-demokratischen Formen bedeutet jedenfalls keinen bewegungspolitischen Terraingewinn. Mit der Direktwahl der Bürgermeister wächst die populistische Versuchung und versieht deren 'exekutivische Führerschaft' (Rolf-Richard Grauhan) mit der entsprechenden Legitimation. Aufgrund ihrer hürdenreichen und rudimentären Institutionalisierung (nur Bayern macht aufgrund eines erfolgreichen Bürgergehrens auf Landesebene eine positive Ausnahme) bringen Bürgerbegehren und Bürgerentscheid keine Neugewichtung im Kräfteverhältnis von Verwaltung, Verwaltungsspitze und parlamentarischer Vertretung einerseits und der lokalen Initiativen- und Bewegungsszene andererseits. Auch die parallele Modernisierungsrunde in den Kommunalverwaltungen, meist im Zeichen eines 'new public management' als Binnenrationalisierung öffentlicher Dienstleistungen nach betriebswirtschaftlichem Kalkül angelegt, verspricht vieles, aber keinen Zuwachs an demokratischer Substanz.

Selbst die deutsch-deutsche Vereinigung steckt voller Paradoxien. Zunächst schien alles auf einen Zugewinn für Bewegungspolitik zu deuten, schließlich hatten die Bürgerbewegungen der DDR nicht unerheblich zur Wende beigetragen. Der Verfassungsentwurf des zentralen Runden Tisches vom April 1990, der Nach-Wende-DDR also, atmet noch diesen Geist, wie solche Elemente wie die Entprivilegierung der politischen Parteien, Bürgerbonus statt Wahlkampfkostenerstattung oder Bürgerbewegungen und soziale Bewegungen mit Verfassungsrang zeigen. In den marginalen Grundgesetzveränderungen der Verfassungsreform von 1994 finden sich keine politisch-institutionellen Zugeständnisse an Initiativen- und Bewegungspolitik mehr. Stattdessen wurde die deutsche Vereinigung auf breiter Front zur Genmobilisierung genutzt. Als besonders folgenreich erwies sich der massive Abbau der

Bürgerbeteiligung in eilig gezimmerten Planungs- und Beschleunigungsgesetzen. Zugunsten eines 'neuen Grundrechts auf ungestörte Investitionsausübung' (Heribert Prantl) wurde der bereits erreichte Schutz von Umwelt und Bürgerrechten ausgehebelt. Für den brachliegenden Osten ersonnen, wurden entsprechende Regelungen von interessierter Seite auch im Westen propagiert.

Die deutsche Vereinigung bot jedoch auch andere nicht-intendierte Folgen. Indem entsprechende Förderprogramme auch für die neuen Bundesländer umgesetzt wurden, entstand dort ein Initiativen-Netzwerk, das den lokalen Bewegungsmilieus der alten BRD nicht unähnlich ist. Allerdings mit einer erheblichen Differenz: sie sind wesentlich stärker von staatlichen Transfers (ABM etc.) abhängig als ihre westlichen Pendanten (Rucht et al. 1997).

6 'Crazy for Democracy'

Gleichgültig ob das Szenario der liberal-demokratischen 'Normalisierung' oder das des paradoxen demokratischen Substanzverlustes mehr überzeugt, gemessen an den Impulsen der neuen sozialen Bewegungen für eine demokratische Entgrenzung liberaler Demokratie sind diese Alternativen deprimierend. Wenn unstrittig ist, daß Demokratie das Thema der neuen sozialen Bewegungen ist, wie z.B. Alain Touraine immer wieder betont hat, bleibt nur das für soziale Bewegungen so typische Fazit: 'A mission unfulfilled'. So lautete der Titel eines berühmten Aufsatzes von Seymour Martin Lipset über die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegungen. Er taugt auch als Überschrift für die Mobilisierungsgeschichte der neuen sozialen Bewegungen. Das oft beschworene und gelegentlich aufgezeigte positive Zusammenspiel von Protest und Reform (für das Italien der 70er Jahre vgl. Tarrow 1989) scheint suspendiert. Die Bundesrepublik der

letzten beiden Jahrzehnte bietet das paradoxe Bild eines Landes mit einer äußerst intensiven und dauerhaften demokratischen Mobilisierungen in der Bevölkerung bei gleichzeitiger politischer Reformblockade. Das demokratische Potential der neuen sozialen Bewegungen blieb bislang ungenutzt. „Der Teil der neuen sozialen Bewegungen, der sich in Projekten und Institutionen professionalisiert hat, hat neue Felder politischer Auseinandersetzung eröffnet oder offengehalten, aber kaum neue Räume politischer Entscheidungen geschaffen“ (Zeuner 1997: 32).

Bei der Frage nach den Ursachen für die geringe Demokratisierungswirkung der neuen sozialen Bewegungen liegt es zunächst nahe, die enorme Stabilität institutioneller Politik (Kennzeichen der Ära Kohl), ihre Übermacht gegenüber den protestierend vorgebrachten Herausforderungen zu betonen. Die Problematierungs- und Thematisierungsleistungen der neuen sozialen Bewegungen sind offensichtlich weit größer als ihre Fähigkeit, sie institutionell folgenreich umzusetzen. Hierbei sind sie auf eine entsprechende Responsivität in den Institutionen und öffentliche Unterstützung angewiesen. Stattdessen wurde parallel zu den neuen sozialen Bewegungen das ‘System der inneren Sicherheit’ ausgebaut, und das ‘policing’ des Protests ersetzt(e) nicht selten die inhaltliche Auseinandersetzung. Zudem hat sich ein politischer Agendawechsel vollzogen, bei dem die Themen der neuen sozialen Bewegungen ihre Zentralität eingebüßt haben. Globalisierung, Migration, Arbeitslosigkeit, Armut und andere soziale Fragen drängen auch in der Protestpolitik in den Vordergrund. Weitere gesellschaftliche Gründe lassen sich leicht finden.

Sie sollten jedoch nicht von der kritisch-selbstkritischen Prüfung ablenken, ob nicht die Bewegungsforschung selbst zur Vernachlässigung

der ‘demokratischen Fragen’ beigetragen hat. Insgesamt fällt auf, wie wenig sich die Bewegungsforschung bemüht hat, die demokratischen Potentiale der neuen sozialen Bewegungen sichtbar zu machen, sie konzeptionell weiterzudenken und institutionell zu übersetzen. Bewegungsforschung und Demokratietheorie sind zumeist separate Wege gegangen – zu beider Nachteil. Dazu haben auch spezifische konzeptionelle Optionen der Bewegungsforschung beigetragen:

(1) Kulturalisierung: Auffällig ist die Tendenz, mit dem Konzept neue soziale Bewegungen die politischen Dimensionen zugunsten soziokultureller Herausforderungen zu vernachlässigen. Dies gilt nicht nur für die programmatischen Arbeiten von Alberto Melucci. Auch die erste bundesdeutsche Bewegungsbilanz von Brand/Büsser/Rucht (1986) mit dem Titel ‘Aufbruch in eine andere Gesellschaft’ und Joachim Raschkes Grundriß zu sozialen Bewegungen (1985) mit der Diagnose, neue soziale Bewegungen seien eher kultur- als machtorientiert, haben dazu beigetragen – von pauschalen Etikettierungen à la ‘Neoromantik’ oder ‘Lebensweise-Paradigma’ einmal ganz abgesehen. Hinzu kam das irreführende internationale Label, mit dem das Konzept neue soziale Bewegungen zum ‘Identitätsansatz’ stilisiert wurde (Cohen 1985, kritisch Roth 1998).

(2) Diese Blickverengung haben die Arbeiten, die sich der Konzepte des politischen Prozeß-Ansatzes bedienten (Tarrow, Kriesi, Koopmans u.a.), nicht mitgemacht. Dennoch werden auch dort die politischen Dimensionen neuer sozialer Bewegungen nur sehr verkürzt verhandelt, da die Rückwirkungen auf das politische System, seine thematischen Grenzen, Formen und Legitimationsbestände meist ausgeblendet werden. Dies geschieht gerade auch dort, wo politische Chancenstrukturen zwar als Entstehungs-, Mobilisierungs- und Erfolgsbedingung

von Protesten in den Mittelpunkt gerückt werden, die Frage nach den verändernden Rückwirkungen aber nicht systematisch gestellt werden. Konzeptionell bleibt damit der Rahmen liberaler Demokratien sankrosant, obwohl nicht wenige der neuen sozialen Bewegungen gerade daran rütteln wollen.

(3) Nur wenige KollegInnen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Demokratisierungsanregungen der neuen sozialen Bewegungen politisch-institutionell weiterzudenken und zu konkretisieren. In vielen Beiträgen dominiert stattdessen eine strukturkonservative Abwehrsemantik. Daß dies nicht unbedingt so sein muß, zeigen die aktuellen Debatten (vor allem zu Themen der internationalen Politik) um den Begriff 'governance'. Auch wenn der Begriff alles andere als einheitlich verwendet wird und gelegentlich machtvorgessen und NGO-begeistert die herrschaftlichen Proportionen zu verschwinden drohen, signalisiert die 'governance'-Diskussion eine Sensibilität für Formveränderungen des Politischen und die Bedeutung schwach institutionalisierter Akteure, wie sie auch in der Auseinandersetzung um die demokratischen Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen zu wünschen wäre.

Die Chancen für einen innovativen Beitrag der Bewegungsforschung zu demokratischen Fragen sind eigentlich günstig. An Anregungen hat es in den neuen sozialen Bewegungen jedenfalls nicht gefehlt. Der prekäre Zustand liberaler Demokratien am Ende dieses Jahrhunderts (vgl. diverse Beiträge in Berg/Saage 1997; Schneider-Wilkes 1997) verlangt, daß wir die bewegten Forderungen nach mehr Demokratie stärken.

Roland Roth lehrt Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Fachhochschule Magdeburg.

Anmerkung

* Dieser Beitrag ist eine bearbeitete und gekürzte Fassung eines Vortrags in der Sektion 'Politische Soziologie' auf dem DVPW-Kongreß 'Demokratie – eine Kultur des Westens' in Bamberg (Oktober 1997). Die Sektion hatte sich die Aufgabe gestellt, aus der Perspektive der Arbeitskreise politische Soziologie als Demokratiewissenschaft zu bilanzieren.

Literatur

- Archibugi, Daniele/Held, David* (eds.) 1995: *Cosmopolitan Democracy: An Agenda for a New World Order*. Cambridge, Mass.: Polity Press.
- Barnes, Samuel/Kaase, Max et al.* 1979: *Political Action*. Beverly Hills: Sage.
- Beck, Ulrich* 1986: *Risikogesellschaft*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Benhabib, Seyla* (ed.) 1996: *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*. Princeton: Princeton University Press.
- Berg, Gunnar/Saage, Richard* (Hg.) 1997: *Zwischen Triumph und Krise – Zum Zustand der liberalen Demokratie nach dem Zusammenbruch der Diktaturen in Osteuropa*. Opladen: Leske + Budrich.
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter* 1986: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt/M-New York: Campus Verlag (aktualisierte Neuauflage).
- Burns, Rob/van der Will, Wilfried* 1988: *Protest and Democracy in West Germany: Extra-parliamentary Opposition and the Democratic Agenda*. New York: St. Martin's Press.
- Castells, Manuel* 1997: *The Power of Identity (Volume II of: The Information Age: Economy, Society and Culture)*. Oxford: Blackwell.
- Cohen, Jean L.* 1985: *Strategy or Identity: New Theoretical Paradigms and Contemporary Social Movements*. In: *Social Research* 52 (4), 663-716.
- Cohen, Jean L./Arato, Andrew* 1992: *Civil Society and Political Theory*. Cambridge: MIT Press.
- Dalton, Russell J./Kuechler, Manfred* (eds.) 1990: *Challenging the Political Order: New Social and*

- Political Movements in Western Democracies. New York: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J.* 1994: The Green Rainbow. Environmental Groups in Western Europe. New Haven & London: Yale University Press.
- Dalton, Russell J.* 1996: Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies. Chatham: Chatham House (2. Edition).
- Doherty, Brian/de Geus, Marius* (eds.) 1996: Democracy and Green Political Thought. London: Dryzek, John S. 1996: Political Inclusion and the Dynamics of Democratization. In: American Political Science Review 90 (3), 475-487.
- Ekins, Paul* 1992: A New World Order: Grassroot Movements for Global Change. London: Routledge.
- Epstein, Barbara* 1991: Political Protest and Cultural Revolution. Nonviolent Direct Action in the 1970s and 1980s. Berkeley etc.: University of California Press.
- Etzioni-Halevy, Eva* 1989: Fragile Democracy: The Use and Abuse of Power in Western Societies. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Fischer, Artur/Münchmeier, Richard* 1997: Jugend '97. Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen (12. Shell Jugendstudie). Opladen: Leske + Budrich.
- Fuchs, Dieter* 1990: The Normalization of the Unconventional. New Forms of Political Action and New Social Movements. Berlin: WZB.
- Gould, Roger V.* 1995: Insurgent Identities. Class, Community, and Protest in Paris from 1848 to the Commune. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Grimm, Dieter* (Hg.) 1994: Staatsaufgaben. Baden-Baden: Nomos.
- Guggenberger, Bernd/Offe, Claus* (Hg.) 1984: An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hartsock, Nancy C.M.* 1997: How Feminist Scholarship Could Change Political Science. In: Monroe, Kristen Renwick (ed.), Contemporary Empirical Political Theory. Berkeley u.a.: University of California Press, 231-248.
- Hippler, Jochen* (Hg.) 1994: Demokratisierung der Machtlosigkeit, Hamburg: Konkret Verlag.
- Hofrichter, Jürgen/Schmidt, Hermann* 1991: Eher mit- als gegeneinander! Zum Verhältnis von neuen sozialen Bewegungen und politischen Parteien in den achtziger Jahren. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (erweiterte Neuauflage), 469-488.
- Holland-Cunz, Barbara* 1997: Feministische Demokratietheorie – Zwischen Realdemokratie, Radikaldemokratie und Utopie (Vortrags auf dem DVPW-Kongress in Bamberg, Okt. 1997).
- Huntington, Samuel P.* 1991: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. Norman: University of Oklahoma Press.
- Inglehart, Ronald* 1990: The Culture Shift in Advanced Industrial Society. Princeton: Princeton University Press.
- Jasper, James M.* 1997: The Art of Moral Protest. Culture, Biography, and Creativity in Social Movements. Chicago & London: The University of Chicago Press.
- Jennings, Kent M./van Deth, Jan* (eds.) 1989: Continuities in Political Action. Berlin: de Gruyter.
- Kaplan, Temma* 1997: Crazy for Democracy: Women in Grassroots Movements. New York: Routledge.
- Kornhauser, William* 1959: The Politics of Mass Society. New York: Free Press.
- Koopmans, Ruud* 1992: Democracy from Below. New Social Movements and the Political System in West Germany 1965-1990. Amsterdam: Dissertation.
- Kriesi, Hanspeter/ Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan Willem/Giugni, Marco G.* 1995: New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Laslett, Barbara/Brenner, Johanna/Arat, Yesim* (eds.) 1995: Rethinking the Political. Gender, Resistance, and the State. Chicago & London: Chicago University Press.
- Luhmann, Niklas* 1991: Soziologie des Risikos. Berlin: de Gruyter.
- Marrifield, Andy/Swyngedouw, Erik* (eds.) 1996: The Urbanization of Injustice. London: Lawrence & Wishart.

- Offe, Claus* 1985: New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics. In: *Social Research* 52 (4), 817-868.
- Pateman, Carole* 1988: *The Sexual Contract*. Stanford: Stanford University Press.
- Raschke, Joachim* 1985: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt/M-New York: Campus.
- Raschke, Joachim* 1993: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*. Köln: Bund-Verlag.
- Roller, Edeltraud/Wessels, Bernhard* 1996: Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity. In: Weil, Frederick et al. (eds.), *Extremism, Protest, Social Movements, and Democracy. Research on Democracy and Society Volume 3*. Greenwich/London: JAI Press, 91-134.
- Roth, Roland* 1994: *Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution*. Köln: Bund Verlag.
- Roth, Roland* 1997: Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Reiner (Hg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Roth, Roland* 1998: Kollektive Identitäten neuer sozialer Bewegungen. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.), *Konzepte zur Analyse sozialer Bewegungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag (i.V.).
- Rucht, Dieter* 1994: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt/M-New York: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter/Blattert, Barbara/Rink, Dieter* 1997: *Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel ‚alternativer‘ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands*. Frankfurt/M-New York: Campus Verlag.
- Schneider-Wilkes, Rainer* (Hg.) 1997: *Demokratie in Gefahr? Studien zum Zustand der deutschen Republik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Tarrow, Sidney* 1989: *Democracy and Disorder. Protest and Politics in Italy 1965-1975*. Oxford: Oxford University Press.
- Weil, Frederick et al.* (eds.) 1996: *Extremism, Protest, Social Movements, and Democracy. Research on Democracy and Society, Volume 3*. Greenwich/London: JAI Press.
- Wignaraja, Ponna* (ed.) 1993: *New Social Movements in the South: Empowering the People*. London: Zed.
- Zakaria, Fareed* 1997: The Rise of Illiberal Democracy. In: *Foreign Affairs* 76 (6), 22-43.
- Zeuner, Bodo* 1997: In: Schneider-Wilkes, Rainer (Hg.): *Demokratie in Gefahr? Studien zum Zustand der deutschen Republik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Karl-Werner Brand

Neue Soziale Bewegungen: 'Europäische' Erklärungskonzepte

1 Einleitung

Zu Beginn der 80er Jahre bürgerte sich in der Bundesrepublik, zunächst im wissenschaftlichen, dann auch im Sprachgebrauch der Bewegungsakteure, der Begriff 'Neue Soziale Bewegungen' (NSB) ein. Gemeint ist damit die rasche Entstehung einer breiten, heterogenen Bewegungsszene in den späten 70er und frühen 80er Jahren, die im Anti-AKW-Protest, in der Umwelt-, der neuen Frauen- und Friedensbewegung, in den Projekten und Netzwerken des städtischen Alternativmilieus, in der Hausbesetzerbewegung, in der Kampagne gegen die Volkszählung u.a.m. ihre Brennpunkte findet und zunächst in lokalen und regionalen Listen, dann aber auch bundesweit als Partei Die Grünen die parlamentarische Bühne betritt. Die Rede von 'neuen sozialen Bewegungen' suggeriert dabei nicht nur wesentliche Gemeinsamkeiten dieser heterogenen Protestszene, sondern auch die Herausbildung einer qualitativ neuen Bewegungsformation, die sich deutlich von 'alten' Bewegungen, insbesondere von der Arbeiterbewegung, abhebt.

Diese Annahme ist zumindest für die Bundesrepublik sinnfällig. Hier verschränken sich die verschiedenen Konfliktfelder und Protestmilieus zu einem umfassenden, neuen Bewegungssektor, der eine inhaltlich zwar diffuse, im Gegensatz zum etablierten 'System' aber deutlich polarisierte, fundamentaloppositionelle Identität als 'Bewegung' ausbildet. So flossen

ab Mitte der 70er Jahre, im Sog der sich verschärfenden Konflikte um den Bau atomarer Anlagen, die verschiedenen Kritikstränge der neuen sozialen Bewegungen in eine generelle, 'ökologisch' gefärbte Kritik der technokratischen Wachstumsgesellschaft und des industriellen Fortschrittsmodells zusammen, die sich aus einem vagen, utopischen Gegenentwurf 'sanfter' Vergesellschaftung speiste. Diese 'sozial-ökologische' Utopie verband das Modell eines dezentralisierten, basisdemokratisch organisierten Gemeinwesens mit dem Konzept einer ökologisch verträglichen, bedürfnisorientierten Wirtschaft, die sich einer 'sanften', den ökologischen und sozialen Zwecken 'angepaßten' Technologie bediente. In diese Utopie flossen aber auch Elemente feministischer Patriarchatskritik, das Bild einer neuen, herrschaftsfreien Geschlechterbeziehung und die alternativen Visionen eines selbstbestimmten, egalitären Lebens (dazu auch Fehr in diesem Heft) ein. Wenn auch unklar ist, inwieweit diese gegenkulturellen Entwürfe über die städtischen Alternativmilieus hinaus handlungsmotivierend wirkten, so bildeten sie in der Bundesrepublik doch das ideelle Ferment, die integrierende Symbolik, die dem heterogenen Protestspektrum das Selbstverständnis eines 'neuen' Typus sozialer Bewegung verlieh.

Sozialwissenschaftlich wurde dieses Selbstverständnis durch Deutungen untermauert, die die neuen sozialen Bewegungen im strukturellen Transformationsprozeß moderner Industriege-

sellschaften und den daraus erwachsenden neuen Problem-, Interessen- und Konfliktlagen verorteten. So sahen die meisten der Anfang der 80er Jahre entwickelten Interpretationen (vgl. u. a. Beck 1986; Brand 1982; Brand et al. 1986; Habermas 1981; Melucci 1980, 1985; Offe 1985; Raschke 1985; Touraine 1981, 1983, 1985) die Entstehung dieser Bewegungen als Reaktion auf die neue Qualität industriegesellschaftlicher Folgeprobleme und Selbstzerstörungsrisiken, die im Rahmen der herrschenden Wachstums- und Modernisierungspolitik keine Abhilfe fanden, oder als Reaktion auf die Verschiebung zentraler gesellschaftlicher Konfliktlagen, die mit dem Entstehen der 'programmierten' (Touraine) oder auch der 'Risikogesellschaft' (Beck) verknüpft wurden.

Diese Deutung griff auf zentrale Elemente eines marxistisch geprägten Bewegungsverständnisses zurück. Das ist nicht weiter verwunderlich, konkurrierten doch in Europa bis in die 80er Jahre in der öffentlichen wie in der sozialwissenschaftlichen Debatte vor allem zwei strukturelle Varianten des Bewegungsverständnisses: ein eher linkes, am historischen Vorbild der Arbeiterbewegung geformtes und ein eher rechtes, auf massenpsychologische Vorstellungen wie auf Anomiekonzepte gestütztes Modell von sozialer Bewegung. Beide Stränge seien im folgenden kurz in ihrer Relevanz für die NSB-Debatte skizziert, bevor in einem dritten Abschnitt diese strukturelle Erklärungsperspektive – in einigen typischen Varianten – dargestellt wird. Im vierten Abschnitt soll dann auf die Grenzen und Defizite der NSB-Debatte verwiesen werden, wie sie seit Mitte der 80er Jahre, aus einem komparativ sich weitenden Blickwinkel, auch den Vertretern dieses Ansatzes zunehmend bewußt werden.

2 Marxistische Traditionen im Verständnis der neuen sozialen Bewegungen

Marx' Verständnis von 'sozialer Bewegung' ist stark dem Fortschrittsdenken der Aufklärung verpflichtet. Im progressiven, liberalen Bürgertum des frühen 19. Jahrhunderts wie bei den Frühsozialisten und den Theoretikern der nachdrängenden Arbeiterklasse wird 'Bewegung' zunächst nicht als kollektiver Akteur, sondern als eine immanente Bewegung der Geschichte selbst, „als eine gerichtetes Fortschreiten der sozialen und politischen Entwicklung“ (Pankoke 1970: 31) hin zu allgemeiner Freiheit und menschlicher Emanzipation verstanden. Bei Marx nahm dieses Bewegungsgesetz, im Anschluß an Hegel, die Gestalt eines dialektischen Prozesses der Aufhebung der feudalen durch die bürgerliche und der bürgerlichen durch die sozialistische Gesellschaft an. Erst auf dieser Stufe komme die 'Vorgeschichte' der naturwüchsigen, über Klassenkämpfe vermittelten gesellschaftlichen Entwicklung zu einem Ende, werde die Menschheit zum bewußten Subjekt ihrer eigenen Geschichte. Die aktuellen Klassenkämpfe deutete Marx als Aufstand der ausgebeuteten Mehrheit der Bevölkerung gegen die herrschende bürgerliche Minderheit. Die Dynamik des kapitalistischen Akkumulationsprozesses führe danach zu einer umfassenden Polarisierung der Gesellschaft zwischen der Klasse der Lohnarbeit und des Kapitals sowie zu einer kumulativen Verschärfung ökonomischer Widersprüche, die nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gelöst werden könnten. Der Prozeß der gattungsgeschichtlichen Emanzipation setze – nach Marx – allerdings voraus, daß die Masse der Proletarier durch die Praxis der Klassenkämpfe zur 'Klasse für sich' wird, also eine Klassenidentität entwickle. Das könne aber nur unter der theoretischen und organisatorischen Führung von Bewegungskä-

dem, der kommunistischen Avantgarde der Arbeiterbewegung, geschehen. Marx entwickelte damit als erster ein Verständnis von sozialer Bewegung, in dem diese nicht mehr nur als 'Träger' historischer Gesetzmäßigkeiten, sondern als organisierter und disziplinierter Akteur gesellschaftlicher Veränderung begriffen wurde.

In dem Maße, in dem nach 1848 die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auseinanderdrifteten, differenzierte sich auch das Verständnis von 'sozialer Bewegung' aus. „Das Bürgertum verstand sich nicht länger als Antriebskraft der sozialen Bewegungen – seine Entfaltung war in vollem Gange. An die Stelle von 'sozialer Bewegung' traten nun Begriffe wie Wandel, Dynamik, Entwicklung oder Evolution, die im Hinblick auf die Interessenbestimmung der Entwicklung neutral erschienen“ (Rammstedt 1978: 76). Die 'soziale Bewegung' wurde zum besonderen Anliegen der organisatorisch und politisch erstarkenden Arbeiterbewegung. In diesem neuen Milieu wurde das alte, emphatische Verständnis von sozialer Bewegung als ein der geschichtlichen Entwicklung immanenter, über Klassenkämpfe sich vollziehender menschlicher Emanzipationsprozeß weiter tradiert. In diesem Sinne sah Sombart (1896) noch um die Jahrhundertwende die Arbeiterbewegung als den Inbegriff 'der modernen sozialen Bewegung'. Dieses Modell eines historischen, um den gesellschaftlichen Zentralkonflikt organisierten Trägers des gesellschaftlichen Fortschritts prägte, zumindest in Europa, das linke, progressive Denken bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Es stellte noch für die Selbstverständnisdebatten der 68er Bewegung wie auch für die ersten, prominenten, sozialwissenschaftlichen Deutungsversuche der neuen sozialen Bewegungen – wenn auch nicht mehr unbedingt für diese selbst – einen zentralen Bezugspunkt dar.

Die Selbstthematisierung der 68er Bewegung vollzog sich im Horizont einer durch ideologiekritische Aufklärungsinteressen vorangetriebenen Debatte über die Widersprüche und Bruchstellen 'spätkapitalistischer' Gesellschaften sowie über die Art des neuen 'revolutionären Subjekts'. Im Vordergrund stand dabei zunächst die Frage, wie die Struktur des Alltagsdenkens, das durch Massenmedien, Sozialisation und Konsum geformte 'falsche Bewußtsein' aufgebrochen werden könnte. Die Strategie der Aufklärung durch provokative Aktionen, der 'Befreiung der Phantasie' und der 'Revolutionierung des Bewußtseins' schloß dabei direkt an Analysen der Kritischen Theorie, insbesondere an Arbeiten Herbert Marcuses an, in denen die neuen, ins Unterbewußte greifenden Mechanismen der Bewußtseins- und Bedürfnismanipulation eindringlich aufgezeigt wurden. Die Macht der Bewußtseinsindustrie konnte aber auch unmittelbar an der eigenen Behandlung durch die Springerpresse, an der Aufhetzung der Öffentlichkeit gegen die rebellierenden Studenten, erfahren werden. Mit dem Zusammenbruch allzu euphorischer Revolutionserwartungen und der Notwendigkeit einer strategischen Neuorientierung erlebte diese Debatte ihren Höhepunkt, führte gleichzeitig aber auch zu einer Zellteilung konkurrierender Ansätze, die der studentischen Avantgarde eine jeweils andere Rolle zuwies (Betriebsarbeit, Parteigründung, 'Stadtguerilla', Randgruppenstrategie, 'Marsch durch die Institutionen', 'gesellschaftliche Demokratisierung', Entwicklung alternativer Lebens- und Arbeitsformen etc.).

Die von der Studentenrevolte ausgelöste sozialwissenschaftliche Debatte stand ganz im Banne dieses kapitalismuskritischen Bewegungsdiskurses. Produktiv wurde dieser vor allem in gesellschaftstheoretischer Hinsicht, im Versuch, den veränderten Charakter und die neuen Konfliktpotentiale 'spätkapitalistischer' Gesell-

schaften zu bestimmen. Einen der überzeugendsten Neuansätze stellte in dieser Hinsicht Claus Offes Reformulierung der Marxschen Klassentheorie dar, die durch eine systemtheoretisch konzipierte 'politische Krisentheorie' ersetzt wird (Offe 1969, 1972, 1976). Diese spürte den Herrschaftscharakter spätkapitalistischer Gesellschaften in der spezifischen Selektivität pluralistisch-repräsentativer Formen der Interessenvertretung auf und machte zugleich die Überlagerung der alten Klassenungleichheiten durch neue 'horizontale Disparitäten' sichtbar. Diese Debatte zeigte in bewegungssoziologischer Hinsicht allerdings keine Folgen. Die Frage, wie und unter welchen Bedingungen sich die neuen Disparitäten und Protestpotentiale in kollektive Mobilisierungsprozesse umsetzen, blieb unterbelichtet.

3 Massenpsychologie, Anomie und relative Deprivation

Fußten die Aktionen und Mobilisierungsversuche der Studentenbewegung auf einer marxistisch inspirierten, ideologiekritischen Analyse spätkapitalistischer Gesellschaften, so setzen sich die Analysen und Kommentare konservativer Kritiker spiegelbildlich mit der Kritik, den Utopien und den befürchteten Effekten der Studentenbewegung auseinander. Der Rückgriff auf massenpsychologische Argumente, auf Drahtziehertheorien oder auf Versatzstücke der amerikanischen Protestforschung ('Anspruchsinflation', 'Revolte der Privilegierten', 'defizitäre Sozialisation' etc.) waren gängige Münzen in dieser Auseinandersetzung. Damit wurden, in diskreditierender Absicht, Deutungsbestände eines anderen, am gesellschaftlichen Ordnungsmodell orientierten Strangs der Interpretation und Analyse sozialer Bewegungen mobilisiert. In diesem Strang verknüpften sich massenpsychologische Argumente mit dem auf Emile Durkheim zurückgehenden 'break down'–

Modell sozialer Bewegungen (Tilly u. a. 1975).

Massenpsychologische Deutungen von Protestbewegungen gehörten vor dem Ersten Weltkrieg zum Standardrepertoire eines durch die militante Massenpräsenz und die revolutionäre Rhetorik der Arbeiterbewegung verängstigten Bürgertums. Streiks und Demonstrationen, öffentliche Versammlungen, ja selbst das Parlament verfielen dem konservativen Verdikt irrationalen Massenverhaltens. Le Bon's berühmte Arbeit über die 'Psychologie der Massen' brachte diese Einschätzung auf einen klassischen Nenner. Danach waren die „Hauptmerkmale des in der Masse befindlichen Individuums: Schwund der bewußten Persönlichkeit, Vorherrschaft der unbewußten Persönlichkeit, Orientierung der Gefühle und Gedanken in derselben Richtung durch Suggestion und Ansteckung, Tendenz zur unverzüglichen Verwirklichung der suggerierten Ideen. Das Individuum ist nicht mehr es selbst, es ist ein willenloser Automat geworden“ (Le Bon 1912: 17). Auch wenn die (sozial)psychologischen Einsichten in kollektives Verhalten differenzierter wurden und in der 'collective behavior'-Forschung ein seriöseres Fundament bekamen, so hinterließ diese Deutung doch nachhaltige Spuren in der öffentlichen, aber auch der fachwissenschaftlichen Debatte der nachfolgenden Jahrzehnte. Er verknüpfte sich insbesondere mit dem anderen, auf Durkheim zurückgehenden Interpretationsstrang, der das vermehrte Auftreten von 'Massenphänomenen' Ende des 19. Jahrhunderts als Ergebnis einer durch den rapiden Industrialisierungsprozeß verursachten sozialen 'Anomie', als Folge der damit verbundenen sozialen Entwurzelungs- und Desorientierungsprozesse begriff. Dieser massenpsychologisch untermalte Strang kam nach dem Zweiten Weltkrieg in zwei Varianten zum Tragen: in der Theorie der 'Massengesellschaft' und der struktur-funktionalisti-

schen Variante der 'collective behavior'-Forschung.

Erstere versuchte das Aufkommen totalitärer Massenbewegungen auf einen bestimmten Typus von 'Massengesellschaft' zurückzuführen (Arendt 1962; Kornhauser 1959). Für 'Massengesellschaften' sei der Zustand der 'Atomisierung' und 'Entfremdung' der Individuen charakteristisch. Diese entstehe durch die Auflösung traditioneller Bindungen und den Zusammenbruch intermediärer gesellschaftlicher Strukturen im Gefolge forciert industrieller Modernisierungs- und Verstärkerprozesse oder auch wirtschaftlicher und militärischer Katastrophen. Die dadurch entwurzelten Individuen seien durch totalitäre Bewegungen leicht zu mobilisieren. In ähnlicher Weise wurden soziale Bewegungen in der struktur-funktionalistischen Variante des 'collective behavior'-Ansatzes thematisiert (Parsons et al. 1961; Smelser 1962). Sie wurden als anomische Reaktion auf Ungleichzeitigkeiten, Widersprüche und Diskontinuitäten im Modernisierungsprozeß verstanden. „Three classic responses to these discontinuities are anxiety, hostility, and fantasy. If and when these responses become collective, they crystallize into a variety of social movements – peaceful agitation, political violence, millenarianism, nationalism, revolution, underground subversion, etc. There is plausible – although not entirely convincing – evidence that the people most readily drawn into such movements are those suffering most severely under the displacements created by structural change.“ (Smelser 1966: 44). Bezog sich diese strukturelle Erklärung auf Begleiterscheinungen historischer Modernisierungsprozesse oder auf Entwicklungsbrüche in Dritte-Welt-Ländern, so galt die Beteiligung an sozialen Bewegungen in einer Zeit, in der gesellschaftliche und ideologische Konflikte an Sprengkraft verloren hatten und in die Spielregeln institutioneller Verteilungskämpfe einge-

bunden waren, als Ausdruck individuell 'abweichenden' oder gar pathologischen Verhaltens. In jedem Fall wiesen die „generalized beliefs“, die das Handeln in sozialen Bewegungen anleiteten, einen 'irrationalen', gleichsam 'magischen' Charakter auf, „... organized along the major axes of hope and fear, of 'wishful thinking' and 'anxiety' showing unrealistic trends in both respects“ (Parsons et al. 1961: 75).

Dieser psychologisierende, aus einer normativen Ordnungsperspektive formulierte Irrationalismus-Vorwurf war die in der öffentlichen Kritik an den neuen sozialen Bewegungen und ihren provokativen Aktionsformen wohl gebräuchlichste Argumentationsfigur, um deren Anliegen zu entwerfen. Nicht alle Ansätze, die das Aufkommen von Protestbewegungen mit strukturellen Spannungen in Verbindung brachten, teilten aber diese generelle Irrationalismus-Annahme. Das galt weder für die symbolisch-interaktionistische Tradition der 'collective behavior'-Forschung noch für das sozialpsychologisch orientierte, auf die Frustrations-Aggressions-Hypothese aufbauende Konzept der 'relativen Deprivation'. Insbesondere letzteres gewann für die wenigen, deutschsprachigen, sozial- bzw. politikwissenschaftlichen Studien über die Gründe für die Teilnahme an Aktivitäten der Studentenbewegung und anderen, 'unkonventioneller Formen politischen Handelns' eine zentrale Bedeutung (Allerbeck 1973; Kaase 1976).

Das von Davies (1969, 1973) mit Blick auf die Entstehung von Revolutionen, wie von Gurr (1970) mit Blick auf die Beteiligung an kollektiver Gewalt ausgearbeitete Konzept der 'relativen Deprivation' wies die – z. B. in der marxistischen Verelendungstheorie implizierte – einfache These zurück, daß eine objektive Verschlechterung der Lage per se zu Unzufriedenheit und Protest führe. Letz-

tere entstünden vielmehr erst aus der Diskrepanz zwischen Werterwartungen, zwischen als legitim angesehenen Ansprüchen und den erwarteten Realisierungsmöglichkeiten dieser Werte. Diese Diskrepanz konnte sich gleichermaßen aus steigenden oder sich verändernden Erwartungen wie aus sinkenden institutionellen Realisierungschancen ergeben. Um konkrete Protestphänomene zu erklären, bedurfte diese These allerdings der historischen Konkretion. Das bot Anschlußmöglichkeiten für historisch-strukturelle Problemdeutungen, wie sie von der sozialwissenschaftlichen NSB-Debatte seit Anfang der 80er Jahre geliefert wurden.

Zumindest implizit bot das Konzept der 'relativen Deprivation' einen generellen Deutungsrahmen sowohl für den Versuch Ingleharts (1979, 1983, 1990), die Verbreitung neuer Konfliktthemen und Bewegungen mit dem Wandel von 'materialistischen' zu 'postmaterialistischen' Werten zu erklären, als auch für Thesen, die die rasche Verbreitung und die hohe Resonanz dieser Bewegungen vorrangig auf die strukturelle Selektivität und die machtpolitische Selbstblockierung des politischen Systems gegenüber den neuen Themen und Anforderungen zurückführten (z. B. Guggenberger 1980; Offe 1976; Raschke 1980). In beiden Ansätzen spielten Fragen der kollektiven – sozialen, kognitiven, organisatorischen – Mobilisierung keine Rolle. Strukturelle Widersprüche und 'strains' wurden unmittelbar mit individueller Protestbereitschaft verknüpft.

4 Gesellschaftstheoretische Deutungen der neuen sozialen Bewegungen

Im Vordergrund der NSB-Debatte standen aber weniger 'rising demand'-Ansätze, sondern 'need defence'-Konzepte (Brand 1982), d.h. diese Bewegungen wurden als Reaktion auf

neue strukturelle Problemlagen und Selbstgefährdungspotentiale hoch technisierter (post)industrieller Wachstumsgesellschaften interpretiert. Diese Deutungen standen wiederum stark im Bann der Problem- und Selbstdeutungen dieser Bewegungen.

Die erste, zentrale Veränderung im Bewegungsdiskurs der 70er Jahre war die Verschiebung der Aufmerksamkeit von abstrakten, politökonomischen Zusammenhängen zur Ebene der Subjektivität und des Alltagslebens. Das hatte mit den enttäuschten revolutionären Hoffnungen auf eine tiefgreifende Veränderung gesellschaftlicher Makrostrukturen zu tun. In den nun kursierenden 'poststrukturalistischen' Gesellschaftskritiken wurde die gesellschaftliche Ordnung als weitgehend anonymer Zwangszusammenhang rekonstruiert. Das ging mit einer tiefen Desillusionierung gegenüber evolutionistischen Fortschrittskonzepten und Revolutionsmodellen, abstrakten Programmen und 'endgültigen' Lösungen einher. Der Mythos des 'revolutionären Subjekts' wurde verabschiedet. Widerstand wurde 'subversiv' und machte sich am Nicht-Angepaßten, Ausgegrenzten, an der subversiven Kraft der Phantasie, der Explosivität des Gefühls und der Begierden, am Heterogenen und Differenten fest. Lenkte dies einerseits den kritischen Blick auf die in der Normalität des Alltagslebens sowie in seiner neuen, informationstechnischen Formierung eingelassenen Herrschaftsmechanismen, so veränderte dieser 'neue Blick' andererseits auch die präferierten Handlungs- und Organisationsmodelle. Die zweite, zentrale Veränderung betraf die thematische Verschiebung. An die Stelle der antikapitalistischen Ausbeutungs- und Emanzipationsthematik traten Fortschritts-, Industrialismus- und Modernisierungskritik. Krisenbewußtsein und ökologische Katastrophenängste, die Entgegensetzung von 'Lebens'- bzw. 'Überlebensbedürfnissen' auf der einen und lebensbedrohlichen Folgeproblemen einer

selbstläufigen Maschinerie technisch-industrieller, bürokratischer und militärischer Systeme auf der anderen Seite färbten ab Mitte der 70er Jahre den gesellschaftskritischen Diskurs der neuen sozialen Bewegungen, auch den der Frauenbewegung, neu ein.

Diese doppelte Wende im Bewegungsdiskurs hinterließ in den sozialwissenschaftlichen Interpretationen der neuen Bewegungen deutliche Spuren. Ein prominentes Beispiel dafür ist Alain Touraines Versuch, den neuen Charakter dieser Bewegungen gesellschaftstheoretisch zu deuten (1977, 1981, 1983, 1985). Im Anschluß an die marxistische Tradition des europäischen Bewegungsverständnisses begreift Touraine nur eine spezielle Variante gesellschaftlicher Konflikte als eine 'soziale Bewegung': nämlich nur solche Konflikte, die sich auf den 'höchsten Einsatz' eines bestimmten Gesellschaftstypus beziehen, auf die Kontrolle seiner 'Historizität', seiner spezifischen Fähigkeiten und Mittel zur 'gesellschaftlichen Selbstproduktion'. Gesellschaften, so Touraine, entwickeln eine bestimmte Selbstdefinition ihrer eigenen Handlungsmöglichkeiten. Mit Hilfe dieser kulturellen Orientierungsmuster, die in einem bestimmten Typus von Wissen, von wirtschaftlicher Akkumulation und ethischen Regeln zum Ausdruck kommen, steuern sie ihre internen und ihre Umweltbeziehungen. Soziale Bewegungen kämpfen um die Art und Weise, in der die kulturellen Orientierungsmuster eines spezifischen historischen Niveaus gesellschaftlicher Selbstreproduktion in politische Institutionen und soziale Organisationsmuster transformiert werden. Jeder Gesellschaftstypus weist dabei, Touraine zufolge, nur ein solches Paar konfligierender sozialer Bewegungen oder Klassenakteure auf, die den zentralen gesellschaftlichen Konflikt repräsentieren. Ein solcher Konflikt liegt erst dann voll entwickelt vor, wenn die Beziehungen zwischen den Konfliktgegnern und der 'Einsatz', der Konfliktge-

genstand, klar und von beiden Opponenten gleich definiert werden. Die Arbeiterbewegung nahm z.B. nach diesem Verständnis erst dann den Charakter einer 'sozialen Bewegung' an, als sie die industrielle Produktionsweise als Rahmenbedingung der Auseinandersetzung mit der herrschenden bürgerlichen Klasse akzeptiert hatte. Bei den Konflikten und Kämpfen auf der Ebene sozialer Bewegungen unterscheidet Touraine niederrangigere Kategorien sozialer Konflikte auf der institutionellen Ebene, die sich auf die politische Macht und die Spielregeln des politischen Prozesses beziehen, und Konflikte auf der Ebene sozialer Organisation, d.h. Kämpfe um kollektive Interessen und relative Chancenvorteile im Rahmen gegebener Spielregeln und Organisationen. Dieses Konzept zielt darauf, empirische Bewegungs- und Konfliktphänomene nicht als Einzelphänomene zu diskutieren, sondern als Konfliktformen unterschiedlicher Stoßrichtung und Zentralität innerhalb eines bestimmten historischen Konfliktfelds zu verorten. Das schloß darüber hinaus die Annahme ein, Bewegungen könnten letztendlich nur dann erfolgreich agieren, wenn der zentrale gesellschaftliche Konflikt auf der Ebene 'sozialer Bewegungen' entfaltet sei und wenn die verschiedenen Ebenen und Dimensionen gesellschaftlicher Konflikte nicht voneinander isoliert und einander entgegengesetzt, sondern in sich vermittelt wären.

Entgegen der Reduktion sozialer Bewegungen auf strategisches Organisationshandeln – wie im 'resource mobilization'-Ansatz – insistiert Touraine darauf, daß die Bedeutung sozialer Konflikte ohne Bezug auf die zentralen kulturellen Muster und die strukturellen Herrschaftsbeziehungen des jeweiligen Gesellschaftstypus nicht verstanden werden können. Nur so lasse sich die Verschiebung der Konflikte der 60er und 70er Jahre vom ökonomischen auf den soziokulturellen Bereich verstehen, lasse sich in der Heterogenität, der scheinbar unverbun-

denen Vielfalt der 'neuen sozialen Bewegungen', das gemeinsame Neue erkennen. Dieses wird in der Herausbildung einer zentralen 'anti-technokratischen' Konfliktlinie gesehen. Angesichts der zentralen „Bedeutung, die die industrielle Produktion von symbolischen Gütern ... gewonnen hat“, angesichts der Fähigkeit des Produktions- und Informationsapparats, „Nachfrage, Vorstellungen, Bedürfnisse, mit einem Wort die Kultur aus der Sicht der Anbieter zu prägen“ (Touraine 1986: 24f), zielten die neuen Bewegungen nicht mehr auf die Eroberung des Staatapparats, sondern auf die Möglichkeit der Selbstbestimmung, der ungesteuerten, authentischen Kommunikation, der Erweiterung demokratischer Rechte und der Respektierung von Minderheiten (ebd.: 27f).

Touraines ambitionierter Versuch einer konzeptionellen Neubelebung der strukturellen, konflikttheoretischen Analyse sozialer Bewegungen wird in Deutschland zwar rezipiert, praktisch aber nicht weiter verfolgt. Das liegt an erheblichen Vorbehalten sowohl gegenüber dem – mit dem Scheitern der diversen neo-marxistischen Kaderorganisationen – als überholt geltenden Versuch, ein neues 'historisches Subjekt' zu identifizieren, als auch gegenüber seiner normativ aufgeladenen Methode der 'soziologischen Intervention', die das Ziel hatte, in einer vom Forscherteam arrangierten, über einen längeren Zeitraum geführten Gruppendiskussionen mit führenden Bewegungsaktivisten das eigentliche, den verschiedenen Konflikten zugrundeliegende 'Projekt' bewußt zu machen (Rucht 1991b). Am direktesten schloß noch Melucci (1980, 1985) an Touraines Interpretation der neuen Bewegungen an; er rückt allerdings den kulturellen Aspekt der neuen 'anti-technokratischen' Konflikte noch stärker in den Vordergrund. Da die informationelle Steuerung und Kontrolle eine immer größere Eingriffstiefe in Alltagsstrukturen und elementare Reproduktionsprozesse erlangen würden,

verschiebe sich, so Melucci, das zentrale Konfliktfeld auf die symbolische Ebene. Die neuen sozialen Bewegungen stellten aus dieser Sicht, mehr noch in ihren Formen als in ihren konkreten Zielen, eine zentrale Herausforderung der herrschenden 'kulturellen Codes' dar. Für ihr Verständnis seien nicht nur die Phasen sichtbarer Massenmobilisierung und politischer Herausforderung, sondern auch die Phasen der Latenz subkultureller, in den Alltag eingetauchter Bewegungsnetzwerke von entscheidender Bedeutung, in denen sich neue kulturelle Codes und Lebensformen experimentell herausbildeten.

Die Anfang der 80er Jahre einsetzende deutsche NSB-Debatte betonte zwar ebenfalls die soziokulturelle Stoßrichtung der neuen Bewegungen. Prototypisch dafür war ihre in einen breiten historisch-systematischen Vergleich eingebettete Deutung durch Joachim Raschke (1985). Für ihn war das „Großthema der neuen sozialen Bewegungen ... das Problem der soziokulturellen Identität“ (ebd.: 420). Ihr Ziel sei nicht die Eroberung von wirtschaftlicher und politischer Macht, sondern die Veränderung der Lebensweise, die Reorganisation kultureller Lebensmuster und Alltagspraktiken. Die im Rahmen der NSB-Debatte vorherrschenden Deutungen akzentuierten allerdings weniger den Aspekt des anti-technokratischen Kampfs um kulturelle Autonomie als vielmehr die zweite zentrale Veränderung im Bewegungsdiskurs der 70er Jahre: die Verschiebung von der Ausbeutungs- und Emanzipationsthematik zur ökologischen Industrialismus- und Modernisierungskritik. Krisenbewußtsein und ökologische Katastrophenängste, die Entgegensetzung von 'Lebens'- bzw. 'Überlebensbedürfnissen' auf der einen und lebensbedrohlichen Folgeproblemen einer selbstläufigen Maschinerie technisch-industrieller, bürokratischer und militärischer Systeme auf der anderen Seite durchzog in Deutschland nicht nur den Bewe-

gungsdiskurs, sondern auch die sozialwissenschaftliche NSB-Debatte.

Diesem Muster folgte Habermas' Deutung der neuen Bewegungen als defensive Reaktion auf die 'Kolonialisierung der Lebenswelt' (1981) ebenso wie Raschkes frühe Interpretation dieser Bewegungen als Folge einer in verschiedenen Dimensionen sich offenbarenden 'Krise der industriellen Zivilisation', die zu einer Ablösung des alten Paradigmas der 'Verteilungspolitik' durch das neue Paradigma der 'Lebensweise' führe (1980). Diesem Muster folgte ebenfalls Offes Rückführung der neuen sozialen Bewegungen auf Problemlagen, „(which) converge on the idea that life itself ... is threatened by the blind dynamic of military, economic, technological, and political rationalization“ (1985: 853). Nicht zuletzt zeigte auch meine eigene, gemeinsam mit Rucht und Büsser vorgelegte Deutung der neuen Bewegungen als Reaktion auf die neue Qualität industriegesellschaftlicher Folgeprobleme und die dadurch entstandene 'Krise der Modernität' die Prägung durch den modernisierungskritischen Bewegungsdiskurs (Brand 1982, Brand et al. 1986). Diese 'Krise' entstehe – so unsere Deutung – allerdings erst durch das Zusammentreffen der neuen Probleme zivilisatorischer Selbstgefährdung mit den in der Phase der Nachkriegsprosperität gewachsenen neuen, 'postmaterialistischen' Wertorientierungen und Problemsensibilitäten.

Was die sozialstrukturelle Basis der neuen Bewegungen betrifft, so wird sie, gestützt auf empirische Daten über Aktivisten, Sympathisanten oder Wähler der Grünen, vor allem in der Gruppe der 'humanistischen' oder 'kommunikativen Intelligenz' verortet. Als Kern der neuen sozialen Bewegungen gelten die formal hoch gebildeten, in Humandienstleistungsberufen tätigen, arbeitslosen oder in entsprechenden Ausbildungsgängen befindlichen, 'postma-

terialistisch' orientierten Angehörigen der in den 60er und 70er Jahren politisch sozialisierten Nachkriegsgeneration. Als Träger emanzipativer, ökologischer, antitechnokratischer oder pazifistischer Bewegungen sei diese Gruppe deshalb in besonderem Maße prädisponiert, weil sie aufgrund ihrer Sozialisation und der Schwerpunkte ihrer beruflichen Tätigkeit (Gesundheit, Sinnstiftung, Selbstverwirklichung, Befriedigung sozialer Bedürfnisse) eine besondere Sensibilität für die lebensweltlichen Folgeprobleme und Selbstgefährdungspotentiale verselbständigter industrieller Wachstumsimperative entwickelt habe (Cotgrove/Duff 1980). Zum heterogenen Spektrum der neuen sozialen Bewegungen werden allerdings auch andere, problem- und situationsspezifisch betroffene Bevölkerungsgruppen sowie marginalisierte, subkulturelle Gruppen gerechnet, die sich, je nach Thema und situativer Betroffenheit, im Rahmen lokaler Konflikte oder regionaler Widerstandsbewegungen mit den Angehörigen dieser 'Kerngruppe' zu kulturell oft sehr heterogenen Protestkoalitionen verbinden (vgl. u. a. Brand et al. 1986; Kitschelt 1984; Offe 1985; Raschke 1985).

Wurden diese Befunde mit Theorien zur strukturellen Transformation westlicher Industriegesellschaften verknüpft, so wurden die neuen sozialen Bewegungen üblicherweise als 'dominanter Bewegungstypus' der entstehenden 'postindustriellen' Gesellschaft verstanden: als Ausdruck der neuen Spannungslinie zwischen den sozialen/kulturellen Teilen der postindustriellen Intelligenz und den Trägern des alten, industriellen Wachstumsmodells (Raschke 1985) bzw. zwischen den im sozio-kulturellen und den im technisch-ökonomischen Bereich tätigen Gruppen der 'neuen Mittelklassen' (Kriisi 1987). Organisatorisch wird dieser neue 'Bewegungstypus' als ein loses Netzwerk themenspezifisch, autonom und dezentral organisierter Bewegungsorganisationen charakterisiert, die in

starkem Maße basisdemokratischen Prinzipien verpflichtet sind (Brand et al. 1986; Gundelach 1984; Kitschelt 1990; Raschke 1985).

Neben diesen auf das strukturell Neue zielenden Interpretationsvarianten finden sich in der sozialwissenschaftlichen Literatur auch historisch-vergleichende Deutungen der neuen sozialen Bewegungen, die in ihnen eine neue Variante periodisch auftretender romantisch-idealistischer Reaktionen auf die dominanten Funktionsprinzipien, Widersprüche und Entfremdungserfahrungen der Moderne sahen (Berger et al. 1975; Brand 1989a). Auch diese Deutungen können eine gewisse Plausibilität für sich reklamieren. Der gegenkulturell-emanzipative Protest kam so nicht erst in den 60er und 70er Jahren, sondern bereits in der Frühromantik und in den künstlerisch-intellektuellen Zirkeln des Bohème-Milieus zum Tragen. Die Verbreitung alternativer Lebens- und Arbeitsformen sei nur ein weiterer Höhepunkt in der bereits langen und facettenreichen Geschichte von Lebensreformbewegungen, von religiösen, frühsozialistischen, anarchistischen oder agrarromantischen Kommunegründungen und genossenschaftlichen Zusammenschlüssen im Produktions- und Konsumbereich (vgl. u.a. Conti 1984; Hardy 1979; Krabbe 1974; Linse 1983; Renn 1985). Die Ökologiebewegung besitze ihre Vorläufer in den verschiedenen, im Verlauf des 19. Jahrhunderts sich verstärkenden Strängen des Tier-, Natur- und Denkmalschutzes, die um die Jahrhundertwende in eine ersten breiten Mobilisierungswelle der Naturschutzbewegung zusammenfließen (vgl. u.a. Fleming 1972; Gould 1987; Hays 1958; Linse 1986; Sheail 1976; Siefert 1984). Die Frauen- und die Friedensbewegung konstituierten sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts und können seither auf mehrere Mobilisierungswellen zurückblicken (vgl. u.a. Brock 1970; Chatfield 1972; Evans 1977; Nave-Herz 1982; Rendall 1984; Riesenberger 1985; Rowbotham

1980; Schenk 1981). Alle diese Bewegungen reagierten auf Widersprüche, blockierte Versprechungen, Entfremdungserfahrungen und spezifische Folgeprobleme des Modernisierungsprozesses. Sie würden, wie ihre heutigen Nachfolger, überwiegend von Angehörigen der (damals) neuen Mittelschichten getragen, auch damals in unterschiedlichen, themenspezifischen Koalitionen mit besonders betroffenen, von Statusverlust bedrohten Teilen der alten Mittelschichten. Offensichtlich besitzt das gebildete 'neue Kleinbürgertum' (Bourdieu 1982; Eder 1989) – heute wie im 19. Jahrhundert – eine besonders hohe Sensibilität für Probleme der 'Lebensweise'.¹

5 Erklärungskraft und Grenzen des NSB-Ansatzes

Die Bewegungskonstellation in der Bundesrepublik der 70er und frühen 80er Jahre unterschied sich in vielerlei Hinsicht von der in anderen Ländern. Wie überall, rückten die neuen Bewegungen zwar auch hierzulande Fragen der 'Lebensweise' in den Mittelpunkt; statt Verteilungsproblemen, statt Fragen der materiellen Sicherheit und der Wirtschaftsordnung, machten sie Fragen der Selbstbestimmung und des Lebensstils, der 'Entmündigung' durch Bürokratie und Experten, der ökologischen Folgeprobleme des industriellen Wachstums, der katastrophischen Risiken moderner Hochtechnologien und des atomaren Wettrüstens zum Gegenstand erbitterter öffentlicher Auseinandersetzungen. Was hier der 'alten Politik' an Opposition erwuchs, ist allerdings sehr heterogen und läßt sich nur schwer einer neuen Konfliktlinie subsumieren. Die Frauenbewegung z. B. steht thematisch quer zur neu aufbrechenden ökologischen Konfliktlinie, auch wenn sie Teil des 'alternativen' Bewegungsmilieus ist. Ein Großteil der örtlichen Bürgerinitiativen steht dagegen, trotz ihrer fundamentalistischen Rhetorik, der 'ersten Kultur' sehr viel

näher als den links-libertären Protestmilieus der Großstädte. Dennoch verschränkten sich in der Bundesrepublik diese verschiedenen Konfliktfelder und Protestmilieus Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre zu einem umfassenden, neuen Bewegungssektor, der eine inhaltlich zwar diffuse, im Gegensatz zum etablierten System aber deutlich polarisierte, fundamentaloppositionelle Identität ausbildete. In der Polarisierung zwischen 'alter' und 'neuer Politik', zwischen 'erster' und 'zweiter Kultur', nahmen die neuen sozialen Bewegungen so den Charakter einer gegenüber den bestehenden politischen Konfliktlinien klar abgrenzbaren, eigenständigen Bewegungsformation an.

Bereits früh wurde die Frage gestellt, ob die in der NSB-Forschung herausgearbeiteten Bestimmungsmerkmale der neuen sozialen Bewegungen wirklich generelle Merkmale eines neuen Bewegungstypus erfassen würden oder ob, mangels ausreichender empirischer Daten, nur die – in Westdeutschland – kursierende Selbsteutung dieser Bewegungen sozialwissenschaftlich zum 'Mythos' von den 'neuen sozialen Bewegungen' überhöht würde (Stöss 1984). Aktivisten wie Bewegungsforscher aus angelsächsischen Ländern konnten so bspw. mit dem NSB-Konzept nie besonders viel anfangen (dazu ausführlich der Beitrag von Ferree/Roth in diesem Heft). Der internationale Vergleich zeigte denn auch rasch, daß die Umwelt-, die Frauen- und die Friedensbewegung, die Dritte-Welt-Gruppen sowie die Selbsthilfe- und Alternativbewegung zwar in allen westlichen Industrieländern in den 70er und 80er Jahren eine hohe Mobilisierungskraft aufwiesen; er machte aber auch deutlich, daß sich diese Bewegungen in den einzelnen Ländern in sehr unterschiedlicher Weise entwickelten und ein sehr unterschiedliches politisches Gewicht erlangten (Brand 1985; Klandermands et al. 1988, 1989; Kriesi et al. 1995; Rucht 1994).

Die Verschränkung der verschiedenen Bewegungsstränge zu einem von 'alten' Bewegungen und Konfliktlinien klar abgegrenzten 'neuen' Bewegungssektor war dabei keineswegs die Regel. Auch die Mobilisierungsformen der neuen Bewegungen markierten nicht immer einen deutlichen Bruch mit den herkömmlichen Formen des Konfliktaustrags und der politischen Mobilisierung – insbesondere dort nicht, wo, wie in den USA, die Arbeiterbewegung keine dominante Rolle in der Entwicklung des politischen Lebens spielte. Die empirische Abgrenzung der 'neuen' Bewegungen erwies sich somit als schwierig – etwa gegenüber den in den 70er Jahren auflebenden ethnischen und regionalistischen Bewegungen oder in der Zuordnung der jugendlichen Subkulturen (die bspw. die Hausbesetzerbewegung Anfang der 80er Jahre im wesentlichen trugen).

Nicht nur im internationalen Vergleich², sondern auch im Rückblick auf den Mobilisierungsverlauf der neuen sozialen Bewegungen kommen erhebliche Zweifel an der Gültigkeit des NSB-Konzepts auf. Seit Mitte der 80er Jahre verlieren die neuen Bewegungsmilieus in der Bundesrepublik zunehmend an Kohäsionskraft. Die Grenzen zwischen 'System' und 'Bewegung' werden fließend. Der utopische, gegenkulturelle Impuls des 'anders arbeiten und leben' verpufft. Die neuen Themen diffundieren in raschem Tempo ins politische System. Umweltschutz, Energiesparen, großtechnische Risiken, Emanzipation und Gleichstellung der Frauen, Dezentralisierung, Förderung von Selbsthilfe, Abrüstung u. a. m. erlangen einen prominenten Stellenwert auf der politischen Agenda. Institutionalisierungs- und Professionalisierungstendenzen kennzeichnen nicht nur die Entwicklung der Grünen, sondern auch die verbliebenen Sektoren der Umwelt-, der Frauen- und der Alternativbewegung (vgl. u.a. Rucht 1991a; Nullmeier 1989; Roth 1991, 1994).

Was sich zu Beginn der 80er Jahre zum Bild der 'neuen sozialen Bewegungen' zusammenfügte, scheint so nicht nur eine besondere nationale Protestkonstellation, sondern auch nur eine spezifische Entwicklungsphase dieser Bewegungen zu fixieren – die Phase ihrer höchsten Polarisierung. Die fundamentalistische, basisdemokratische Emphase dieser Zeiten, das Aufbrechen der gesellschaftlichen Grenzziehungen, der Zwänge und Routinen des Alltags, das Aufblühen von Utopien eines herrschaftsfreien, befriedeten Lebens, das enthusiastische Gefühl von Solidarität, von wirklicher Gemeinschaft, 'Brüderlichkeit' und 'Schwesterlichkeit', die Verschmelzung von Politik und Alltag, all das sind keine spezifischen Merkmale der 'neuen sozialen Bewegungen', sondern sie lassen sich an allen Höhepunkten oppositioneller Massenmobilisierung von der französischen Revolution bis heute finden (Zolberg 1992; Tarrow 1987).

Noch aus einer anderen Perspektive erscheint das NSB-Konzept defizitär: Aus feministischer Sicht wurden erhebliche Einwände gegen die umstandslose Subsumtion der Frauenbewegung unter die Kategorie der 'neuen sozialen Bewegungen' erhoben (Kontos 1986; Clemens 1988, 1989). Der Vorwurf lautete, daß die Besonderheit der Frauenbewegung, ihre Patriarchatskritik und ihr Ziel einer radikalen Veränderung des Geschlechterverhältnisses in das NSB-Konzept nicht systematisch aufgenommen wurde. Das stimmt sicher insofern, als die Bestimmung sowohl der zentralen Konfliktlinien (Umweltzerstörung, großtechnische Risiken, Kolonialisierung der Lebenswelt, Technokratie) als auch der einheitsstiftenden Deutungsmuster ('sozial-ökologisches Paradigma', 'Paradigma der Lebensweise' u.ä.) eine eindeutig ökologische Schlagseite aufweist. Das mag dem vorherrschenden Selbstverständnis des neuen Bewegungsektors allerdings durchaus entspre-

chen. Die Frauenbewegung bestimmte aber auch nicht den oppositionellen Diskurs der neuen sozialen Bewegungen Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre; das war vielmehr die 'alternative' und die 'Ökopax'-Thematik. Ihre Anhänger überschneiden sich auch weniger mit denen anderer Bewegungen dieses Milieus (Fuchs/Rucht 1992; Pappi 1989; Zwick 1990). Aber das entkräftet noch nicht den feministischen Vorwurf der 'androzentrischen' Blickverengung der NSB-Forschung.

Selbstkritisch, mit Blick auf eigene frühere Arbeiten, wäre somit zu konstatieren, daß das NSB-Konzept, so wie es Anfang der 80er Jahre in der Bundesrepublik in Umlauf kam, offenkundig eine ganze Reihe von Verkürzungen und unzulässigen Verallgemeinerungen aufweist. Das ist kein spezielles Manko der NSB-Forschung. Es ist nur sichtbar, daß sozialwissenschaftliche Diskurse generell stärker, als es uns gewöhnlich bewußt ist, durch Problemkonjunkturen und Aufmerksamkeitszyklen der öffentlichen Debatte geprägt sind. So bündelte das Thema der 'neuen sozialen Bewegungen' bis Mitte der 80er Jahre einen guten Teil der engagierten sozial- und politikwissenschaftlichen Debatten um die Transformation der industriellen Moderne – ähnlich wie nach Tschernobyl das Konzept der 'Risikogesellschaft'. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die den neuen Bewegungen meist nahestehenden sozialwissenschaftlichen Beobachter, aber auch ihre Kritiker, in starkem Maße vom gesellschaftlich polarisierenden Diskurs dieser Bewegungen beeinflusst sind. Hinzu kommt der hohe Abstraktionsgrad der strukturell orientierten NSB-Forschung. Die Heterogenität der unter dem Etikett der neuen sozialen Bewegungen subsumierten empirischen Bewegungspänome erlaubte, je nach theoretischer Perspektive und empirischen Referenzen, sehr unterschiedliche gesellschaftstheoretische Deutun-

gen. Sie erscheinen dann wahlweise als 'antitechnokratisch' (Touraine), 'postindustriell' (Raschke), 'modernistisch' (Bell), 'entmodernisierend' (Berger u.a.) oder 'zivilisationskritisch' (Brand)" (Rucht 1994: 138); sie werden als 'progressiv-emanzipatorische' oder als 'jungkonservative' Abwehrbewegungen (Habermas) gedeutet; ihr Fokus wird in der bedrohten 'Identität' (Melucci, Raschke), im 'Schmerz' (Offe, Eder), der 'Angst' (Luhmann) oder dem 'Hedonismus' (Bell) gesehen. Eine derart hohe Beliebigkeit an Deutungen ist sicher nicht zwangsläufig; sie läßt sich durch eine komparative Perspektive und durch eine kritische Reflexion auf die jeweils implizierten gesellschaftstheoretischen Konzepte zumindest korrigieren. Der Gefahr einer kurzschlüssigen Verknüpfung von strukturellen Problemlagen und konkreten Erscheinungsformen läßt sich auf der Ebene struktureller Deutungen allein – auch bei einem hohen Grad an Selbstreflexivität – dennoch kaum begegnen. Historisch-strukturelle Erklärungsansätze weisen notgedrungen größere empirische Unschärfen auf als Ansätze, die auf die Erklärung konkreter Mobilisierungs- und Verlaufsprozesse sozialer Bewegungen zielen.

Erst mit dem Abflauen des Mobilisierungszyklus der neuen sozialen Bewegungen, mit der nachlassenden Faszinationskraft ihres modernisierungskritischen Diskurses Mitte der 80er Jahre wurde auch hierzulande der Blick für die Grenzen des NSB-Ansatzes frei. Eine wachsende Zahl von international vergleichenden Studien über die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen schärfte den Blick für nationale Differenzen im Selbstverständnis, in den Organisationsformen, der ideologischen Stoßrichtung und dem politischen Stellenwert der neuen Protestformation (Brand 1985). Zugleich kam die Rezeption der neueren bewegungssoziologischen

Debatte in den USA langsam in Gang (Japp 1984, 1986; Rucht 1984; Raschke 1985; Schneider 1987). Der daraus entstandene Dialog zwischen der amerikanischen und europäischen Bewegungsforschung ermöglichte eine erste, umfassende Bilanzierung der Stärken und Schwächen der jeweiligen Ansätze (Klandermans 1986; Klandermans et al. 1988).

Damit wird deutlich, daß konkrete Bewegungsphänomene nur durch eine ganze Reihe vermittelnder Faktoren erklärt werden können: Mikro- und Mesomobilisierungskontexte, die politische Chancenstruktur, die Verfügbarkeit über Ressourcen, symbolische und organisatorische Mobilisierungsprozesse, die Art der Interaktionssequenzen zwischen den gesellschaftlichen Opponenten usw. Die NSB-Perspektive kann wenig zur Klärung solcher konkreten Problemdimensionen beitragen. Ihre Stärke liegt auf einem anderen Gebiet. Sie zielt – in der Tradition der europäischen Bewegungsforschung – auf ein umfassenderes, historisch-strukturelles Verständnis dieser Bewegungen. Sie versucht die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen, die für diese 'Bewegungsfamilie' (Rucht) typische Konstellation struktureller Problemlagen, Deprivationserfahrungen und Erwartungsdiskrepanzen zu identifizieren. Sie bemüht sich um die sozialstrukturelle Verortung dieser Bewegung, ihrer Sympathisanten und Gegner im Gefüge gesellschaftlicher Interessenlagen und Machtstrukturen. Und sie versucht die gesellschaftliche 'Rolle' dieser Bewegungen, ihre strukturellen Effekte, im Kontext des historischen Transformationsprozesses der (post)industriellen Moderne zu bestimmen. Die NSB-Perspektive muß sich daran messen lassen, inwieweit es ihr gelungen ist, auf diese Fragen empirisch und theoretisch hinreichend plausible Antworten zu geben.

Karl-Werner Brand ist Professor für Wissenschaftsforschung am Interdisziplinären Institut (IWW) der Universität Erlangen-Nürnberg.

Anmerkungen

¹ Aus dieser historisch-vergleichenden Perspektive stellt sich zum einen die Frage nach den Differenzen und dem unterschiedlichen Stellenwert dieser Bewegungen in ihren verschiedenen Mobilisierungsphasen, zum anderen nach den jeweiligen historischen Bedingungen, unter denen solche Mobilisierungswellen auftreten (vgl. Brand 1989b, 1990; Bürklin 1984; Huber 1989; Rucht 1994).

² Rothgang kommt z.B. aufgrund eines Vergleichs der Umwelt- und Friedensbewegung in Großbritannien mit dem NSB-Konzept zu dem Ergebnis, daß die in diesem Konzept postulierten „gemeinsamen Eigenschaften, die es erlauben, von einem speziellen, neuen Typus zu sprechen, dort nicht vorliegen“ (1988: 196). Somit sei es geboten, vom Konzept der „neuen sozialen Bewegungen“ Abschied zu nehmen.

Literatur

- Allerbeck, Klaus R.* 1973: Soziologie radikaler Studentenbewegungen. München/Wien: Oldenbourg.
- Arendt, Hannah* 1962: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Frankfurt: EVA.
- Berger, Peter. L./Berger, Brigittel/Kellner, Hansfried* 1975: Das Unbehagen in der Modernität. Frankfurt/M.: Campus.
- Bourdieu, Pierre* 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Brand, Karl-Werner* 1982: Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brand, Karl-Werner* 1985 (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Frankfurt/M.: Campus.
- Brand, Karl-Werner* 1989a: Neue soziale Bewegungen – ein neoromantischer Protest? Thesen zur historischen Kontinuität und Diskontinuität der ‘neuen sozialen Bewegungen’. In: Wasmuth, U. (Hrsg.): Alternativen zur alten Politik? Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 125-139.
- Brand, Karl-Werner* 1989b: Zyklen des ‘middle class radicalism’. Eine international und historisch vergleichende Untersuchung der „neuen sozialen Bewegungen“. Habilitationsschrift. Technische Universität München.
- Brand, Karl-Werner* 1990: Zyklische Aspekte neuer sozialer Bewegungen. Kulturelle Krisenphasen und Mobilisierungswellen des ‘Middle Class Radicalism’. In: Bornschie, V. u. a. (Hrsg.): Diskontinuität des sozialen Wandels. Frankfurt/M.: Campus 139-164.
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter* 1986: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt/M.: Campus.
- Brock, Peter* 1970: Twentieth Century Pacifism. New York: Van Nostrand.
- Brock, Peter* 1972: Pacifism in Europe to 1914. Princeton: Princeton University Press.
- Bürklin, Wilhelm P.* 1984: Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Chatfield, Charles* 1972: Peace Movements in America. New York: Schoen Books.
- Clemens, Bärbel* 1988: Die Frauenbewegung, das Geschlechterverhältnis und die Theorien zu ‘Neuen sozialen Bewegungen’. In: Forschungsjournal NSB 1/1988, 3, 5-15.
- Clemens, Bärbel* 1989: Der ‘männliche’ Blick auf die Frauenbewegung. In: Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte, Jg. 36, 249-258.
- Conti, Christoph* 1984: Abschied vom Bürgertum. Alternative Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute. Reinbek: Rowohlt.
- Cotgrove, Stephen/Duff, Andrew* 1980: Environmentalism, Middle-Class Radicalism and Politics. In: Sociological Review, Vol. 28, 333 - 351.
- Dalton, Russell/Kuechler, Manfred* 1990 (eds.): Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies. Cambridge: Polity Press.
- Davies, James C.* 1969: The J-curve of rising and declining satisfactions as a cause of some great revolutions and a contained rebelling. In: Gra-

- ham, H.D./Gurr, T.R. (eds.): The history of violence in America. New York: Praeger.
- Davies, James C.* 1973: Eine Theorie der Revolution. In: von Beyme K., Empirische Revolutionsforschung. Opladen: UTB 185-204.
- Eder, Klaus* 1989: Jenseits der nivellierten Mittelstandsgesellschaft. Das Kleinbürgertum als Schlüssel einer Klassenanalyse in fortgeschrittenen Industriegesellschaften. In: ders. (Hrsg.): Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp 341-392.
- Evans, Richard* 1977: The Feminists: Women's Emancipation Movements in Europe, America and Australasia 1840-1920. London: Barnes&Noble.
- Fleming, Donald* 1972: Roots of the new conservation movement. In: Perspectives in American History 6, 7-91.
- Fuchs, Dieter/Rucht, Dieter* 1992: Support for New Social Movements in Five Western European Countries. Discussion Paper FS III 92-102. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Gould, Peter* 1987: Early Green Politics, Back to Nature, Back to the Land, and Socialism in Britain, 1880-1890. Sussex: Harvester Press.
- Gundelach, Peter* 1984: Social transformation and new forms of voluntary associations. In: Social Science Information 23, 1049-1081.
- Gurr, Ted* 1970: Why men rebel. Princeton University Press, Princeton N. J.
- Guggenberger, Bernd* 1980: Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Stuttgart: Kohlhammer.
- Habermas, Jürgen* 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hardy, Dennis* 1979: Alternative Communities in Nineteenth Century England. London and New York: Longman.
- Hays, Samuel P.* 1958: Conservation and the gospel of efficiency: the progressive conservation movement, 1890 - 1920. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Huber, Joseph* 1989: Herrschen und Sehnen. Kulturpolitik des Westens. Weinheim/Basel: Beltz.
- Inglehart, Ronald* 1979: Wertwandel in westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: Klages, H./Kmieciak, P. (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt/M.: Campus.
- Inglehart, Ronald* 1983: Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der Neuen Politik in westlichen Gesellschaften. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, 139-165.
- Inglehart, Ronald* 1990: Values, ideology and Cognitive Mobilization in New Social Movements. In: Dalton, R.J./Kuechler, K. (eds.): Challenging the Political Order. Cambridge: Polity Press 43-66.
- Japp, Klaus Peter* 1984: Selbsterzeugung oder Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegung. In: Soziale Welt, Nr.3, 313 - 329.
- Japp, Klaus Peter* 1986: Neue soziale Bewegungen und die Kontinuität der Moderne. In: Berger, Johannes (Hrsg.): Die Moderne - Kontinuitäten und Zäsuren. Sonderband 4 der Sozialen Welt 311-333.
- Kaase, Max* 1976: Bedingungen unkonventionellen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kielmansegg, P. Graf (Hrsg.): Legitimationsprobleme politischer Systeme. Sonderheft 7 der Politischen Vierteljahresschrift 179-216.
- Kaase, Max* 1985: Soziale Bewegungen zwischen Innovation und Antimodernismus. Vortrag im Rahmen des Kolloquiums „Westeuropa im Wandel“, Universität Mannheim, 15.-18. Oktober.
- Kitschelt, Herbert* 1989: New Movements and the Decline of Party Organizations. In: Dalton, R.J./Kuechler, M. (eds.): Challenging the Political Order. Cambridge: Polity Press 179-208.
- Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sydney* 1988 (eds.): International Social Movement Research. Volume 1. From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures. Greenwich, Con.: JAI Press.
- Kontos, Sylvia* 1986: Modernisierung der Subventionspolitik? Die Frauenbewegung in den Theorien der neuen sozialen Bewegungen. In: Feministische Studien, 2, 34-49.
- Kornhauser, William* 1959: The Politics of Mass Society. New York: The Free Press.

- Krabbe, Wolfgang R.* 1974: Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kriesi, Hanspeter* 1987: Neue soziale Bewegungen: Auf der Suche nach ihrem gemeinsamen Nenner. In: Politische Vierteljahresschrift 28, 315-334.
- Kriesi, Hanspeter/Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan W./Guigni, Marco* 1995: New Social Movements in Western Europe. A comparative analysis. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Le Bon, Gustave* 1912: Psychologie der Massen. Leipzig: W. Klinkhardt.
- Linse, Ulrich* 1983: Zurück o Mensch zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890 - 1933. München: DTV.
- Linse, Ulrich* 1986: Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegungen in Deutschland. München: DTV.
- Melucci, Alberto* 1980: The new social movements: A theoretical approach. In: Social Science Information 19, 199-226.
- Melucci, Alberto* 1985: The symbolic challenge of contemporary movements. In: Social Research 52, 789-815.
- Nave-Herz, Rosemarie* 1982: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. Schriftenreihe der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung.
- Nullmeier, Frank* 1989: Institutionelle Innovation und neue soziale Bewegungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26, 3-16.
- Offe, Claus* 1969: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaften. In: Senghaas D./Kress G. (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung. Frankfurt: EVA 155-189.
- Offe, Claus* 1972: Strukturprobleme des kapitalistischen Staats. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Offe, Claus* 1976: Überlegungen und Hypothesen zum Problem politischer Legitimation. In: Ebbighausen R. (Hrsg.): Bürgerlicher Staat und Politische Legitimation. Frankfurt/M.: Suhrkamp 80-105.
- Offe, Claus* 1985: New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics, in: Social Research, Winter, 817-868.
- Pappi, Franz Urban* 1989: Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen im Parteiensystem der Bundesrepublik. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26, 17-27.
- Pankoke, Eckhard* 1970: Sociale Bewegungen – Sociale Frage – Siciala Politik. Grungfragen der deutschen 'Sozialwissenschaft' im 18. Jahrhundert. Stuttgart: Ernst Klett.
- Parkin, Frank* 1968: Middle Class Radicalism. The social basis of the Campaign for Nuclear Disarmament. Manchester: University Press.
- Parsons, Talcott et al.* 1961: Theories of Society, Vol. 1. New York: Free Press.
- Rammstedt, Otthein* 1978: Soziale Bewegung. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Raschke, Joachim* 1980: Politik und Wertwandel in westlichen Demokratien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14, 11-31.
- Raschke, Joachim* 1985: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/M.: Campus.
- Rendall, Jane* 1984: The Origins of Modern Feminism: Women in Britain, France and the United States, 1780-1860. London: Macmillan.
- Renn, Ortwin* 1985: Die Alternativbewegung: Eine historisch-soziologische Analyse des Protests gegen die Industriegesellschaft. In: Zeitschrift für Politik, 32, 153-194.
- Riesenberger, Dieter* 1985: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933. Göttingen: Vandenhoeck.
- Roth, Roland* 1991: Kommunikationsstrukturen und Vernetzungen in neuen sozialen Bewegungen. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 261-279.
- Roth, Roland* 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Weg zur politischen Institution. Köln: Bund Verlag.
- Rothgang, Heinz* 1988. Die Friedens- und Umweltbewegung in Großbritannien. Diplomarbeit, Universität Köln.
- Rowbotham, Sheila* 1980: Im Dunkel der Geschichte. Frauenbewegung in England vom 17. bis 20. Jahrhundert. Frankfurt/M.

- Rucht, Dieter* 1984: Zur Organisation der neuen sozialen Bewegungen. In: Falter, J./Fenner, Ch./Greven, M., (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Opladen: Westdeutscher Verlag 609-620.
- Rucht, Dieter* 1991a: 'Von der Bewegung zur Institution?' Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 334-358.
- Rucht, Dieter* 1991b: Sociological Theory as a Theory of Social Movements? A Critique of Alain Touraine. In: ders. (Hrsg.): Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA. Frankfurt/Boulder: Campus/Westview 355-384.
- Rucht, Dieter* 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/M.: Campus.
- Schenk, Herrad* 1981: Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland. München: C. H. Beck.
- Schneider, Norbert F.* 1987: Ewig ist nur die Veränderung. Entwurf eines analytischen Konzepts sozialer Bewegungen. Frankfurt u. a.: Peter Lang.
- Sheail, John* 1976: Nature in Trust. The History of Conservation in Britain. Glasgow.
- Sieferle, Rolf* 1984: Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart. München: C. H. Beck.
- Smelser, Neil* 1962: Theory of Collective Behavior. London: Routledge & Kegan Paul.
- Sombart, Werner* 1896: Sozialismus und soziale Bewegung. Jena: Fischer.
- Stöss, Richard* 1984: Vom Mythos der 'neuen sozialen Bewegungen'. In: Falter J. u. a. (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Opladen: Westdeutscher Verlag 548-559.
- Tarrow, Sidney* 1983: Struggling to Reform. Social Movements and Policy Change during Cycles of Protest. Occasional Paper No. 15. Center for International Studies, Cornell University.
- Tarrow, Sidney* 1987: Between Moments of Madness and Ages of Contention. Cycles of Protest in Democratic States. Paper prepared for presentation on the APSA Annual Meeting, Chicago/Ill., Sept. 3-6.
- Tilly, Charles/ Tilly, Louise/Tilly, Richard* 1975: The Rebellious Century 1820 - 1930, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Touraine, Alain* 1977 The Self-Production of Society, Chicago: The University of Chicago Press.
- Touraine, Alain* 1981: The Voice and the Eye. An Analysis of Social Movements. New York: Cambridge University Press.
- Touraine, Alain* 1983: Soziale Bewegungen. Spezialgebiet oder zentrales Problem soziologischer Analyse? In: Soziale Welt, Jg. 20, 143-152.
- Touraine, Alain* 1985. An Introduction to the Study of Social Movements. In: Social Research, 52, 749-787.
- Touraine, Alain* 1986: Krise und Wandel des sozialen Denkens. In: Berger, Johannes (Hrsg.): Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren. Sonderband 4 der Sozialen Welt, 15-39.
- Zolberg, Aristide R.* 1972: Moments of Madness. In: Politics and Society 2, 183-207.
- Zwick, Michael* 1990: Neue soziale Bewegungen als politische Subkultur. Frankfurt/M.: Campus.

Myra Marx Ferree/Silke Roth

Kollektive Identität und Organisationskulturen

Theorien neuer sozialer Bewegungen aus amerikanischer Perspektive

1 Einleitung

Amerikanische Forscher, die sich auf 'Neue Soziale Bewegungen' (NSB) beziehen, betrachten dies eher als eine bestimmte Perspektive der Untersuchung kollektiven Handelns, als eine bestimmte Gruppe empirisch identifizierbarer sozialer Bewegungen (z. B. Buechler 1995). Üblicherweise wird diese Perspektive den 'amerikanischen' Ressourcen-Mobilisierungs- bzw. Politischen-Prozeß-Ansätzen als europäischer Entwurf gegenübergestellt. Viele amerikanische Studien sozialer Bewegungen haben jedoch das explizite Ziel, diese beiden Forschungsansätze zu integrieren. Beispielsweise Robnett (1996) verknüpft amerikanische und europäische Ansätze in ihrer Analyse der Mobilisierung für die Bürgerrechtsbewegung und widerspricht der Behauptung, daß die kollektive Identität afro-amerikanischer Aktivisten unproblematisch gewesen sei. Selbst diejenigen, die am meisten mit den Ressourcen-Mobilisierungs- (RM) bzw. Politischer Prozeß-Ansätzen (PP) assoziiert werden, treten für ein stärker integrierendes Modell ein (McAdam et al. 1996).

In diesem Beitrag skizzieren wir zunächst die Aspekte der 'Theorien neuer sozialer Bewegungen', die in der amerikanischen Forschung Anklang gefunden haben. Wir betrachten dann die Aspekte der NSB-Theorien, die eher igno-

riert oder zurückgewiesen werden und versuchen zu erklären, warum diese Argumente als unvereinbar mit amerikanischen Erfahrungen und Theorien betrachtet werden. Insbesondere weisen wir als Gründe für eine erhebliche Einschränkung der Generalisierbarkeit der NSB-Theorien auf die unterschiedliche Institutionalisierung von Klassen-, Geschlechter- und Rassenpolitik in Europa und den USA hin. Schließlich machen wir einige Vorschläge, wie NSB-Theorien weiterentwickelt werden könnten.

2 Der Beitrag der NSB-Theorien

Steven Buechler (1995) unterscheidet zwischen politischen und kulturellen Versionen der NSB-Theorien. Für ihn repräsentieren Manuel Castells (1983) und Alain Touraine (1973, 1977) die politische Version, während Alberto Melucci (1989) und Jürgen Habermas (1981) für die kulturelle Version stehen. Während die politische Variante staatszentriert sei, richte sich in der kulturellen Variante die Aufmerksamkeit auf das alltägliche Leben und die Zivilgesellschaft. Wenn wir im folgenden von NSB-Theorien sprechen, sind beide Versionen gemeint, da sie in der amerikanischen Rezeption selten in der von Buechler vorgeschlagenen Weise differenziert werden. Jedoch haben im Bereich der Bewegungsforschung Melucci und Habermas mehr Einfluß gehabt, während Castells im Bereich der Stadtsoziologie und Tou-

raine im Bereich der Arbeitsmarkt- und Gewerkschaftsforschung eher rezipiert wurden.

Amerikanische Arbeiten, die sich mit NSB-Theorien identifizieren, bemühen sich häufig darum, eine neue Sozialpsychologie der Partizipation in sozialen Bewegungen zu entwickeln, in der die Genese von Werten, Identitäten und kognitive Rahmungen als Prozesse betont werden. Diese Bemühungen lenken (wieder) Aufmerksamkeit auf den Teilnehmer, und zwar nicht als eine Ressource oder ein 'Werkzeug', das benutzt wird, sondern als eine Person. Diese Person ist nicht in engen *rational choice* Begriffen definiert (Ferree 1992), sondern als situiertes Selbst, das Gelegenheit zum Handeln findet oder auch nicht, und das sowohl Gleichheit als auch Differenz in Beziehung zu anderen Akteuren konstruiert. Wir argumentieren, daß die amerikanische Rezeption der NSB-Theorien die Aufmerksamkeit für die Bedeutung von Identitäten der Akteure für kollektives Handeln legitimiert hat. Dabei werden Identitäten als veränderliche anstatt als feststehende Ausgangssituation für die Mobilisierung aufgefaßt (Melucci 1989). Der einheitliche Akteur, der im Rahmen des Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatzes als Agent präsentiert wird, war jedoch schon zuvor als soziale Fiktion zurückgewiesen worden (Evans/Boyte 1986; Ferree/Miller 1985; Fireman/Gamson 1979).

Amerikanische Studien, die sich auf NSB-Theorien beziehen, zeigen auf, daß der kollektive Akteur, selbst wenn er Identitätsansprüche stellt, nie ein identisches Subjekt ist, sondern in einem Prozeß engagiert ist, in dem er sich selbst und andere als konstruierte Kategorien positioniert. Im Gegensatz zu NSB-Theorien, die Ethnizität nicht als bewegungspolitische Identität theoretisieren, analysiert Joanne Nagel (1994) die Entstehung einer pan-indianischen Identität und Bewegung im Zuge zuneh-

mender Verstärkung. Jane Jensions Untersuchung der politischen Strategien der Ureinwohner Kanadas zeigt auf, daß Namensgebung eine Form der Formulierung politischer Interessen ist (Jenson 1995).

Craig Calhoun hat sich ebenfalls der Analyse der Konstruktion historischer Akteure gewidmet. Er zeigt auf, daß solche Identitäten umkämpft sind und daß sie langfristige historische Entwicklungen beeinflussen. Seine frühen Studien der Konstruktion von Arbeiterbewußtsein in kulturellen Assoziationen im 19. Jahrhundert stellen damit eine Herausforderung an den Anspruch der NSB-Theorien dar, denen zur Folge Identitätspolitik etwas Neues sei (Calhoun 1991, 1993). In Calhouns neuerer Analyse der Rebellion am Tiannamin Platz und des Studentenprotestes in China nehmen Aspekte kollektiver Identität ebenfalls einen zentralen Raum ein (Calhoun 1994).

Verta Taylor und ihre Kolleginnen haben sich Aspekten kollektiver Identität insbesondere im Kontext von Frauen-, Schwulen- und Lesbewebewegungen gewidmet. Taylor argumentiert, daß die Signifikanz des Kulturschaffens darin liegt, daß es Gemeinschaften herstellt und aufrechterhält, die langfristigen Aktivismus ermöglichen (Rupp/Taylor 1987; Taylor 1989; Taylor/Whittier 1992). Taylors jüngste Studie nimmt frühere Argumente über die Bedeutung von Emotionen in sozialen Bewegungen auf, indem sie den Zusammenhang von Namensgebung und Umgang mit Emotionen, die Herstellung und Nutzung kollektiver Identität sowie das Organisieren und Präsentieren politischer Ansprüche außerhalb der engen Grenzen staatszentrierter Politik analysiert (Taylor 1996).

Die amerikanische Rezeption von NSB-Theorien kann nur im Kontext der Dominanz von RM- und PP-Ansätzen seit den 70er Jahren

verstanden werden. Wir argumentieren daher, daß amerikanische Forscher NSB-Theorien instrumentalisieren, um Aspekte kollektiver Identität zu thematisieren und um im Rahmen der Untersuchung sozialer Bewegungen zusätzlich zu strategischen Entscheidungen und organisierten Ereignissen auch auf die Rolle von Kultur, Emotionen und Diskurs zu fokussieren (Johnston und Klandermans 1995, Darnowsky et al. 1995). Die internen Dynamiken sozialer Bewegungen werden dadurch interessant und in ihrem eigenen Recht anerkannt. Sie erfordern die Entwicklung einer neuen Sozialpsychologie sozialer Bewegungen im allgemeinen. Institutionen werden in einem breiter angelegten Zugriff in den Blick genommen (als Familien oder die Praxis der Medizin usw. in der Zivilgesellschaft), und als stärker normativ in ihren verschiedenen 'scripts' verstanden (Clemens 1997).

Aus amerikanischer Sicht ermöglichen NSB-Theorien also, soziale Bewegungen außerhalb 'des Systems' konventioneller Politik und innerhalb der Zivilgesellschaft zu plazieren. Damit wurden Aktivitäten, die bislang als 'ineffizient' oder 'unpraktisch' angesehen wurden, leichter erklärbar. Das Verständnis dafür, was Bewegungen tun, wurde in den NSB-Theorien als neue Gruppe von Forderungen ausgedrückt. In den USA hingegen leitete diese theoretische Perspektive den Wechsel vom Studium der Spitzenorganisationen, die eine soziale Bewegung repräsentieren sollen (z. B. NOW für die Frauenbewegung und SCLC für die Bürgerrechtsbewegung), zur Berücksichtigung von lokalen Graswurzelorganisationen ein (Whittier 1995). Diese wurden zwar schon vor der Rezeption der NSB-Theorien untersucht (z. B. Gerlach/Hine 1970; Breines 1982), gerieten aber im Zuge der Durchsetzung des Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatzes und des Politischer-Prozeß-Ansatzes wieder in Vergessenheit. Inzwischen werden verschiedene Typen

und Komponenten der Führung von sozialen Bewegungsorganisationen unterschieden; so werden innovative und unternehmerische Gründer hierarchischen und management-orientierten Institutionalisierten gegenübergestellt (Staggenborg 1988, 1989), und formelle Leiter, die mit Autoritäten verhandeln, werden von *bridge leaders* unterschieden, die Trägerschaften motivieren (Robnett 1996). Charles Payne beispielsweise beschreibt die Bürgerrechtsaktivistin Ella Baker. Sie unterschied zwischen Mobilisierung, d.h. der Orchestrierung von Ereignissen, deren Wirkung auf den Außenbereich der Organisation gerichtet war, und Organisation, d.h. der Herstellung von Erfahrungen, die identitäts-transformierend sind und eine langfristige Verpflichtung auf der Seite der Teilnehmer selbst produzieren (Payne 1989).

Die Betonung von Diskursen als wichtigen Prozessen sozialer Bewegungen basiert jedoch nicht nur auf NSB-Theorien, sondern baut auch auf amerikanischen Beiträgen wie David Snows Ausarbeitung von Goffmans klassischen Ideen des 'framing' auf (Snow et al. 1986; Snow/Benford 1992). Mittlerweile wird dieser framing-Ansatz auch in der Analyse der Prozesse der Konstruktion kollektiver Identität angewandt (Hunt et al. 1994). Damit ist die Verbindung zu NSB-Theorien hergestellt. Johnstons Studie über katalanische Identität und Katzensteins Studie über feministische 'discursive and interest group'-Strategien innerhalb von Institutionen sind besonders interessante Beispiele dafür, wie amerikanischer Empirismus, verbunden mit interaktionistischen und sozial konstruktivistischen Ideen von kollektiver Identität, eine Analyse der politischen Effekte sich verändernder Diskurse bereitstellt (Johnston 1991; Katzenstein 1995). NSB-Theorien leisten also einen Beitrag zu einer 'Mikro-Mobilisierungstheorie', der zu einer breiteren und stärker interaktionistischen Sicht von Organi-

sationen geführt hat, die insbesondere die kulturellen Elemente in der organisatorischen Form selbst (J. Gamson 1996, 1997) und die politischen und biographischen Konsequenzen solcher Entscheidungen herausarbeitet (Roth 1997; Moore 1997).

3 Amerikanische Kritik an NSB-Theorien

Die amerikanische Rezeption betrachtet insbesondere die Makroelemente der NSB-Theorien, die bestimmte Bewegungen in einer einzigartigen historischen Situation positionieren und sie als besonders wichtige Studienobjekte hervorheben (Touraine 1981; Gorz 1982), als kontrovers und problematisch. Wir argumentieren, daß dies in inhärenten Grenzen des Makroarguments selbst und in bestimmten Passungsproblemen mit den amerikanischen Erfahrungen begründet ist.

Zunächst weisen amerikanische KritikerInnen den theoretischen Anspruch der 'Neuheit' der neuen sozialen Bewegungen zurück (Calhoun 1991). NSB-Theorien wurden auch in Europa dafür kritisiert, die Gemeinsamkeiten von vermeintlich neuen sozialen Bewegungen mit denen aus vorhergegangenen Jahrhunderten zu ignorieren (Kontos 1986). In den USA wird aber die Idee, daß bestimmte soziale Bewegungen in einer bedeutenden Weise 'neu' sind, an sich zurückgewiesen, und dies mit gutem Grund.

Der Anspruch auf Neuheit basiert auf der eurozentristischen Grundannahme der Institutionalisierung der Sozialdemokratie in der Form eines korporatistischen Staates, in dem die Gewerkschaften und Wirtschaftsführer eine Mitentscheidungsmacht haben (Young 1996). In Amerika war der Sozialismus niemals in einer regierenden Partei, die als 'sozialistisch' definiert war oder die Arbeiterbewegung repräsentiert,

institutionalisiert. Die Entstehung eines Wohlfahrtsstaats war ein Prozeß, der eine größere Spannweite von Interessengruppen – von maternalistischen Frauenorganisationen über rassistische Agrarinteressen, ethnisch definierte lokale 'Regierungsmaschinen' bis hin zu einem nationalistischen Regierungspopulismus – in einem Ensemble sich verschiebender Allianzen zusammenbrachte.

Die amerikanische Rezeption von NSB-Theorien eröffnet also den Blick darauf, daß die Beziehung zwischen sozialistischen Bewegungen und Klasseninteressen eine Funktion eines institutionellen politischen Kontexts ist. Bewegungen, die auf Rasse oder Geschlecht beruhen, werden als genauso 'alt' (was in Europa ebenfalls historisch zutreffender ist) und einander ähnlicher (und eine gemeinsame Geschichte teilend) verstanden. Außerdem werden die Frauenbewegung und die Bürgerrechtsbewegung nicht als 'Nachfolger' einer schon erfolgreich institutionalisierten Arbeiterbewegung betrachtet, sondern wie die Arbeiterbewegung als Herausforderer der dominanten Systeme von Ausschluß und Unterdrückung.

Die Vereinigten Staaten sind im Gegensatz zu vielen Ländern Europas schon seit dem 19. Jahrhundert eine 'Bewegungsgesellschaft' (Neidhardt/Rucht 1993; Rucht in diesem Heft), in der verschiedene soziale Bewegungen und Interessenorganisationen außerhalb formal institutionalisierter Parteien historisch eine zentrale Rolle gespielt haben (Clemens 1997). Die sozialen Bewegungen der 20er und 30er Jahre sind mit den sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre durch 'abeyance structures' (Rupp/Taylor 1987) und die 'half way houses' (Morris 1984) verbunden. Angesichts dieser Verbindung fällt es schwer, die jüngeren sozialen Bewegungen als eigenständig und neu aufzufassen. Bewegungen sind eher ein stabiler Aspekt amerikanischer Kul-

tur und Gelegenheitsstruktur (Gamson/Meyer 1996).

Darüber hinaus weisen amerikanische ForscherInnen auf eine größere Variationsbreite von Institutionalisierung hin. Damit lenken sie auch Aufmerksamkeit darauf, daß nicht nur die politischen Gelegenheiten (*political opportunities*), sondern auch die politischen Einschränkungen (*political constraints*) einen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung sozialer Bewegungen haben. Politische Einschränkungen haben unter Umständen Innovationen zur Folge, die gleichzeitig in kulturelle Traditionen und historische Konstellationen eingebettet sind. So weist Elizabeth Clemens (1993) darauf hin, daß soziale Bewegungen organisatorische Formen aus dem existierenden kulturellen Repertoire bezogen, unter Umständen aber auch transformierten. Die Frauengruppen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts in den USA bezogen sich auf den männlichen 'Club' als Organisationsmodell, aber die 'Clubfrauen' transformierten ihre Organisation in Werkzeuge für die Beeinflussung politischer Willensbildung, die nicht von Wahlen abhängig waren (an denen Frauen zu diesem Zeitpunkt nicht teilnehmen konnten) und 'erfanden' auf diese Weise Lobbyismus (Clemens 1997).

Spalter-Roth/Schreiber (1995) stellen in ihrer Untersuchung zeitgenössischer Lobby-Gruppen von Frauen in Washington (DC) weitere Formen der Institutionalisierung vor. Diese Gruppen verfolgen *outsider issues* mit *insider tactics* und repräsentieren damit eine unkonventionelle strategische Wahl. Das Konzept des *routinized radicalism*, das von Staggenborg et al. und anderen Beforscherinnen der Frauenbewegung in den USA vorangetrieben wird, kann auch auf institutionalisierte Phänomene der europäischen neuen sozialen Bewegungen wie feministische Projekte und Frauenhäuser angewandt werden (Ferree 1996). Diese und

andere Studien stellen die verbreitete Annahme in Frage, daß Institutionalisierung immer Kooptation bedeutet (Ferree/Martin 1995).

Weiterhin wurde das politische System der USA weder durch Faschismus noch durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen. Es gibt mehr offensichtliche Kontinuität zwischen zeitgenössischen und vergangenen sozialen Bewegungen in den USA. Aufgrund der unleugbaren Kontinuität der Organisationsbemühungen der Bürgerrechtsbewegung, angefangen in den 40er und frühen 50er Jahren und fortgesetzt in der verstärkten Mobilisierung der späten 50er und frühen 60er Jahre (McAdam 1982; Morris 1984), sowie der gut dokumentierten Verbindungen zwischen der Bürgerrechtsbewegung, der Frauenbewegung, der Anti-Vietnam-Bewegung und der Neuen Linken (z. B. Evans 1979, Whalen/Flacks 1989) ist es unmöglich, solche chronologischen Grenzen zu ziehen.

Amerikanische Studien sozialer Bewegungen greifen auch nur selten die Betonung 'post-industrieller' Werte im Sinne Ingleharts (1977) auf, die dem konventionellen 'Links-Rechts'-Schema der politischen Einordnung gegenübergestellt werden. Auf der einen Seite passen bestimmte Bewegungen wie Frauenbewegungen, Friedensbewegungen und Umweltbewegungen nicht in dieses politische Links-Rechts-Schema, auf der anderen Seite war dieses Schema in den USA nie so gut institutionalisiert wie in Europa (Fuchs/Klingemann 1990). Während links und rechts, rot, schwarz und braun gleichbleibende Bedeutungen in Europa haben, gegenüber denen grün und lila als innovativ und alternativ angesehen werden können, sind diese Bedeutungen im amerikanischen Bewegungsdiskurs mehr im Fluß und schlechter erkennbar. Um ein Beispiel zu geben: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, einer Periode extensiver Mobilisierung sozialer Bewegungen in den USA wie auch in Europa, initiierte

Theodore Roosevelt ein Programm imperialistischer Expansion, innovativen Umweltschutzes, kartell-sprengender Attacken auf den Kapitalismus und einer rassistischen Eugenik, das man gleichermaßen grün, rot und braun nennen könnte, das damals aber das amerikanische Label 'progressive' trug.

Vor dem Hintergrund dieser Geschichte zögert man, die Werte zeitgenössischer Bewegungen als 'post-industriell' zu betrachten. Angelegenheiten materiellen Wohlstands sind nicht so klar in Klassenpolitik alleine verortet. Der 'War Against Poverty' war Teil der Mobilisierung der 60er und 70er Jahre in den Vereinigten Staaten und hat die Perspektive einer besonders politisierten und aktiven Generation geformt. Was auch immer für ein Wertewandel in den letzten zwanzig oder dreißig Jahren in den USA stattgefunden hat - dieser Prozeß kann sich gleichermaßen auf den Aktivismus für das Ende der Rassentrennung, die Herausforderung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und die Integration neuer Wellen von Immigranten beziehen, wie auf die Transformation der industriellen Produktion und der dominanten Formen der bezahlten Arbeit zurückgeführt werden.

Angesichts der Tatsache, daß die amerikanische Bewegungsgesellschaft schon immer von verschiedenen, sich ändernden Koalitionen von Populisten, Rassisten, radikalen Gleichstellern, Feministinnen, Sozialisten, Pazifisten und religiösen Wiederkehrern geprägt ist, ist es problematisch, einige dieser Gruppen oder ihre Werte außerhalb des Rahmens der Interessen, die 'neue soziale Bewegungen' definieren, zu verorten. Reaktionäre oder rechtsextremistische Gruppen sind so alt oder neu wie die progressiven oder links-extremen Gruppen, mit denen sie sich auseinandersetzen.

Es ist schwierig, viele spezifische Gruppen überhaupt auf dem links-rechts Kontinuum zu

verorten (sei es die Women's Christian Temperance Union der 1890er oder das Project for a Drug-Free America der 80er Jahre dieses Jahrhunderts). NSB-Theorien werden in den USA eher deswegen begrüßt, weil sie Aufmerksamkeit auf Werte, Ideologie und Rahmungen legen und diese als komplexe Phänomene in ihrem eigenen Recht legitimieren. Wenn ökonomische Anliegen und Forderungen bei diesen europäischen Bewegungen einen marginalen Stellenwert einnehmen, wie es beispielsweise bei bestimmten Varianten des Feminismus in Europa der Fall ist, wird dies eher mit spezifischen Konstellationen von Identität und Organisation erklärt, als daß es einer universalen historischen Logik zugeschrieben wird.

NSB-Theorien postulieren eine Verbindung zwischen bestimmten Bedingungen, Krisen und Widersprüchen der Gesellschaft und den sozialen Bewegungen, die aus diesen neuen Bedingungen heraus entstehen. Dieses Modell ist potentiell sehr nützlich, weil es soziale Transformation mit organisierten Anstrengungen sozialen Wandels verbindet und so soziale Bewegungen in Gesellschaftstheorie situiert. Die amerikanische Anwendung von NSB-Theorien greift nur selten die Herausforderung auf, soziale Bewegungen mit Prozessen sozialen Wandels zu verknüpfen, was vor allem zwei Hauptgründe hat:

Erstens haben amerikanische Analytiker sozialer Bewegungen seltener einen marxistischen Hintergrund und neigen daher weniger dazu, die Krisen und Widersprüche des globalen Kapitalismus in den Begriffen einer neuen Klasse mit einer historisch definierten Aufgabe aufzufassen. Gleichzeitig herrscht in den USA Skepsis dahingehend, daß es eine vorbestimmte und möglicherweise bekannte Logik der Geschichte geben könne. Diejenigen Amerikaner, die sich am direktesten mit den makro-sozio-

logischen Ansprüchen auseinandergesetzt haben, tun es aus einer marxistischen oder post-marxistischen Perspektive (Boggs 1986).

Zweitens zieht das 'post-industrielle' Label eine Grenze zwischen den sozialen Bewegungen in hoch entwickelten kapitalistischen Ökonomien und denjenigen in der restlichen Welt. Obgleich Theorien sozialer Bewegungen in den USA sich oft auf die eigenen Erfahrungen beschränken, werden die Vereinigten Staaten und Europa nicht zusammen gruppiert und von Lateinamerika oder Asien abgegrenzt, d.h. Feminismus in Indien wird theoretisch nicht anders plziert als Feminismus in Europa. In einer Gesellschaft von Immigranten, einer 'Siedler-Gesellschaft' und einer Weltmacht ist jedes theoretische Modell, das darauf besteht, nur in bestimmten Ländern und zu bestimmten historischen Zeitpunkten zuzutreffen, nur von begrenzter Anziehungskraft und Nützlichkeit.

Studien von nicht-westlichen sozialen Bewegungen, so wie Rays Vergleich von Frauenbewegungen in Bombay und Kalkutta (1998), Noonans Analyse der Rolle von Frauen in Widerstandsbewegungen in autoritären lateinamerikanischen Regimes (1995) und Sperlings Studie der Mobilisierung von Frauen in Rußland (1997) bieten daher wichtige Einsichten in die institutionellen politischen Kontexte und kulturellen Differenzen, die die Rahmenbedingungen für die Organisierung sozialer Bewegungen darstellen.

Nicht zuletzt gibt es heutzutage bedeutende globale Verbindungen unter sozialen Bewegungen. Obwohl diese Verbindungen nichts Neues sind – Rupp (1996) verfolgt die internationalen Netzwerke und Organisationen, die Frauen um die Jahrhundertwende aufbauten, und niemand sollte an die sozialistische Internationale als einen Fokus der Mobilisierung oder die internationalen Verbindungen von Rechtsradi-

kalen erinnert werden müssen –, besteht wenig Zweifel daran, daß unmittelbare Kommunikation und die Verbreitung supranationaler Regierungsorganisationen und Vereinbarungen die Koordination von internationalen Bewegungen wie Greenpeace sowohl leichter als auch bedeutsamer machen. Nicht nur Ressourcen, sondern auch Ideen verbreiten sich in verschiedenen Richtungen um den Globus, wie Ferree und Gamson (1996) im Hinblick auf reproduktive Rechte und internationalen Feminismus zeigen. Die wichtigen Veränderungen in Kultur und Diskurs um das 'Bevölkerung'-Manifest bei der Konferenz in Kairo 1996 schulden den Argumenten der Feministinnen der Dritten Welt über Geschlecht und Entwicklung viel. Der internationale Handel mit Frauentörnern (der im 19. Jahrhundert 'weiße Sklaverei' genannt wurde, um ihn vom Handel von Törnern schwarzer Frauen und Männer zu unterscheiden), führt noch heute zu starken Frauenwiderstandsbewegungen, sowohl auf den Philippinen und in Thailand als auch in den post-industriellen Nationen.

Alles in allem tendiert die amerikanische Lesart dazu, die von den NSB-Theorien gezogene Grenzen abzulehnen. Der theoretische Anspruch, daß bestimmte Bewegungen als besonders und bedeutsamer als andere behandelt werden sollen, wird ebenso bestritten wie die Grenzziehung zwischen auf Identität gegründeten neuen und angeblich materiell ausgerichteten alten Bewegungen. Aus amerikanischer Sicht wird die Trennung von materialistischen und 'post-materialistischen' Forderungen und Werten in Frage gestellt und die Relevanz sowohl von ökonomischen als auch von nicht-ökonomischen Tagesordnungspunkten in allen Bewegungen herausgestellt. Schließlich wird die Trennung von Bewegungen auf der Basis ihrer distinkten Position in einem bestimmten Gesellschaftstyp zurückgewiesen und so Aufmerksamkeit auf die globalen Ähnlich-

keiten und tatsächlichen Verbindungen zwischen Bewegungen gelenkt.

4 Quo vadis NSB?

Die Verbindung zwischen sozialen Bewegungen und dem Wohlfahrtsstaat wirft Fragen auf, die von Theorien sozialer Bewegungen bisher wenig analysiert wurden, die aber von zunehmendem Interesse für die politische Soziologie sind. Diese Verbindung ist kaum durch die oberflächliche Weisheit erschlossen, daß der Wohlfahrtsstaat den Erfolg und die Institutionalisierung der Arbeiterbewegung reflektiert. Die Kategorisierung von Wohlfahrtsstaaten in Typen (Esping-Anderson 1990; Sainsbury 1996) hat noch nicht ausreichend die historischen Prozesse untersucht, in welchen verschiedene Bewegungen eine Schlüsselrolle spielten. In einigen Ländern wie Schweden enthielten und kooptierten die Gewerkschaften die Forderungen von arbeitenden Frauen und stellten einen Diskurs um Arbeit, Familien und soziale Gleichheit her, der alle autonomen Frauenorganisationen marginalisierte, selbst wenn viele feministischen Ziele in die Politik inkorporiert wurden (Hobson 1996). In anderen Ländern, wie zum Beispiel Deutschland, gab es scharf gezogene Trennungslinien zwischen der 'proletarischen' Frauenbewegung und der 'bürgerlichen' Frauenbewegung, die die Geschlechtersolidarität unterminierten. Dies wurde weiter in die Ost-West-Rhetorik der Nachkriegszeit transportiert und erlaubte es dem westdeutschen Staat, die 'Hausfrauenehe' als Norm zu institutionalisieren (Moeller 1993). Skocpol (1992) und Gordon (1990) untersuchen demgegenüber die wichtige Rolle von Frauenbewegungen in der Legitimierung der ersten Ausweitungen des Wohlfahrtsstaats in den USA. Darüber hinaus ist die gegenwärtige Krise des Wohlfahrtsstaats, der Globalisierung und Deregulierung hoch relevant für die Mobilisierung zeitgenössischer sozialer Bewegungen.

NSB-Theorien eignen sich aber nicht dafür, diese Krisen zu analysieren, weil sie als zugrunde liegende Dynamik nur die Transformation von Arbeit im bezahlten Arbeitsmarkt definieren, und die ökonomische Transformation der hochindustrialisierten (post-fordistischen) Länder von denen in anderen Nationen trennen.

Vertreter von NSB-Theorien wie Touraine und Castells fokussieren auf den historisch definierten Bereich industrieller Produktion und argumentieren, daß die sozialen Widersprüche aus den 'post-fordistischen' industriellen Beziehungen hervorgehen. Für die neue Klasse von Arbeitern sind Fragen des Wohlfahrtsstaats alt und uninteressant. Im Gegensatz zu dieser Fixierung auf den Produktionsbereich ist u.E. eine stärkere Berücksichtigung der verschiedenen Mobilisierungen und Gegenmobilisierungen notwendig, die sich auf Veränderungen des Bereichs der Reproduktion beziehen. Die Rolle der 'Mutter' war in den vergangenen Dekaden einem ebenso signifikanten Wandel ausgesetzt wie die des männlichen Arbeiters in der Schwerindustrie (Brush 1998). Transformationen in der bezahlten Arbeit generieren nicht nur post-industrielle Werte, sondern auch defensive Fremdenfeindlichkeit und xenophobischen Nationalismus in Europa. Solche Bewegungen haben zum Teil mit veränderten Geburtenraten und Arbeitskräfteangeboten über die Generationen und Nationen hinweg zu tun, d. h. mit Veränderungen in der Organisation von Reproduktion wie auch Produktion auf einer globalen Skala.

Ein Fokus auf die Organisation der Produktion, der die sozialen Beziehungen der Reproduktion außer Acht läßt, reflektiert und verstärkt einen einseitigen Fokus auf Männer als politische Akteure und auf männlich geführte Bewegungen als den primären Agenten sozialen Wandels. Frauenbewegungen wurden nie

als zentraler und integraler Bestandteil der Theorien sozialer Bewegungen an sich wahrgenommen, sondern eher als Epi-Phänomene – eine geschlechtsspezifisch strukturierte Untergruppe von kulturellen Bewegungen, die mit geschlechtsspezifisch strukturierten Prozessen auf dem Makro-Level nichts zu tun haben. Die Anerkennung der Beziehung zwischen Transformationen bezahlter und unbezahlter Arbeit macht die Makro-Level-Analyse auch zu einer geschlechtsspezifischen.

Analysen sozialer Bewegungen sollten mit Veränderungen der sozialen Organisation auf dem Makro-Level verbunden sein, sowohl als Ursache als auch als Wirkung dieser Transformationen über eine Anzahl verschiedener nationaler Kontexte hinweg, nicht nur in Europa. Aber NSB-Theorien bieten selbst nur eine begrenzte Sicht auf diese Transformationen. Sie isolieren die Veränderungen, die in den hochindustrialisierten Gesellschaften stattfinden, von den Veränderungen in weniger industrialisierten Gesellschaften, die strukturell mit einem Wandel in sowohl reproduktiven als auch produzierenden Arbeitsbeziehungen verbunden sind. Die NSB-Theorien waren in den letzten Jahrzehnten damit zufrieden, die Grenzen von Geschlecht und Nationalstaat als 'natürliche' Organisationsprinzipien der Politik zu akzeptieren. Die irritierenden Fragen, wie Geburt, Ethnizität, Bürgerschaft und materieller Wohlstand miteinander verbunden sind, waren damit von der 'post-industriellen' Tagesordnung verschwunden. Aus amerikanischer Sicht ist klar, daß diese Fragen in vielen heutigen Kämpfen in Europa genauso zentral sind, wie das in den USA schon lange der Fall ist. Eine 'neue' Theorie neuer sozialer Bewegungen müßte diese Probleme in den Kontext einer Analyse von Produktion, Reproduktion und des Wohlfahrtsstaates stellen. Es muß also nicht nur darum gehen, den Reichtum der Variationen in der Institutionalisierung der gesellschaftlichen Rah-

menbedingungen und deren Bedeutung für die Entwicklung sozialer Bewegungen anzuerkennen, sondern auch darum, diesen Zusammenhang zu erklären.

Myra Marx Ferree ist Professorin für Soziologie und Frauenstudien an der Universität von Connecticut.

Silke Roth ist Leiterin des Forschungsprojekts „Arena in der Arena. Weimar – Europäische Kulturstadt 1999“ an der Bauhaus Universität Weimar.

Literatur

- Boggs, Carl* 1986: Social Movements und Political Power. Emerging Forms of Radicalism in the West. Philadelphia: Temple University Press.
- Breines, Wini* 1982: Community und Organization in the New Left. New Brunswick, NJ: Rutgers University Press.
- Brush, Lisa* 1998: Gender, Work, Who Cares? Production, Reproduction and Business as Usual. In: Lorber, Judith/Ferree, Myra Marx/Hess, Beth B. (eds.): *Revisioning Gender*. Newbury Park, CA: Sage.
- Buechler, Steven M.* 1995: New Social Movement Theories. In: *Sociological Quarterly*, Vol. 36, 441-464.
- Calhoun, Craig J.* 1982: The Question of Class Struggle: Social Foundations of Popular Radicalism During the Industrial Revolution. Berkeley: University of California Press.
- Calhoun, Craig J.* 1991: The Problem of Identity in Collective Action. In: Huber, Joan (ed.): *Macro-Micro Linkages in Sociology*. Newbury Park, CA: Sage, 51-75.
- Calhoun, Craig J.* 1993: 'New Social Movements' of the Early Nineteenth Century. In: *Social Science History*, Vol. 17, 385-428.
- Calhoun, Craig J.* 1994: Neither Gods Nor Emperors: Students and the Struggle for Democracy in China. Berkeley: University of California Press.
- Castells, Manuel* 1983: *The City and Grassroots*. Berkeley: University of California Press.

- Clemens, Elisabeth S.* 1993: Organizational Repertoires and Institutional Change: Women's Groups and the Transformation of U.S. Politics, 1820-1920. In: *American Journal of Sociology*, Vol. 98, 755-798.
- Clemens, Elisabeth S.* 1997: The People's Lobby: Organizational Innovation and the Rise of Interest Group Politics, 1890-1920. Chicago: University of Chicago Press.
- Darnovsky, Marcy/Epstein, Barbara/Flacks, Richard* 1995 (eds.): *Cultural Politics und Social Movements*. Philadelphia: Temple University Press.
- Esping-Anderson, G.* 1990: *Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge, CA: Polity Press.
- Evans, Sarah M.* 1979: *Personal Politics: The Roots of Women's Liberation in the Civil Rights Movement and the New Left*. New York: Alfred A. Knopf.
- Evans, Sara M./Boyte, Harry C.* 1986: *Free Spaces. The Sources of Democratic Change in America*. New York: Harper and Row.
- Ferree, Myra Marx* 1992: The Political Context of Rationality: Rational Choice Theory und Resource Mobilization. In: *Morris, Aldon D./McClurg Mueller, Carol* (eds.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven/London: Yale University Press, 29-52.
- Ferree, Myra Marx* 1996: Institutionalization, Identity, and the Political Participation of Women in the New Bundesländer. In: *Research on Russia und Eastern Europe*, Vol. 2, 17-32.
- Ferree, Myra Marx/Gamson, William A.* 1998: The Gendering of Abortion Discourse: Assessing Global Feminist Influence in the US and Germany, 1970-1994. In: *Rucht, Dieter/DellaPorta, Donatella/Kriesi, Hanspeter* (eds.): *Social Movements in a Globalizing World*. London: Macmillan (i. E.).
- Ferree, Myra Marx/Martin, Patricia Yancey* 1995: Doing the Work of the Movement: Feminist Organizations. In: *Ferree, Myra Marx/Martin, Patricia Yancey* (eds.): *Feminist Organizations. Harvest of the New Women's Movement*. Philadelphia: Temple University Press, 3-23.
- Ferree, Myra Marx/Miller, Frederick D.* 1985: Mobilization und Meaning: Toward an Integrative of Social Psychological und Resource Perspectives on Social Movements. In: *Sociological Inquiry*, Vol. 55, 38-61.
- Fireman, Bruce/Gamson, William A.* 1979: Utilitarian Logic in the Resource Mobilization Perspective. In: *Zald, Mayer N./McCarthy, John D.* (eds.): *The Dynamics of Social Movements*. Cambridge: Winthrop, 8-44.
- Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans Dieter* 1990: The Left-Rigght Schmea. In: *Jennings, M. Kent/Deth, Jan W. van et al.*: *Continuities in Political Action – A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin/New York: de Gruyter, 203-234.
- Gamson, Joshua* 1996: The Organizational Shaping of Collective Identity: The Case of Lesbian und Gay Film Festivals in New York. In: *Sociological Forum*, Vol. 11, 231-262.
- Gamson, Joshua* 1997: Messages of Exclusion: Gender, Movements, and Symbolic Boundaries. In: *Gender und Society*, Vol. 11, 178-99.
- Gamson, William A./Meyer, David S.* 1996: Framing Political Opportunity. In: *McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N.* (eds.): *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. New York: Cambridge University Press, 275-290.
- Gerlach, Luther P./Hine, Virginia H.* 1970: *People, Power, and Chance: Movements of Social Transformation*. Indianapolis: Bobbs-Merrill.
- Gordon, Linda* 1990: *Women, the State und Welfare*. Madison: University of Wisconsin Press.
- Gorz, André* 1982: *Farewell to the Working Class*. Boston: South End Press.
- Habermas, Jürgen* 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hobson, Barbara/Lindholm, Marika* 1995: *Collective Identities, Women's Power Resources, and the Making of Welfare States*. Presented at the Tenth International Conference of Europeanists, Chicago.
- Hunt, Scott A./Benford, Robert D./Snow, David A.* 1994: *Identity Fields: Framing Processes and the Social Construction of Movement Identities*. In: *Larana, Enrique/Johnston, Hank/Gusfield, Joseph R.* (eds.): *New Social Movements. From Ideology*

- to Identity. Philadelphia: Temple University Press, 185-208.
- Inglehart, Ronald* 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Jenson, Jane* 1995: What's in a Name? Nationalist Movements and Public Discourse. In: Johnston, Hank/Klandermans, Bert (eds.): Social Movements and Culture. Vol. 4 Social Movements. Protest and Contention. Minneapolis: University of Minnesota Press, 107-126.
- Johnston, Hank* 1991: Tales of Nationalism: Catalonia, 1939-1979. New Brunswick, NJ: Rutgers University Press.
- Johnston, Hank/Klandermans, Bert* 1995: Social Movements and Culture, Vol. 4 of Social Movements. Protest and Contention. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Katzenstein, Mary Fainsod* 1995: Discursive Politics and Feminist Activism in the Catholic Church. In: Ferree, Myra Marx/Martin, Patricia Yancey (eds.): Feminist Organizations. Harvest of the New Women's Movement. Philadelphia: Temple University Press.
- Kontos, Silvia* 1986: Modernisierung der Subsumtionspolitik. Die Frauenbewegung in den Theorien neuer sozialer Bewegungen. In: Feministische Studien, Vol. 5, 34-49.
- McAdam, Doug* 1982: Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930-1970. Chicago: University of Chicago Press.
- McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N.* 1988: Social Movements. In: Smelser, Neil J. (ed.): The Handbook of Sociology. Newbury Park, CA: Sage, 695-737.
- McAdam, Doug/McCarthy, John/Zald, Mayer N.* 1996: Introduction: Opportunities, Mobilizing Structures, and Framing Processes – Toward a Synthetic, Comparative Perspective on Social Movements. In: McAdam, Doug/McCarthy, John/Zald, Mayer N. (eds.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. New York: Cambridge University Press, 1-20.
- Melucci, Alberto* 1989: Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society. Philadelphia: Temple University Press.
- Moeller, Robert* 1993: Protecting Motherhood: Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany. Berkeley: University of California Press.
- Moore, Kelly* 1996: Organizing Integrity: American Science and the Creation of Public Interest Organizations, 1955-1975. In: American Journal of Sociology, vol. 101, 1592-1627.
- Morris, Aldon D.* 1984: The Origins of the Civil Rights Movement. Black Communities Organizing for Change. New York: The Free Press.
- Nagel, Joane* 1994: Constructing Ethnicity: Creating and Recreating Ethnic Identity and Culture. In: Social Problems, Vol. 41, 152-176.
- Neidhard, Friedhelm/Rucht, Dieter* 1993: Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft? Über die Stabilität sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt, 44, 305-326.
- Noonan, Rita* 1995: Women Against the State: Political Opportunities and Collective Action Frames in Chile's Transition to Democracy. In: Sociological Forum, Vol. 10, 81-111.
- Payne, Charles* 1989: Ella Baker and Models of social Change. In: Signs, Vol. 14.
- Ray, Raka* 1998: Fields of Protest: Women's Movements in Two Indian Cities. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Robnett, Belinda* 1996: African-American Women in the Civil Rights Movement, 1954-1965: Gender, Leadership, and Micromobilization. In: American Journal of Sociology, Vol. 101, 1661-1693.
- Roediger, David R.* 1991: The Wages of Whiteness. Race and the Making of the American Working Class. New York: Verso.
- Roth, Silke* 1997: Political Socialization, Bridging Organization, Social Movement Interaction: The Coalition of Labor Union Women, 1974-1996. Ph.D. dissertation. Storrs: University of Connecticut.
- Rupp, Leila J./Taylor, Verta* 1987: Survival in the Doldrums: The American Women's Right's Mo-

- vement, 1945 to the 1960s. New York: Oxford University Press.
- Sainsbury, Diane* 1996: Gender, Equality and Welfare States. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Skocpol, Theda* 1992: Protecting Soldiers and Mothers. Cambridge: Harvard University Press.
- Snow, David A./Benford, Robert D.* 1988: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sidney (eds.): From Structure to Action. Comparing Social Movement Research Across Culture. International Social Movement Research, vol. 1, 197-217.
- Snow, David A./Benford, Robert D.* 1992: Master Frames and Cycles of Protest: In: Morris, Aldon D./McClurg Mueller, Carol (eds.): Frontiers in Social Movement Theory. New Haven/London: Yale University Press, 133-155.
- Snow, David A./Rochford Jr., E. Burke/Worden, Steven K./Benford, Robert D.* 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. In: American Sociological Review, Vol. 51, 464-481.
- Spalter-Roth, Roberta/Schreiber, Ronnee* 1995: Outsider Issues and Insider Tactics: Strategic Tensions in the Women's Policy Network during the 1980s. In: Ferree, Myra Marx/Martin, Patricia Yancey (eds.): Feminist Organizations. Harvest of the New Women's Movement. Philadelphia: Temple University Press, 105-127, 199-219.
- Sperling, Valerie* 1997: Engendering Democracy: Women's Movement Activism in Russia 1985-1995. Ph.D. dissertation. Berkeley: University of California.
- Staggenborg, Suzanne* 1988: The Consequences of Professionalization and Formalization in the Pro-Choice Movement. In: American Sociological Review, Vol. 53, 585-606.
- Staggenborg, Suzanne* 1989: Stability and Innovation in the Women's Movement: A Comparison of Two Movement Organizations. In: Social Problems, Vol. 36, 75-92.
- Taylor, Verta* 1989: Social Movement Continuity: The Women's Movement in Abeyance. In: American Sociological Review, Vol. 54, 761-775.
- Taylor, Verta* 1996: Rock-A-Bye Baby. Feminism, Self-Help, and Postpartum Depression. New York: Routledge.
- Taylor, Verta/Whittier, Nancy E.* 1992: Collective Identity in Social Movement Communities: Lesbian Feminist Mobilization. In: Morris, Aldon D./McClurg Mueller, Carol (eds.): Frontiers of Social Movement Research. New Haven, CT: Yale University Press, 104-129.
- Touraine, Alain* 1981: The Voice and the Eye: An Analysis of Social Movements. New York: Cambridge University Press.
- Touraine, Alain* 1977: The Self-Production of Society. Chicago: University of Chicago Press.
- Whalen, Jack/Flacks, Richard* 1989: Beyond the Barricades. The Sixties Generation Grows Up. Philadelphia: Temple University Press.
- Whittier, Nancy* 1995: Feminist Generations: The Persistence of the Radical Women's Movement. Philadelphia: Temple University Press.
- Young, Brigitte* 1996: The German State and Feminist Politics: A Double Gender Marginalization. In: Social Politics, 3, 2/3, 159-184.

Detlef Pollack

Wie alternativ waren die alternativen Gruppen in der DDR?

Bemerkungen zu ihrem Verhältnis zu Sozialismus, Demokratie und deutscher Einheit

1 Einleitung

Die Beurteilung der politisch alternativen Gruppen hat sich im Laufe der letzten Jahre deutlich gewandelt. Unmittelbar nach 1989 galten die Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen und die aus ihnen entstandenen Bürgerrechtsbewegungen als die einzig konsequente Opposition in der DDR, ja als Motoren und Initiatoren der Wende. Inzwischen aber bezweifelt man, daß es sich bei ihnen um eine echte Opposition gehandelt hat. Über Jahre hinweg hätten sie dem DDR-System gegenüber eine zweifelhafte Loyalität gezeigt und die DDR selbst in dem Augenblick, als sie bereits untergangreif war, noch nicht abschaffen, sondern nur reformieren wollen. Insbesondere aus ihrer Orientierung an sozialistischen Gesellschaftsidealen und ihren Vorbehalten gegenüber der westlichen parlamentarischen Demokratie und der Wiedervereinigung leitet man die Auffassung ab, daß die alternativen Gruppen und Bürgerrechtsbewegungen innerlich dem System bis zuletzt verhaftet blieben.

Dieser Wandel des Bildes von der Opposition, der auch durch die neuerliche Veröffentlichung von Ehrhart Neubert (1997) bislang nicht rückgängig gemacht werden kann, wirft die Frage auf, wie alternativ die alternativen Gruppen tatsächlich waren. Natürlich verstanden sich

die oppositionellen Gruppierungen und Bürgerrechtsbewegungen als Kritiker des real-sozialistischen DDR-Systems, aber sie waren natürlich auch selbst Teil des Systems, das sie kritisierten. Aus ihrer Partizipation an den Zuständen des DDR-Systems kann man das moralische Argument ableiten, daß die Bürgerrechtsgruppen nicht alternativ genug waren und sich in ihnen nur ein schwaches Demokratiepotential herausbildete. Die Tatsache der Partizipation der Alternativen an der Gesellschaft, gegen die sie sich wandten, läßt sich aber auch in ein soziologisches Argument verwandeln. Dieses würde dann lauten: Gerade weil sie an den Verhältnissen, die sie bekämpften, partizipierten, konnten die alternativen Gruppierungen vielleicht weniger alternativ sein, als sie es wollten. Zwischen Idealen, Wünschen und Wertvorstellungen auf der einen Seite und den Realisierungsmöglichkeiten dieser Idealen, Wünsche und Wertvorstellungen besteht ein enger Zusammenhang. Möglicherweise sind nur diejenigen Wünsche als politische Ziele formulierbar, deren Verwirklichung in irgendeiner Weise möglich erscheint. Selbst noch das Wünschbare könnte in starkem Maße von den gesellschaftlichen Bedingungen des Möglichen und von den jeweiligen Vorstellungen von diesen Bedingungen abhängig sein. Die geläufige These, daß Handeln zielorientiert erfolgt und sich letztendlich aus bestimmten Wertorientie-

rungen herleiten läßt, wäre damit umgekehrt. Nicht in erster Linie Ziele, Wertvorstellungen und Wünsche bestimmen das Handeln, vielmehr ist das, was als Ziel, Wert oder Ideal akzeptiert wird, selbst stark situationsbedingt, so daß Zielformulierungen, Idealen oder Werten oft nur ein sekundärer, nachgeordneter, nicht selten legitimatorischer Charakter zukommt.

Im folgenden soll zunächst anhand einiger ausgewählter Beispiele der Sekundärliteratur die Darstellung des Verhältnisses der Bürgerrechtsgruppen zu den Werten der Demokratie, der deutschen Einheit und des Sozialismus analysiert werden. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Frage, welche Stellung die Bürgerrechtsgruppen in der Phase des Umbruchs im Herbst 1989 zu diesen Werten tatsächlich einnahmen. Dabei wird das Ergebnis sein, daß bestimmte Teile der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung zur Opposition in der DDR ein relativ einseitiges und den sozialen Kontext weitgehend vernachlässigendes Bild von der Haltung der Opposition zeichnen.

2 Positionen der Forschung

Den Ausgangspunkt neuerer Untersuchungen zur Opposition in der DDR bildet häufig nicht mehr der Vergleich zur überwiegend angepaßten Mehrheit der DDR-Bevölkerung, sondern der Vergleich zur Dissidenz in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Während die Oppositionsgruppierungen in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei, so etwa Martin Jander (1995a: 904), seit Mitte der 70er Jahre zu „potentiellen Repräsentanten der Gesellschaften“ wurden (906), sich die Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie zum Ziel setzten (930) und darauf hofften, „die diktatorische Macht auf dem Weg der Revolte, der friedlichen Gehorsamsverweigerung der Bürger oder

aber auch durch äußeren Druck zu stürzen“ (929), habe die Opposition in der DDR, die erst sehr spät entstanden sei (905), nicht um die Macht gekämpft, sondern die Demokratisierung des Sozialismus angestrebt (953), ja den Anspruch auf einen reformierten Sozialismus überhaupt erst in dem Moment formuliert, in dem die Macht der SED zerfiel (914). Die Forderung nach politischen Freiheiten habe nicht im Vordergrund gestanden (932). Ebenso sei die nationale Frage ein Tabu-Thema gewesen. Die Opposition in der DDR habe die Thematisierung ihres Verhältnisses zu Freiheit und Nation gemieden oder sich „in weitgehender Übereinstimmung mit den Antworten, die die SED auf diese Fragen gab“, befunden (954). Hinter ihrem Verständnis des Sozialismus als „irgendwie basisdemokratisch, harmonisch selbstverwalteter Gesellschaft“ stand, meint Jander, ein „anti-demokratisches und anti-institutionelles Denken“, das seine Wurzeln in den spezifisch deutschen Traditionen und Denkmustern der Romantik habe (Jander 1995b: 298f). Die Grundprinzipien demokratischer Organisationen und die Institutionalisierung der Gewaltenteilung hätten die Oppositionsgruppen nie wirklich begriffen.

Ähnlich, wenn auch wesentlich differenzierter fallen die Urteile von Eckhard Jesse über die Zielsetzungen und Artikulationsformen widerständigen Verhaltens in der DDR aus. Er sieht, daß „oppositionelle Stellungnahmen in einem totalitären System nicht zum Nennwert zu nehmen sind“ und daß „aufgrund der öffentlichen Repression taktische Elemente“ in diese einfließen (Jesse 1995: 1023). Aber auch er wirft den oppositionellen Bewegungen vor, daß ein beträchtlicher Teil von ihnen „nicht zu den entschiedenen Verfechtern des demokratischen Verfassungsstaates gehörte“ (1025), daß unter ihnen ein sozialistischer Grundkonsens überwog und daß sie zwar Kritik am DDR-System übten, aber sich „keineswegs durch irgendeine

Nähe zum deutschen Nachbarstaat“ ausgezeichnet (1024). Obwohl Jesse die totalitären Züge des DDR-Regimes deutlich vor Augen hat und gegenüber verharmlosenden Betrachtungen herausstellt, scheint es ihm schwerzufallen, sich oppositionelles Handeln unter solchen Gesellschaftsbedingungen vorzustellen. Wie bei Jander stoßen wir auch bei Jesse auf ein normatives Denken. Es betrachtet das Handeln der oppositionellen Gruppen und die von ihnen verfolgten Ziele vor allem aus der Perspektive der Wiedervereinigung und der damit erfolgten Einführung des demokratischen Verfassungsstaates und somit aus der Perspektive von Zuständen, die sich im Gefolge des Zusammenbruchs der DDR herstellten, aber kein Kriterium des Handelns sein konnten, solange die Machtverhältnisse in der DDR noch nicht angetastet waren und sich die Herstellung demokratischer Zustände oder gar der deutschen Einheit in keiner Weise absehen ließ.

Detailliert und differenziert sind die Beschreibungen von Rainer Eckert, der sich in seiner Expertise für die Enquete-Kommission des Bundestages mit den oppositionellen Vereinigungen der DDR in der Wendezeit befaßt. Aber auch bei ihm läßt sich gelegentlich ein normatives Denken bemerken, so wenn er feststellt, daß eine deutsche Vereinigung unter ausschließlich bundesdeutschem Vorzeichen von den staatskritischen Gruppen nicht intendiert war, daß die Gruppen bis in den Herbst hinein an der Vision eines reformierbaren Sozialismus festhielten, aber – bis auf die SDP – den Führungsanspruch der SED nicht grundsätzlich bestritten und so der SED und der DDR trotz aller Kritik in einer Art Grundloyalität verbunden blieben (Eckert 1995: 742f).

Geradezu holzschnittartig wirken demgegenüber die Urteile, die Christian Joppke in seinem bekannt gewordenen Buch „East German Dissidents and the Revolution of 1989“ fällt.

Die wichtigste Unterscheidung, mit der Joppke arbeitet, ist die zwischen Dissidenz und Revisionismus. Als Revisionismus bezeichnet er eine inner-systemische Opposition, die die normativen Prinzipien des Systems akzeptiert und den vom Wege abgekommenen Kommunismus lediglich zu seinen Wurzeln zurückführen will (Joppke 1995: 13, 15). Dissidenz dagegen überschreitet, so Joppke, die normativen Prinzipien des Systems und behauptet eigene Normen und Werte. Diese bestanden nach Joppke vor allem in den Grundsätzen der individuellen Menschenrechte (13).

Die entscheidende These von Joppke lautet, daß die Oppositionellen in der DDR keine wirklichen Dissidenten waren und selbst die Mitte der 80er Jahre vollzogene Wende zur Menschenrechts-Thematik unvollständig blieb (121). Während die osteuropäischen Dissidenten das leninistische Regime als Diktatur erkannt und die Grundlagen für die Revolutionen von 1989 gelegt hätten, hätten die ostdeutschen Oppositionellen die Hoffnung auf einen reformierbaren Sozialismus nie aufgegeben, bis zuletzt den Dialog mit der SED gesucht und immer eine paradoxe Loyalität zum SED-Regime bewahrt (VII). Der Zusammenbruch des Kommunismus sei von den ostdeutschen Oppositionellen nicht als Sieg der Freiheit begrüßt, sondern als Überstülpung des Kapitalismus denunziert worden (VIII). Während der DDR-Zeit hätten sie nur den Diskurs über Friedens-, Umwelt- und Dritte-Welt-Themen geführt, nicht aber den über Menschenrechte und Pluralismus (XI). Sie hätten schlichtweg nicht erkannt, daß hier die Crux des kommunistischen Systems lag (119). Innerhalb des osteuropäischen Blocks sei die DDR ein Sonderfall gewesen, der sich zum einen daraus erklärt, daß die Opposition in der DDR keine Möglichkeit besaß, auf den durch das Dritte Reich delegitimierten nationalen Diskurs als Resource widerständigen Verhaltens zurückzugrei-

fen, und zum andern daraus, daß sich in der DDR die deutsche Tradition des zivilisationskritischen, antiwestlichen, unpolitischen und utopischen Denkens bewahrt hat (209).

3 Prüfung der Forschungspositionen

Der Vorwurf der Sozialismus-Affinität und der damit verbundenen Skepsis gegenüber Demokratie, Menschenrechten und deutscher Einheit sei nun anhand von politischen Dokumenten der im Herbst 1989 gegründeten oppositionellen Vereinigungen geprüft. Behandelt werden aus umfangstechnischen Gründen hier nur die bekanntesten Vereinigungen: das Neue Forum, Demokratie Jetzt, der Demokratische Aufbruch und die SDP. Dabei wird darauf zu achten sein, daß der Sozialismusbegriff von den Oppositionsgruppen ganz unterschiedlich gebraucht wird. Er kann für eine Utopie stehen, er kann taktisch eingesetzt werden oder auch nur eine andere Bezeichnung für die DDR

sein. Nur bei einer Berücksichtigung des jeweiligen Verwendungskontextes ist es möglich, seinen jeweiligen Sinngehalt zu erschließen.

Der Aufruf des Neuen Forums war relativ offen gehalten, enthielt kaum konkrete Forderungen und Programmaussagen und begnügte sich damit, ein öffentliches Forum zu etablieren, das möglichst vielen Bürgern aus unterschiedlichen Bereichen offen stehen sollte. Seine wichtigste Feststellung lautete, daß die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gestört sei, und dementsprechend forderte das Neue Forum zum demokratischen Dialog mit den Bürgern aus allen Parteien und Gruppen auf, für den es sich als Plattform verstand, zumal es seine Tätigkeit auf gesetzliche Grundlage stellen und sich im Rahmen der Verfassung bewegen wollte (Rein 1989: 14). Den verfassungsmäßig verankerten Führungsanspruch der SED stellte das Neue Forum dabei ausdrücklich nicht in Frage. Vielmehr kam es



ihm darauf an, in der Verfassung formal garantierte Rechte wie Meinungsfreiheit oder Versammlungsfreiheit einzuklagen und die gesetzlich gegebenen Spielräume auszunutzen (Pflugbeil 1989: 22). Die anstehende Reform der DDR sollte nicht an der SED und den staatlichen Behörden vorbei, sondern mit ihnen gemeinsam gemacht werden (23). Obwohl das Neue Forum in seinem Aufruf auf den Begriff des Sozialismus bewußt verzichtet hatte, wehrte es sich dagegen, als antisozialistisch bezeichnet zu werden. In seiner Erklärung zum 40. Jahrestag der DDR stellte es fest, daß der Sozialismus, den die Regierung so scheinheilig gefährdet sehe, durch eine Basisbewegung nicht bedroht sein könne. „Bürgerinitiativen bedrohen nicht, sondern entfalten gesellschaftliches Leben“ (Rein 1989: 15). Und weiter heißt es: „Eher schon gefährdet die Untätigkeit der SED den Sozialismus auf deutschem Boden. Wir wenden uns ausdrücklich an die zwei Millionen Mitglieder der SED: Ihr bildet die größte und wichtigste politische Körperschaft in unserem Land. Zu Euch gehört ein enormes Potential von Fachwissen und Leitungserfahrung, das für die Erneuerung unserer Gesellschaft dringend gebraucht wird. Ihr beansprucht die führende Rolle – übt sie aus! Führt die Diskussion in Euren Reihen, führt die Gesamtpartei auf einen konstruktiven Kurs!“ (15f) Die SED wird beim Wort genommen: Wenn sie die führende Rolle spielen wolle, müsse sie in ihren eigenen Reihen die dringend erforderlichen Reformen einleiten. Das Neue Forum sei kein Gegner des Sozialismus. Es tue mehr für ihn als die SED. Die Erklärung des Neuen Forums zielt hier offensichtlich auf den Nachweis der Legalität der eigenen Aktivitäten. Das heißt, die Argumentation des Neuen Forums ist eindeutig taktisch ausgerichtet. Wie in den Jahren zuvor die Kirchengruppen unterhalb der Kriminalisierungsschwelle zu bleiben versuchten, so schmiert sich auch das Neue Forum jetzt an die offizielle Propaganda an und for-

dert die SED doch zugleich auch heraus. Man darf eine solche Argumentation nicht wörtlich nehmen. Ihr Ziel besteht nicht darin, die führende Rolle der SED anzuerkennen, sondern darin, die SED mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen, ihr Gegenargumente aus der Hand zu nehmen und durch den Nachweis der eigenen Loyalität die Ansprechbarkeit der Bevölkerung für das vertretene Reformanliegen zu erhöhen.

Andere Initiativen waren weniger vorsichtig, zielten aber auch nicht so stark wie das Neue Forum auf Gewinnung einer Massenbasis. Die SDP zum Beispiel lehnte den Führungsanspruch der SED offen ab. Bereits in ihrem Aufruf vom 24. Juli 1989 hielten Martin Gutzeit und Markus Meckel fest: „Die notwendige Demokratisierung unseres Landes hat die grundsätzliche Bestreitung eines solchen absoluten Wahrheits- und Machtanspruchs zur Voraussetzung“ (Rein 1989: 85). Die SDP war diejenige Oppositionsgruppierung, die westlichen Gesellschaftsvorstellungen am weitesten entsprach. Sie forderte die Einführung der parlamentarischen Demokratie und Parteienpluralität, den Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, eine freie Presse, Religions- und Gewissensfreiheit sowie die Schaffung einer sozialen Marktwirtschaft (87).

Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt trat ebenfalls für Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, für Gewaltenteilung, für demokratische Wahlen, für Reisefreiheit, also für die Respektierung von Menschenrechten und Demokratie sowie für eine Orientierung der Wirtschaft am Markt ein (60ff), erwähnte aber in ihren ersten Erklärungen die Frage nach dem Führungsanspruch der SED nicht. Bereits Ende September lehnte aber auch sie die Führungsrolle der SED ab (Weiß 1989: 69). Besonderen Wert legte sie auf den Abbau des Staatssozia-

lismus, den Rückzug des Staates aus der Gesellschaft, also auf Dezentralisierung und auf die Entstehung einer dieser entsprechenden Zivilgesellschaft als Voraussetzung für die Parteidemokratie (Mehlhorn 1989: 80). Den Sozialismus hielt sie für eine bewahrenswerte Alternative zur westlichen Konsumgesellschaft (60). Darunter verstand sie eine solidarische Gesellschaft, in der im öffentlichen Dialog der gesellschaftliche Konsens und der gerechte Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen gesucht wird.

Der Demokratische Aufbruch wiederum sprach sich ebenso wie Demokratie Jetzt für die Trennung von Staat und Gesellschaft, für mehr Rechtssicherheit, für die Entwicklung einer freien Öffentlichkeit, die freie Willensbildung und den öffentlichen Ausdruck des Willens mit politischen Mitteln aus und hielt gleichfalls an der Idee des Sozialismus fest, formulierte die Kritik am Führungsanspruch der SED aber zunächst relativ versteckt. In dem am 2. Oktober verfaßten Gründungsaufwurf heißt es, daß der vom Demokratischen Aufbruch geforderte Staat „sich auf im öffentlichen Dialog ermittelte Werte“ stützt und „sich nicht auf ein Wahrheitsmonopol einer Gruppe oder Partei“ gründet (Rein 1989: 35). Trotz dieser schwer greifbaren Formulierung ließ der Demokratische Aufbruch aber keinen Zweifel daran, daß er sich für politische Verhältnisse einsetzt, in denen die Veränderungs- und Kontrollmöglichkeiten des Bürgers gestärkt werden und „der Staat nicht mehr ausschließlich durch eine Partei beherrscht wird“ (34).

Alle vier Gruppen traten vor allem für drei Ziele ein: für eine Demokratisierung des politischen Systems und die Respektierung von Menschenrechten, für den Aufbau einer solidarischen und sozial gerechten Gesellschaft sowie für die Ökologisierung der Wirtschaft. Dabei stand die Demokratisierung der Gesell-

schaft zweifellos im Mittelpunkt ihrer Bestrebungen. Die Kritik richtete sich vor allem auf die Entmündigung der Bürger durch die autoritäre Herrschaft der SED, das Ziel bestand dementsprechend in der Entstaatlichung der Gesellschaft und in der Stärkung der Partizipationsrechte des einzelnen. Einen zentralen Platz nahm in diesem Zusammenhang die Schaffung einer unabhängigen Öffentlichkeit ein.

Die Behauptung von Rainer Eckert (1995: 742f), daß die SDP mit ihrer Forderung nach Rechtsstaat und strikter Gewaltenteilung bewußt die Grenzen des Realsozialismus überschritt und als erste politische Kraft der SED grundsätzlich ihren Führungsanspruch bestritt, während es den Bürgerbewegungen ansonsten in erster Linie nur um eine Reform des Sozialismus, die Demokratisierung der DDR und die Ausweitung der Aktionsmöglichkeiten der Oppositionellen ging und damit um Forderungen, die weit hinter denen der SDP zurückblieben (724), läßt sich in dieser Schärfe nicht aufrechterhalten. Zum einen hielten auch die Gründer der SDP noch am Sozialismus fest. So erklärte Markus Meckel (1989: 95) kurz vor der formellen Gründung der SDP am 7. Oktober: „Wir wollen durchaus so etwas wie Sozialismus, wenn auch schwer angebar ist, welche Strukturen ökonomisch und politisch dieser Vision entsprechen.“ Und der am 7. Oktober gewählte Vorstand der SDP stellte in seinem Aufruf zur Mitgliedschaft und zur Bildung von Ortsverbänden noch am 14. Oktober klar, daß die SDP mit den von ihr verfolgten Zielen „den Traditionen des demokratischen Sozialismus nahe(stehe)“ (Rein 1989: 94). Zum andern erhoben – wie wir gesehen haben – auch Demokratie Jetzt und Demokratischer Aufbruch die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung und kritisierten, wenn auch mit einer gewissen Zeitverzögerung, ebenfalls den Führungsanspruch der SED.

Selbst das Neue Forum, das sich vorgenommen hatte, sich im verfassungsmäßig vorgegebenen Rahmen zu bewegen, erkannte das Machtmonopol der SED nicht geschlossen an. Nicht erst am 23. Oktober 1989 wurde, wie Eckert (1995: 732) selbst einräumt, von einem Repräsentanten des Neuen Forums – von Hans-Joachim Tschiche – die Auffassung vertreten, daß das Machtmonopol der SED gebrochen werden müßte. Schon einige Wochen vorher, im September, äußerte Bärbel Bohley die Meinung, es sei an der Zeit, daß die Mächtigen in der DDR ihre Macht abgeben. Gegenüber den vielen Reformversuchen etwa seitens der evangelischen Kirchen, die auf eine Änderung der Form der Machtausübung der SED drängten, wandte sie kritisch ein, daß die Mächtigen „unfähig oder gar nicht gewillt“ seien, „ihre Macht anders zu gebrauchen. Ich möchte nicht, daß bei der Abgabe der Macht Blut fließt oder überhaupt Gewalt im Spiel ist. Es wäre schon gut, wenn sie aus Einsicht zustandekommen würde. Aber ich glaube, diese Einsicht verhindert man, wenn man nicht sagt, daß die Macht abgegeben werden muß.“ (Bohley u.a. 1989: 195). Weiter erklärte Bärbel Bohley, sie möchte durchaus nicht in Westdeutschland leben, aber auch nicht Bürger eines Staates sein, „der seine Bürger entmündigt und einsperrt“ (10). Möglicherweise würden sich viele von denen, die der DDR indifferent gegenüberstünden, für dieses Land entscheiden, wenn sich die Möglichkeit für sie ergeben würde, „es so zu verändern, wie sie es wollen. Diese Möglichkeit muß von ihnen und uns erkämpft werden, sie wird uns nicht einfach gegeben werden. Und dieser Kampf darf nicht so ausgehen wie am 17. Juni 1953“ (10). Es müsse dem Staat „eine legale politische Ebene“ abgerungen werden, „auf der die Menschen sich finden können, um ihre Aktivitäten für eine Veränderung der Gesellschaft zu entfalten“ (ebd.). Folgerichtig rief sie ihren Mitbürgerinnen und -bürgern zu: „Entlaßt euch endlich selbst in die Mündigkeit. (...)

Es lohnt sich nicht, zu schweigen“ (11). „Steht auf, geht aber nicht in den Westen, sondern auf die Straße!“ (9)

Von einer Anerkennung des Führungsanspruchs der SED ist in diesen Äußerungen nicht viel zu spüren. Und auch nicht viel von einer „Grundloyalität“ (Eckert 1995: 743) gegenüber dem Regime. Eher schon kann man hier von einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen das politische System der DDR sprechen. Der Aufruf, auf die Straße zu gehen, stellt in der oppositionellen Literatur eine einzigartige Ausnahme dar, und er ist wohl auch nicht wörtlich gemeint, denn er wurde verfaßt, bevor man ernsthaft damit rechnen konnte, daß die Bürger der DDR tatsächlich auf die Straße gehen würden. Selbst die Hoffnung auf die Reformfähigkeit der SED scheint aufgegeben zu sein. Die SED sei weder fähig noch willens, ihre Macht anders als bisher zu gebrauchen. Andererseits äußert Bärbel Bohley aber auch die Erwartung, daß die Machthaber in der DDR ihre Macht aus Einsicht abgeben. Die Äußerungen Bärbel Bohleys scheinen nicht ganz ausgewogen zu sein, denn sie erwartet nicht nur, daß die Macht freiwillig abgegeben wird, sondern fordert auch dazu auf, die gewünschte Veränderung zu erkämpfen. Und noch ein weiterer Widerspruch fällt auf: Einmal soll dem Regime eine legale politische Ebene abgerungen werden, ein anderes Mal aber der Gang auf die Straße angetreten werden. Man kann diese Widersprüchlichkeit ihrer Bemerkungen als einen Ausdruck von Konzeptionslosigkeit interpretieren. Man kann in ihr – und dies scheint mir angemessener zu sein – aber auch einen Hinweis auf die Auswegslosigkeit, in der sich die Oppositionsgruppierungen im September 1989 befanden, sehen. Auch wenn die Situation nach grundlegenden Veränderungen verlangte, so war angesichts der eindeutigen Ungleichgewichte in der Machtverteilung zwischen SED und Opposition doch in keiner Wei-

se klar, wie diese erreicht werden sollten. Natürlich konnte man den Machtanspruch der SED bestreiten, aber ließ sich eine solche Bestreitung auch durchsetzen? Die Äußerungen der oppositionellen Gruppierungen mußten widersprüchlich ausfallen, da der aus der Situation resultierende Handlungsbedarf und die Handlungsmöglichkeiten nicht in Übereinstimmung zu bringen waren.

Diese Widersprüchlichkeit zeigte sich zum einen darin, daß man – wie etwa Sebastian Pflugbeil vom Neuen Forum – den Führungsanspruch der SED ausdrücklich anerkannte und zugleich behauptete, die Demokratisierung der DDR anzustreben. Selbstverständlich war auch den Aktivisten des Neuen Forums klar, daß sich die Demokratie nicht verwirklichen ließ, wenn für irgendeine Partei ein Machtanspruch in der Verfassung festgeschrieben war. Es ist daher nicht überraschend, daß auch bei einem Oppositionellen wie Sebastian Pflugbeil (1989: 23) die Einsicht Platz griff, es sei unausweichlich, sich „dafür einzusetzen, daß die Macht geteilt wird“. Die „Machtballung in wenigen Händen“ sei, wie er sagte, „für jede Form von Reform“ „äußerst hinderlich“ (ebd.). Insofern war das Neue Forum machtkritischer als ihm von Eckert, Jopke, Jander und anderen unterstellt wird. Andererseits vertrat selbst ein so scharfer Kritiker der SED wie Ludwig Mehlhorn (1989: 78), der der SED das Machtmonopol bestritt, die Meinung, daß die Durchsetzung einer solchen Bestreitung zum damaligen Zeitpunkt „nicht möglich“ war. Auch SDP-Gründer wie etwa Konrad Elmar hielten es für notwendig, Rücksicht auf die bestehenden Machtverhältnisse zu nehmen und der SED keine „unnötigen Angriffsflächen“ zu bieten (Herzberg/Mühlen 1993: 170).

Solche Inkonssequenzen waren aber nicht Ausdruck einer „Grundloyalität“ und auch nicht Zeugnis von „diffusen“ und „verschwomme-

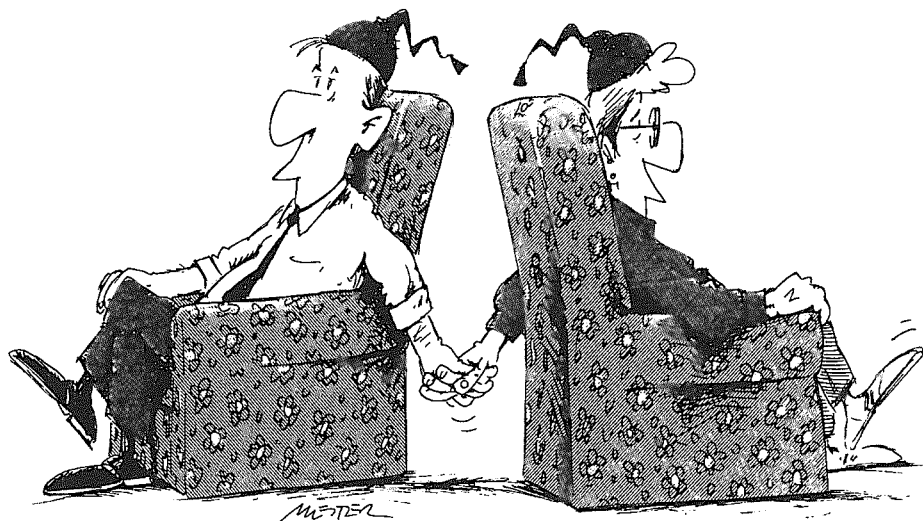
nen“ politischen Vorstellungen, wie Eckert (1995: 729, 733, 735, 736) in seiner Interpretation oppositioneller Schriftzeugnisse – ausgenommen derer der SDP – immer wieder herausstellt, sondern Konsequenz einer Situation, in der nicht angebbar war, welche Wege man hätte beschreiten müssen, um zu den so dringend gewünschten Veränderungen zu gelangen. Die Opposition fühlte sich im Spätsommer, als ihre Aufrufe entstanden, einfach „viel zu schwach“ (Mehlhorn 1989: 78), um den Führungsanspruch der SED wirksam bestreiten zu können. In den vergangenen Jahren war es ihr nie gelungen, die Bevölkerung zu erreichen oder gar zu aktivieren. Die Entstehung der außerkirchlichen Oppositionsgruppen fiel in eine Zeit, als von der sich bald ausbreitenden Volksbewegung noch nichts zu erkennen war und niemand mit einer solchen rechnete. Die Initiatoren der Bürgerbewegungen konnten nicht sehen, daß sie sich in einer revolutionären Krisensituation befanden (Reinhard Schult, zitiert nach Eckert 1995: 732). Sie richteten sich auf eine lange Zeit mühevoller politischer Kleinarbeit ein. Auch wenn Oppositionelle wie Bärbel Bohley (1989: 11) die Bevölkerung dazu aufriefen, mündig zu werden, wußten sie doch, wie tief inzwischen die Resignation in der Bevölkerung geworden war, wie unbedeutend und marginal die Oppositionsgruppen waren¹ und wie wenig sie an wirklichen Veränderungen der politischen Verhältnisse in der DDR zu erreichen vermochten. Der Aufbruch im Herbst 1989 kam für die Gründer der Oppositionsgruppen überraschend (Mehlhorn 1989: 73). Sie hatten mit ihm weder gerechnet noch hätten sie sich, wenn sie ihn für möglich gehalten hätten, zugetraut, ihn zu organisieren.

Wenn heute einige Historiker und Politologen klare Aussagen der Oppositionellen zur Überwindung des DDR-Systems fordern, dann ignorieren sie damit die damals noch bestehenden

Machtverhältnisse. Die Zurückhaltung von oppositionellen Äußerungen aus dieser Zeit, auch ihre Widersprüchlichkeit und Inkonsequenz haben nichts mit einer Grundloyalität gegenüber dem politischen System der DDR zu tun und auch nichts mit einer Bejahung des Sozialismus. Eine solche Betrachtungsweise verwechselt den Willen der Oppositionellen, ihre Haltung und ihre Ziele mit ihren Handlungsmöglichkeiten, mit ihren Fähigkeiten und den vorfindbaren Gelegenheitsstrukturen. Eine Bestreitung des Sozialismus als Gesellschaftsideal hätte eine Infragestellung der Existenz der DDR, in deren Verfassung die sozialistische Gesellschaftsordnung festgeschrieben war, bedeutet. Sich den Sturz des Sozialismus und die Einführung der westlichen Parteiendemokratie vorzunehmen, wäre wirklichkeitsblind gewesen. Gegen eine solche Perspektive stand die Teilung Europas in zwei Blöcke, die Besetzung Ostdeutschlands durch die Sowjetarmee und die Konzentration der gesamten politischen Macht und aller ökonomischen Ressourcen des Landes in den Händen der SED. Außerdem wäre es taktisch nicht klug gewesen, den Sozialismus als gesellschaftliches Ziel in der DDR

zu verneinen, da das die Opposition leicht ausgrenzbar und kriminalisierbar gemacht hätte, ganz abgesehen davon, daß eine sozialismusfeindliche Einstellung in der Bevölkerung nicht vermittelbar gewesen wäre. Mit einer regimekritischeren Haltung hätten sich die oppositionellen Gruppierungen noch mehr sozial isoliert, als sie es ohnehin schon waren.

Nicht aber die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsvorstellung war das Ziel der Opposition, sondern die Demokratisierung der Verhältnisse. Es ging nicht um eine Intensivierung der Identifikation mit dem Sozialismus (Elmer in: Herzberg/Mühlen 1993: 169) und schon gar nicht, wie Jander (1995: 949, 953) unterstellt, um die Realisierung einer romantischen Sozialismus-Idee, derzufolge vermittelnde Institutionen, Recht, Gewaltenteilung, Verfassung und Staat unnötig sind. Die Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft durch Recht, politische Wahlmechanismen, Verfassung und partizipative Institutionen und Organisationen wurde in den Aufrufen der neu gegründeten Oppositionsgruppierungen stets ausdrücklich anerkannt und gefordert. Und



Utopien waren in einigen auf Einhaltung der Menschenrechte drängenden Oppositionsgruppierungen sogar schon vor 1989 diskreditiert.² Natürlich gab es in der Oppositionsbewegung einzelne, die ein sozialistisches Gesellschaftsideal vertraten. Natürlich verortete sich die Bewegung mehrheitlich eher links als rechts. Und es ist auch richtig, daß die Institutionenskepsis bei den ersten Mitgliedern der im Herbst 1989 sich herausbildenden Oppositionsbewegungen weit verbreitet war. Diese war aber charakteristisch für alle oppositionellen Gruppierungen in Ost- und Mitteleuropa und hatte nicht unbedingt etwas mit einer Affinität zu sozialistischen Ideen zu tun, sondern vielmehr damit, daß die Dissidenten und Oppositionellen über Jahrzehnte hinweg Institutionen stets nur als repressive Instrumente kommunistischen Machterhaltungstrebens erlebt hatten. In ihrer Mehrheit haben die Oppositionellen nicht am Sozialismus gehangen. Das kann man schon daran erkennen, daß sie bereits kurz nach den Umbruchereignissen von 1989 mehrheitlich den Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie bejahten.³ Woran die Bürgerrechtler ihr Herz gehangen hatten, das war nicht der Sozialismus, sondern die DDR, mit deren Untergang sie sich nur schwer abfinden konnten. Dieses Land haben sie gekannt, an diesem Staat haben sie sich gerieben, dieses politische System hat ihnen ihre Bedeutung gegeben, und letztendlich bezogen sie aus diesem System auch den Sinn ihres politischen Engagements (vgl. Werner Fischer in: Findeis et al. 1994: 111). Wie alle osteuropäischen Dissidenten waren sie hoffnungslos auf das eigene politische System fixiert und konnten sich emotional nur schwer von dem Gegenstand ihrer Anstrengungen, der ihnen so viele kleine Erfolge und noch mehr große Enttäuschungen bereitet hatte, lösen.⁴ Der deutsch-deutschen Wiedervereinigung standen sie entsprechend kritisch gegenüber.

Die Berufung auf den Sozialismus hatte hingegen – wie wir gesehen haben – oft mehr

eine legitimatorische Funktion: Man sagte Sozialismus, um die Machthaber bei den selbst formulierten Ansprüchen behaften und auf diese Weise nur um so besser kritisieren zu können. Man wollte nicht den Sozialismus, der Ende der 80er Jahre auch unter Oppositionellen als Ideal weithin diskreditiert war (Poppe 1995), sondern die Demokratie. Daß sie ihr Veränderungsbegehren nicht so radikal formulierten, sondern statt von Demokratie von demokratischem Sozialismus sprachen, hat vor allem etwas mit der Eindeutigkeit der Machtverteilungsverhältnisse in der DDR zu tun. Der Sturz der SED war, bevor er sich ereignete, unvorstellbar. Welchen Ideen und Zielen man folgt, hängt eben auch von den sozialen Bedingungen ihrer Umsetzbarkeit ab.

Detlef Pollack ist Professor für Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

Anmerkungen

¹ Bärbel Bohley (1989: 8) meinte noch im September 1989, man müsse die Tatsache akzeptieren, „daß in der DDR nur eine unbedeutende Opposition existiert“, die „von niemandem“ (9) anerkannt ist, nicht einmal vom Westen. Ihr sei deutlich geworden, „wie sehr die Menschen resigniert haben. Alle Hoffnungen wurden zerschlagen, es ging immer nur ‘bergab’“ (7).

² Vgl. die Vorstellung der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ am Tag der Menschenrechte am 10. 12. 1987 in der Gethsemanekirche in Berlin: „Der Einsatz als für unveräußerlich betrachteter Menschenrechte bedeutet zwangsläufig, gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr an einem bestimmten utopischen Gesellschaftsbild messen zu können“ (Hirsch 1988: 231).

³ Das ist das landläufig vertretenen Auffassungen widersprechende Ergebnis von zwei Befragungen, die ich gemeinsam mit einigen Mitarbeitern 1990 und Dezember 1991/Januar 1992 durchführte (Findeis et al. 1994, vgl. auch Pollack 1995). Es

wird bestätigt durch den Sammelband von Süßmuth/Baule 1997.

* Vgl. dazu auch den ausgezeichneten Beitrag von Dalos (1995: 552).

Literatur

Bohley, Bärbel 1989: 40 Jahre DDR ... und die Bürger melden sich zu Wort. Frankfurt/M.

Dalos, György 1995: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden, 540-557.

Eckert, Rainer 1995: Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden, 667-757.

Findeis, Hagen/Pollack, Detlef/Schilling, Manuel 1994: Die Entzauberung des Politischen: was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Berlin.

Herzberg, Wolfgang/Mühlen, Patrik von zur 1993 (Hrsg.): Auf den Anfang kommt es an: sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Bonn.

Hirsch, Ralf 1988: Die Initiative Frieden und Menschenrechte. In: Kroh, Ferdinand (Hrsg.) 1988: „Freiheit ist immer Freiheit ...“: die Andersdenkenden in der DDR. Frankfurt/M.; Berlin-West, 210-233.

Jander, Martin 1995a: Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden, 896-986.

Jander, Martin 1995b: Formierung und Krise politischer Opposition in der DDR: die „Initiative für unabhängige Gewerkschaften“. In: Poppe, Ul-

rike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin, 284-300.

Jesse, Eckhart 1995: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII/1. Baden-Baden, 987-1030.

Joppke, Christian 1995: East German Dissidents and the Revolution of 1989: Social Movements in a Leninist Regime. New York.

Meckel, Markus 1989: Wir haben den Raum der Kirche verlassen. In: Rein, G. (Hrsg.): Die Opposition in der DDR. Berlin, 95-97.

Mehlhorn, Ludwig 1989: Wir brauchen eine vom Staat unabhängige Gesellschaft. In: Rein, G. (Hrsg.): Die Opposition in der DDR. Berlin, 73-83.

Neubert, Ehrhart 1997: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Berlin.

Pflugbeil, Sebastian 1989: Wir müssen die Reform mit den Genossen machen. In: Rein, G. (Hrsg.): Die Opposition in der DDR. Berlin, 20-26.

Pollack, Detlef 1995: Was ist aus den Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen der DDR geworden? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40-41, 34-45.

Poppe, Gerd 1995: Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution. Baden-Baden.

Rein, Gerhard 1989 (Hrsg.): Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus; Texte, Programme, Statuten von Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, SPD, Böhlener Plattform und Grüne Partei in der DDR. Berlin-West.

Süßmuth, Rita/Baule, Bernward 1997 (Hrsg.): Eine deutsche Zwischenbilanz: Standpunkte zum Umgang mit unserer Vergangenheit. München.

Weiß, Konrad 1989: Wir möchten kein Land der Bundesrepublik werden. In: Rein, G. (Hrsg.): Die Opposition in der DDR. Berlin, 69-72.

Helmut Fehr

Bewegungen für Bürgerrechte und Öffentlichkeit – ein Thema der Vergangenheit?

1 Einleitung

Bürgerrechtsinitiativen und -bewegungen kristallisierten sich in der Spätphase der DDR unabhängig von einer ausgeprägten 'nationalen' Widerstandskultur und organisierten Dissidentenbewegungen. Sie erfüllten im Verlauf des Herbsts und Winters 1989/1990 die Rolle von Akteuren des sozialen Wandels und werfen seit einigen Jahren Fragen auf, die eng mit symbolischen Deutungskonflikten über die Vergangenheit verbunden sind, auch Fragen nach der eigenen Entstehung, nach den Erfolgen und den Gründen des Niedergangs. Im ersten Teil meines Beitrags gehe ich auf ausgewählte Rahmenbedingungen für die Entstehung und Politik der Bürgerbewegungen ein. Daran schließt eine Darstellung von Positionen in den symbolischen Vergangenheits-Diskursen an. Im dritten Abschnitt fasse ich meine Überlegungen unter vergleichenden Gesichtspunkten zusammen, die auf offene Untersuchungsprobleme (Sozialwissenschaften/Bewegungsforschung) verweisen.

Meinem Beitrag liegen folgende Ausgangsüberlegungen zugrunde: Der Erfolg der Bürgerbewegungen während der spontanen Mobilisierungsprozesse im Herbst und Winter 1989 gründete zuerst auf der mobilisierenden Wirkung von Leitideen. Im Spektrum der Bürgerbewegungen kristallisierten sich neue politische Denkweisen und eine alternative politische

Sprache. Meine zentrale These lautet: Im Spektrum der unabhängigen Initiativen für Bürgerrechte und Öffentlichkeit wurde eine emphatische Vorstellung von Bürgerrechten vertreten, die auf kulturellen Wertprämissen und Idealansprüchen der Zivilgesellschaft in ihrer ostmitteleuropäischen Version beruhte wie Würde, Solidarität, Selbstentfaltung, Dialog, Gerechtigkeit, Pluralismus u.a. (Fehr 1997: 67-87). In diesem Sinn lag auch die Betonung auf einzulösenden normativen Orientierungen: von garantierten individuellen Bürgerrechten über politische Beteiligung, Offenheit, Pluralismus, Versammlungsfreiheit bis hin zu normativen Idealansprüchen des demokratischen Sozialismus als Konsensbedingungen.

2 Bürgerprinzipien: Zwischen anti-systemischer Mobilisierung und Demokratisierung als Lebensform

Der Zeitraum von 1987 bis 1989 liefert für einzelne Städte der DDR Beispiele für die Herausbildung von Elementen eines Dissensbewußtsein und zivilen Ungehorsams, die im Kontrast zu weit verbreiteten unpolitischen Auffassungen gesellschaftlicher Unterschiede standen (Eckart 1984; Scherzer 1988).¹

Vor diesem Hintergrund sind die politisch-offensiven Aussagen und Positionen in Papieren zu bestimmen, die im Rahmen der ökumenischen Versammlungen diskutiert wurden. Sie

laufen auf Gesellschaftskritik in der Perspektive von Demokratisierung des Lebens hinaus. Parallelen zur selbstbegrenzten Machtkritik in den sozialen Sammlungsbewegungen anderer ostmitteleuropäischer Länder sind offensichtlich (Aktion Sühnezeichen 1990: 37). Eine andere einzulösende normative Orientierung, die direkt an die ostmitteleuropäischen Traditionen des bürgerrechtlichen Engagements erinnert, war ebenfalls von Bedeutung: Gewaltlosigkeit. Die „vorrangige Option für die Gewaltfreiheit“ ist „geltend zu machen in öffentlicher Urteilsbildung“ (Aktion Sühnezeichen 1990: 40).²

Kennzeichnend für das öffentliche Engagement der Basisinitiativen im Rahmen des konziliaren Prozesses ist, daß es auf Gemeinschaftserfahrungen in kleinen Gruppen und exemplarischen Lernprozessen beruht. Dies bemißt sich exemplarisch an den Möglichkeiten der konkreten Situation, der Erfahrungen der Gruppen(-mitglieder) und den Kontexten der 'offenen Arbeit' (W. Schilling). Deren demokratische Impulse reichten im Urteil beteiligter Akteure bis zum Aufbruch der spontanen Mobilisierungsprozesse im Herbst 1989. In diesem Sinn sind die ersten Aufrufe des 'Neuen Forums' und anderer Bürgerbewegungen zu lesen: Die 'Entmündigung' der Bürger wird kritisiert und die „staatliche Durchdringung und Uniformierung der Gesellschaft“ bezeichnet, so der Aufruf von 'Demokratie Jetzt' vom 12.9.1989 (Fehr 1996).

Für die Untersuchung der Phase nach dem Abschluß der Runde-Tisch-Gespräche 1990 stellen sich Fragen nach dem Verbleib dieser Ansätze bürgerschaftlichen Engagements und oppositioneller Gegen-Eliten. Die Urteile erstrecken sich von eher pessimistischen Annahmen bis zu zuversichtlichen Abwägungen. Für die erste Problemsicht sind die Studien von D. Rink (Rink 1995; Rucht et al. 1997) anzufüh-

ren, für die zweite Position die Überlegungen von A. Zimmer u. a. (1997). Diese Autoren betonen: „Im Hinblick auf die zivilgesellschaftliche Einbettung des ('dritten') Sektors kommt den im Umfeld der neuen sozialen Bewegungen entstandenen Initiativen und Projekten, wie sie schwerpunktmäßig in den Großstädten Berlin, Leipzig und Dresden zu finden sind, eine besondere Bedeutung zu... Dabei haben sie einiges von ihren basisdemokratischen Ansprüchen sowie weitergehenden politischen Ansprüchen eingeblüht“ (71).

3 Politische Sprache und Vergangenheitspolitik

In den vergangenen Jahren wurde der Konflikt über Grundlagen öffentlicher Meinungsbildung und Bürgerprinzipien in Ostdeutschland häufig mit symbolischen Themen verknüpft wie etwa der moralischen Aufarbeitung des Erbes der kommunistischen Vergangenheit. Die Forderung von Bürgerrechtlern, ein „Tribunal zur Aufklärung der DDR-Vergangenheit“ (Dokumentation 1992: 379-382) einzurichten, bildete 1992 noch eine Ausnahme. Das Plädoyer für ein Tribunal setzte auf einen „gesellschaftlichen Prozeß der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit“ (382). Die „Öffentlichkeit des Verfahrens“ sollte garantiert werden, „Aufklärung der geschichtlichen Wahrheit“ war das Ziel. Die Einleitung öffentlicher Meinungsbildungsprozesse sollte nach der Absicht der Initiatoren auf unterschiedlichen Ebenen (lokal, regional, überregional) und in unterschiedlichen Rahmen erfolgen: Neben Foren sollten Verhandlungen mit Sachverständigen und Gesprächskreise mit Opfern und Tätern stattfinden (381). Die „Wiederherstellung von Wahrheit“ sollte nicht durch „vernichtende Pauschalurteile“ (380) erreicht werden. Vielmehr sollten moralische Beweggründe und formale Verfahrensweisen (rechtsstaatliche Prinzipien) in der Aufarbeitung der Vergangenheit miteinan-

der in Einklang gebracht werden. Die Umsetzung dieses Plädoyers gelang nicht. Es blieb bei einem öffentlichen Vorstoß, der von den Erstunterzeichnern J. Gauck, F. Schorlemmer, W. Thierse, W. Ullmann, G. und U. Poppe, H. Misselwitz, M. Birthler, R. Höppner und B. Brinksmeier getragen wurde. Der Wechsel der politischen Semantik in den Vergangenheitsdebatten war seit 1992/93 von politischen Feindbildern begleitet, die im Denken von Akteuren der Bürgerbewegungen vor 1989 keinen Platz hatten.

In diesem Zusammenhang stehen semantische Bestrebungen von Bürgerrechtlern, universelle Maßstäbe zur Einlösung von Wahrheit im Umgang mit der Vergangenheit auf konfrontative Maßstäbe zu reduzieren. Die folgende öffentlich erhobene Forderung Bärbel Bohleys ist typisch für eine im Vergleich zu 1989 veränderte Problemsicht von neuen Akteuren: „Und wir werden weiter unsere Fragen stellen, dem einen oder anderen ein wenig die Maske lüften und sein wahres Gesicht der Öffentlichkeit präsentieren. Wenn sie Klarheit will, muß sie sich damit auseinandersetzen. Das ist der geringste Preis, der für die Wahrheit zu zahlen ist“ (TAZ vom 11.11. 1994: 13). Die angeführte Stellungnahme Bohleys steht für einen Wechsel in der Auseinandersetzung mit der politischen Vergangenheit, der sich nicht nur in Polemik gegenüber (partei-)politischen Konkurrenten niederschlägt. Vielmehr werden auch das eigene politische Denken und die Bewegungserfahrungen aus den 80er Jahren in der DDR (Bohley 1989: 5-11, 1991: 541-561, 1994: 50-63) im Zuge polemischer Abwertungen von früher favorisierten reformsozialistischen Orientierungen umgedeutet. Statt Gerechtigkeit, soziale Gleichheit, Toleranz, Selbstentfaltung und Partizipation als Normen und demokratische Verfahrensregeln einer zukünftigen 'Bürgergesellschaft' zu bestimmen, werden von früheren Sprechern der DDR-Opposition häufig

politische Schlüsselbegriffe gewählt, die vor 1989 im Denken der Bürgerrechtler keine Rolle spielten und die auf eine Übernahme massenmedial verstärkter Sprachbilder hinauslaufen, zum Beispiel 'terroristisches Herrschaftssystem' und die undifferenzierte Rede von den 'beiden totalitären Diktaturen' in Deutschland. Die semantischen Bestrebungen nach Durchsetzung einer nur statisch bestimmten 'totalitären SED-Diktatur' gehen in einigen Debattenbeiträgen auf Kosten der begrifflichen Klarheit. Zentrale Fragen für die Untersuchung der Geschichte und der Sozialstruktur der DDR lassen sich nämlich nicht nach Unterscheidungen beantworten, die von Metaphern eines holistischen Totalitäts-Konzepts abgeleitet werden. Totalitarismus und Anti-Totalitarismus werden in den Stellungnahmen von Akteuren aus dem Bürgerrechts-Spektrum nicht als Analysekonzepte, sondern als politische Deutungsmuster genutzt. Dabei fließen strategische Motive ein; die Suche nach der geschichtlichen Wahrheit und die Bedingungen für die moralische Bewältigung treten in den Hintergrund. Es handelt sich hierbei um ein klassisches Thema der Ideologiekritik, das die Aufmerksamkeit von Transformations- und Bewegungsforschung auslösen müßte. Davon kann mit Blick auf die Sozialwissenschaften jedoch nicht ausgegangen werden.

4 Sozialwissenschaften und Transformationsprobleme

Die unzureichende sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Deutungskonflikten über die Vergangenheit verweist auf einen Sachverhalt, der die ost/westdeutsche Bewegungsforschung und die deutschen Bewegungsforscher von den Sozialwissenschaftlern in Polen und Ungarn unterscheidet: das weitgehend fehlende Engagement von Soziologen und Politologen im öffentlichen Diskurs über Dissidenz, Opposition und Transformationspolitik.

In der ersten Phase des Übergangs von der DDR zur Bundesrepublik gab es noch Initiativen für eine neue Verfassung, die im gemeinsamen Entwurf des 'Runden Tisches' einen Niederschlag fanden ('Sozialcharta'). Nach den Erfahrungsberichten der Beteiligten handelte es sich um ein gelungenes Beispiel für die Kooperation von Experten, politischen Beratern und neuen politischen Akteuren. Außerdem ist die Initiative von ost- und westdeutschen Wissenschaftlern, Publizisten und Intellektuellen für eine neue gesamtdeutsche Verfassung anzuführen. Sie wurde durch Tagungen und öffentliche Stellungnahmen begleitet, die die Aktualität der Bürgerrechte – auch als Thema der politischen Öffentlichkeit – unterstrichen (Guggenberger et al. 1991; Guggenberger/Meier 1991). Von diesen Bestrebungen nach Herstellung einer politischen Teil-Öffentlichkeit abgesehen, lassen sich keine weiteren Initiativen aus den vergangenen Jahren festhalten.

Dem fehlenden öffentlichen Engagement von (Sozial-)Wissenschaftlern für Probleme der Transformation entspricht der Tatbestand des (fehlenden) Krisendiskurses in den ostdeutschen Sozialwissenschaften. Überraschend ist hier die De-Thematisierung von Anzeichen für Transformationskrisen, die den Prozeß des Institutionentransfers seit 1990 begleiten (Vereinigungskrise, neue Spannungslinien und gesellschaftliche Spaltungstendenzen u.a.). Weder in den zahlreichen Veröffentlichungen der 'Kommission für den sozialen und politischen Wandel' (KSPW) noch in Studien der neu aufgelegten Schwerpunkte zur Transformation in Ostdeutschland und Ost-Mitteleuropa bei der DFG und der VW-Stiftung wird diese Problematik angesprochen.³

So blieb es auch dem früheren Dozenten an der Kirchlichen Hochschule Naumburg, Bürgerrechtler und heutigen Bundestagsabgeord-

neten Edelbert Richter überlassen, nach dem Ende der Tätigkeit der KSPW die 'sozialwissenschaftliche Reflexion' des Transformationsprozesses als zukünftige Aufgabe anzumahnen; und zwar in einer Rede mit dem auffordernden Titel „Sich beteiligen am öffentlichen Vernunftgebrauch!“ zur Eröffnung eines von ihm vorbereiteten Kongresses ostdeutscher Sozialwissenschaftler am 15./16.3.1996 in Weimar (Richter 1997: 9). Das heißt, die aufklärerische Funktion der Sozialwissenschaften muß über Begleitforschung (vom Typ KSPW-Studien) hinausgehen. Die aufklärerische Funktion bemißt sich daran, ob es den (ost-)deutschen Sozialwissenschaftlern gelingt, sich in die Angelegenheiten der neu entstehenden 'res publica' einzumischen: durch Expertisen und öffentliche Stellungnahmen (als Gruppe).

Nun zeigen aber gerade neuere Stellungnahmen, daß sich Sozialwissenschaftler bedeckt halten. Es ist offensichtlich nicht opportun, aktuelle Fragen aufzunehmen, in politische Deutungskonflikte einzugreifen oder Fragen der 'Historisierung' der DDR zu erörtern. Eine Ausnahme bilden politisch engagierte Beobachter und Sozialwissenschaftler wie W. Engler. Im Funktionsverlust von Sozialwissenschaften als Disziplinen, die zur Aufklärung beitragen, drückt sich meines Erachtens ein Einlenken auf das Rollenverständnis der westdeutschen Sozialwissenschaften ein. Für die (west-)deutschen Sozialwissenschaften wird nach der Zäsur von 1989 die alte Rollentrennung von Wissenschaftler und öffentlich engagiertem Intellektuellen zum politischen Standard erhoben; eine Trennung, die so übrigens keine Entsprechung in anderen ostmitteleuropäischen Ländern findet – ob wir nun das öffentliche und politische Engagement der Sozialwissenschaftler in Polen oder in Ungarn zum Vergleich heranziehen. In beiden Ländern haben die Sozialwissenschaftler als Gruppe öffentliche Stellungnahmen im Verlauf des Transformationsprozesses eingenommen.

mationsprozesses unternommen - vom Engagement in der Rolle des (Gegen-)Experten und Beraters der neuen Eliten bis zur zeitweiligen Übernahme von politischen Entscheidungspositionen.⁴

5 Untersuchungsperspektiven

Diese Überlegungen leiten zu Schlußfolgerungen über, die die vergleichende Erforschung von Bürgerbewegungen betreffen. Fünf Problemstellungen sind von Interesse:

(1) Die während der 80er Jahre in der DDR entstehenden Bewegungen für Bürgerrechte und Öffentlichkeit gründen auf unabhängigen Initiativen im Umwelt- und Friedensprotest, deren Themenbildung einige Parallelen mit den 'neuen sozialen Bewegungen' in der Bundesrepublik aufweist. Nur unter diesem ausgewählten Gesichtspunkt eröffnen sich allerdings Vergleichsmöglichkeiten zu den 'westlichen' sozialen Bewegungen: Die Umweltinitiativen reagierten in der Bundesrepublik und in der DDR auf industriegesellschaftliche Folgeprobleme; die unabhängigen Friedensinitiativen in der DDR reagierten ähnlich wie die westliche Friedensbewegung auf staatlich vorgegebene sicherheitspolitische Imperative. Die Unterschiede sind jedoch bestimmender: Die Umwelt- und Friedensinitiativen in der DDR wurden Teil der Bürgerbewegungen. Gemeinsame Handlungsgrundlage bildeten hierbei ethische Orientierungen, die nur im Kontext des Verhältnisses von Bürgern gegen den Staat im 'Real-Sozialismus', von unabhängigen Initiativen gegen die kommunistischen Macht-Eliten und aufgrund der unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen (BRD/DDR) angemessen erfaßt werden können.

(2) Der politische Sprachgebrauch der neuen Akteure war Ende der 80er Jahre durch eine Distanz gegenüber der ritualisierten politischen

Sprache aus dem Bereich der offiziellen politischen Öffentlichkeit geprägt. Schlüsselwörter wie Dialog, Offenheit, Gewaltlosigkeit und Toleranz belegen diese Besonderheit. Daneben gibt es allerdings auch Leitbegriffe, die dem Selbstverständnis der neuen politischen Akteure zugrunde lagen und die eine feststehende – oder ambivalente – Bedeutung aufzuweisen scheinen. Bei genauerer Prüfung ergibt sich jedoch, daß es sich um Leitbegriffe handelt, die weniger auf programmatischen Aussagen gründeten, als vielmehr unter symbolischen und/oder funktionalen Gesichtspunkten ihren Stellenwert erhielten. Der 'subversive' Leitbegriff 'demokratischer Sozialismus' zählt dazu.⁵ Der politisch brisante Stellenwert dieses Schlüsselbegriffs war wie bei Pluralismus und Gerechtigkeit (vor 1989) darin begründet, daß so auf normativer Ebene die kommunistischen Machteliten herausgefordert werden konnten, in einem Feld, in dem die Macht-Eliten keine eigene Deutungsmacht erlangten.

(3) Die besondere Verbindung von sozialetischen Gründen des Engagements mit Bürgerprinzipien findet sich erst in den 80er Jahren ausgeprägt. Das innovative Element gesellschaftlichen Handelns liegt darin, daß Felder für bürgerschaftliches Engagement eröffnet und ausgeweitet wurden, zuerst 1989 in den thematischen Gruppen des Neuen Forums, später in einzelnen Bürgerkomitees und lokalen Runden Tischen. Die Verfassungsdiskussionen, die am zentralen Runden Tisch in einem eigenständigen Verfassungsentwurf gipfelten und auf lokaler Ebene in zahlreichen Verfahrens- und Statuten-Entwürfen eine Entsprechung fanden, sind Zeugnisse für die Umsetzung zivilgesellschaftlicher Elemente im letzten Jahr der DDR (Fehr 1996). Dabei gelang neben der Formulierung von Verfahrensregeln in den lokalen Runden Tischen die Praktizierung von Normen zivilgesellschaftlicher Perspektiven (Bür-

gerbeauftragter im Entwurf der DDR-Verfassung u.a.).

(4) Für die instrumentelle Nutzung politischer Deutungsmuster des Totalitarismus und Anti-Totalitarismus ist es nützlich, den angenommenen politischen Gegner nicht nur durch eine polemisch zugespitzte Kampagnenführung als Repräsentanten der historischen Unwahrheit oder der 'Verharmlosung' der SED-Herrschaft zu stilisieren. Für die eigenen Bestrebungen nach Hegemonie in der politischen (und Medien-)Öffentlichkeit kann es auch zweckmäßig erscheinen, ihn im Rahmen von Verschwörungphantasien aufzublähen. Die Slogans Wiederkehr des 'Sozialismus' (A. Vaatz) oder 'die Gefahr des erstarkenden Neokommunismus'¹⁶ müssen hierbei keinen Wahrheitsgehalt beinhalten. Es kommt vielmehr auf die kontrastierende Qualität an, die mit der Verwendung von neuen und alten Feindbildern und Verdich-

tungssymbolen gegeben ist (Edelmann 1976: 6ff, 9).

Ähnlich wie in der Tschechischen Republik ('Achtundsechziger', 'etatistische Intellektuelle') und in Polen ('revisionistische' Strömungen der Intelligenz, 'KOR/KIK-Elite', 'laikale Linke') werden in den symbolisch aufgeladenen Auseinandersetzungen über das 'kommunistische Erbe' der Vergangenheit von einzelnen Akteuren aus dem Bürgerrechts-Milieu Feindbilder konstruiert, die mit dem ursprünglich angenommenen Gegner, den kommunistischen Macht-Eliten, gar nicht in Verbindung gebracht werden können. Nach dem Vorbild der Dekommunierungs- und Lustrations-Kampagnen in der Tschechischen Republik und Polen werden mitunter auch in innerdeutschen Vergangenheits-Diskursen Ersatz-Gegner gewählt: „68er im Dienste der Diktatoren“ ('Berliner Appell' von 1994, siehe Süddeutsche Zei-



tung vom 28.9.1994: 17; Lengsfeld et al. 'Berliner Antwort' auf die 'Erfurter Erklärung' 1997). Dabei werden vor 1989 prägende normative Orientierungen und Leitideen wie soziale Gerechtigkeit, Dialog und Pluralismus in ihr Gegenteil verkehrt, wie besonders die von Geremek zuerst in Polen beobachtete Tendenz zu antitotalitärem Denken in Dimensionen 'vergeltender Gerechtigkeit' belegt.

(5) Die identitätsorientierende Funktion (Garrison 1990: 7f) von (neuen und alten) politischen Deutungsmustern des Totalitarismus und Anti-Totalitarismus läßt sich je nach Situation und politischem Kalkül offenbar mit Rahmendeutungen der 'Ungerechtigkeit' verbinden, wie der gesamtdeutsche 'Berliner Appell' vor den Bundestagswahlen vom Oktober 1994 zeigt. In dem u. a. von F. Klier, W. Templin, A. Vaatz, H. Eggert, R. Eppelmann und der (Ost-)Berliner Schriftstellerin Helga Schubert unterzeichneten Presseaufruf 'Wehret den Anfängen!' werden nach dem Muster von Verdichtungssymbolen 'Intellektuelle der alten Bundesrepublik' zu Gegnern einer konsequenten Aufarbeitung der Vergangenheit und zu 'Kollaborateuren' stilisiert.⁷ In diesen Zusammenhang gehören auch semantische Bestrebungen in den Vergangenheits-Debatten, die auf die Abwertung der Intelligenz als Gruppe hinauslaufen. Dabei richtet sich in den massenmedial inszenierten Diskursen über die mangelnde Aufarbeitung der Vergangenheit durch die Intelligenz die Kritik nicht primär gegen die 'staatstragende' Intelligenz der früheren DDR wie noch in der Polemik gegen Christa Wolf zu Anfang der 90er Jahre. Die Kritik richtet sich gegen mögliche Konkurrenten im neuen öffentlichen und politischen Kräftefeld, die aus demselben oppositionellen Spektrum, dem Kreis der Bürgerrechtler, kommen können wie etwa aus dem Personenzirkel, der im Januar 1997 die 'Erfurter Erklärung' initiiert hat.

Damit gelangen wir zu einer Problemstellung, die mit den semantischen Bestrebungen nach Hegemonie im Kreis der Bürgerrechtler zu vergleichen ist: Fragen nach der angemessenen Darstellung von Zielen und Ideen der neuen Akteure in der DDR sind eng verknüpft mit Deutungskonflikten darüber, worin Opposition und Widerstand in der DDR bestanden. Die Bezugnahme auf Termini wie 'Widerstand', 'widerständiges' und 'antitotalitäres' Handeln verweist noch auf ein anderes Merkmal des zeithistorisch geprägten ostdeutschen Diskurses; dabei handelt es sich um Deutungen, die weder in den politischen Selbstbildern der Akteure vor 1989 eine Rolle spielten noch zu den Schlüsselbegriffen zählten, die für politische Programme, öffentliche Stellungnahmen oder Flugblätter bis Frühjahr 1990 zentral waren. Es sind Termini, die im nachhinein für eine kohärente Deutung von politischen Denkweisen der Opposition in der DDR gewählt werden; das heißt, typische Fallbeispiele für Bestrebungen nach Uminterpretation.

Wie sind die angeführten Probleme der (Um-)Interpretation von Dissidenz, Widerstand, Opposition, der Anpassung und der Übergänge zwischen diesen Haltungen zu bestimmen? Die gängigen Modelle der Bewegungs- und Transformationsforschung bieten nur begrenzte Anknüpfungspunkte. Nicht die „stärkere theorieorientierte Auseinandersetzung“ (Pollack/Rink 1997: 24) mit den Phänomenen von Protest, Opposition und Bürgerbewegungen in der DDR ist m. E. heute erforderlich, sondern eine Reflexion auf die zugrunde gelegten Modelle und Analysegesichtspunkte. Die Forschungssituation in den vergangenen Jahren ist nämlich dadurch geprägt, daß die beteiligten westdeutschen Bewegungsforscher ähnlich wie Autoren der deutschsprachigen Transformationsforschung '1989' als Gelegenheit betrachteten, ihr Methodenrepertoire und ihre Analysegesichtspunkte auf die Wandlungsprozesse in der

DDR/Ostdeutschland zu übertragen. Die hierbei gewählten Vergleichsgesichtspunkte entsprechen ganz diesem Schema: Analogien wurden überbetont, Unterschiede in den Chancenstrukturen für neue soziale Bewegungen wenig problematisiert. Diese Problemsicht ist unterkomplex und führt nicht zu einer angemessenen Rekonstruktion der Entstehungsbedingungen und Rahmenbedingungen für das Handeln der neuen Akteure im Transformationsprozeß (Tarrow 1991: 647-670; 1992: 66f; Fehr 1996: 337ff).

Wissenschaftssoziologisch betrachtet, entstand für die ostdeutschen Bewegungsforscher eine Situation zwischen Anpassung und Professionalisierung. Das ist in mehrfacher Hinsicht gemeint: Die von außen erwartete Professionalisierung konnte am ehesten durch die Orientierung an gängigen Analysemodellen gelingen. Wie weitgehend diese beiden Vorgänge ursprünglich vorhandene theoretische und methodologische Orientierungen überlagert haben, läßt sich von außen nur vermuten. An den umfassendsten Untersuchungen eines ostdeutschen Autors, des Theologen und Soziologen Erhart Neubert, über Entstehungsbedingungen, Ziele und Wandel von Opposition in der DDR kann bis in die Wahl von Begriffen, Analyserastern und normativen Orientierungen gezeigt werden, welche Folgen Professionalisierung und Umorientierung auf 'westlich' bestimmte Debattenkontexte haben. Konnte Neubert Mitte der 80er Jahre mit offenen Untersuchungsmethoden die Orientierungen von Mitgliedern informeller Gruppen und unabhängiger Initiativen in der DDR rekonstruieren (Neubert 1986), so entwirft derselbe Autor in dem 1997 veröffentlichten Buch 'Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989' eine Vorstellung von den vielfältigen Bewegungen Ende der 80er Jahre, die in dichotomisierenden Unterscheidungen gipfelt: Auf der einen Seite kritisiert Neubert, der noch 1989 als Initiator des 'De-

mokratischen Aufbruchs' für reformsozialistische Perspektiven der Umgestaltung in der DDR plädiert hatte, „ideologische Kopfgeburt“ (849); darunter fallen ganz unterschiedliche Orientierungen, die alle von ihm mit 'links' etikettiert werden, ohne daß dieser Maßstab vor 1989 im Bürgerrechtspektrum eine klare Unterscheidung erlaubte. Auf der anderen Seite stellen sich die unabhängigen Initiativen aus der Spätphase der DDR seinen jüngsten Untersuchungen zufolge als Bewegungen dar, die den 'zivilisatorischen Wert von Freiheit' stützten. In dieser Forschungsperspektive werden Freiheit und Menschenrechte zu Beweggründen oppositionellen Handelns, ohne daß deren Inhalt näher aufgewiesen wird. Die Norm öffentlicher Freiheit, eine ideelle Grundlage der spontanen Mobilisierungsprozesse von 1989, schrumpft danach zur unpolitischen Metapher. Damit einher geht die polemische Distanz gegenüber sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit als normativen Orientierungen. Das ist eine Umorientierung, die nicht in Einklang mit den Idealansprüchen auf einen 'verbesserten', 'demokratischen Sozialismus' steht, die als Konsensbedingungen mehr oder weniger direkt von allen Bewegungen und Proto-Parteien im Herbst und Winter 1989/90 gewählt wurden.

6 Schlußbemerkungen

Aus den bisherigen Überlegungen kann eine Schlußfolgerung gezogen werden, die für vergleichende Untersuchungen wesentlich ist: Die Bürgerbewegungen liefern keine Anhaltspunkte dafür, den innerdeutschen Vergleich für soziale Bewegungen zu privilegieren. Die zuerst von Knabe 1988 aufgeworfene Frage nach Vergleichsmöglichkeiten mit den Neuen Sozialen Bewegungen im 'Westen' entspricht nur punktuell den Denkweisen von neuen Akteuren der Bürgerbewegungen in der DDR und Ostdeutschland. Für die veränderten Rahmenbedingungen im Verhältnis Bürger und Staat im

'Real-Sozialismus' ist diese Perspektive ungemessen. Knabe hat seine Problemsicht auch erheblich eingeschränkt; andere westdeutsche Bewegungsforscher ebenfalls (Brand 1997). Der Blick auf Erfahrungen der ostmitteleuropäischen Reform- und Nachbarländer Polen, Ungarn und der früheren Tschechoslowakei erhält hingegen ein Gewicht, das in der Forschung nicht mehr zu übersehen ist. An Leitideen des Modells der gewaltlosen Revolution von Solidarnosc 1980/81 und der Perestroika erinnern gleichermaßen zentrale Forderungen aus den ökumenischen Vollversammlungen und von unabhängigen Initiativen (Gerechtigkeit, Gewaltlosigkeit, Offenheit, Dialog, Pluralismus). Die Gründungsaufrufe und programmatischen Erklärungen des 'Neuen Forums' sind ebenfalls vor diesem Hintergrund zu bestimmen.

Helmut Fehr ist Privatdozent und Projektleiter am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum (SFZ) der Universität Erlangen-Nürnberg.

Anmerkungen

¹ In der Wahrnehmung von DDR-Bürgern waren eine unpolitische Distanz und das eigene Handeln entlastende Auffassungen des politischen Betriebs gängig: „Verantwortlich sind eben immer 'die da', 'die da oben' sind dafür verantwortlich“ (Georg, 42 J., Berlin, Architekt und kirchlicher Mitarbeiter, in: Bohley u. a. 1989: 83).

² Die politische Brisanz der Abschlusserklärung der ökumenischen Versammlungen lag in den demokratischen Impulsen, die von den zentralen Forderungen und Kritikpunkten ausgingen. Dabei wurde der Rahmen des Status quo überschritten: So wurde zum Beispiel die den einzelnen Bürger einschränkende Rolle des Staates und die „unzureichende Kontrolle der Macht“ (Aktion Sühnezeichen 1990: 38) bezeichnet. Damit einher geht die Kritik an der Rolle des Staates als 'Bedürfnisbefriediger'. Die Ausweitung von Forderungen nach einzulösenden Bürgerprinzipien zu politisch-offen-

siveren Zielen gegenüber dem Regime findet sich noch ausgeprägter in Papieren einzelnen Basisinitiativen, die sich zwischen den ökumenischen Vollversammlungen gebildet hatte. Die Gründung und Entwicklung der ökumenischen Basisinitiative 'Arche' in Potsdam nach 1989 wird im Urteil einzelner Mitglieder auch im Kontext der osteuropäischen Veränderungen bestimmt (vgl. Stefan Beetz 1995: 253ff).

³ Ausnahmen bilden Studien von W. Engler, H. Wiesenthal u. a.

⁴ Vergleichbare Initiativen zur Erörterung von Problemen der Demokratisierung und des Sinns von 'kritischer' Öffentlichkeit, wie dies in Ungarn die Intellektuellen und Sozialwissenschaftler im Umfeld der 'Demokratischen Charta '91' und in Polen Gruppen der sozialwissenschaftlichen und kulturellen Intelligenz (Beratergremien, Gruppen 'Neutrum', gesellschaftliche Komitees) für ein 'Referendum' in der Dekommuniserungs-Debatte, Fragen der Moralgesetzgebung, der Rolle des Bürgerbeauftragten, der neuen Verfassung, dem Abtreibungskonflikt und zukünftigen Perspektiven für den Aufbau der Bürgergesellschaft unternommen haben, fehlen in Ost- und Westdeutschland.

⁵ Vgl. Interview mit Neubert, in: Rein (Hrsg.) 1989. Ferner: Birthler/Reich/Neubert, in: TAZ vom Februar 1997. Ferner Ullmann 1990: 165ff, insbes. 150.

⁶ Vgl. dazu: „Eine bürgernahe Vor-Ort-Politik ist das Modell für die Zukunft“. Aus einem Streitpapier der Union in Mecklenburg-Vorpommern, in: Frankfurter Rundschau vom 13.2.1996: 10.

⁷ Vgl. hierzu nach dem Muster einer Generationskritik: F. Werkentin, 68er im Dienste der Diktatoren, in: TAZ vom 20.10.1995: 12f.

Literatur

Aktion Sühnezeichen 1990 (Hrsg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden-Magdeburg-Dresden, Berlin.
Beetz, Stefan 1995: Soziologisches Porträt einer ökumenischen Basisgruppe im Kontext der Veränderungen in Osteuropa. In: Balla, B./Sterbling,

- A. (Hrsg.): *Soziologie und Geschichte - Geschichte der Soziologie*. Hamburg.
- Bohley, Bärbel u.a.* 1989: 40 Jahre DDR ... und die Bürger melden sich zu Wort, Frankfurt/M.
- Bohley, Bärbel* 1991: An den Widerständen bin ich ICH geworden. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 35, Heft 5, 541-561.
- Bohley, Bärbel* 1994: 1. Interview (1990); 2. Interview (1992). In: Hagen Findeis u. a.: *Die Entzauberung des Politischen*. Leipzig/Berlin.
- Brand, Karl-Werner* 1997: 'Neue Soziale Bewegungen' auch in der DDR 'Zur Erklärungskraft eines Konzepts'. In: *Polack/Rink* (Hrsg.), 235-251.
- Burghardt, B./Musigmann, W.* 1991 (Red.): *Offene Arbeit Selbstauskünfte*. Erfurt.
- Dokumentation* 1992. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 3.
- Eckart, Gabriele* 1984: *So sehe ick die Sache*. Köln.
- Edelman, Murray* 1976: *Politik als Ritual*. Frankfurt/M.
- Fehr, Helmut* 1996: *Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR*. Opladen.
- Fehr, Helmut* 1997: *Das Konzept der Zivilgesellschaft als ost-mitteleuropäische Alternative*. In: *Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg* (Hrsg.): *Rückkehr nach Europa? Die geistig-politische Dimension des mittelosteuropäischen Umbruchprozesses seit 1989*. Potsdam.
- Gamson, William* 1990: *Talking Politics*. New York.
- Guggenberger, Bernd/Preuß, Ulrich K./Ullmann, Wolfgang* 1991 (Hrsg.): *Eine Verfassung für Deutschland. Manifest - Text - Plädoyers*. München.
- Guggenberger, Bernd/Meier, Andreas* 1991 (Hrsg.): *Der Souverän auf der Nebenbühne - Essays und Zwischenrufe zur deutschen Verfassungsdiskussion*. Opladen.
- Knabe, Hubertus* 1988: *Neue Soziale Bewegungen im Sozialismus*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 40, Heft 3, 551-569.
- Neubert, Erhart* 1986: *Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft. Ein Beitrag zum Problem der sozialisierenden Gruppen und ihrer Zuordnung zur Kirche*. Berlin.
- Neubert, Erhart* 1997: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*. Berlin.
- Pollack, Detlev/Rink, Dieter* 1997: *Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989*. Frankfurt/M.
- Rein, Gerhard* 1990 (Hrsg.): *Die Opposition in der DDR*. Berlin.
- Richter, Edelbert* 1997: *Sich beteiligen am öffentlichen Vernunftgebrauch!*. In: *ders.* (Hrsg.): *Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort - Chancen und Aufgaben der Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß*. Leipzig.
- Rucht, Dieter/Blattert, Barbara/Rink, Dieter* 1997: *Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel 'alternativer' Gruppen in beiden Teilen Deutschlands*. Frankfurt/M.
- Scherzer, Landolf* 1988: *Der Erste*. Rudolstadt.
- Tarrow, Sidney* 1991: *Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43. Jg., Heft 4, 647-670.
- Tarrow, Sidney* 1992: *Costumes of Revolt: The Symbolic Politics of Social Movements*. In: *Sisyphus. Social Studies*, Vol. 2 (VIII). Warsaw.
- Ullmann, Wolfgang* 1990: *Über politische Sprache, Demokratie - jetzt oder nie!* München.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard/Anheier, Helmut* 1997: *Der Non-Profit-Sector in den neuen Bundesländern*. In: *Zeitschrift für gemeinwirtschaftliche und öffentliche Unternehmen*, Heft 1.

Regina Dackweiler/ Reinhild Schäfer

Bilanzen und Perspektiven der Frauenbewegungen

International oder gar nicht

1 Einleitung

Die neuen Frauenbewegungen, die sich Anfang der 70er Jahre in Westeuropa und den USA als zweite Frauenbewegungen¹ konstituierten, sind dafür bekannt, daß sie Themen in die öffentliche Diskussion eingebracht haben, die lange Zeit tabuisiert waren: Abtreibung, sexualisierte² und strukturelle Gewalt gegen Frauen, geschlechterhierarchische Arbeitsteilung kennzeichnen als Oberbegriffe die Gegenstände einer politischen Praxis und Theorie, die Macht und Herrschaft im Geschlechterverhältnis skandalisiert und radikal kritisiert hat. Die Resultate feministischer Gesellschaftskritik und feministischen Protests sind jedoch nicht lediglich auf eine Erweiterung der politischen Agenda (Rucht 1994: 221) oder auf ausschließlich soziokulturelle Veränderungen zu reduzieren. Die neue Frauenbewegung in der BRD hat Wirkungen in einem Bereich erzielt, der aus politikwissenschaftlicher Perspektive den Maßstab für Bewegungserfolg ausmacht: Sie hat sichtbaren Einfluß auf die etablierte Politik genommen. Auch wenn Einflußnahme auf das politische System nicht das Hauptziel der Bewegung war, sondern eine Strategie neben anderen zur Durchsetzung von Selbstbestimmung und zum Abbau männlicher Vorherrschaft, sind einige frauenpolitisch relevante Gesetzesreformen sowie die Installierung des völlig neuen Politikfeldes der Gleichstellungspolitik ohne das

anhaltende Engagement der neuen Frauenbewegung nicht vorstellbar.

Entscheidend für die gesellschaftliche Wirksamkeit einer sozialen Bewegung ist ihre politische Praxis. Zu den bekanntesten und hinreichend analysierten Charakteristika der neuen Frauenbewegung zählen Autonomie, Selbsterfahrung und Selbsthilfe, Politik der ersten Person, ein Politikverständnis, welches vermeintlich private Belange als politische erklärt sowie antihierarchische Organisations- und demokratische Kommunikationsstrukturen. Bisher weniger bekannt und kaum erforscht dagegen ist der u.E. für das Verständnis feministischer Politik wesentliche Faktor der Internationalität. Die zentralen Themen der bundesrepublikanischen Frauenbewegung wurden alle auf internationaler Ebene verhandelt, d.h. in allen westeuropäischen und nordamerikanischen zweiten Frauenbewegungen finden sich dieselben bzw. ähnliche Kampagnen. Feministische Ideen, Ziele, Strategien und Theorien verbreiteten sich von Anfang an über nationale Grenzen hinweg. Während einige ländervergleichende Untersuchungen die Entwicklung einzelner Bewegungen darstellen und nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden fragen (Dahlerup 1986; Lovenduski 1986; Katzenstein/Mueller 1987; Autonome Frauenredaktion 1988; Rucht 1994), interessieren uns im ersten Teil die mobilisierenden Auswirkungen des internationalen

Austauschs auf die neue Frauenbewegung in der BRD. Sowohl deren politische Praxis als auch ihre theoretischen Ansätze erhielten entscheidende Impulse aus der internationalen feministischen Vernetzung.

Denk- und Handlungsanstöße gingen einerseits von internationalen Kongressen aus, die in den 70er Jahren vor allem dazu dienten, sich im Hinblick auf eine international zu entwickelnde 'Sisterhood' im Sinne von Frauen-Solidarität über gemeinsame Ziele und Strategien zu verständigen. Andererseits beeinflussten in den 70er Jahren verschiedene theoretische Texte wie 'Sexus und Herrschaft' von Kate Millett, 'Das andere Geschlecht' von Simone de Beauvoir, 'Der Weiblichkeitswahn' von Betty Friedan, in den 80er Jahren Texte französischer (Luce Irigaray) und italienischer Differenztheoretikerinnen (Libreria della Donna di Milano) die Theoriebildung. Wir gehen davon aus, daß diese Formen internationalen Austauschs unterstützend und fördernd in dem Sinn wirkten, daß sie der bundesrepublikanischen Frauenbewegung nicht nur praktische Anregungen z.B. für die Entwicklung von Selbsthilfe- und anderen Projekten boten, sondern ihr darüber hinaus auch theoretisch den Rücken stärkten durch die Radikalität verschiedener kapitalismus- und/oder patriarchatskritischer Gesellschaftsanalysen. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen läßt sich zuspitzend die These formulieren, daß die nationalen gesellschaftspolitischen Impulse, die von der neuen Frauenbewegung ausgingen, im Kontext des bewegungsmobilisierenden Faktors Internationalität bilanziert werden müssen.

Im zweiten Teil steht das Zusammen- und Wechselspiel von nationalen und internationalen Frauenbewegungen und -gruppen mit den supranationalen staatlichen Organisationen EU und UN im Mittelpunkt.

2 Internationalität als Ressource der Frauenbewegungen

Eine Ursache dafür, daß die Relevanz der länderübergreifenden feministischen Vernetzung in bewegungssoziologischen Untersuchungen über die zweite Frauenbewegung kaum thematisiert wird, liegt in deren theoretisch-analytischem Rahmen begründet. Der dominante Forschungsansatz zu neuen sozialen Bewegungen (NSB-Ansatz) befaßt sich allenfalls komparatistisch mit der Tatsache, daß bestimmte neue soziale Bewegungen zeitgleich in mehreren Ländern auftauchen und charakterisiert dieses Phänomen als Ausdruck vergleichbarer, durch ähnliche Modernisierungsprozesse ausgelöste gesellschaftliche Konflikte. Der Ressourcen-Mobilisierungsansatz (RM-Ansatz) dagegen bietet von seiner Anlage her die Möglichkeit, daß die Bedeutung der Internationalität der Konfliktkonstellationen wie auch der neuen sozialen Bewegungen der 70er Jahre für jede einzelne nationale Bewegung ins Blickfeld geraten kann. Dieser in den USA entwickelte theoretische Ansatz fragt explizit nach den Faktoren, die die Mobilisierung von Ressourcen für kollektives Handeln fördern. Die Rolle der Mobilisierung und Organisation von Ressourcen, die einer gesellschaftlich benachteiligten Gruppe zur Verfügung stehen, gilt als zentral für ein Verständnis der Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen, nicht die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Widersprüche (vgl. den frühen programmatischen Text von McCarthy/Zald 1977). Der in Abgrenzung zu klassischen Theorien kollektiven Verhaltens entstandene und auf der politischen, liberal-demokratischen Kultur der USA aufbauende RM-Ansatz geht davon aus, daß soziale Mißstände nicht automatisch zur Bildung sozialer Bewegungen führen. Dazu bedarf es, so eine der Grundannahmen, bestimmter Ressourcen

wie politischem Know how, Zeit, Geld, verändertem Bewußtsein, Medienzugang etc., die benachteiligte Gruppen zu kollektivem politischen Handeln motivieren und befähigen können. Während McCarthy und Zald den analytischen Schwerpunkt auf organisatorische Prozesse legen – „Resources are mobilized and organized; thus organizing activity is critical“ (Zald 1992: 332) – fokussieren andere Richtungen des Forschungsansatzes die Rolle von ‘political opportunity structures’ in der Analyse von Protestzyklen (Tarrow 1991) oder berücksichtigen sozialpsychologische Faktoren wie Solidarität und Bildung kollektiver Identität (Morris/Mueller 1992).

Das RM-Untersuchungsprogramm wurde in der bundesrepublikanischen Bewegungsforschung aufgrund seines fehlenden gesellschaftstheoretischen Rahmens eher skeptisch aufgenommen, und es ist auch nicht ohne weiteres auf andere als das US-amerikanische politische System zu übertragen (Mayer 1991; Roth 1994). Aber der RM-Ansatz wirft Forschungsfragen auf, die zur Einbeziehung von bis dahin aus der Theoriebildung ausgeblenden Aspekten führen. Mit Hilfe dieses Ansatzes können Impulse, die eine Bewegung von außen erhält, konzeptualisiert werden. Im Hinblick auf die neue Frauenbewegung in der BRD ermöglicht z.B. die schlichte Frage: „(...) where are the resources available for the movement“ (Mueller 1992: 3), den internationalen Austausch als eine Ressource zu begreifen, die der Bewegung zur Verfügung stand und sich günstig auf deren Entwicklung ausgewirkt hat. Wird diese Forschungsperspektive in die Bilanzierung der neuen bundesrepublikanischen Frauenbewegung einbezogen, läßt sich erkennen, daß die internationalen Kontakte maßgeblich zu ihrer Wirksamkeit auf nationaler Ebene beigetragen haben. Diese Einschätzung soll anhand einer Rekonstruktion feministischer politischer Praxis und

Theorie im Kontext des zentralen Bewegungsthemas Gewalt gegen Frauen in der Entstehungs- und Konsolidierungsphase der Frauenbewegung in den 70er Jahren illustriert werden.

2.1 Internationale Frauenbewegungen gegen Männergewalt

Im Vergleich zu einigen westeuropäischen und nordamerikanischen Frauenbewegungen, die Männergewalt gegen Frauen bereits ab Anfang der 70er Jahre skandalisierten, setzte die bundesrepublikanische Gewalt-Diskussion spürbar erst Mitte der 70er Jahre ein.³ Während englische Feministinnen schon 1971 ein Haus für geschlagene Frauen in London eröffneten und vier Jahre später einen Dachverband für 35 Frauenhausgruppen gründeten (Watson 1976: 101), amerikanische Frauengruppen sich zu dieser Zeit intensiv mit dem Thema Vergewaltigung als einer Form sexueller Unterdrückung und mit der Einrichtung von Selbsthilfeprojekten für vergewaltigte Frauen befaßten (Frauenzeitung Nr. 3/1974), wurde die bundesrepublikanische Frauenbewegung erst nach dem ‘Internationalen Tribunal gegen die an Frauen begangenen Verbrechen’ vom März 1976 in Brüssel aktiv. Aufgerüttelt durch die Aussagen von Zeuginnen aus verschiedenen Ländern und politischen Systemen, die ein erschreckendes Ausmaß weltweit ausgeübter physischer, psychischer und struktureller Gewalt gegen Frauen offenlegten, stieg die Empörung über diesen Skandal innerhalb der Frauenbewegung und löste Handlungsdruck aus. In der Folgezeit wurden nicht nur zahlreiche Frauenhaus- und Notrufinitiativen gegründet (Frauenjahrbuch 1976: 187ff), sondern öffentlich gegen Vergewaltigung protestiert.

Ab Anfang 1977 reagierten Frauenzentren und -gruppen zunehmend mit spontan organisierten Demonstrationen auf Vergewaltigungen; am

30. April 1977 fand die erste Walpurgisnacht-Demonstration gegen Männergewalt und Vergewaltigung in mehreren deutschen Städten statt. Das internationale Brüsseler Tribunal machte jedoch nicht nur Handlungsbedarf deutlich. Es bot darüber hinaus die Möglichkeit, Informationen über bereits bestehende Selbsthilfeprojekte auszutauschen. Die 1974 gegründete Berliner Frauenhausinitiative, eine der wenigen zu dieser Zeit bereits bestehenden bundesrepublikanischen 'Gewalt-Gruppen', nahm erst im Rahmen des Brüsseler Tribunals die Existenz der 1971 bzw. 1974 eröffneten Frauenhäuser in London und Amsterdam wahr (Pistor 1976: 142). US-amerikanische Frauengruppen praktizierten schon seit Anfang der 70er Jahre unterschiedliche präventive Methoden wie Selbstverteidigung für Frauen oder 'sisters pick up sisters'-Aktionen (die Vorläuferinnen der Frauen-Mitfahrzentralen) und richteten Notrufe und Beratungsstellen ein. Frauengruppen in der BRD übernahmen viele dieser international erprobten Selbsthilfe-Strategien.

Im Herbst 1976 wurde das erste Haus für geschlagene Frauen in der BRD in West-Berlin eröffnet. Daß dieses Frauenhaus als Modellprojekt mit wissenschaftlicher Begleituntersuchung vom Bundesfamilienministerium und dem Berliner Senat drei Jahre lang finanziell gefördert wurde, verweist nicht nur auf den Handlungsdruck, den die Initiatorinnen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit ausüben konnten. Medienberichte über das Brüsseler Tribunal hatten Gewalt gegen Frauen kurzfristig zu einem öffentlichen, politischen Thema gemacht und damit zu einer Sensibilisierung für diese Problematik beigetragen. Darüber hinaus wirkten sich erste deutschsprachige Veröffentlichungen internationaler feministischer Gewalt-Analysen und Dokumentationen (Pizzey 1976; Brownmiller 1978) sowie die im Sommer 1976 im Fernsehen ausgestrahlte Dokumentation Sarah Haffners über Mißhandlung in der Ehe

(Haffner 1976) mobilisierend auf das Engagement der bundesrepublikanischen Frauenbewegung aus. Besondere Bedeutung erlangte in diesem Kontext Susan Brownmillers politische Analyse der Geschichte der Vergewaltigung, der Rolle von Vergewaltigung im Krieg und der 'ganz normalen' Vergewaltigung, 1975 in den USA unter dem Titel 'Against Our Will. Men, Women and Rape' erschienen.

Für ein Verständnis der Internationalität der Frauenbewegungen erweist sich das Brüsseler Tribunal in einer weiteren Hinsicht als bedeutsam: Ursprünglich sollte es 1975 stattfinden, in dem von der UN deklarierten Internationalen Jahr der Frau. Darauf hatten sich Vertreterinnen von Frauenbewegungen aus Westeuropa und den USA während eines internationalen Kongresses geeinigt, der im November 1974 in Frankfurt mit dem Ziel stattfand, ein feministisches Aktionsprogramm für das von den Vereinten Nationen ausgerufenen Frauenjahr zu erarbeiten (Frauenzeitung Nr. 5/1975). Die UN leisteten damit bereits in den frühen 70er Jahren einen – wenn auch nicht intendierten – wesentlichen Beitrag zur internationalen Vernetzung der zweiten Frauenbewegungen (Klausmann et al. 1994). So entstand die Idee für das internationale Tribunal auf dem Frankfurter Kongreß, der aus Anlaß des Internationalen Frauenjahres einberufen wurde. Die Vorbereitung übernahmen Frauengruppen aus mehreren Ländern, und koordinierend wirkte ein 'Committee on National Contacts. International Tribunal on Crimes against Women' aus einem Frauenzentrum in Berkely, das nach dem internationalen Treffen in Frankfurt ein Rundschreiben an US-amerikanische Frauenzentren mit der Aufforderung verschickte, per Fundraising, Informationsveranstaltungen, Forschungsarbeiten etc. pragmatisch zur Organisation des geplanten Tribunals beizutragen (Berkely Women's Center 1975). Die länderübergreifende Vernetzung der Frauenbewegungen funk-

tionierte zu dieser Zeit, ohne daß internationale Frauen-Organisationen existierten, die sich um die Kooperation gekümmert hätten, wie es in den ersten Frauenbewegungen mit dem 'International Council of Women' (ICW), der 'International Women Suffrage Alliance' (IAW), der 'Women's International League for Peace and Freedom' und der 'Sozialistischen Internationale der Frau' der Fall war (Gerhard 1994; Klausmann et al. 1994; Rupp 1994).

Gleichwohl beschränkte sich die Internationalität der hier betrachteten zweiten Frauenbewegungen in den 70er Jahren vor allem auf die Industrieländer der Nordhalbkugel. Von daher trifft der immer wieder erhobene Vorwurf eines hegemonialen weißen Mittelklasse-Feminismus zu, denn feststellbar ist, daß sie „viel zu oft nicht über den weißen Mittelschichtellerrand“ hinausblickten (Hagel/Schumann 1994: 69). Die Ignoranz gegenüber Frauen und Frauenbewegungen aus Asien, Lateinamerika und afrikanischen Ländern wurde spätestens auf dem NGO-Forum der 2. UN-Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen 1980 deutlich: „(...) Afrikanerinnen beklagten sich, daß sich die westlichen Feministinnen nur noch für ihre Genitalien interessierten, nicht aber dafür, ob Hungersnot herrsche, ob Frauen täglich 20 bis 30 km laufen müßten, um überhaupt an Wasser zu kommen“ (Plogstedt et al. 1980: 7). Ansätze zu einer weltweiten internationalen Kooperation und Vernetzung der West-Frauenbewegungen lassen sich tatsächlich erst ab Mitte der 80er Jahre, insbesondere nach der 3. UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 erkennen.

2.2 Gesellschaftspolitische Impulse

Die hier rekonstruierten Beispiele für die bewegungsmobilisierende Bedeutung des internationalen Austauschs vermitteln einen ersten Eindruck von dem stattgefundenen Diffusions-

prozeß. Sie lassen erkennen, wie und wann die feministische Gewaltdiskussion und die Praxisprojekte der Frauenbewegung in der BRD durch internationale Anstöße vorangetrieben wurden. Aber was wurde erreicht in der Auseinandersetzung mit der Gewalt-Problematik? Die Sozialwissenschaftlerin Carol Hagemann-White, die ab 1976 die wissenschaftliche Begleituntersuchung für das Berliner Frauenhaus durchführte und sich seitdem kontinuierlich mit dem Thema Gewalt im Geschlechterverhältnis befaßt, bilanzierte 1992: „Die Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen und Mädchen in der Bundesrepublik zeichnet sich (...) dadurch aus, daß eine feministische Grundhaltung die Definitionsmacht über den angemessenen Umgang mit dem Problem und dessen Ursachen erfolgreich erstritten hat“ (Hagemann-White 1992: 30). Es zählt zu den sichtbaren Erfolgen der Frauenbewegung, durch die Skandalisierung von Vergewaltigung, sexuellem Mißbrauch und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz einen Bewußtseinswandel im Verständnis sexualisierter Formen der Gewalt gegen Frauen eingeleitet zu haben. Daß die von Männern an Frauen in der Ehe und Familie ausgeübte Gewalt aktuell nicht mehr als Privatsache der betroffenen Personen verstanden wird, macht nicht zuletzt die 1997 erfolgte Reform des Sexualstrafrechts deutlich, die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe stellt. Damit wurde eine Forderung erfüllt, die die Feministinnen seit Ende der 70er Jahre immer wieder eingebracht haben, 1980 gar in Form einer Gesetzesinitiative. Umgesetzt wurde zwischenzeitlich eine weitere feministische Forderung aus dieser Zeit, wenn auch bisher in nur einem Bundesland: Die nordrhein-westfälische Polizei zeigt auf Anweisung ihres dienstvorgesetzten Innenminister Kniola (SPD) „künftig alle Männer an, die ihre Frauen verprügeln“ (FR vom 26.1.1998). Frauenhaus-Mitarbeiterinnen klagten bereits 1977 ein öffentliches Interesse an der Straf-

verfolgung mißhandelnder Ehemänner ein und richteten eine entsprechende Forderung an die Adresse der Landes-, Bundes- und Europagesetzgeber.⁴ Ein weiterer Erfolg zeigt sich in der bundesweiten Verbreitung von Frauenhäusern und Notrufen.

Aber diese Erfolgsbilanz hat eine Schattenseite, die mit der Institutionalisierung der Projekte und ihrer Integration ins soziale System einhergeht: „Die Arbeit von Frauenhäusern, Mädchenhäusern, Frauen-Notruf und -beratungsstellen bedroht weder den Staat noch die Ehe, löst aber auch nicht das Recht der Frau auf Unversehrtheit ein und schafft keine Gleichberechtigung“ (Hagemann-White 1997: 249). Hagemann-White spricht dementsprechend von paradoxen Erfolgen. Wenn jedoch auf einer allgemeineren Ebene davon ausgegangen wird, daß die Vereinnahmung von Projekten und Ideen sozialer Bewegungen durch etablierte Organisationen Zeichen ihres gesellschaftlichen Einflusses ist (Dalerup 1986: 16), war die neue Frauenbewegung in dieser Hinsicht sehr erfolgreich; das erste ‘Frauen- und Kinderschutzhause’ unter freier Trägerschaft eröffnete im Sommer 1978 in Hannover.

Gesellschaftspolitische Veränderungen im Umgang mit dem sozialen Problem ‘Männergewalt gegen Frauen’ kennzeichnen jedoch nur einen Bereich der gesellschaftlichen Wirksamkeit der neuen Frauenbewegung. Politische Erfolge konnte sie darüber hinaus vor allem im Bereich ‘Arbeit’ erzielen. Die auf der feministischen ‘Hausarbeitsdebatte’ der 70er Jahre aufbauende praktische und theoretische Auseinandersetzung der Frauenbewegung und -forschung mit der Verschränkung von Haus- und Erwerbsarbeit im ‘weiblichen Lebenszusammenhang’, ihre fundamentale Kritik an geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung und einem ge-

schlechtersegregierten Arbeitsmarkt haben nicht nur den öffentlichen Diskurs über Frauen-Arbeit verändert, sondern, unterstützt durch Frauenfördevorgaben der EU, die Einrichtung von Gleichstellungsstellen und Frauenbüros auf Bundes- wie auch auf kommunaler Ebene vorangetrieben. Seit Anfang der 80er Jahre setzen sich Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, flankiert von Gleichberechtigungs- und Antidiskriminierungsgesetzen, für die Verwirklichung der gesetzlich garantierten Gleichberechtigung von Frauen ein. Neben Quotierung und Frauenförderplänen, die auf die Beseitigung von Diskriminierung in der Erwerbsarbeit gerichtet sind, können verschiedene familienpolitische Maßnahmen der christdemokratisch-liberalen Regierungskoalition als eine Antwort auf die feministische Kritik an der gesellschaftlichen Mißachtung und Unterbewertung von Haus- und Familienarbeit interpretiert werden. Erziehungsgeld und -urlaub und die Berücksichtigung von Erziehungszeiten im Rentenrecht sollen, auch wenn sie eher symbolischen Charakter tragen, da eine eigenständige soziale Sicherung ebenso wenig wie eine geschlechtergerechtere Verteilung von Erziehungsarbeit intendiert ist, eine Anerkennung und Neubewertung familialer Arbeit ausdrücken.

Einen weiteren Bereich, in dem die neue Frauenbewegung Erfolge verbuchen kann, stellt die Wissenschaftsinstitution ‘Universität’ dar. Die Beharrlichkeit, mit der feministische Studentinnen und Dozentinnen gegen die Ausgrenzung von Frauen sowohl aus den Wissenschaftsinhalten als auch aus den wissenschaftlichen Berufen protestierten und Wissenschaftskritik übten, führte über die Veranstaltung erster ‘Frauen-Seminare’ Anfang der 70er Jahre zu Frauenarbeit, zur ‘Geschichte der Frauen’ etc., über die für die Entwicklung feministischer Forschung so

bedeutenden 'Sommer-Universitäten' an der Berliner FU zwischen 1976 und 1985 sowie zahlreicher 'Frauen-Ringvorlesungen' an den Hochschulen schließlich ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre zur Installierung von Frauenforschungs-Professuren. Damit war es gelungen, nicht nur institutionelle Ressourcen für die Entwicklung feministischer Theorie zu sichern, sondern auch, die Voraussetzungen für ein kontinuierliches Lehrangebot und die curriculare Verankerung der Themen und theoretischen Ansätze der Frauenforschung zu schaffen.⁵

Der Begriff 'Frauenforschung', der in den 70er und auch noch in den 80er Jahren etwa gleichbedeutend mit dem der 'feministischen Forschung' die unterschiedlichsten theoretischen Ansätze und Traditionen, Differenztheorien ebenso wie Gleichheitskonzepte, struktur- wie auch handlungstheoretische Ansätze bezeichnete, geriet seit Anfang der 90er im Kontext der feministischen Kritik an der Kategorie 'Geschlecht' selbst zum Gegenstand der Kritik. Der Benennungs-Streit um Frauen-, feministische oder Gender-Forschung, der international geführt wurde, spiegelt Entwicklungen und Perspektivenverschiebungen in der feministischen Theoriebildung wider (vgl. Braun 1997). In der an die Diskussion um Gleichheit und Differenz anschließenden, aktuellen sozialwissenschaftlichen Theorie-Debatte um die Dekonstruktion sozial konstruierter Zweigeschlechtlichkeit, in der BRD wesentlich durch Judith Butlers Analyse des 'Gender Trouble' (dt. 'Das Unbehagen der Geschlechter', 1991) angestoßen, werden nicht nur die Herstellungsprozesse geschlechtlicher Identität tiefgreifender als in jenen Ansätzen problematisiert, sondern auch das kollektive feministische 'Wir' mit all seinen Ausschlußmechanismen in Frage gestellt. Die akademisch geführte Dekonstruktionsdebatte macht deutlich, daß die etablierte feministische Forschung resp. Geschlechterforschung

sich zwar sukzessive von dem als Basis feministischer Theorieproduktion in den 70er Jahren eingeforderten unmittelbaren Praxis- und Bewegungsbezug verabschiedet, dabei jedoch ihren kritischen Blick auf die gesellschaftlichen, Frauen noch immer benachteiligenden Verhältnisse beibehalten hat.

3 Internationale Frauen-(bewegungs-)politik: Wechselwirkungen und Referenzpunkte

Der erste Teil unserer Darstellung beschäftigte sich mit den wechselseitigen Impulsen – den Diffusionsprozessen – nationaler Frauenbewegungen, welche – bezogen auf zentrale feministische issues – sowohl die Entwicklung der Theoriebildung als auch der (Selbsthilfe-)Projekte seit den frühen 70er Jahren vorantrieben. Dieser Zugang soll nun in einem zweiten Schritt für das Zusammen- und Wechselspiel von nationalen und internationalen Frauenbewegungen sowie Frauengruppen und -organisationen⁶ mit institutionalisierter Frauenpolitik supranationaler staatlicher Organisationen geöffnet und an einigen markanten Beispielen aus den zentralen Bereichen zu Frauenarbeit und sexueller Gewalt gegen Frauen schlaglichtartig beleuchtet werden.

Diese Illustration folgt einem dreifachen Interesse, mit welchem wir zugleich versuchen, die Eckpunkte eines Forschungsprogramms zu skizzieren: Erstens möchte die punktuelle Rekonstruktion dieser Wechselwirkungen aus einem anderen Blickwinkel einmal mehr verdeutlichen, warum die zweite Frauenbewegung nur unzureichend im Rahmen der Fragestellungen zu den 'neuen sozialen Bewegungen' zu analysieren ist. Zweitens scheint hierüber der Grundriß eines komparatistisch angelegten analytischen Bezugsrahmens für die internationalen Frauenbewegungen als kollektive politische Akteurinnen mit dem Ziel der Selbst-

bestimmung und der grenzüberschreitenden Solidarität von Frauen auf. Hierfür soll ein Variablen-Cluster skizziert werden, das nationale Chancenstrukturen in Verbindung mit den Rahmenbedingungen internationaler Politik und Wirtschaft zu vermitteln sucht und auf einen interdisziplinären Zugang verweist. Und drittens eröffnet die hier vorgeschlagene Perspektive einen an dieser Stelle nur im Denkansatz umrissenen sozialtheoretischen Horizont zur Interpretation der Entwicklungsrichtung und -dynamik der national wie international kollektiv organisierten Frauenpolitik: Vor dem Hintergrund der Koordinaten beschleunigter ökonomischer Globalisierung einerseits und formaldemokratischer Transformationsprozesse autoritärer Herrschaftsstrukturen, vor allem in Osteuropa seit Beginn der 90er Jahre, andererseits, kann diese kollektiv organisierte Politik als 'dritte Frauenbewegung' bezeichnend werden, denn Organisations- und Politikformen sowie Inhalte, Ziele aber auch Bereiche und Reichweite der Einflußnahme der transnationalen Frauenbewegungen innerhalb der Weltgesellschaft der 90er Jahre unterscheiden sich – wie nur grob markiert werden kann – deutlich von denjenigen der ersten des vergangenen sowie der zweiten Frauenbewegung seit den 70er Jahren dieses Jahrhunderts (vgl. Wobbe 1997).

Beispielhaft für die Fruchtbarkeit des intendierten Perspektivenwechsels kann die in Rom 1957 erfolgte Grundsteinlegung dessen, was als EU-Frauenpolitik firmiert, gelten. Jene hat für das hier angeleuchtete Zusammenspiel und die Wechselwirkungen zwischen internationalen Frauenbewegungen und institutionalisierter Frauenpolitik nationalstaatlicher bzw. supranationaler staatlicher Institutionen prototypischen Charakter. Jedoch gilt es, die Aufmerksamkeit auf die üblicherweise in diesem Zusammenhang ausgeblendete politische Akteurschaft von Frauen für Frauen zu richten. Teil

der römischen EWG-Verträge von 1957 war auch § 119, welcher die Pflicht zur Gleichbehandlung der Geschlechter beim Arbeitsentgelt normierte. Auf 'fairen Wettbewerb' pochend, gab Frankreich hierfür den Anstoß, da hier Arbeitgeber Frauen höhere Löhne zahlten, als diejenigen der übrigen Mitgliedsstaaten. Die Frage, wie es zu diesen, im Rahmen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betrachteten, höheren Löhnen kam, bleibt in den Darstellungen zur Geschichte des mittlerweile vierzig Jahre währenden Projekts der europäischen Integration ungestellt, so daß die aktive politische Beteiligung von Frauen unausgeleuchtet bleibt. Denn den Ausgangspunkt dieser Lohn-Differenz bildeten die Arbeitskämpfe französischer Arbeiterinnen in den 30er Jahren: In harter Auseinandersetzung mit männlich dominierten Gewerkschaftsvertretungen war es diesen Frauen gelungen, jene dazu zu bewegen, am Ende des zweiten Weltkrieges auf der Forderung nach gleichem Lohn für Frauen zu insistieren.

Gleichwohl war der § 119 zunächst kein politischer Bezugspunkt für die Durchsetzung gleicher Löhne in den Mitgliedstaaten. Erst Ende der 60er Jahre begannen in Belgien sowohl Gewerkschafterinnen als auch Juristinnen auf dieses erste Gleichbehandlungsgebot im EG-Recht zu rekurrieren. Erneut bildeten streikende Arbeiterinnen die Vorhut: In der Munitionsfabrik Herstal stellten sie zwar ein Drittel der Belegschaft, doch verdienten sie durchgängig weniger als den niedrigsten Männerlohn und forderten in explizitem Bezug auf den § 119 gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Als direktes Ergebnis dieses Streiks modifizierte die belgische Regierung das nationale Arbeitsrecht und räumte ein, daß Fälle von Lohnungleichheit vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt werden könnten (Hoskyns 1996). Zwei bis heute in der Frauenbewegung engagierte Juristinnen gingen vor diesem Hintergrund 1971 auf

eigene Initiative mit dem Fall der Flugbegleiterin Defrenne vor den EuGH. Zu diesem Zeitpunkt verpflichteten sich Stewardessen der belgischen Fluggesellschaft qua Arbeitsvertrag, im Alter von 40 Jahren mit einer äußerst geringen einmaligen Abfindung aus dem Flugdienst auszuschneiden, da sie für die mehrheitlich männlichen Fluggäste als nicht mehr attraktiv genug galten. Lehnten die Richter des EuGH zunächst ihre Kompetenz über diesen Fall zu entscheiden ab, gewannen die Juristinnen Vogel-Polsky und Cuvelliez fünf Jahre später den abermals von den EuGH gebrachten Fall Defrenne: 1976 anerkannten die Richter § 119 in diesem sowie in vergleichbaren Fällen als direkt anwendbare Rechtsgrundlage gegenüber öffentlichen und privaten Arbeitgebern.

Juristische Kommentare zu dieser Entscheidung mit Präzedenzcharakter billigten zwar zumeist den Einschätzungswandel der EuGH-Richter, fragten jedoch nicht nach deren Motiven. Als entscheidend hierfür bewertet die englische Politikwissenschaftlerin und Spezialistin zur EU-Frauenpolitik, Hoskyns, die wachsende Präsenz der Frauenbewegungen in West-Europa: „Judges are impressable people, and by 1976 they could see that the situation of women was an important political concern. They took the opportunity in 1976 to make the decision they did not make five years earlier. Rather than generating a bold move of its own, the court was responding to political activism among women“ (Hoskyns 1996: 17). Hierzu gilt es zu ergänzen, daß die Entscheidung der Vereinten Nationen im Anschluß an die erste Weltfrauenkonferenz in Mexiko City 1975 eine 'Weltfrauentekade' zu proklamieren, den öffentlichkeitswirksamen Aktionen der westeuropäischen und nordamerikanischen zweiten Frauenbewegung gegen 'Weiblichkeitswahn', bestehende Abtreibungsgesetzgebungen, Gewalt gegen Frauen oder Diskriminierung lesbischer Frauen bedeutenden Nachdruck ver-

lieh. Und nicht zuletzt der – wie bereits ausgeführt – im Zusammenhang der Vorbereitung dieser ersten UN-Frauenkonferenz durch die internationalen Frauenbewegungen 1976 in Brüssel organisierte Kongreß gegen 'Gewalt gegen Frauen' kann als Motor für die Responsivität von EG-Institutionen sowie der weiteren Ausgestaltung von EG-Frauenrecht gelten, das wiederum zum Referenzpunkt der Forderungen nationaler Frauenbewegungen und -gruppen geworden ist. Die Auswirkungen der Weltfrauentekade sowie der in diesem Rahmen organisierten Weltfrauenkonferenzen in Kopenhagen 1980 und Nairobi 1985 auf die jeweiligen nationalen politischen Kulturen als Kontext von Frauenpolitik sind nicht nur ein bislang unbearbeitetes, sondern können auch als lohnenswertes Forschungsfeld gesehen werden.

Um – im Wunsch nach Erfolgsmeldungen über die Frauenbewegungen, welche von politischen BeobachterInnen wie Bewegungssoziologen immer wieder totgesagt werden – nicht dem Verdacht der Schönfärberei ausgesetzt zu sein, soll an dieser Stelle darauf verwiesen werden, daß die bis heute auch unter dem Druck der nationalen wie internationalen Frauenbewegungen erarbeiteten EG-Gleichbehandlungsrichtlinien (Lohnleichheit 1975; Zugang zum Beruf 1976; Soziale Sicherheit 1979; Betriebsrente 1986; Selbstständige Erwerbsarbeit sowie Mutterschutz 1986; Aufenthaltsrecht 1990; Gesundheitsschutz von schwangeren und stillenden Arbeitnehmerinnen sowie Wöchnerinnen 1992) unter Maßgabe wettbewerbspolitischer sowie menschenrechtlicher Motive sich in einem eingeschränkten Horizont formaler Gleichheit befinden.⁷ So konzentrieren sich diese transnational verbindlichen Richtlinien als Primärrecht auf die Bereiche Arbeitsleben sowie soziale Sicherheit. EG-Antidiskriminierungspolitik beschränkt sich ausdrücklich auf die gesellschaftliche Benachteiligung von Frau-

en auf dem Arbeitsmarkt. Sie wird darüber hinaus auch von feministischen Beobachterinnen als zersplitterte und eingemauerte 'Politik im Ghetto' charakterisiert, die, trotz EG-Frauenetzwerken und Frauenlobby, ein hohes Demokratiedefizit aufweise und – gegenüber einer 'kamaralistischen Geheimdiplomatie' des EU-Ministerrats – zur Gleichstellungsmaschine verkomme, weil sie gänzlich von den Interessen und Bedürfnissen der europäischen Frauen abhebe (Schunter-Kleemann 1992).

Dies alles in Rechnung stellend, gilt es jedoch zugleich festzuhalten und empirisch herauszuarbeiten, daß und wie aufgrund der politischen Akteurschaft der sich vernetzenden und Lobbypolitik betreibenden, nationalen wie internationalen Frauenbewegungen, -organisationen und -gruppen zentrale gesellschaftspolitische Problemfelder, u.a. Frauenarbeitslosigkeit, Aus- und Weiterbildung sowie Wiedereingliederung nach Erziehungszeiten, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Kinderbetreuung, Teilzeitarbeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Elternurlaub in Form von EG-Mitteilungen und Empfehlungen sowie im Rahmen der mittlerweile fünf 'Aktionsprogramme' auf die frauenpolitische EU-Agenda gekommen sind und nationalstaatlichen Implementierungsdruck erzeugen. Denn auch dieses 'Sekundärrecht', d.h. Mitteilungen und Empfehlungen, ist adressiert an die Mitgliedsstaaten und fordert sie zu nationalen Gesetzgebungen auf. Daneben läßt sich an den Anhörungen im EU-Parlament zeigen, wie umfassend und den Erwerbsarbeitsbereich überschreitend Frauenpolitik auf diesem Parkett geworden ist: Zu Abtreibung, Prostitution, Sextourismus oder Reproduktionstechnologien hat das EU-Parlament ausführliche und qualifizierende Stellungnahmen in Form von Entschließungen verabschiedet. Am Beispiel der Auseinandersetzung über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, d.h. den gemeinsamen Anstrengungen von Frauenbe-

wegungen, Frauennetzwerken und Europaparlamentarierinnen für eine Verrechtlichung von Sanktionen gegenüber den Tätern und der Implementierung von Präventionsmaßnahmen, kann dies sowie die hier angestrebte Perspektive auf die Wechselwirkungen und deren Einfluß auf EU-Politik ein weiteres Mal illustriert werden.

Während die US-amerikanischen Frauenbewegung, ausgehend von dem innerhalb der consciousness-raising Gruppen gewonnenen Wissen über diese Form sexualisierter Gewalt von Männern gegen Frauen und über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bereits in den frühen 70er Jahren im Horizont sexueller Diskriminierung zu einem politisierten und wissenschaftlich untersuchten Gegenstand machte (MacKinnon 1978), begannen die Diskussionen in Westeuropa hieran gemessen mit einiger Verzögerung erst in den 80er Jahren. Doch konnten die Frauenbewegungen nun zum einen auf bereits vorhandene US-amerikanische Forschungsergebnisse und auf eine hierauf beruhende präzise – die Perspektive der Opfer einnehmende – Definition sexueller Belästigung rekurrieren. Zum anderen konnten sie sich auf die durch den Druck und die Lobby-Politik von Frauenbewegung und -gruppen in den USA formulierten Rechtsnormen und auf erste Erfahrungen der Anwendung beziehen. Gleichzeitig rückten die NRO-Foren der Weltfrauenkonferenzen in Kopenhagen und Nairobi das Thema Gewalt und sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt und es gelang ihnen, 1985 in Nairobi auch die RegierungsvertreterInnen der UN-Mitgliedsstaaten von der Dringlichkeit von Aktionen zu überzeugen: In Nairobi beschäftigte sich auch die offizielle UN-Frauenkonferenz wesentlich mit dem Thema Gewalt gegen Frauen und machte diese Dimension patriarchaler Herrschaft zu einem Schwerpunkt der 'Forward Looking Strategies on the Advancement of

Women', d.h. dem Abschlußdokument zu den 'Zukunftsstrategien zur Förderung der Frau bis zum Jahr 2000' (Wichterich 1985; 1995). Doch bereits die Konvention zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen von 1979 zielte auf diese Dimension männlicher Macht.

Im Rekurs auf die UN-Deklaration engagierten sich in Westeuropa vor allem feministisch orientierte GewerkschaftlerInnen, flankiert von Frauen aus den Selbsthilfe-Projekten zu Gewalt gegen Frauen, für das Ziel, diese sexualisierte Form der Diskriminierung von Frauen in der Erwerbsarbeit rechtlich verbindlich sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst zu sanktionieren. Druck auf EG-Politiker ging zugleich von Abgeordneten des Europaparlaments aus, die eine europaweite Studie zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, deren Prävalenz, Formen, Opfern und Tätern initiierten (Rubinstein 1988).

Doch scheiterte die unter hohem Druck durch Netzwerke der Frauenbewegungen wie der französischen AVFT (Association Européenne contre les Violence Faites aux Femmes au Travail), der holländischen 'Handus Thus' oder der englischen WASH (Women Against Sexual Harassment) vorangetriebenen Vorschläge für eine EG-Richtlinie Ende der 80er Jahre am Widerstand einzelner Mitgliedsstaaten, die sich weiteren Verrechtlichungen im Bereich der Sozialpolitik widersetzen.⁸ Unter Kommissionsvorsitz Irlands wurde 1990 – in der Mitte des dritten Aktionsprogramms des Büros für Chancengleichheit, mit dem Ziel der vollen Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt – eine Empfehlung, d.h. 'soft-law' formuliert, das die Mitgliedsstaaten dazu aufforderte, Sanktionen und Präventionsmaßnahmen zumindest im öffentlichen Dienst zu implementieren. Auch wenn dies zwar eine 'billige' Lösung für die nationalen Regierungen ist, sich gegenüber feministischen Forderungen responsiv zu erwei-

sen, so greift die Empfehlung zentrale issues der Frauenbewegungen zum Thema auf: Sie verbindet sexuelle Belästigung mit Macht und Hierarchien zwischen Frauen und Männern und entkoppelt sie so von dem gängigen Konzept von Flirt und Sexualität. Und sie weist auf besonders verletzbare Personengruppen hin – Berufsanfängerinnen, junge und geschiedene Frauen, Alleinerziehende, Frauen aus Minoritätengruppen und behinderte Frauen (Collins 1996). Am Beispiel der dritten Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes Österreichs, das 1992 mit EU-Beitritt an verschiedenen Punkten unter Anpassungszwang geriet, läßt sich zeigen, wie durch den Druck und das Lobbying von Frauenbewegung und -gruppen, welche auf die EG-Empfehlung rekurrierten, diese auch für die Privatwirtschaft in nationales Recht umgesetzt wurde (Bundesministerin für Frauenangelegenheiten/BKA 1995).

Vor dem Hintergrund des österreichischen Beispiels wird deutlich, daß es für die Beantwortung der Frage nach den Ursachen für nationalstaatlich differierende Responsivitäten und Erfolge der nationalen Frauenbewegungen im Rahmen der EU-Frauenpolitik eines transnationalen Bezugsrahmens bedarf, der die Ausgestaltung der jeweiligen Staatsapparate und deren spezifische (nationalstaatliche) Historizität ebenso ausgeleuchtet, wie die Existenz oder Abwesenheit weiterer sozialer Bewegungen und feministischen Engagements in politischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen des intermediären Bereichs. Gefragt werden könnte nach den Effekten nationaler politischer Kulturen auf die Frauenbewegungen oder nach den Auswirkungen zentralistischer oder dezentralistischer Bestrebungen der Frauenbewegung selbst (vgl. Margolis 1993). Ein solchermaßen komparatistisch angelegter Bezugsrahmen eröffnete die Möglichkeit, die konkreten nationalen Bedingungs-konstellationen für die Umsetzung von EU-Frau-

enpolitik und der Implementierung von 'Frauenrecht' zu analysieren. Hierfür ließe sich der von Tarrow entwickelte Zugang der 'political opportunity structures' fruchtbar machen (Tarrow 1991). In Anlehnung an dessen 'Variablen Cluster' (Tarrow 1988) gälte es für die Frauenbewegungen, die spezifischen Verhinderungs- und Ermöglichungsbedingungen der nationalen Differenzen zu rekonstruieren und – wie etwa bereits von Neidhardt und Rucht für 'sozio-politische Bewegungen' vorgeschlagen – als spezifische 'Bezugsgruppen' der Frauenbewegungen zu konzeptualisieren und aufzusuchen: Parteien und Interessengruppen, Medien, das politisch-administrative System, Kontrollagenturen, Öffentlichkeit und als deren Untergruppen AktivistInnen und SympathisantInnen der Bewegung sowie Gegenbewegungen (Neidhardt/Rucht 1991: 457).

Zurück zum hier aufgegriffenen konkreten Beispiel des mittlerweile in der EU anerkannten und bearbeiteten politischen Problemfelds 'sexuelle Belästigung': An diesem wird deutlich, daß auch EU-Ministerräte, trotz des Ziels von Deregulierung und Neoliberalismus, sich gegenüber den umfassenden gesellschaftspolitischen Diskursen und Aktionen der Frauenbewegungen nicht abschotten können, auch wenn jene weit über einen verengten Diskriminierungsbegriff hinausgreifend, im wechselseitigen Rekurs aufeinander die ideologischen wie materiellen Fundamente der modernen hierarchischen Geschlechterordnung aufzuheben suchen und internationale Frauenpolitik in einen umfassenden Horizont von Geschlechtertrennung und Geschlechterherrschaft stellen.

Diese, gesamtgesellschaftliche Reproduktion in den Blick nehmende, Politik läßt zugleich einmal mehr die bewegungssoziologische Subsumtion der zweiten Frauenbewegung unter die 'neuen sozialen Bewegungen' als unzureichend erkennen. Doch bislang erweisen sich vor al-

lem europäische Politik- und Sozialwissenschaftler bezogen auf ihre Prämissen und Fragestellungen zum Gegenstand 'Frauenbewegung' wenig irritierbar. Weder die umfassenden gesellschaftspolitischen sowie transnational vernetzten Diskursen und Praxen dieser Sozialbewegung noch die Ergebnisse internationaler Forschung und Theoriebildung von Sozialwissenschaftlerinnen und Historikerinnen, welche in den vergangenen zwanzig Jahren innerhalb von Universitäten und Forschungsinstituten eine Fülle von Detailstudien aus verschiedensten Perspektiven und mit facettenreichen Fragestellungen zu den Frauenbewegungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts vorlegten und nicht zuletzt die historianschen Traditionslinien dieser Sozialbewegung herausarbeiteten und als solche allererst in den analytischen Fokus rückten, vermögen die anhaltend vorgenommene Subsumtion in Frage zu stellen.

Denn der bewegungssoziologische Blick wendet sich weiterhin den Gemeinsamkeiten der zweiten Frauenbewegung mit so unterschiedlichen kollektiven AkteurInnen (wie Bürgerinitiativen, Anti-Atomkraft- und Aufrüstungsprotesten, Häuser- und Jugendhäuserkämpfen, Alten-, Homosexuellen- und Bürgerrechtsinitiativen, 'alternativen' Betrieben, Ökologie- und Selbsthilfegruppen) und deren Zielen zu (vgl. Roth/Rucht 1991). Vor dem Hintergrund der als prototypisch gesetzten 'alten' Sozialbewegung – der Arbeiterbewegung – zeigen sich einige Merkmale diese heterogenen 'neuen', die sich seit Anfang der 70er Jahre in Westeuropa präsentierten: das Fehlen einer konsistenten Ideologie, die thematische Vielfalt und der rasche Issuewechsel, die Betonung auf direkter Aktion im Handlungsrepertoire, der geringe Organisationsgrad und die 'Führerfeindlichkeit'. Ausgestattet mit 'amöbenhaften Konturen' und von 'ideologischer Diffusität', verfügen die Neuen weder über 'ein bestimmtes Anliegen' noch über einen 'hegemonialen or-

ganisatorischen Kern' (Roth/Rucht 1991,19f; vgl. Roth 1994; Rucht 1994). In einem modernisierungstheoretischen Horizont situiert, richtet sich die Interpretation der Entstehungsursachen dieser 'neuen' sozialen Bewegungen auf die spezifische Problemstruktur 'postindustrieller', d.h. industrieller Dienstleistungsgesellschaften, welche diesen neuen 'Mobilisierungs-' bzw. 'Bewegungstyp' hervorbringe. Zentrale Differenz zur alten Sozial-, der Arbeiterbewegung, sei der veränderte Zielbereich: Im Unterschied zu den Vorgängerbewegungen gelten die die neuen sozialen Bewegungen als nicht mehr 'machtorientiert' auf das politisch-sozioökonomische Subsystem ausgerichtet, sondern werden mit ihrem 'deutlichen Gefälle zur soziokulturellen Sphäre' an der Schnittstelle von 'Kultur- und Machtorientierung' angesiedelt, von wo aus sie die Veränderungen der Individuen, sozialer Beziehungen, der Lebensgestaltung und Sinnggebung intendierten. Unmittelbare Begründungen aus dem ökonomischen oder politischen Herrschaftssystem unter Aspekten wie Gleichheit und Gerechtigkeit träten hierbei zugunsten des 'Schlüsselwerts' der 'Brüderlichkeit' zurück (Raschke 1985). Nicht Statusprobleme, Verteilungs- und Herrschaftsfragen stehen nach den Analysen der Bewegungsforschung im Vordergrund der Neuen, sondern Entfremdungserfahrungen und moralische Kritik, Fragen der Lebensweise und der Lebensqualität (Brand 1989). Die Frauenbewegungen werden, nicht zuletzt um der Paßform des Konzepts der neuen sozialen Bewegungen willen, auf eine 'Revolte im Reproduktionsbereich' verkürzt, so daß Profil und historische Traditionslinien, Internationalität und Transformationspotential dieser Sozialbewegung verdeckt bleiben. Verloren geht dabei auch die Möglichkeit, die politischen und sozio-kulturellen Kämpfe der sozialen Bewegung von Frauen als kontinuierliche radikale Analyse und Kritik der Strukturprinzipien der sekundärpatriarchalischen, bürgerlich-industrie-

kapitalistischen Moderne zu entziffern: Es ist erster und zweiter Frauenbewegung geschuldet, daß eine Analyse und Kritik von den Fundamenten und der Funktionsweise dieser Moderne – die in die Dissoziation von Produktion und Reproduktion, in die Sphären-Ideologie von Privatheit und Öffentlichkeit im Verbund mit der wissenschaftlichen Ausformulierung von 'natürlichen Geschlechtscharakteren' und '-rollen' eingelassenen herrschaftsförmigen Geschlechterverhältnisse – erarbeitet und formuliert wurde (vgl. Dackweiler 1995). Erst wenn dies in Rechnung steht, wird es möglich, die Frauenbewegungen aus einer modernisierungstheoretisch informierten Perspektive auf Konstitutionsbedingungen, Entwicklungsrichtung und -dynamik zu befragen. Dann können Fragen nach den Auswirkungen von Ungleichzeitigkeiten der Modernisierungsprozesse auch dafür fruchtbar gemacht werden, um die sich entwickelnde 'dritte Frauenbewegung' in den Blick zu rücken (Lenz 1990).

Bereits die ersten Frauenbewegungen entzündeten und entwickelten sich an den Widersprüchen der Moderne und schrieben sich auf spezifische Weise mit ihren Praxen und Diskursen in diese ein: Entlang der als diametral entgegengesetzt verstandenen Achsen von Gleichheit oder Differenz warfen die international vernetzten, kollektiven Akteurinnen (vgl. Feministische Studien 1994) Fragen nach dem seit Ende des 18. Jahrhunderts revolutionär veränderten Verhältnis der Geschlechter auf: Öffentlichkeit und Privatheit, Prokreativität und Politik, Sexualität und Moral, der Ausschluß von Frauen von den Bürgerrechten sowie die geschlechtsspezifische Verteilung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit standen im Zentrum der Debatten über die Bedingungen der Möglichkeit von Gleichberechtigung (Fraise 1996). Während vor allem in den anglo-amerikanischen Ländern Rechtsgleichheit und gleiche Partizipation für Frauen gefordert wurden,

wobei es scheinbar eine Angleichung an männliche Norm in Kauf zu nehmen galt, reflektierte vor allem die bürgerlich-interkonfessionelle Frauenbewegung Westeuropas, hier an prominenter Stelle diejenige des wilhelminischen Deutschlands, die soziale, politische und kulturelle Partizipation von Frauen als 'Frauen' und forderten die gleichwertige Anerkennung von 'Weiblichkeit'. Von hier aus artikulierten die ersten Frauenbewegungen ihre umfassende Kritik an den gerade sich herausbildenden patriarchalen Institutionen des bürgerlichen Wohlfahrts- und Rechtsstaates sowie der kapitalistischen Ökonomie und suchten Alternativen zu formulieren.

Vor dem Hintergrund formal garantierter Bürgerrechte innerhalb entfalteter nationaler Wohl-

fahrtsstaaten, die zugleich durch den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen spezifische Arbeitgeber für erwerbstätige Frauen wurden und somit mitverantwortlich waren für die Strukturveränderungen von Frauenerwerbsarbeit seit den 60er Jahren⁹, skandalisierten die zweiten Frauenbewegungen Nordamerikas und Europas seit den frühen 70er Jahren in Theoriebildung sowie politischen Praxen und Strategien die spezifischen Konfliktkonstellationen der 'doppelt und widersprüchlich vergesellschafteten Frauen' (Knapp 1990) und die hierin – auch in pluralen Demokratien – weiterhin eingelassenen Dimensionen des Ausschlusses von Frauen von Lebenschancen, von gesellschaftlichen Ressourcen wie ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Empirisch immer differenzierter belegen und analysieren



heute etwa EG-Frauenetzwerke wie CREW (Centre de recherche sur les femmes européennes), Netzwerk Kinderbetreuung oder ENOW (Europaen Network of women) die Geschlechterherrschaft reproduzierenden Effekte der Vermessung von Arbeitskraft und Arbeitsvermögen der auf dem Markt befindlichen geschlechtlichen Individuen am kulturell hegemonialen Männermensch-Modell. Denn jenes Männermensch-Modell beruht auf der Ideologie eines autonomen und vernünftigen – im Sinne von mobilen, flexiblen, allzeit verfügbaren – Subjekts, welches – unbeeinträchtigt von den Dimensionen der Versorgungsökonomie – geradlinig und ohne Unterbrechungen Erwerbsarbeit und Karriere nachgeht. Doch wird das so nachhaltig von Männern belebte Modell von der Tatsache getragen, daß gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit und die individuellen Reproduktionsbedürfnisse – die sich nicht gänzlich verdienstleihen lassen – im kollektiven Bewußtsein unsichtbar und gezeugnet, de facto unbezahlt in der Privatsphäre von Frauen neben bzw. zusätzlich zu deren Erwerbsarbeit geleistet bzw. befriedigt werden. Die zweiten Frauenbewegungen politisierten diese institutionell abgesicherte Norm und Normalität männer-menschlicher Existenz, welche im Zuge der bürgerlich-kapitalistischen Moderne – wie bereits von der ersten Frauenbewegung präzise thematisiert (Wobbe 1989) – in der Sphäre der Öffentlichkeit, d.h. Markt und Staat, die Dimensionen von Prokreativität und Sexualität, von Emotionalität, Körperlichkeit und Bedürftigkeit verleugnet. Dies geschieht, um sie mit Hilfe anhaltend patriarchalem Arbeits- und Sozialrechts ebenso wie Familien- oder Steuerrecht in die 'Privatsphäre', also an die hier angesiedelten und gerade hierfür gesellschaftlich entwerteten Frauen zu delegieren und deren sich verschärfende 'Vereinbarkeitsproblematik' konsequent als 'Privatangelegenheit' zu betrachten. Daher waren die nationalen Wohlfahrts- und Rechtsstaaten im

Rekurs auf die seit den 70er Jahren sich für Frauenpolitik öffnenden supranationalen Institutionen zentrale Adressaten der zweiten Frauenbewegungen der westlichen Industrieländer, an welche jene die Forderung richteten, die Voraussetzungen für eine volle Integration und weibliche Selbstbestimmung zu schaffen.

Die Bedingungen für internationale wie nationale Frauenpolitik von Frauenbewegungen, -organisationen und -gruppen haben sich im Vergleich zu denjenigen bis Ende der 80er Jahre grundlegend verändert und mit ihnen auch die Bewegungen, deren Akteurinnen, Organisationsformen, Agenden und Foren. Die 'dritte Frauenbewegung'¹⁰, wie sie sich mit ihrem neuen Zentrum in den sogenannten 'Schwellen'- und 'Entwicklungsländern' des Südens – Afrika, Asien und Lateinamerika – im Rahmen der UN-Frauendekade, deren Konferenzen sowie den UN-Konferenzen zu 'Umwelt und Entwicklung' (1992), 'Menschenrechten' (1993), der 'Bevölkerungskonferenz' (1994) und dem 'Sozialgipfel' (1995) herausbildete, ist im Rahmen dessen zu analysieren, was die Vereinten Nationen mit 'globaler wirtschaftlicher Restrukturierung' zu bezeichnen suchen: Die Globalisierung der Wirtschaft, d.h. die Öffnung von Grenzen für den freien Verkehr von Produkten, von Arbeit, Kapital und Informationen und den damit verbundenen unterschiedlichen Folgen für Frauen des Nordens und des Südens. Dies sind die Grundlagen der internationalen Frauenpolitik geworden, wie es bei dem NRO-Forum in Huairou mit 30.000 und der vierten Weltfrauenkonferenz in Beijing mit 17.000 TeilnehmerInnen unter weltweiter Medienaufmerksamkeit erneut überdeutlich wurde. Verändert haben sich – aus einer ethnozentristischen Perspektive – nicht nur die Zusammensetzung der Haupt-Akteurinnen; verändert hat sich auch deren Agenda. So verbanden sich in der Vorbereitungsphase zur Beijing-Konferenz das europäische Netzwerk WIDE (Wo-

men in Development) mit dem nordamerikanischen Alt-WID (Alternative Women in Development) und dem Süd-Netzwerk DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era), um alternative ökonomische Analysen zu formulieren, welche die Grundlage einer Vision von einer anderen weltweiten Wirtschaftsentwicklung bildete: „Die marktorientierte Ökonomie soll ersetzt werden durch ein menschenzentriertes, geschlechtergerechtes (gender-equitable) und nachhaltiges Wirtschaften, in dem Eigenverantwortlichkeit und Rechenschaftspflichtigkeit gegenüber der Öffentlichkeit an Stelle der Abhängigkeit treten“ (Ruf 1996: 105). Eckpunkte dieser transkontinentalen Wirtschaftsvision der dritten Frauenbewegung sind zum einen die gerechte Verteilung zwischen Ländern, Geschlechtern und Klassen und zum anderen die Schaffung sozialer Infrastrukturen, welche die Bedürfnisse aller Menschen erfüllt. Diese Vision zeigt die veränderten Dimensionen eines 'globalen' Feminismus: „Women's voices have moved on from the modest ambition of being heard on public matters to the far more subversive endeavour of plotting a different path to civilization“ (Oliviera, zit. nach Miles 1996).

Regina Dackweiler, Politikwissenschaftlerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Fribourg, Schweiz.

Reinhild Schäfer, Soziologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Frankfurt am Main.

Anmerkungen

¹ Der Begriff 'zweite Frauenbewegung' verweist, ähnlich wie der des 'second-wave-feminism' im anglo-amerikanischen Sprachgebrauch darauf, daß die neue Frauenbewegung keine ganz und gar neue soziale Bewegung ist, sondern in der ersten Frauenbewegung eine historische Vorläuferin mit teil-

weise ähnlichen Anliegen hat. Die Unterschiede in den Organisationsstrukturen, dem Politikverständnis wie auch den Aktions- und Kommunikationsformen legen es jedoch nahe, von einer eigenen, eben der zweiten Frauenbewegung zu reden.

² Wir verwenden den Begriff 'sexualisierte Gewalt', da dieser deutlicher als der der 'sexuellen Gewalt' zum Ausdruck bringt, daß Sexualität das Mittel einer Gewalttat, nicht deren Zweck ist.

³ Eine Recherche von Reinhild Schäfer in den frühen überregionalen Zeitungen der Neuen Frauenbewegung (Frauenzeitung und efa) begründet diese Darstellung.

⁴ Dies erfolgte im Rahmen einer Konferenz in Berlin, die von der Europäischen Gemeinschaft angeregt und finanziell unterstützt wurde als Vorbereitung für eine internationale EG-Frauen-Konferenz in Brüssel 1978 (Vorbereitungsgruppe der 1. Berliner Frauenkonferenz 1977).

⁵ US-amerikanische feministische Wissenschaftlerinnen spielten auch in diesem Fall eine Vorreiterinnen-Rolle. Sie setzten an ihren Universitäten bereits in den 70er Jahren erfolgreich die Einrichtung von 'Women's Studies Center' und 'Women's Studies Research Center' durch. Auf der Kopenhagener UN-Weltfrauenkonferenz „wurden die amerikanischen women's studies und Hochschulfrauenzentren als Modelle für europäische Pläne diskutiert und die Erfahrungen der Amerikanerinnen besprochen.“ (Nerad 1982: 53).

⁶ Die hier verwendete Begrifflichkeit 'Frauengruppen' bzw. 'Frauenorganisationen' subsumiert sowohl thematisch als auch organisatorisch sehr unterschiedliche frauenpolitische Zusammenschlüsse: Hierunter verstehen wir a) große, dienstleistungsorientierte Frauenorganisationen wie etwa die US-amerikanische NOW oder den 'Deutschen Frauenrat'; b) politischen Parteien, Gewerkschaften oder den Kirchen angegliederte Gruppen; c) zu speziellen Problemen arbeitende 'autonome', wenn auch staatlich alimentierte Organisationen und Einrichtungen etwa zu Rechtsberatung, Gewalt gegen Frauen, Gesundheit; d) in anderen sozialen Bewegungen wie der Ökologie- und der Friedensbewegung bestehende Gruppen; e) Frauenforschungseinrichtungen und -netzwerke sowie f) Aktions- oder 'Graswurzel'gruppen, etwa zu

Frauenhandel und Kinderprostitution. Jenseits ihrer Heterogenität eint sie das frauenpolitische Ziel, weibliche Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit zu realisieren.

⁷ Ein Gleichheits-Prinzip, das zurückgeht auf die bereits vielfältig von Feministinnen kritisierte aristotelische Logik, die festlegt, daß nur Gleiches als gleich behandelt werden kann, Ungleiches demgegenüber als ungleich (MacKinnon 1991).

⁸ Die 1985 von Jacques Seguela, dem Wahlkampfmanager von Mitterrand, zum Thema sexuelle Belästigung formulierte öffentliche Äußerung läßt jedoch vermuten, daß dem Widerstand noch anders gelagerte Motive zu Grunde liegen: „Of course, I have had occasion to hump cute chicks on my office carpet. Sexual harassment is the demeanor of all Latin men towards women. In my country, we call that courtship. It is French men's need to seduce at work as well as in the subway. But be careful, in the final analysis, it is the woman who decides“ (Zelensky/Gaussot 1986, zit. nach Mazur 1996: 38).

⁹ D.h. vor allem das vermehrte Eintreten von Frauen mit Kindern in den Arbeitsmarkt und die Abkehr der Frauen von sogenannten Dreiphasen-Modellen weiblicher Erwerbsbiographie in den USA und mittlerweile allen EU-Mitgliedsstaaten, wobei ein bezogen auf bestehende Geschlechterverhältnisse besonders traditionell geltendes Land wie Portugal die höchsten Wachstumsraten weiblicher abhängig Beschäftigter aufzuweisen hat (vgl. Maruani 1997).

¹⁰ Wir bezeichnen diese numerisch als 'dritte' und grenzen den Begriff gegenüber dem im US-amerikanischen bereits durchgesetzten des 'third-wave-feminism' ab, mit welchem jüngere Frauen zwischen 20 und 30 sich von der als Zwang und (Selbst-)Zensur definierten political-correctness des Feminismus der Mütter-Generation abwenden und zum Tabu-Bruch gegenüber feministischen essentialism auffordern (vgl. Walker 1995).

Literatur

Brand, Karl-Werner 1989: Neue soziale Bewegungen – Ein neoromantischer Protest? Thesen

zur historischen Kontinuität und Diskontinuität der „neuen sozialen Bewegungen“. In: Wasmuth, Ulrike (Hg.), Alternativen zur alten Politik. Neue soziale Bewegungen in der Diskussion. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 125-139.

Braun, Katrin 1995: Frauenforschung, Geschlechterforschung und feministische Politik. In: Feministische Studien, Jg. 13, Heft 2, 107-117.

Bundesministerin für Frauenangelegenheiten/Bundeskanzleramt Wien 1995: Bericht über die Situation der Frauen in Österreich. Frauenbericht, Wien.

Butler, Judith 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt: Suhrkamp.

Collins, Evelyn 1996: Europaen Union Sexual Harassment Policy. In: Elman, R. Amy (Hg.), Sexual Politics and the Europaen Union. Providence/Oxford: Berghan Press, 23-33.

Dackweiler, Regina 1995: Ausgegrenzt und eingemeindet. Die Neue Frauenbewegung im Blickfeld der Sozialwissenschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Fraïse, Genieve 1995: Geschlecht und Moderne. Archäologien der Gleichberechtigung. Frankfurt: Fischer.

Hoskyns, Catharine 1996: The Europaen Union and the Women Within: An Overview of Women's Rights Policy. In: Ellman, R. Amy (Hg.), Sexual Politics and the Europaen Union. Providence/Oxford: Berghan Press, 13-22.

Katzenstein, Mary Fainsod/Mueller, Carol McClurg 1987: The Women's Movement of the United States and Western Europe. Consciousness, political opportunity and public policy. Philadelphia: Tempel U.P.

Knapp, Gudrun-Axeli 1990: Zur widersprüchlichen Vergesellschaftung von Frauen. In: Hoff, Ernst (Hg.), Die doppelte Sozialisation Erwachsener. Weinheim/München: Juventa, 17-53.

Lenz, Ilse 1990: Frauenbewegungen und die Ungleichzeitigkeiten der Moderne. Ein Problemaufriß. In: Peripherie 39/49, 161-175.

MacKinnon, Catharine 1991: Reflections on Sex Equality under Law. In: Yale Law Journal 100, 1281-1328.

MacKinnon, Catharine 1979: Sexual Harassment of Working Women: a Case of Sex Discrimination. New Haven: Yale University Press.

- Margolis, Diane Rothbard* 1993: Women's Movements around the World: Cross-Cultural Comparisons. In: *Gender & Society*, Vol. 7, No. 3, 379-399.
- Maruani, Margaret* 1997: Die gewöhnliche Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hg.), *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*. Frankfurt: Suhrkamp, 48-72.
- Mazur, Amy G.* 1996: The Interplay: The Formation of Sexual Harassment Legislation in France and EU Policy Initiatives. In: Elman, R. Amy (Hg.), *Sexual Politics and the European Union*. Providence/Oxford: Bergham Press, 35-49.
- Miles, Angela* 1996: Integrative Feminism. Building global visions. New York: Routledge.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter* 1991: The analysis of social movements: The state of the art and some perspectives for further research. In: Rucht, Dieter (Hg.), *Research on social movements*. Frankfurt: Campus, 421-464.
- Nerad, Maresi* 1982: Frauenzentren an amerikanischen Hochschulen. Werkstattberichte Band 5, Gesamthochschule Kassel.
- Raschke, Joachim* 1985: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt: Campus.
- Roth, Roland* 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Köln: Bund.
- Ruf, Anja* 1996: Weltwärts Schestern! Von der Weltfrauenkonferenz in die globale Zukunft. Bonn: Dietz.
- Rubinstein, Michael* 1988: The Dignity of Women at Work: A Report on the Problem of Sexual Harassment in the Member States of the European Communities. Brussels: Office for Official Publications of the European Communities.
- Schunter-Kleemann, Susanne* 1992: Das Demokratiedefizit der EG und die Verrechtlichung der Frauenfrage. In: dieselbe (Hg.), *Herrenhaus Europa. Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat*. Berlin: Edition sigma, 29-58.
- Tarrow, Sidney* 1988: National politics and collective action: recent theory and research in Western Europe and the United States. In: *Annual Review of Sociology*, H. 14, 421-440.
- Tarrow, Sidney* 1991: Kollektives Handeln und Politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 43, Heft 4, 647-670.
- Walker, Rebecca* (Hg.) 1995: *To be real. Telling the Truth and Changing the Face of Feminism*. New York: Anchor Books.
- Wichterich, Christa* 1985: Eindrücke vom Forum '85 und der 3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Heft 15/16, S. 198-202.
- Wichterich, Christa* 1995: Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking. Ein Leitfaden. Hrsg. v. Forum Umwelt & Entwicklung. Bonn.
- Wobbe, Theresa* 1989: Gleichheit und Differenz. Politische Strategien von Frauenrechtlerinnen um die Jahrhundertwende. Frankfurt: Campus
- Wobbe, Theresa* 1997: Neue Grenzen des Geschlechts. Frauenpolitik in der Weltgesellschaft. Unveröffentl. Vortrag zum Kongress der SGS „Differenz und Ungleichheit. Entwicklungen und Perspektiven der Geschlechterforschung“, Bern.

Andreas Buro

Transformationen, Bilanzen und Perspektiven der bundesrepublikanischen Friedensbewegung

1 Transformationen im Überblick

Zunächst gebe ich eine grobmaschige Übersicht der Transformationen der bundesrepublikanischen Friedensbewegung, um an die vielen inhaltlichen Veränderungen und institutionellen Brüche zu erinnern. Dabei muß ich notwendigerweise pauschalisieren. Ich betone deshalb, daß die Friedensbewegung in allen Phasen in politischer, sozialer und weltanschaulicher Hinsicht sehr heterogen war.

Mit dem NATO-Beitritt der BRD 1954 endet die relative breite 'Ohne-mich-Bewegung' gegen die Wiederaufrüstung, die wohl kaum von pazifistischen Werten getragen war. Der Protest gegen die Atomwaffen wurde in der zweiten Hälfte der 50er Jahre von SPD, Gewerkschaften, evangelischer Kirche und einzelnen Persönlichkeiten in der Kampagne 'Kampf dem Atomtod' organisiert (Rupp 1971). Die großen Organisationen hatten dabei das Sagen. 1959 machte die SPD auf ihrem Parteitag in Bad Godesberg einen Schwenk in Richtung auf eine große Koalition. 'Kampf dem Atomtod' paßte nicht mehr in diese neue politische Landschaft der Sozialdemokratie und wurde kurzerhand organisatorisch und finanziell abgewürgt. Dieser erste Akt der Friedensbewegung führte zu einer höchst unerwarteten Wende.

Pazifistische Gruppen in Norddeutschland veranstalteten daraufhin 1960 den ersten Oster-

Sternmarsch von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig aus zum Raketentrübungsplatz Bergen-Hohne, woraus sich die bundesweite, unabhängige, außerparlamentarische Opposition entwickelte (Buro 1977). Zunächst firmierte sie unter dem Namen 'Ostermarsch der Atomwaffengegner' und nannte sich am Ende der 60er Jahre, damit einen sozialen Lernprozeß anzeigend, 'Kampagne für Demokratie und Abrüstung'. Diese Kampagne wurde zu einem breiten Bündnis aus den unterschiedlichsten sozialen Milieus und politischen Lagern, finanzierte sich selbst und war von keiner Partei und keiner Großorganisation abhängig (Otto 1977).

Ende der 60er Jahre war die Kampagne derart politisiert, die StudentInnenbewegung hatte dazu viel beigetragen, daß sie sich zugunsten vieler Reformprojekte in fast allen gesellschaftlichen Bereichen auflöste. Es war die Zeit der Entspannungspolitik während der Kanzlerschaft von Willy Brandt. Ökologische, soziale, entwicklungspolitische und frauenpolitische Probleme beschäftigten die Menschen weit mehr als die vermeintlich entschärfte Bedrohung durch Atomwaffen und Krieg. Die Friedensbewegung versank in einen Dornröschenschlaf zugunsten anderer Aktivitäten.

Als jedoch 1979 die NATO ihren Doppelbeschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen mit minimaler Vorwarnzeit faßte, änder-

te sich die Situation schlagartig. Die Menschen aus den vielfältigen sozialen Bewegungen bildeten Friedensgruppen im ganzen Land und es entstand die größte Friedensmobilisierung, die es jemals in Deutschland gegeben hatte. Ziviler Ungehorsam und gewaltfreie Aktionsformen gewannen große Verbreitung.

Gorbatschows Entspannungs- und Abrüstungspolitik läutete bis zum Ende der 80er Jahre eine neue Ebbe der Friedensbewegung ein. Man war nicht mehr bedroht. Erst der Krieg am Golf störte die Ruhe. Nach der erforderlichen 'Inkubationszeit' wurde der Protest wiederum vehement auf die Straßen getragen. Dabei waren unter den Akteuren viele junge Menschen.

Dann änderten sich die Verhältnisse grundlegend. Während die Deutschen selbst nicht unmittelbar bedroht waren, ging es um den Frieden im ehemaligen Jugoslawien. Grenzüberschreitende Friedensarbeit war jetzt notwendig (Buro 1997: 119ff). Fragen nach ziviler Konfliktbearbeitung wurden drängend. Damit wurde neben dem Kampf für Abrüstung das zweite große Thema der Friedensbewegung auf die Tagesordnung gesetzt.

2 Protest und Alternativen

Die Friedensbewegung wird immer wieder als Protestbewegung beschrieben. Protest gegen die Wiederbewaffnung, die Bombe, das System der Abschreckung, die Stellvertreterkriege, gegen die Interventionen der Großmächte usw. Immer wieder wurde versucht, dieses Protestieren in die Nähe des Querulantentums zu rücken. Dabei ist oft – wohl auch absichtlich – übersehen worden, wie sehr die Friedensbewegung stets um die Ausarbeitung von Alternativen zur herrschenden Politik bemüht war. Um Beispiele zu nennen: In den 50er Jahren wurden gegenüber der Westorientierung Adenauers alternative Pläne für die

Deutschlandpolitik vorgetragen (Rupp 1971). In den 60er Jahren waren es Programme für nuklearwaffenfreie Zonen, wie etwa das 'Sofortprogramm' der Kampagne für Demokratie und Abrüstung. In den 80er Jahren waren es die Defensivkonzepte als Ansätze für Deeskalation und Abrüstung (Komitee für Grundrechte und Demokratie 1981; Böge/Wilke 1984). Neben solchen realpolitischen Ansätzen wurde auch an Vorschlägen aus streng pazifistischer Sicht gearbeitet (Tatz 1984). Ich verweise nur auf die Diskussion über 'soziale Verteidigung'.

Nach dem Beschluß des Bundestages 1983, die gefürchteten Mittelstreckenraketen doch zu stationieren, gewann der Protest eine neue Qualität. Er wurde zum massenhaften, gewaltfreien, zivilen Ungehorsam (Komitee für Grundrechte und Demokratie 1992) und Mutlangen zum Symbolort hierfür. Die pazifistische Strömung innerhalb der Friedensbewegung übernahm dabei eine bedeutende Orientierungsfunktion: Dauerhafter Frieden könne nur mit friedlichen Mitteln erreicht werden. Im Hintergrund dieser Diskussion stand auch die Auseinandersetzung mit der Gegenthese der RAF, die für ihr Ziel einer vermeintlich besseren Welt bereit war, Gewalt anzuwenden. Die Entscheidung zugunsten von Gewaltfreiheit und, abstrakt gesagt, Beachtung der 'Ziel-Mittel-Relation', fiel in den großen und sozial weit gefächerten, gewaltfreien Blockadeaktionen der 80er Jahre. Damit war gleichzeitig eine Entscheidung für die Arbeit für positiven Frieden und für zivile Konfliktbearbeitung als Alternative getroffen.

3 Probleme der Mobilisierung

Soziale Bewegungen sind Korrekturbewegungen auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Wird für viele Menschen erkennbar, daß die RepräsentantInnen der Gesellschaft die von ih-

nen wahrgenommenen Probleme nicht lösen können, so verstärkt sich die Tendenz, über soziale Bewegungen die Verhältnisse selbst in die Hand zu nehmen. So war die Nachrüstung als so bedrohlich empfunden worden, daß viele Menschen glaubten, selbst etwas tun zu müssen.

Sehr viele TeilnehmerInnen am Friedensprotest waren nicht grundsätzlich gegen die Regierungspolitik eingestellt, also nicht Oppositionelle aus weitreichenden Motiven. Nur bezogen auf die 'Nachrüstung' wollten sie etwas anderes. Dafür ließen sie sich auf eine für sie meist ganz fremde Rolle ein, nämlich öffentlich als Oppositionelle aufzutreten. Für viele war dies keine angenehme Rolle, brachte sie doch oftmals tiefe Verunsicherung im eigenen familiären, sozialen und beruflichen Umfeld mit sich. Dieser Sachverhalt deutet auf ein

schwerwiegendes Problem der Friedensbewegung hin: Die Menschen engagieren sich in den sozialen Bewegungen in ihrer Mehrheit nicht aufgrund taktischer, politischer Kalkulationen, sondern vor allem aufgrund ihrer jeweiligen Motivationen und individuellen Präferenzen (Buro 1987). Die Friedensbewegung ist eben nicht ein bürokratischer Apparat wie Regierung und Parteien, in denen Hauptberufliche agieren. Nein, soziale Bewegungen sind ganz anders. Ihre Vitalität und Mobilisierung hängt von den Motivationen, Einsichten und Interessen der Menschen ab, die manchmal auch eine Pause brauchen.

Warum demobilisierte sich die Friedensbewegung Ende der 80er Jahre angesichts der nachlassenden militärischen Bedrohung? Die früher erhofften Bedingungen, die UdSSR sende Abrüstungssignale, waren nun einge-



troffen. Die Friedenskräfte befanden sich politisch in einer so guten Position, wie es wohl niemals zuvor der Fall gewesen war. Die Mehrheit der Bevölkerung wünschte keine weitere Aufrüstung und das anti-kommunistische Feind- und Angstbild hatte dank der vielen Abrüstungsvorschläge und der Reformbestrebungen Gorbatschows einen großen Teil seines Schreckens verloren.

Warum gingen damals die Friedensbewegten nicht massiv auf die Straße, um eine weitreichende Orientierung auf Abrüstung einzufordern? Ich vermute folgenden Zusammenhang:

(1) Die Schwierigkeiten der Friedensbewegung beruhten nicht auf einer Überzeugungskrise ihrer AnhängerInnen, sondern auf einer Demotivation. Diese war besonders stark und wirksam bei der Gruppe der Bewegten und der SympathisantInnen, während die vornehmlich politisch motivierten Aktiven ihre Arbeit fortsetzten.

(2) Nicht zuletzt aus Gründen der psychischen Entlastung der Einzelnen richteten sich Friedenshoffnungen wieder verstärkt auf staatliches Handeln.

(3) Eine Analyse des realen Handelns der Regierungen trat in den Hintergrund. Dies nicht nur, weil die militärpolitischen und Rüstungskontrollprobleme schwer durchschaubar waren, sondern auch weil dadurch die mit der staatlichen Obrigkeit wiederhergestellte Harmonie (Verlassen der Oppositionsrolle) hätte gefährdet werden können.

(4) Andere Interessenfelder rückten in den Vordergrund und besetzten das Zeitbudget der einzelnen Personen. Damit ergaben sich zusätzliche – scheinbar objektive Gründe – für ein geringeres Engagement in der Friedensbewegung. Dies ging allerdings nicht so weit, daß

nicht gelegentlich Großdemonstrationen besucht oder Aufrufe unterstützt wurden.

(5) Von der relativ großen Gruppe der Aktiven gingen nach wie vor gewichtige Anregungen und Angebote aus, die von Bewegten und SympathisantInnen aber nur bedingt aufgegriffen wurden. Die Kommunikationssysteme der Organisationen konnten jedoch keine Remobilisierung bewirken.

Es trat also die paradoxe Situation ein, daß die Friedensbewegung analytisch und prognostisch auf einem recht hohen Niveau arbeitete, während sie gleichzeitig als Massenbewegung kaum präsent war und die Akzeptanzkrise der Bundeswehr nicht nutzen konnte.

Auch in der gegenwärtigen Situation ist keine Massenmotivation zu Friedensarbeit zu erkennen, obwohl durch *out-of-area*, die Neue NATO, den Ausbau der Interventionsstreitkräfte und der entsprechenden Rüstungsindustrie EU-Europas entscheidende Weichenstellung der Militarisierung gestellt werden. Grenzen der aktuellen Eingriffsfähigkeit sozialer Bewegungen werden erkennbar.

4 Das Ende des Ost-West-Konfliktes

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums verändert auch für die Friedensbewegung die sicherheits- und friedenspolitische Landschaft grundlegend (Buro 1997:13ff). Im Bereich der Ideen und damit der grundsätzlichen politischen Orientierung hat die Friedensbewegung seit 1988/89 einen großen Schritt vorwärts getan.

Über Jahre hinweg war innerhalb der Friedensbewegung eine Konzentration auf einzelne Waffensysteme oder -strategien vorherrschend (z.B. Pershing II und Airland Battle). Die großen Ziele, nämlich die Überwindung des Ab-

schreckungs- und Bedrohungssystem und die Etablierung eines politisch auf Kooperation und gegenseitigen Vorteil gründenden Friedens, traten dabei als Themenstellung in den Hintergrund. Jetzt gab es in dieser Hinsicht einen erheblichen Wandel.

Der Koordinierungsausschuß hat von dieser neu entstandenen Situation konsequent Gebrauch gemacht. Seit der Tübinger Aktionskonferenz im Mai 1988 stand die Friedensarbeit deutlich auf zwei 'Füßen'. Dabei war der 'Kritik-Fuß' nicht mehr nur auf spezielle Waffensysteme konzentriert, sondern auf das Abschreckungs-, Bedrohungs- und Militärsystem schlechthin.

Der zweite, der 'Utopie-Fuß', beinhaltete den Grundgedanken, daß Frieden in Europa nicht auf Waffen, sondern auf Verständigung über die Formen des Zusammenlebens im 'Gemeinsamen Haus' gegründet sein müsse (Senghaas 1992). Dementsprechend galt es, Aussöhnungsarbeit zwischen der Bundesrepublik oder besser deren Gesellschaft und den osteuropäischen und den ehemals sowjetischen Gesellschaften zu leisten. Die Bedingungen für eine gesamteuropäische gemeinsame, friedliche Zukunft waren zu entwickeln. In der schon 1987 begonnenen Diskussion ging es um den Begriff und eine entsprechende Politik des positiven Friedens für Europa. Mit dieser Neuorientierung war die weit verbreitete Hoffnung verbunden, es träte nun eine Ära der gleichberechtigten Kooperation zwischen Ost und West ein, in der die erwartete Friedensdividende friedensstiftend und entwicklungsfördernd eingesetzt werden würde. Solche Erwartungen wurden jedoch bald durch den Golf-Krieg (Komitee für Grundrechte und Demokratie 1991), die eskalierenden Kämpfe im ehemaligen Jugoslawien und durch die Umorientierung und Umrüstung der NATO-Staaten auf Interventionsfähigkeit ernüchtert (Buro 1997: 57ff, 47ff).

Die neue Ära nach dem Ost-West-Konflikt stellte auch in Bezug auf die Handlungsformen der Friedensbewegung ganz neue Anforderungen. Konnte angesichts des Golf-Krieges schergewichtig noch mit den bekannten Demonstrationen und Großveranstaltungen in Deutschland unter dem provokativen Motto 'Kein Blut für Öl' reagiert werden, so war dies beim Krieg in Bosnien nicht mehr möglich. Dort war Grenzen überschreitende Friedensarbeit gefordert, für die kaum Erfahrungen vorlagen. Zudem boten die traditionellen Strukturen der Friedensbewegung, sowie ihre finanzielle Ausstattung und organisatorischen Kapazitäten hierfür nur recht unzureichende Voraussetzungen. Trotzdem wurde von der internationalen, wie auch der deutschen Friedensbewegung diese neue Herausforderung angenommen. Bis heute wurde eine große und vielfältige Arbeit im Sinne des neu aufkommenden Begriffs der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) geleistet.

5 Gerechter Krieg? Eine Zerreißprobe

Der Krieg in Kroatien und Bosnien bewegte die Menschen in der Friedensbewegung mehr als alle anderen kriegerischen Konflikte zuvor. Mitleiden und der Wunsch zu helfen, bildeten eine der großen Gemeinsamkeiten. Freilich sind die Grausamkeiten dieses Krieges kein neues Argument gegen Antimilitarismus. Trotzdem hat der Wunsch nach einem schnellen Ende des fast hautnah erlebten Infernos die Menschen innerlich gespalten. Da kämpften in aller Regel nicht Fraktionen angeblicher BellizistInnen und pazifistischer FundamentalistInnen miteinander, vielmehr flüsterten Allmachtsphantasien und Technologieglaubigkeit den Menschen zu, ein entschlossenes militärisches Eingreifen könne alles schnell beenden. Hier sei humanitäre militärische Intervention vielleicht doch möglich und gerechtfertigt.

Auch wenn mittlerweile der offene Krieg beendet ist, so war die Diskussion über die militärische Intervention mit humanitärer Absicht dennoch von grundsätzlicher Bedeutung für die Friedensbewegung (Pax Christi et al. 1993; Pax Christi 1996), ging es doch im Kern um nichts weniger als um die Frage, ob es nicht doch 'Gerechten Krieg' geben könne. Hinter dieser Grundsatzfrage tauchte klammheimlich die Hoffnung auf, es könne humane Nationalstaaten geben, die Militär nur im Sinne von Humanität und Gerechtigkeit einsetzen würden. Könnte man mit ihnen nicht seinen Frieden machen und sich vielleicht sogar mit solchem 'guten Staat' identifizieren? Welche psychische Erleichterung wäre das! Aber dann der Zweifel. Bedeutet die Anerkennung des gerechten Krieges nicht, daß Militär immer vorgehalten und modern gerüstet werden müsse, also eine Fortsetzung der ständigen qualitativen Aufrüstung? Haben nicht eigentlich alle Mächtigen für sich reklamiert gerechte Kriege zu führen, wenn sie ihre Interessen verfolgten? Würde man aus lauter Harmoniebedürfnis nicht seinen realistischen Scharfblick verlieren, sich an die herrschenden Tendenzen der Gewalt anpassen und nur noch den Reichtum unserer Welt gegenüber der Armut der anderen legitimieren? Fragen über Fragen hat diese Diskussion aufgeworfen. Vielleicht mehr Fragen an die Pazifisten selbst als an ihre Kontrahenten.

Diese Kontroverse wird auch zukünftig eine zentrale Rolle spielen. Hier bleibt festzuhalten:

- Die Diskussion von Bellizisten und Pazifisten hat zu einer Entmischung der Friedensbewegung geführt und damit ihren pazifistischen Gehalt gestärkt. Der nicht-pazifistische Anti-Militarismus findet sich auf einmal auf einer schiefen Rutschbahn hin zur klammheimlichen Militärakzeptanz.

- Während die Linke bisher zu einem erheblichen Teil anti-militaristisch ausgerichtet war, haben viele sich der Sichtweise von Pazifisten angeschlossen, die für eine Kompatibilität von Mitteln und Zielen eintreten.
- Die Möglichkeiten nicht-militärischer, ziviler Konfliktbearbeitung zu erkunden und zu praktizieren wird nun mit starker Motivation besetzt und voran getrieben.

6 Aktuelle Aufgabe und Perspektiven

Die kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien haben der Friedensbewegung nicht nur große Anstrengungen in Hinblick auf eine Neuorientierung abverlangt, sondern auch geholfen, ihre Aufgabenstellung deutlicher herauszuarbeiten. Eine zivile Völkergesellschaft in Europa zu entfalten, die ihre Friedensordnung auf Kooperation, Nicht-Bedrohung und gewaltfreier Konfliktbearbeitung gründet. Ernsthafte Abrüstungsschritte würden nur durchsetzbar sein, wenn es gelänge, eine überzeugende Alternative zum militärischen Konfliktaustrag zu entwickeln.

In der großen Vielfalt ihrer Projekte und Aktionen muß sich die Friedensbewegung demnach zwei großen Aufgaben widmen: Sie muß ihren Kampf für Abrüstung und gegen den weiteren Militäraufbau führen. Kampagnen gegen Minen, Rüstungsexport und Einrichtungen von 'Bombodroms' durch die Bundeswehr, für Rüstungskontrollabkommen, Konversion von Rüstungsproduktion, für Kriegsdienstverweigerung und eine Bundesrepublik ohne Armee (BoA) und vieles mehr sind unverzichtbar. Das ist das eine Standbein ihrer Arbeit.

Das andere besteht in der Ausarbeitung und der zunehmenden Verwirklichung der Alternative, nämlich der Entfaltung ziviler Konfliktbearbeitung. Ein großer Teil der grenzüber-

schreitenden Friedensarbeit vieler Gruppen im ehemaligen Jugoslawien muß bereits als ein Beitrag aus der Praxis hierzu angesehen werden. Er hat der Diskussion und Forschung über die Möglichkeiten einer solchen Alternative Anstoß gegeben. Auch die aufkommende Debatte über die Errichtung eines 'Zivilen Friedensdienstes' gehört in diesen Zusammenhang.

6.1 BoA oder die Forderung nach tatsächlicher Abrüstung

Die politischen RepräsentantInnen der westeuropäischen NATO-Staaten und der USA verhalten sich wie Sieger, die nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes ihre Militärpotentiale für Sicherung und Durchsetzung ihrer Interessen umstrukturieren. Die Chance der Zeit, radikal abzurüsten, wurde nicht ergriffen. Im Frühjahr 1990 wird so die Kampagne 'Bundesrepublik ohne Armee' zum Fokus für gemeinsame Anstrengungen der Friedensbewegung. Einen gewichtigen Anstoß hierzu hat die Initiative für eine 'Schweiz ohne Armee' gegeben. Am 26. November 1989 sprachen sich über ein Drittel der Schweizer StimmbürgerInnen für die Abschaffung der Armee aus. Dies war eine Sensation und zugleich Ermutigung, auch in anderen europäischen Ländern mit vergleichbar radikalen Kampagnen auf die friedenspolitisch neue Situation zu reagieren.

Für die Friedensbewegung lassen sich zwei strategische Ziele nennen, die die BoA-Kampagne als Dach für alle Einzelkampagnen weiterhin bestimmen dürften:

- Sie muß die militärische Integration Westeuropas zur Militärgroßmacht verhindern und
- sie muß sich gegen eine militärisch gestützte Hegemonialposition und -politik Deutschlands wenden.

Diese Ziele bedeuten nicht, einen deutschen Sonderweg einschlagen zu wollen. Vielmehr geht es um eine Weichenstellung für europäische Entwicklung. Die Weichenstellung in Deutschland hat allerdings eine besondere Bedeutung, ließe sich doch in EU-Europa ohne Deutschland keine bedeutende Militärmacht aufbauen. Viele kleinere Länder würden sich zudem einem zivilen deutschen Kurs anschließen.

Die BoA- und EoA- (Europa ohne Armee) Ziele bedeuten nicht, die Friedensbewegung sei der Illusion verfallen, ein entmilitarisiertes Deutschland und Europa seien leicht zu erreichen. Die Ziele geben vielmehr eine Arbeitsorientierung an, die militärischen Mittel so weitgehend zu beschränken, daß sich EU-Europa nicht länger für die Gestaltung seiner Politik auf sie stützen kann.

Die BoA-Kampagne im engeren Sinne muß sich jedoch Schwerpunkte setzen. Die Abrüstungsforderung erheischt zunächst, hartnäckig den Fortgang der militärischen Aufrüstung durch Modernisierung aufzudecken, gerade auch dann noch, wenn durch Verhandlungen überflüssige Militärkomponenten abgeschafft werden. Die neuen Legitimationsideologien, wonach eine Grundbedrohung stets vorhanden und deshalb stets modernste Rüstung erforderlich sei, sind bloßzustellen u.v.m.

Die Orientierung auf BoA ergibt eine langfristige Perspektive für eine Kampagne nicht nur für Abrüstung, sondern auch für Demokratie.

6.2 Zivile Konfliktbearbeitung

Die historische Dimension des Bemühens um zivile Konfliktbearbeitung ist offensichtlich. Es handelt sich um ein Menschheitsprojekt, in dem es immer und immer wieder erneut darum geht, Rechtsordnungen zu schaffen, die aufgrund ih-

rer vorgegebenen Werte, Institutionen und Verfahren in der Lage sind, Konflikte in ziviler, also nicht-militärischer Weise zu regeln. Dieses Bemühen wurde freilich immer wieder innergesellschaftlich und zwischen den Herrschaftsbereichen durch den Ausbruch von Gewalt zur Durchsetzung von Interessen beeinträchtigt und zurückgeworfen. In dieser abstrakten Sichtweise kann die Menschheitsgeschichte als dichotom gekennzeichnet werden. In ihrem Verlauf und insbesondere in der Entfaltung der Industriegesellschaften haben sich die Zerstörungspotentiale in unvorstellbarem Maße potenziert, gleichzeitig aber auch die Fähigkeiten und Instrumente zur Kommunikation, zur Bildung von Ordnungen und zur Förderung von Kooperation entwickelt. Dabei haben sich immer größere Räume gebildet – Nationalstaaten oder Integrationszonen wie die Europäische Union –, in denen, bezogen auf den Binnenraum, die militärische Konfliktbearbeitung im wesentlichen überwunden ist.

In der Weltpolitik besteht eine enorme Asymmetrie zwischen den Bemühungen um regionale und globale, zivile Friedensordnungen und den Vorbereitungen für die Führung von Kriegen. Da jedoch nahezu keines der Probleme, vor denen die europäischen Regierungen und auch die Regierung in Bonn stehen, militärisch gelöst werden kann, wächst der Sachzwang zum Ausbau von Optionen ziviler Konfliktbearbeitung. Hier setzt die Arbeit der Friedensbewegung an. Freilich wird es erhebliche Widerstände geben, denn es geht sowohl um die Umwidmung der finanziellen Ressourcen wie um die Delegitimation des Militärischen. Dabei wird mit den Ideologien der 'humanitären Intervention' (Buro 1996; Erler 1996) und des Militärs als 'letztem Mittel' zu kämpfen sein.

ZKB (ami 1995) kann zweckmäßigerweise in drei große Aufgabenbereiche gegliedert wer-

den: Vorbeugung, Deeskalation und Schlichtung aktueller Konflikte sowie die Nachsorge (z.B. nach Beendigung der militärischen Kämpfe in Bosnien). In dieser Trias hat die Vorbeugung die größte Bedeutung, soll sie doch den Ausbruch gewalttätiger Konflikte verhindern und eine Weichenstellung zu ZKB leisten. Diese Aufgaben können nur vorausschauend und nicht mit einer Politik des 'Eingreifens im letzten oder zu späten Augenblick' bewältigt werden. Vorausschauende Politik ist aber auch für die Deeskalation und die Nachsorge von Konflikten erforderlich, ist damit doch immer der Aufbau langfristig wirkender Strukturen verbunden.

ZKB ist als ein Gesamtkonzept zu verstehen und darf sich nicht in einzelnen Maßnahmen erschöpfen. Akteure auf allen Ebenen – von den internationalen Institutionen bis zu den Basisorganisationen – mit denen ihnen jeweils angemessenen Aufgaben und Instrumenten sind einzubeziehen. Eines der Instrumente wird der noch aufzubauende Zivile Friedensdienst sein (Arbeitsgruppe Ziviler Friedensdienst 1995). Er soll nicht nur in kritischen Situationen tätig werden, sondern auch durch die Einübung gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu einer neuen Kultur der Solidarität beitragen.

Hier ist es nicht möglich, die bereits weit entfaltete Diskussion über zivile Konfliktbearbeitung (Vogt 1995) auszubreiten. Wichtig scheint mir jedoch der Hinweis, daß die Entfaltung ZKB nicht auf Entscheidungen von oben zu warten braucht. Vielmehr ist es bereits heute möglich, diese Arbeit mit allen bereitwilligen Akteuren zu beginnen. Man kann sich diese Arbeit wie ein Bausteinsystem vorstellen, an dem von vielen Stellen und Seiten her mit der Arbeit begonnen wird. Dabei wäre es als Perspektive wichtig, möglichst frühzeitig über ein Netzwerk gegenseitige Information und Beratung über die Koordinierung der Arbeit einzuführen.

Ehe ich zu einer abschließender Bilanzierung der Friedensbewegung übergehe, möchte ich auf einige grundlegende Probleme verweisen:

- Die Formen des feindseligen Konfliktaustrages sind in den Gesellschaften in aller Regel tief verinnerlicht. So liegt es nahe, zivile Konfliktbearbeitung nur als ein neues Instrumentarium des Umgangs mit Konflikten im alten Geiste zu verstehen, so als handele es sich nur um Funktionsäquivalente zu den bisherigen militärischen. Sieg oder Niederlage mit ziviler Konfliktbearbeitung!? Damit ginge die neue Qualität dieses Ansatzes, der ja auf Aussöhnung und Wiederherstellung von Kooperation gerichtet ist, verloren.
- Einen ähnlichen Fallstrick sehe ich dort, wo zivile Konfliktbearbeitung als eine Ergänzung zur militärischen verstanden wird. Sollte man nicht, so wird oftmals gefragt, am Anfang der Eskalationsleiter von Konflikten Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung einsetzen, während an ihrem Ende das 'letzte Mittel', nämlich die militärische Gewalt, zur Durchsetzung der angestrebten Ziele zu stehen hätte? Eine solche Orientierung wäre fatal, da die militärische Logik als Repräsentantin des 'letzten Mittels', die Grundorientierung der Konfliktbearbeitung vorgeben würde. Dadurch könnten sich die Grundprinzipien ziviler Konfliktbearbeitung nicht entfalten, denn im Hintergrund jedes Dialogs und aller Versöhnungsarbeit stünde die Gewaltoption, das angestrebte Ziel auch ohne Rücksicht auf den Dialogpartner durchsetzen zu wollen. Zivile Konfliktbearbeitung würde dann bestenfalls zu einer modernisierten, aber doch letztlich traditionellen Diplomatie, die zumindest von der Seite der überlegenen Mächte aus stets eine militär-gestützte Politik betrieben hat.
- Eine Gefahr sehe ich auch dort, wo ZKB als Missionsaufgabe der westlichen Industriestaaten verstanden wird; etwa unter der Perspektive, die wohlhabenden Länder müßten den anderen zeigen, wie man mit Konflikten in einer 'kultivierten Form' umzugehen habe. Damit würde an eine fatale Tradition der Missionierung, Entmündigung und Beherrschung angeknüpft. Demgegenüber erscheint es mir unabdingbar, zivile Konfliktbearbeitung stets als ein internationales Vorhaben zu verstehen und möglichst in allen Ländern voranzutreiben (Deutsche Sektion der Helsinki Citizens' Assembly 1995). Warum sollte nicht ein ziviler Friedensdienst aus Polen, Spanien oder Tschechien vorbeugend gegen AusländerInnenfeindlichkeit in der Bundesrepublik tätig werden? Damit würde deutlich, daß keiner von der Kritik an seiner Form der Konfliktbearbeitung ausgenommen ist. Wir alle müssen gemeinsam und solidarisch für die Transformation der Konfliktbearbeitung bei uns und bei anderen arbeiten. Zivile Konfliktbearbeitung in einem solche Sinne entfaltet, wäre also nicht eine andere Form von 'Entwicklungspolitik', sondern würde die grundsätzliche Gleichberechtigung der Völker in den Vordergrund rücken.

7 Bilanzen und Perspektiven

- (1) Die in sich höchst heterogene NSB-Friedensbewegung hat im Laufe ihrer Geschichte ihren Zustand in Hinblick auf Zielsetzungen, Organisations- und Aktionsformen und den Grad der Mobilisierung ständig verändert. Höchste Basismobilisierung wechselte mit Phasen der Latenz gekoppelt mit Expertenarbeit der Aktiven. Gegenwärtig verbindet sich professionelle und innovative Arbeit auf hohem Niveau und weit verbreitetes beachtliches friedenspolitisches Bewußtsein mit geringer Mobilisierbarkeit der Basis.

(2) Die Arbeit wird meist von relativ kleinen, spezialisierten Gruppen (z.B. Minenkampagne, Rüstungsexport, Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung, Ziviler Friedensdienst, humanitäre Hilfe und politische Unterstützung im ehemaligen Jugoslawien, Türkei-Kurdenarbeit, Aufrüstung, Konversion, Kriegsdienstverweigerung, BoA usw.) geleistet und in kooperativ-konstruktiver Diskussion untereinander abgestimmt. Bilaterale (z.B. Deutsch-tschechisches Forum der Frauen) und multilaterale (z.B. WRI, Helsinki Citizens' Assembly) internationale Kooperation wird in relativ offenen Formen praktiziert. Dabei spielen auch Kooperationen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments eine wichtige Rolle. Die Arbeitsthemen, die auch Asyl-, Flüchtlings- und Menschenrechtsfragen berühren, gruppieren sich um die beiden Schwerpunkte der Friedensbewegung: Militärkritik/Abrüstung und Zivile Konfliktbearbeitung.

(3) In Perspektive wird sich die Friedensbewegung verstärkt auf Ideologien zur Rechtfertigung des 'Gerechten Krieges' und der entsprechenden Aufrüstung einlassen müssen. Darin wird die siegreiche westlich-kapitalistische Ordnung als die natürliche und alternativlose dargestellt. Die G 7 fungieren als Vertreter der Menschenrechte und begründen damit den Mythos der gerechten humanitären Militärintervention. Als neues Feindbild werden andere Kulturen als fundamentalistisch und terroristisch stilisiert und der Kampf mit ihnen als 'natürlich' und damit als unabwendbar gezeichnet (Senghaas 1997).

(4) In der Arbeit der professionalisierten Gruppen der Friedensbewegung wird sich gerade im Bereich der ZKB die Frage nach der Kooperation mit den etablierten Apparaten und Strukturen stellen. Sicher, man will diese im Sinne ZKB verändern, aber wird man dabei nicht selbst zu sehr verändert oder gar instru-

mentalisiert werden? Eine anhaltende und Praxis ständig kritisch analysierende Debatte zeichnet sich ab.

(5) Gerade die Professionalisierung der 'Aktiven' und die geringe Mobilisierbarkeit werden immer wieder die Frage nach der Verbindung zwischen 'Aktiven' und der Basis der Friedensbewegung aufwerfen. Können soziale Lernprozesse noch angemessen organisiert werden, oder verselbständigen sich die professionalisiert arbeitenden Gruppen und laufen damit Gefahr, ihre Verankerung zu verlieren?

(6) Die Alternative der zivilen Konfliktbearbeitung muß unter der für lange Zeit noch andauernden Bedingung der Existenz des Militärs und des militärischen Konfliktaustrages aufgebaut werden. Dabei kann das Militär seine Ressourcenaneignung nur legitimieren, indem durch Weltaufrüstung die Bedrohung von außen ständig präsent gehalten wird. Insofern besteht ein bleibendes gemeinsames Interesse zwischen Rüstungsproduktion, Rüstungsexport und Existenzsicherung für das Militär. Die Friedensbewegung und alle parallelen Kräfte können dem nur begegnen, wenn es gelingt, der zivilen Konfliktbearbeitung eine hohe gesellschaftliche Glaubwürdigkeit und Akzeptanz zu verschaffen (Matthies 1997) und gleichzeitig die Legitimation des Militärs in Frage zu stellen. Um dieses zu erreichen, darf Friedensarbeit sich nicht verengen, sondern muß sich bewußt ausweiten zu einer Kultur solidarischer Zusammenarbeit. Eine breite Entfaltung eines Zivilen Friedensdienstes, der sowohl innen- wie außenpolitisch tätig wird, könnte dafür ein sehr wichtiges Instrument sein.

Andreas Buro lehrte Politikwissenschaft/Internationale Politik an der Goethe-Universität in Frankfurt. Er ist friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Koordinator des Dialog-Kreises 'Krieg in der Tür-

kei' und im Vorstand der Deutschen Sektion der Helsinki Citizens' Assembly.

Literatur

ami 1995 (Hg.): Gewaltfreie Konfliktbearbeitung. In: antimilitarismus information Jg.25, Heft 12.

Arbeitsgruppe 'Ziviler Friedensdienst' der Kirchenleitung der EKIBB 1995 (Hg.): Konflikte lösen ohne Gewalt. Das Konzept des Zivilen Friedensdienstes. In: Dokumentation 100/95 des Ev.Bildungswerk Berlin.

Böger, Volker/Wilke, Peter 1984: Sicherheitspolitische Alternativen, Baden-Baden, Nomos.

Buro, Andreas 1977: Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen. In: Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 4, Frankfurt/M., Suhrkamp, 50-78.

Buro, Andreas 1987: Massenlernprozesse durch soziale Bewegungen. In: Handbuch Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung, Bd. 1: Grundlagen, Düsseldorf, Schwann.

Buro, Andreas 1996: Bosnien – das Waterloo der deutschen, europäischen Pazifisten?. In: Frankfurter Rundschau 10.5.96.

Buro, Andreas 1997: Totgesagte leben länger: Die Friedensbewegung von der Ost-West-Konfrontation zur zivilen Konfliktbearbeitung, Idstein, KOMZI.

Deutsche Sektion der Helsinki Citizens' Assembly 1995 (Hg.): Ziviler Friedensdienst – europaweit, Bonn, Stiftung Mitarbeit.

Erler, Gernot 1996: Wie die NATO das Versagen

der Vereinten Nationen ausnutzte. In: Frankfurter Rundschau 28.8.96.

Komitee für Grundrechte und Demokratie 1981 (Hg.): Frieden mit anderen Waffen, Reinbek, rororo.

Komitee für Grundrechte und Demokratie 1991 (Hg.): Hatte die Friedensbewegung nicht doch Recht? Hintergründe, Fakten und Zusammenhänge zum Golfkrieg, Komitee-Eigenverlag, Sensbachtal.

Komitee für Grundrechte und Demokratie 1992 (Hg.): Ziviler Ungehorsam, Komitee-Eigenverlag, Sensbachtal.

Mathies, Volker 1997 (Hg.): Der gelungene Frieden, Dietz, Bonn.

Otto, Karl A. 1977: Vom Ostermarsch zur APO, Frankfurt/M./New York, Campus.

Pax Christi 1996 (Hg.): Ultima Ratio?! Die Friedensbewegung im Streit um Militäreinsätze. In: Probleme des Friedens Heft 3, Idstein, KOMZI.

Pax Christi et al. 1993: Eingreifen! Gewaltfreiheit versus Militärintervention. In: Probleme des Friedens, Sondernummer, Idstein, KOMZI.

Senghaas, Dieter 1992: Friedensprojekt Europa, Frankfurt/M., Suhrkamp.

Senghaas, Dieter 1997: Die fixe Idee vom Kampf der Kulturen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, 215-221.

Tatz, Jürgen 1984 (Hg.): Gewaltfreier Widerstand gegen Massenvernichtungsmittel, Freiburg, Dreisam.

Vogt, Wolfgang R. 1995 (Hg.): Frieden als Zivilisierungsprojekt – Neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden, Nomos.

Wolfgang Ehmke

Transformationen der Ökologiebewegung

Versuch einer Ökobilanz

Robert Kruschel ist 13 und besucht die 7. Klasse eines Gymnasiums in Leipzig. Gefragt, was ihn persönlich bewegt und was seiner Meinung nach 1998 politisch passieren sollte, meint Robert: „Ich würde nicht mehr so viel Geld für die Bundeswehr ausgeben, in Deutschland gibt es ohnehin nie wieder Krieg. Ich werde nicht zur Bundeswehr gehen, weil ich's sinnlos finde, kämpfen und trinken zu lernen.“ Er fügt hinzu: „Lieber sollten die Politiker das Geld in die Weltraumforschung stecken, damit wir auf dem Mars wohnen können, wenn man hier nicht mehr leben kann wegen der vielen Umweltkatastrophen. Auf dem Mars zu leben, könnte ich mir gut vorstellen. Aber es müßte Luft und Pflanzen dort geben.“ Der 14jährige Julian Eckes aus Trier antwortet auf die Eingangsfrage: „Jeder redet über Luftverschmutzung, aber auf der Autobahn darf man trotzdem so schnell fahren wie man will. 120 reicht, finde ich. Die Amerikaner fahren ja auch nur 90.“

Die Umfrage des ZEIT-Magazins (ZEIT 1/98) zu Beginn des Wahljahres 1998 unter 12- bis 14jährigen Schüler/innen ist gewiß nicht repräsentativ, eröffnet jedoch interessante Einblicke in die katastrophische Bewußtseinslage der Heranwachsenden. Die Ökologiefrage zieht sich wie ein roter Faden durch deren Statements, und das verwundert nicht. Jedes Schulkind weiß heutzutage, daß

es Armut und Hunger auf der Welt gibt und daß durch die Umwandlung von Getreide in tierische Nahrung sechs Siebtel für die menschliche Ernährung verloren gehen. Jedes Kind weiß, daß der Regenwald bedroht ist, daß es besser ist zu duschen, als zu baden, weil kostbares Trinkwasser verloren geht. Daß es besser ist, Müll getrennt zu sammeln als alles in eine Tonne zu schmeißen. Und daß Autos stinken, Fahrräder aber nicht.

1 Ökologisches Wissen ist Alltagswissen jenseits jeder Exklusivität

Es gibt Umweltratgeber und -fibeln, ebenso verkehrsberuhigte Zonen. Private Haushalte und Kommunen sparen Wasser, gesundheitsbewußte Menschen kaufen im Bioladen ein. 'Fifty-fifty' heißt in Hamburg das staatlich gesponserte Energiesparen an Schulen. Und wird nicht die ausgemusterte Ölplattform 'Brent Spar' gesäubert, zerlegt und als Kaianlage recycelt?

Der Ökologiegedanke hat wie ein Sauerteig alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen. Er hat die Massen erfaßt und ist zur materiellen Gewalt geworden, ohne allerdings die herrschenden Verhältnisse gefährdet oder umgestürzt, das Klima geschont oder die Artenvielfalt geschützt zu haben.

Der hohe Stellenwert, den der 'Umweltschutz' trotz wirtschaftlicher Depression und Massenarbeitslosigkeit rund 25 Jahre nach der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm im Jahr 1992 genießt, ist bemerkenswert. Der Umweltschutz hat weltweit Eingang gefunden in Verfassungen und internationale Konventionen. Er findet seinen Niederschlag in der bundesdeutschen Gesetzgebung (z.B. dem Bundesimmissionsschutzgesetz), in Verordnungen (z.B. der Strahlenschutzverordnung) und Regelwerken der Exekutive oder in den Technischen Anleitungen (z.B. der TA Luft, Lärm, Sonderabfall usw.). „Keine wichtige gesellschaftliche Gruppe, keine bedeutende politische Partei kann es sich heute noch leisten, den Umweltschutz frontal abzulehnen. Selbst bestimmte Branchen und Konzerne, die in der Sache eher als Gegner des Umweltschutzes auftreten, geben sich rhetorisch als Umweltschützer“, warnt Dieter Rucht in seinem Versuch einer Ökobilanz (Rucht 1996: 16).

Die Fülle an Themen – also auch Problemen – ist erdrückend. Als Holger Strohm sich 1991 daran machte, sein Umweltbuch 'Natur kaputt?' aus dem Jahr 1980 zu überarbeiten und zu aktualisieren, notierte er: „Elf Jahre danach sitze ich vor 28 Metern Umweltliteratur, um 'Natur kaputt?' auf den neuesten Stand zu bringen“ (Strohm 1992).

Umweltpolitik ist kein Privileg der Ökologiebewegung mehr. Diversifizierung, Spezialisierung, Professionalisierung sind Teil der Transformation eines Prozesses, der ursprünglich von Bürgerinitiativen aufgegriffen, artikuliert und angestoßen wurde. Die heutigen Träger/innen dieses Prozesses in Forschungseinrichtungen, Umweltverbänden und Verwaltungen haben sich längst von diesen Wurzeln emanzipiert. Doch wäre es ein Trugschluß anzunehmen,

'Ini's' gehörten der Geschichte an und seien überflüssig.

2 25 Jahre Krisenbewußtsein

Unbestritten markiert die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Juni 1992 eine tiefgreifende Bewußtseinsveränderung der Regierenden. Immerhin haben sich 178 Staaten auf den dringenden Handlungsbedarf zur Erhaltung der Lebensgrundlagen auf der Erde verständigt. Sei es Kanzler Helmut Kohl (CDU), der seiner Umwelt- und Reaktorministerin Dr. Angela Merkel den Rücken stärkt, auf internationalem Parkett die CO₂-Reduktion medienwirksam und standortförderlich einzufordern, ohne daß ernsthaft Konsequenzen aus vorliegenden Analysen und Strategieplänen gezogen würden; sei es der *older man* der SPD, Johannes Rau ('In Rückfällen nach vorn oder: Rio beginnt bei uns', FR vom 16.1.1998), der für eine europäische Nachhaltigkeitsunion plädiert und dann, ohne rot zu werden, ganz stolz als Beitrag dazu auf Zuschüsse (!) für 33 Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren aus nordrheinwestfälischen Landesmitteln verweist: Die parteienübergreifende Einigkeit macht stutzig, nährt eher den Verdacht, daß die Wortgewalt über Tatenlosigkeit hinwegtäuschen soll.

Dennoch: So fragwürdig und hintertüchtig die Ausführungen zur Klimarahmenkonvention, der Konvention zur biologischen Vielfalt, der 'Walderklärung' und der Rio-Deklaration auch sein mögen, sie bieten der Umweltbewegung – darunter verstehe ich ausschließlich die nicht-staatlichen Initiativen, Aktionsgruppen und Organisationen, die 'NRO' – ein Aktionsfeld unermeßlichen Ausmaßes, vor allem in Konkretion und Umsetzung des Aktionsprogramms für das 21. Jahrhundert, der 'Agenda 21'. Staatliche wie nicht-staatliche Umweltemissäre müs-

sen sich letztlich daran messen lassen, in welchem Verhältnis 'agenda setting' zu 'trend setting' steht; am Ende zählen in einer Ökobilanz nicht Absichtserklärungen, sondern allein evaluierbare Strategien zwecks Umsetzung des Trends .

Ohne die beharrliche und dauerhafte Kleinarbeit der 'modernen Ökologiebewegung' (Christmann 1996)¹ wäre eine derart umfassende und umwälzende Bewußtseinsarbeit nicht denkbar gewesen. Tasten wir uns an einen Bilanzierungsversuch heran, so wäre dies eine Aussage.

Sie steht allerdings im paradoxen Gegensatz zu allen empirischen Daten: Der Bewußtseinswandel führt keineswegs zum Stopp einer globalen Umweltbedrohung, auch wenn es hin und wieder meßbare Verbesserungen gib (Strohm 1992; Rucht 1996). Jänicke und Weidner verweisen auf den Rückgang der schiffahrtbedingten Öleinleitungen in die Weltmeere oder das Absinken der radioaktiven Strahlung als Folge oberirdischer Atomwaffentests (Jänicke/Weidner 1995).

Bestimmte Produktpaletten wurden 'revolutioniert'. Es gibt asbestfreie, baubiologische Stoffe, phosphatfreie Waschmittel und FCKW-freie Kühlschränke. Es gibt Bioprodukte. Und trotzdem entstehen jährlich – allein in den alten Bundesländern – mehr als 250 Millionen DM Folgeschäden durch den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft. 30.000 Tonnen Pestizide werden auf die Äcker versprüht (FR vom 26.1.98). In der Studie der Universität Hannover, die im Auftrag des Bonner Landwirtschaftsministeriums in sechsjähriger Arbeit erstellt wurde, wird erstmalig eine detaillierte Kosten-Nutzen-Analyse erbracht, und dem gesellschaftlichem Negativposten stehen positive Effekte der Chemiedusche durch geringere Erntever-

luste und niedrigere Arbeitskosten von rund 1.15 Mio. DM gegenüber.

Es gibt die Rauchgasentschwefelung. Der Patient Wald hat sich zwar nicht erholt, aber das Waldsterben wurde gebremst. Die Zahl geschädigter Bäume stagniert bei gut 60%. Der Forstexperte des Umweltbundesamtes, Prof. Heinz-Detlef Gregor, verweist in diesem Zusammenhang auf Forschungsergebnisse, wonach zur Gesundung des Waldes die Stickstoff- und Schwefelemissionen bis zum Jahr 2005 auf der Basis von 1983 um 85% verringert werden müßten, und für Schwefel sei dieses Ziel auch erreichbar. Ein Viertel der deutschen Wälder (2,7 Mio. Hektar) liegt in Naturparks, ein Drittel (3,6 Mio. Hektar) in Naturschutzgebieten. Im internationalen Vergleich kann die BRD bestehen, sofern es allein um Flächen (ein knappes Drittel des Staatsgebietes ist Wald) und deren Bewirtschaftung geht (es wird weniger abgeholzt als nachwächst) (LZ vom 26.1.98).

Ist es nicht wichtig, Öko-Optimismus zu verbreiten? Wird nicht ein Axiom der lokal operierenden NRO, lokal zu handeln, aber global zu denken, hier und da erfüllt? Bestehen in einer Ökobilanz kann das Axiom jedoch erst, wenn 'lokal' und 'global' in einer dialektischen Beziehung zueinander stehen, also lokale Wirkfaktoren die dramatische Naturzerstörung globalen Ausmaßes lindern, bremsen, stoppen, umkehren könnten.

Das war und ist nicht der Fall. Auch 25 Jahre nach Stockholm und dem bahnbrechenden Bericht des Club of Rome, der von katastrophischen Mahnungen über die Grenzen des Wachstums diktiert war – das Wettrüsten, die Umweltverschmutzung, die Bevölkerungsexplosion und wirtschaftliche Stagnation waren die Signalwörter – gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Auch wenn der katastrophische Eifer, das Beschwören der Apokalypse heute

nüchterner Diktion gewichen ist, resümiert selbst das Umweltbundesamt in seinem Bericht 'Nachhaltiges Deutschland' die Krisensymptome wie folgt:

- „Das Ansteigen der mittleren globalen Lufttemperaturen um 0,3 bis 0,6 Grad C seit Ende des 19. Jahrhunderts
- Das Ansteigen des Meeresspiegels um 10 bis 25 Zentimeter in den letzten 100 Jahren
- Die Zerstörung der stratosphärischen Ozon-schicht
- Der rapide Artenschwund
- Die fortschreitende Erosion und der rapide Verlust fruchtbarer Böden
- Die Verschmutzung und Überfischung der Weltmeere
- Die schleichende Überanspruchung des Naturhaushalts durch anthropogene Einträge“ (Umweltbundesamt 1997: 2).

Eine historisch ausgerichtete Arbeit würde allmähliche Verschiebungen und Umgewichtungen in dieser Pyramide des Schreckens aufspüren und im internationalen Vergleich auf nationale Besonderheiten aufmerksam machen.

Mit Sicherheit hat die Angst vor nuklearer Ver-seuchung, die Reaktorunsicherheit und das Atommüllfiasko in einer BRD-spezifischen Schreckenspyramide einen herausragenderen Platz als in globaler Betrachtung. Allerdings liegt der Verdacht nahe, daß das Umweltbundesamt auch politischen Weisungen folgt, wenn die Ausmaße der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und das Atommüllilemma in der 'regierungs-offiziellen' Schreckens-Liste nicht auftauchen. Der vorliegende Versuch nun, die

Transformationen der Ökologiebewegung nachzuzeichnen, konzentriert sich wohl-gemerkt auf die westdeutsche Ökoszene².

3 Schwierigkeiten einer Wirkungsbilanz

Dieter Rucht hat bereits die Schwierigkeiten einer Wirkungsbilanz benannt: „Analysen, in den Policy-Entscheidungen (und weitergehend deren Effekte auf Gesellschaft und Natur) eindeutig dem Wirken bestimmter Akteure zugeschrieben werden, existieren noch am ehesten für zeitlich und sachlich eng begrenzte Fälle, in denen die Randbedingungen, der Kreis der beteiligten Akteure und die Wirkungen von Interaktionen halbwegs überschaubar sind.“ (Rucht 1996: 17). Die Wirksamkeit von Ini's nachzuzeichnen, die Ein-Punkt-Initiativen sind, ist im Einzelfall machbar, aber mühevoll angesichts der Unübersichtlichkeit der Öko-Szene.

Es bedarf schon besonderer Umstände, daß eine derartige Bilanzierung gelingt. Christmann stützt sich in ihrer Untersuchung zur 'ökologischen Moral' im Wandel der Zeit auf das konkrete Wissen um lokale Handlungssegmente (Christmann 1996). So mag es möglich sein, das Agieren einer Bürgerinitiative zur Verkehrsberuhigung oder zur Verhinderung der Müllverbrennung unter die Lupe zu nehmen und in einer Fallstudie die Umstände für Ge- bzw. Mißlingen der Initiativenarbeit zu analysieren.

Normalerweise ist es weitaus schwieriger, ja fast aussichtslos, Kausalanalysen anzustellen, weil abhängig vom Gegenstand der Untersuchung „zu viele Faktoren und zu undurchsichtige Wirkungsketten“ ins Spiel kommen (Rucht 1996). Ein Politikfeld weist häufig Überschneidungen mit anderen Politikfeldern auf.³

Lineare, deterministische Wirkungsketten zu beschreiben, wäre in der Tat unlauter. Ich plä-

diere für ein probabilistisches Modell, die Viel-Leichtigkeit des Seins. Es macht nur eine Bilanzierung nicht gerade leichter. Das hat politisch-soziologische und stoffliche Gründe:

Stofflich, weil durch Synergismen, Latenz, Halbwertszeiten radioaktiver Stoffe und die Unkenntnis der Folgen chemischer Verbindungen für pflanzliche, tierische und menschliche Organismen Kausalanalysen sachfremd wären. Und politisch sind Interaktionsketten und Rückkoppelungen die Regel. So kann die Übernahme von Argumenten durch staatliche Institutionen zur Stärkung wie auch zur Schwächung der Ökologiebewegung führen. Eine hervorragende Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Medienrezeption. Christian Krüger hat am Beispiel 'Greenpeace' ein Aktionskonzept ('symbolische Konfrontation') dargelegt, das nicht nur zufällig, sondern gezielt auf die Medialisierung setzt (Krüger 1996). Kalkulierbare Kampagnen haben dennoch ihre Grenzen: Es ist nie mit Sicherheit voraussehbar, ob ein Thema 'ankommt', ob es den 'Zeitgeist' trifft, ob das flottierende Protestpotential zu einem Rinnsal wird und versandet oder ob eine Ansteckung funktioniert und aus einem Funken ein Steppenbrand werden kann.

4 Nachhaltigkeit als Bilanzierungskriterium

Auch wenn Karl-Dieter Opp in seiner Studie den Aufstieg und Niedergang der Ökologiebewegung mit Zahlenmaterial stützt und die von der Anti-AKW-Bewegung ausgelösten Protestereignisse gesondert ausweist, verhält sich dieser, wie auch der empirische Ansatz Hanspeter Kriesis und Marco G. Giugnis, blind gegenüber der Qualität und politischen Nachhaltigkeit ökologischer NRO (Kriesis/ Giugni 1996), respektive der Anti-Atom-Bewegung. Die Häufigkeit von Protestereignissen und die Mobilisierungsfähigkeit der Ökologiebewegung allein

ist kein Maßstab, sondern nur ein Anhaltspunkt, um ihre Wirksamkeit zu bemessen. Die jüngsten Anti-Castor-Proteste im Wendland sind ein Beispiel dafür. Versammelten sich in den 70er und 80er Jahren bis zu 100.000 Menschen zum Massenprotest, so provozieren Mitte der 90er Jahre 10.000 Menschen mit ihrem veränderten Protestverhalten (gewaltfreie Sitzblockaden, Ankettaktionen, endlose Treckerkonvois...) die größten und teuersten Polizeieinsätze der Nachkriegsgeschichte. Der letzte Castortransport von der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague nach Gorleben (Niedersachsen) schlug allein für die Polizeibegleitung durch rund 30.000 Beamte mit 111 Millionen DM zu Buche.

Rucht rekurriert auf das scheinbar verlässliche Instrument der Meinungsumfrage (welche Rolle spielt der Umweltschutz) und die Wahlergebnisse (Stärke grüner Parteien). Sicherlich sind das starke Indizien für ein Stimmungsbarometer in Sachen Umweltschutz. Aber ein derartiger Bilanzierungsversuch greift ebenfalls zu kurz: Viele Menschen wollen alles, Auto fahren und Umweltschutz, Naturerhaltung und Konsum, Arbeit und Artenreichtum, den all-elektrischen Haushalt und den Verzicht auf die Atomkraft.

So wie chemische Stoffverbindungen oder radioaktive Isotopie oder kanzerogene Stoffe nicht unmittelbar und sofort, sondern erst nach Jahren, in Verbindung mit Synergismen wirksam werden und/oder sich wieder abbauen, wirkt der ökologische Protest nachhaltig, nicht-linear und in erster Linie durch seine Latenz und nicht durch die Zahl aktionsbereiter Umweltschützer/innen.

In Anlehnung an die Nachhaltigkeits-Forderung der Ökologiebewegung muß sie sich selbst am Kriterium der Nachhaltigkeit messen lassen: Tritt sie dauerhaft, wirksam auf, überdau-

ert die Hartnäckigkeit der Akteure Zeitspannen, wird der Ökologiedanke von einer Generation auf die nächste übertragen?

Die Transformationsprozesse der Ökologiebewegung werden zugleich sichtbar: Am Anfang stand das Wort. Die Mahner des Club of Rome stehen symbolisch für eine ganze Phase der Ökologiebewegung, die erst allmählich aktionsorientiert agierte. Inzwischen aber liegen Handlungskonzepte für diverse Ökologiebereiche vor, deren juristische, realpolitische oder ökonomische Durchsetzung auf der Tagesordnung steht.

Am Beispiel der Atompolitik sollen diese Thesen näher belegt werden.

5 Was haben 25 Jahre Anti-Atom-Protest gebracht?

Der Konsensverlust in Staat und Gesellschaft habe in Deutschland seit 1988 Kernenergieinvestitionen in Höhe von rd. 15 Mrd. DM zum Scheitern gebracht, betonte der Vorstandsvorsitzende des Energiegiganten RWE (Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG), Roland Farnung, anlässlich seines Geschäftsberichts 1995. Fast noch einmal soviel, nämlich rd. 11,3 Mrd. DM würde in Kernkraftanlagen stecken, die derzeit wegen gerichtlicher Streitigkeiten und wegen des ausstiegsorientierten Gesetzesvollzuges zum Teil erheblich in ihrer Fertigstellung bzw. Nutzung gefährdet seien, berichtet die 'atomwirtschaft' (atw 7/95). Das AKW Obrigheim hatte zwischen 1990 und 1991 den Betrieb für über ein Jahr einstellen müssen, weil es Zweifel an der Betriebserlaubnis gegeben habe; fast zwei Jahre Stillstand gab es im AKW Brunsbüttel, weil es in Kiel kein grünes Licht für die Reparaturarbeiten schadhafter Rohrleitungen gegeben habe, jammern die Lobbyisten. Schlimmer noch: In Hessen würde an der Stilllegung des Blocks A in Biblis mit for-

maljuristischen Tricks gearbeitet. Im gleichen Beitrag bricht die atw noch eine nachträgliche Lanze für das AKW Würgassen. Nicht die Grundsanierung schadhafter Kerneinbauten und notwendige Nachrüst- und Modernisierungsmaßnahmen (200 Mio. DM Kosten, 24 Monate Stillstand) hätten dem Stromriesen PreussenElektra den Anstoß gegeben, am 1.6.95 den Stilllegungsbeschluss zu verkünden. Eine wesentliche Rolle dürfte die unsichere Genehmigungssituation zur Wiederinbetriebnahme nach den Reparaturarbeiten eingenommen haben. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum AKW Mülheim-Kärlich reduzierte sich die Zahl der Atommeiler im Lande auf 19.

Die Bewegungszeitschrift 'atom', 1994 im 18. Jahrgang eingestellt, titelte zum Abschluss '17 Jahre in Bewegung – Rückblick (!) und Diskussion'. „Der Niedergang der Bewegung insgesamt und die sich trotz mancher Erfolge ausbreitende Perspektivlosigkeit wirkte sich nicht gerade motivierend auf uns aus“, schreibt die Redaktionsgruppe. Die Bewegung insgesamt sei in die Jahre gekommen. Die Formulierung legt den Verdacht nahe, daß die persönlichen Biographien mit 'der Bewegung' gleichgesetzt und verwechselt werden.

Mit den 'manchen Erfolgen' sind wohl Kalkar, Hamm und Wackersdorf gemeint. Im März 1989 verkündete Bundesforschungsminister Riesenhuber das Aus für den Schnellen Brüter. Kostenpunkt (Forschungsgelder exclusive) 7,5 Mrd. DM. Im Mai sickert die Nachricht durch, die Betreiber des 'Reaktors der Zukunft' (des Thorium-Hochtemperaturreaktors), die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW), wollten einen Antrag auf Stilllegung stellen. 4,5 Mrd. DM hatte der Pannenreaktor gekostet. Und am 7. Juni 1989 ist es endgültig: Die WAA Wackersdorf wird nicht gebaut. Allein in der Oberpfalz waren bis zu diesem Zeit-

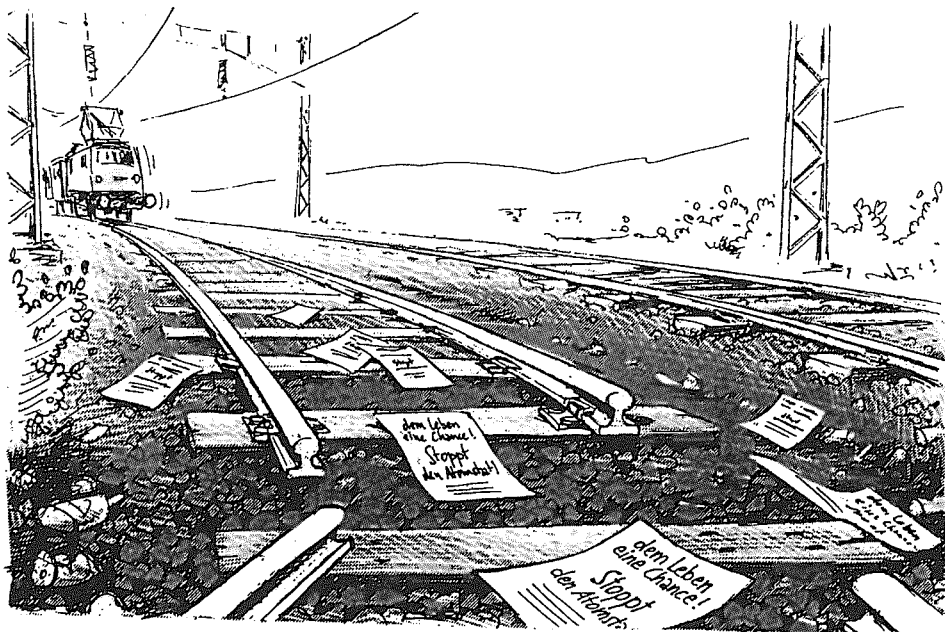
punkt schon 2,6 Mrd. DM Bau- und Planungskosten angefallen. Allein in Hanau gibt es 1989 noch gewaltige Ausbaupläne. Eine neue Brennelementfabrik zur Fertigung von Mischoxid-Brennelementen, bei denen das Plutonium aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente verarbeitet werden soll, wird geplant und auch gebaut, aber nur zu 95% fertiggestellt und 1995 endgültig aufgegeben. 1,1 Mrd. DM waren bereits investiert, als Bayernwerk-Chef Otto Majewski als Sprecher des Betreiberkonsortiums verkündete: „In einem weiteren Fortführungsprogramm für die industrielle Nutzung sieht die Branche keinen Sinn mehr.“

Hinzu kommt der Beitrag des Ostens an der Erfolgsbilanz der Anti-AKW-Bewegung, und der ist gewaltig. Vier Reaktorblöcke in Greifswald gehen 1990 vom Netz, Block 5 folgt 1991, die Blöcke 6-8 werden nicht vollendet. Zwei Reaktoren in Stendal bleiben Bauruinen, das

AKW Rheinsberg wird stillgelegt. In den 'Energiewirtschaftlichen Tagesfragen' listet Wolfgang Stoll 23 Atomanlagen auf, die die Atomkraftbefürworter als „politisch und/ oder wirtschaftlich bedingte kerntechnische Investitionsruinen in Deutschland“ betrachten.

Erfolge? Aber nicht doch! Was malt die 'atom' in jener Zeit in düsteren Farben aus? 'Energie-Kolonie DDR?' (29/1990), 'Atommafia goes East' (32/1990) oder 'Renaissance der Atomindustrie' (38/1992).

Atomkraftbefürworter und ihre Gegner beklagen gleichermaßen die Lage – das legt den Schluß nahe, daß beide Seiten sich um den 'wirklichen Erfolg' gebracht sehen. Auf der einen Seite wird der Atomgemeinde der Ausbau des Atomprogramms vermässelt. Sie beklagt die fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung und eine mangelnde Planungssicherheit.



Auf der anderen Seite gibt es keinerlei Stille-
gung einer Atomanlage in linearer Kausalität:
eben weil der politische Druck einer Initiative
oder eines Aktionsbündnisses dazu gereicht
hätte – mit Ausnahme des AKW Wyhl. Aber
das gilt schon nicht mehr für Wackersdorf,
weil pekuniäre Überlegungen der Stromkonzerne
den Ausschlag gaben, die den Risikoexport
(siehe Verträge zur Wiederaufarbeitung in
Frankreich bzw. Großbritannien) begünstigten.

Zudem erweist sich der Sofortismus der Anti-
AKW-Bewegung, so richtig und notwendig er
als propagandistische Losung ist, als resignative
Falle. Als Parameter für 'Erfolg' orientieren
sich viele an den Großaktionen Ende der 70er/
Anfang der 80er Jahre mit möglichst sofort
greifbaren Konsequenzen wie in Wyhl (Wü-
stenhagen 1975), wo der Bau eines Atommei-
lers durch Massenproteste verhindert wurde.
Auch in der aktuellen 'Bewegungsbilanz' Rei-
mar Pauls ('...und auch nicht anderswo', 1997)
fehlt weitgehend der Ansatz, Erfolg und Miß-
erfolg anders als an der Zahl von Protestteil-
nehmer/innen zu messen, Möglichkeiten und
Grenzen einer Bewegung differenzierter zu ana-
lysieren.

'Bewegung' lebt von Latenz und Vitalität, von
subjektiver und regionaler Betroffenheit, von
Spontaneität und persönlicher Bereitschaft, sich
einzumischen. Aktive politische Beteiligung,
Parteienunabhängigkeit und Formen direkter
Demokratie stehen gegen das Prinzip der Re-
präsentativität. Es ist selbstverständlich, daß
es Up's and Down's in der Mobilisierungsfä-
higkeit geben muß. Längst steht die Anti-Atom-
Bewegung in 'Konkurrenz' zu anderen The-
men (Verkehr, Gentechnologie, Krieg & Frie-
den...), muß sich der lockere Zusammenhalt
der Initiativen gegen straffer organisierte Um-
weltverbände in der medialen Wahrnehmung
behaupten.

Wer jedoch dem Mythos der Militanz huldigt,
verengt von sich aus die gesellschaftliche Ba-
sis von Protest und Widerstand. Die Gruppen
der 'neuen' Bewegung, die wenigen Väter und
die vielen Mütter gegen Atomkraft, die nach
der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986
mit dem radioaktiven Regen wie Pilze aus dem
Boden schießen, wurden bespöttelt ('Becque-
rellis'). Radikalität war gefragt.

Ebenso dysfunktional ist Parteienfeindlichkeit.
Die Parteienunabhängig ist gut, Parteienfeind-
lichkeit angesichts vieler Enttäuschungen zwar
verständlich, aber hinderlich. Sie hindert dar-
an, selbstbewußt Bündnisse für begrenzte und
begrenzbare Anlässe zu schließen. Sie hindert
ebenfalls daran, offen einzugestehen, daß auch
der vielgeschmähte ausstiegorientierte Geset-
zesvollzug rot-grüner Landesregierungen er-
heblich dazu beiträgt, die Kosten für den Be-
trieb von Atomanlagen bzw. deren Stillstand
in die Höhe zu treiben.

Das Bewegungstrauma trägt einen Namen:
eben nicht Tschernobyl, sondern Brokdorf.
Zwischen Herbst 1976 und Februar 1981 war
der Bauplatz an der Unterelbe wiederholt
Schauplatz für militante Aktionen und mas-
senhaften Protest. Allerdings ohne nachhaltigen
Erfolg. Im Juni 1986, 'dank Tschernobyl',
machten sich erneut viele Zehntausende auf
den Weg zur Demo in der Wilster Marsch, um
die drohende Inbetriebnahme des AKW Brok-
dorf zu verhindern. Über 10.000 AKW-Geg-
ner/innen wurden auf der Autobahn bei Kleve
von der Polizei brutal gestoppt. Polizeihorden
leisteten 'gute Arbeit'. Die Straße in Kleve
glich einem Autoschrottplatz. Auf über einem
Kilometer Länge wurden bei ca. 100 PKW die
Scheiben eingeschlagen, Reifen zersto-
chen, Kofferräume aufgebrochen, Motorräder in
den Graben gestoßen, Fahrzeuge fahruntüchtig
gemacht. Am Tag drauf sollte in Hamburg gegen
diese Polizeiübergriffe demonstriert werden.

838 Menschen wurden bis zu 14 Stunden eingekesselt und festgehalten.

Am 14. Oktober 1986 liefert das AKW Brokdorf das erste Mal Strom. Die Niederlage ist da. Das Symbol des militanten AKW-Widerstands wird von der Gegenseite geschleift. Und trotz alledem leisten Atomkraftgegner/innen auch 10 Jahre nach dieser traumatischen Erfahrung noch Widerstand.

Das Thema hat sich mittlerweile verschoben: weg von der Reaktorunsicherheit, hin zum Atommüllfiasko. In Ahaus und Gorleben stellen sich Menschen gegen Atomtransporte quer. Kinder und Jugendliche, eine völlig neue Protestgeneration, sind dabei. Die Anti-AKW-Bewegung ist generationenübergreifend. Das gehört mit Sicherheit zu einer Positivbilanz.

Die Atomanlagen in der BRD binden rund 100 Milliarden DM. Ihr Weiterbetrieb blockiert den Einstieg in eine nachhaltige Energiewirtschaft. Selbst das Bundesumweltamt gesteht ein, daß die Atomwirtschaft das Prädikat der Nachhaltigkeit nicht verdient (Bundesumweltamt 1997: 51). Eine Richtungsentscheidung kann vom Ausgang der Wahlen 1998 abhängen. Ohne Atomausstiegsgesetz wird die energiepolitische Unbeweglichkeit andauern. Daran kann auch die Anti-AKW-Bewegung kein Interesse haben. Ihr Ziel muß sein, den Atomausstieg politisch wachsam zu begleiten.

6 Nachhaltigkeit

Die Alternativen zur herrschenden Energiepolitik müssen nicht erfunden werden. Effizienz-szenarien sind Ausdruck des Transformationsprozesses der Ökologiebewegung. Deren Auf- und Abstieg wurde begleitet von der wachsenden Bedeutung wissenschaftlicher Einrichtungen wie der Gruppe Ökologie (Hannover), des Öko-Instituts (Freiburg, Darmstadt) oder des

Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie. Energieagenturen leisten ihren Anteil an der 'Effizienzrevolution'. Die Kenntnisse über die Notwendigkeit und Möglichkeit des energiewirtschaftlichen Umsteuerns machen selbst an der CDU-geführten Bundesregierung nicht Halt ('Umweltpolitik – Kommunalen Klimaschutz in der Bundesrepublik Deutschland', Bundesumweltministerium 1995). Alle Lösungen für eine nachhaltige Energiepolitik liegen bereits in der Schublade.

Besonders im themenverwandten Bereich der Verkehrspolitik wird deutlich, daß die Ist- und Soll-Analyse ebenso weit fortgeschritten ist. Sollen die CO₂-Reduktionsziele erreicht werden, muß es schadstoffarme Autos geben, müssen die Fahrkilometer wie der Spritverbrauch sinken, muß dem ÖPNV und der Schiene Vorrang gebühren. 1995 wies der Bundeshaushalt denn auch Investitionen von 10.6 Milliarden DM für das Streckennetz der Bahn, 8,4 Milliarden für den Straßenbau aus. Die tatsächlichen Ausgaben stellen nach akribischen Berechnungen der Bündnisgrünen das Primat der Schiene gegenüber der Straße jedoch auf den Kopf: 1997 wurden 8,1 Milliarden für den Straßenbau (1998: 8,2 Mia.) und nur 7,2 Mia. DM für die Schiene (1998: 6,7 Mia.) ausgegeben (bzw. ausgewiesen) (FR vom 27.1.98). Schlaglichtartig wird aber auch klar, welche industriepolitischen Pressure-groups tangiert sind, wenn das Wachsen des PKW-Bestands von heute 40 Mio. Fahrzeugen auf 46,5 Mio. im Jahr 2005 hochgerechnet wird. Das Bundesumweltamt stellt resigniert fest: „Bis zum Jahre 2005 wird gegenüber 1990 eine Steigerung der CO₂-Emissionen durch den Verkehr um 24% erwartet“ (Bundesumweltamt 1997: 95). Kurzfristige (Gerichts-)Erfolge der Autobahngegner/innen wie Ende Januar 1998 in der Klage gegen den Bau der Ostseeautobahn A 20, Hüttendorfer und Brandanschläge aus Protest gegen den Bau der A 71/73 (Suhl-Thüringen)

und A 33 (Dissen) schärfen das Bewußtsein für einen Grundkonflikt dieser automobilen Gesellschaft, weil das Auto – im Gegensatz zur Atomkraft – Akzeptanz genießt, mehr noch: zum Statussymbol avanciert.

Zum notwendigen Transformationsprozeß gehören die Ökosteuer wie die Energieverbrauchssteuer, die Anwendung des Prinzips des Least-Cost-Planing, eine Umweltgesetzgebung, die dem Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung durch indirekte Verhaltenssteuerung gerecht wird. Die gesellschaftliche Rolle der Ökologiebewegung wird wiederum neu zu bestimmen sein, sollte Grün-Rot nach den Bundestagswahlen im Herbst diese Aufgaben anpacken. So viel ist allerdings jetzt schon gewiß: Seine Wächterfunktion verliert der außerparlamentarische Protest keinesfalls.

Wie extrem nachhaltig die Ökologiebewegung wirkt, sagt uns Salina Schwickert, 12, aus der 6. Klasse des Gymnasiums im bayrischen Egling: „Aber es muß sich etwas ändern. Wenn meine Kinder später einmal Kinder haben, sollten die nicht nur Betonklötze anschauen müssen, weil es vielleicht kein Grün mehr gibt“ (ZEIT-Magazin 3/98: 28).

Wolfgang Ehmke ist Pressesprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Beruflich tätig ist er als Oberstudienrat und Fachjournalist.

Anmerkungen

¹ Christmann unterscheidet drei historische Etappen: erstens die historischen Vorläufer der Ökologiebewegung von 1750 - 1930. Sie zählt dazu Buchveröffentlichungen von Rousseau wie den Romantikern, Schriften der Lebensreformer, Wandervögel, Naturfreunde und der ersten Naturschützer wie des Bundes für Vogelschutz oder des Bun-

des für Heimatschutz. Spelsberg ('Rauchplage' – Zur Geschichte der Luftverschmutzung), Kluge/Schramm ('Wassernöte' - Zur Geschichte des Trinkwassers) belegen jedoch, daß schon in den Anfängen der Industrialisierung und der damit einhergehenden Beeinträchtigung der Gesundheit Betroffener sich stets auch 'Gegenwehr' entwickelte. Wo Christmann die Trennungslinie zwischen der zweiten Phase, der Ökologiebewegung der 70er bis Mitte der 80er Jahre, und der dritten Phase, Mitte der 80er Jahre bis heute, zieht, wird nicht deutlich genug herausgearbeitet. Karl-Dieter Opp unterscheidet noch zusätzlich zwischen der Bürgerinitiativen-Bewegung als Ein-Punkt Bewegung in den 60er und 70er Jahren, aus der die Ökologiebewegung hervorgeht.

Die Ökologiedebatte der 70er und frühen 80er Jahre war stark von Systemkritik geprägt. Hans Magnus Enzensberger ließ bereits im Kursbuch 33 (Oktober 1973) in seinem Leitartikel 'Zur Kritik der politischen Ökologie' keinen Zweifel an den zu engen Grenzen einer 'linken' Ökologiedebatte, wenngleich er hier entscheidende Versatzstücke ihrer antikapitalistischen und antiimperialistischen Fundierung lieferte. Im April 1975 debütierte Walter Mossmann ('Die Bevölkerung ist hellwach') im Kursbuch 39, das sich dem Thema Provinz öffnet. Auf dem Lande nämlich, nicht in den städtischen Zentren, war was los, revoltieren Menschen gegen den Bau eines Atommeilers in Wyhl und besetzen einen Platz.

Die Nach-68er entdeckten neue Themen, neue Träger politischer Belange, drückten aber dem politischen Diskurs ihren linken Stempel auf. Zunehmend bildete sich in den 80er Jahren wissenschaftlicher Sachverstand heraus, der sich von der Ökologiebewegung absondert und nicht allein deren Sprachrohr ist bzw. sich nicht allein als deren Sprachrohr versteht, sondern für sich spricht. Die grüne Partei wird gegründet; mit Sicherheit schwächt sie die Ökologiebewegung als 'Bewegungspartei' zumindest zur Zeit ihres Gründungsprozesses. Eine weitere Zäsur kam Ende der 80er Jahre mit dem Ende des Realsozialismus. Die Krise linker Politik nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus schlägt auch durch auf die linken Kerne der Ökologiebewegung, selbst wenn diese

ihre Utopievorstellungen äußerst selten an den Verhältnissen in der DDR oder UdSSR ausrichteten.² Diese Einschränkung bedeutet nicht, daß die Rolle der zumeist kirchlichen DDR-Umweltgruppen ('Umweltbibliotheken') ignoriert würde. Dort, wo in den ausgewählten Kapiteln meiner Bilanz diese Aktivitäten eine bedeutsame Rolle spielen, finden sie selbstverständlich gebührende Erwähnung. Die Mischung aus Systemopposition und Kapitalismuskritik, die Suche nach einem 'dritten Weg', war der Arbeit dieser Gruppen inhärent. Die Geschichte und die Arbeitsfelder der 'Grüne Liga' verdienen darüber hinaus besondere Beachtung. In seinem Aufsatz 'Aufstieg und Niedergang der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik' läßt Karl-Dieter Opp die spezifische Entwicklung der Umweltschützer in der DDR unter den Tisch fallen und zeichnet die Geschichte der Ökologiebewegung allein auf der Basis von westdeutschen Daten.

³ Am Beispiel meines Themenschwerpunkts, der Anti-Atom-Bewegung, sei das dargelegt. Der Energiegewinnung durch Atomkernspaltung haftet beispielsweise ihr militärischer Ursprung an. Die Entscheidung in den 50er Jahren, ein Atomministerium einzurichten, war untrennbar mit der Debatte um die atomare Bewaffnung der jungen Bundeswehr verbunden (Radkau 1983). Die Plutoniumwirtschaft spannt mit der Wiederaufbereitung von abgebrannten Brennelementen den Bogen zurück zur potentiellen Verwertbarkeit abgetrennten Plutoniums für militärische Zwecke. Damit berühren wir die potentiellen, latenten Großmachtinteressen eines Landes, das über derartige Technologien verfügt.

Der Einsatz von fossilen oder nuklearen Großkraftwerken wirft die Frage nach dem Wirkungsgrad von Kraftwerken auf: Daß 40-60% der nuklear oder fossil erzeugten Energie als Abwärme bzw. über Leitungsverluste in Flüsse oder die Luft gepustet werden, regt nicht nur Ökologen auf. Die – bisherige – Monopolstruktur der Energieversorgung ist Ergebnis 'normaler' kapitalistischer Konzentration, sanktioniert und fixiert durch das faschistische Energiewirtschaftsgesetz des Jahres 1935. Der Pakt zwischen den Gebietsmonopolisten, die heute dank des unzulänglichen Strom-

einspeisungsgesetzes und der Liberalisierung des Strommarktes 'nur' noch die Leitungsmonopole für ihre Preispolitik nutzen können, und den Nazis gründete sich darauf, einerseits den Stromerzeugern die Angst vor einer möglichen Vergesellschaftung zu nehmen, und als Gegenleistung ging es um billigen Strom, die Versorgungssicherheit in Vorbereitung des 2. Weltkrieges und die „Wehrhaftmachung der deutschen Energieversorgung“ (Zängl 1989).

Die Uranförderung wirft zusätzliche Fragen auf: Die Uranindustrie vertreibt indigene Völker und sorgt für deren Vertreibung oder schleichende Verseuchung (Hensel 1987). Das Krebsrisiko in der Urangewinnung läßt sich mittlerweile auch für das ehemalige DDR-Abbaugbiet in der Umgebung von Ronneburg der Wismut AG präzise benennen. Bei 6.500 Bergarbeitern sind Strahlenkrebskrankungen als Berufskrankheit anerkannt (FR vom 6.5.95), 1.200 sind an Lungenkrebs erkrankt, der eindeutig auf die Strahlenexposition beim Uranabbau zurückzuführen ist (FR vom 10.12.96). Beim Uranabbau geht es natürlich auch um Landschaftsvernichtung wie beim Obertageabbau der Braunkohle. Das kontaminierte Gebiet der Wismut AG des ehemaligen Uranabbaugebiets in der DDR in Sachsen und Thüringen ist annähernd so groß wie das Saarland. Und die Probleme der Langzeitsicherheit nuklearer Endlager füllen Aktenordner über Aktenordner.

Literatur

- atom*, ehemals Atommüllzeitung/Atom Express. Lüneburg, Göttingen: Selbstverlag 1978-1994.
- atomwirtschaft – atomtechnik*. Düsseldorf: Handlverlag 1956 ff.
- Bundesumweltministerium* 1995: Umweltpolitik. Kommunalen Klimaschutz in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Selbstverlag.
- Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.* 1997: Entsorgungsfiasco. Lüchow: Selbstverlag.
- Christmann, G. B.* 1996: Zur ökologischen Moral im Wandel der Zeiten. In: FJNSB 4/1996, 9, Op-laden: Westdeutscher Verlag, 66-75.

- DIE ZEIT – Magazin* 3/1998: Deutschlands Zukunft.
- Ehmke, W.* 1987: Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf. Köln: Volkblatt Verlag.
- Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 1997, Heft 11, Bonn.
- Enzensberger, H. M.* 1973: Zur Kritik der politischen Ökologie. Berlin: Kursbuch 33.
- Jänicke, M./ Weidner, H.* 1995: Successful Environmental Policy. Berlin: edition sigma.
- Kluge, Th./ Schramm, E.* 1988: Wassernöte. Zur Geschichte des Trinkwassers. Köln. Volkblatt Verlag.
- Kriesi H./ Giugni M. G.* 1996: Ökologische Bewegungen im internationalen Vergleich: Zwischen Konflikt und Kooperation. In: Umweltsoziologie. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 36. Opladen: Westdeutscher Verlag, 324-349.
- Krüger, Ch.* 1996: Greenpeace. Politik der symbolischen Konfrontation. In: FJNSB 4/1996, 9, Opladen: Westdeutscher Verlag, 39- 47.
- Hensel, G.* 1987: „Strahlende“ Opfer. Amerikas Uranindustrie, Indianer und weltweiter Überlebenskampf. Giessen: Focus.
- Meadows, D.* 1972: Die Grenzen des Wachstums. Reinbek: Rowohlt.
- Mossmann, W.* 1975: „Die Bevölkerung ist hellwach!“. Berlin: Kursbuch 39, 129-153.
- Wüstenhagen, H-H.* 1975: Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl- der Anfang? Reinbek: Rowohlt.
- Opp, K.-D.* 1996: Aufstieg und Niedergang der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik. In: Umweltsoziologie. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 36. Opladen: Westdeutscher Verlag, 350 -379.
- Paul, R.* 1997: ...und auch nicht anderswo. Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. Göttingen: Verlag Die Werkstatt.
- Radkau, J.* 1983: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft. Reinbek: Rowohlt.
- Rucht, D.* 1996: Wirkungen von Umweltbewegungen. von den Schwierigkeiten einer Bilanz. In: FJNSB 4/1996, 9, Opladen: Westdeutscher Verlag, 15 - 27.
- Spelsberg, G.* 1988: Rauchplage. Zur Geschichte der Luftverschmutzung. Köln: Volkblatt Verlag.
- Umweltbundesamt 1997: Nachhaltiges Deutschland. Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Strohm, H* 1992: Natur kaputt? Ein Umwelt-Buch. Reinbek: Rowohlt.
- Zängl, W.* 1989: Deutschlands Strom. Die Politik der Elektrifizierung von 1866 bis heute. Frankfurt, New York: Campus.

Walter Hollstein

Die Alternativbewegung

Fakten der Vergangenheit – Möglichkeiten für die Gegenwart

1 Einleitung

Der Begriff der Alternativbewegung ist in den deutschsprachigen Raum erst spät eingedrungen und noch später tagespolitisch aktuell geworden. Vor allem in den USA und Großbritannien, aber auch in Holland, Schweden, Dänemark und Frankreich umschreibt der Begriff schon seit den 50er Jahren eine kulturelle und politische Realität von „Anders-Leben-Wollen“ (Hollstein 1969).

Zeitlich und phänomenologisch so differente Gruppierungen wie Beats und Beatniks, Gammler, Capelloni, Provos, Hippies und Diggers, Yippies, Kabouters, einige der heutigen Alternativprojekte, Teile der Studentenbewegung, Frauengruppen, Bürgerinitiativen und die Grünen vereinigen sich theoretisch im Begriff der Alternativbewegung und realiter in der historischen Zielsetzung der Kritik an unserer Epoche und dem Wunsch nach Besserem.

Durch alle bezeichneten Gruppierungen zieht sich von den 50ern in die 80er Jahre ein dreifach geknüpfter Strang:

(1) Die Ablehnung des Gegebenen: Alle Gruppierungen kritisieren, daß unsere Epoche ihre Mitte verloren hat: in den Beziehungen von Mensch und Natur, Gesellschaft und Technik, Individuum und Kollektiv, Körper und Seele, sozialen Rollen und Selbstverwirklichung, Leistung und Lust, Frau und Mann, Alter und Jugend. Individuum und Gesellschaft existie-

ren mehrheitlich in Extremen, wie es sich beispielhaft am makabren Gegensatz von Verschwendung in der Ersten und Hungertod in der Dritten Welt verdeutlichen läßt, und in Grenzsituationen, wofür als Exempel jene apokalyptische Möglichkeit steht, daß die Menschheit zum erstenmal in ihrer Geschichte in der Lage ist, sich atomar selber auszurotten.

(2) Neue Werte und Verhaltensweisen: Alle Gruppierungen betonen die ideologische Krise und den Zerfall der Werte. Öffentlich angepriesene Lebensziele wie Besitz, Konsum, Geld und Status könnten gegenwärtig nicht mehr zur Leistung motivieren und noch weniger den einzelnen Lebenssinn stiften. Die einseitige Betonung solch materieller Werte habe den Menschen innerlich entleert; auf der hektischen Jagd nach Dollar, Mark und Franken seien ihm Glücksfähigkeit, Friede, Harmonie und Autonomie abhanden gekommen. Der Alternativbewegung geht es seit ihrem Beginn um die Umwertung der materialistischen Werteskala und die damit verbundene Rückbesinnung auf die Eigentlichkeit des Menschen.

(3) Der Aufbau eines eigenen Lebensrahmens: Die Entwicklung der Alternativbewegung geht einher mit dem sukzessive sich selber stabilisierenden Versuch, eigene Wohn- und Aufenthaltsräume, Arbeitsstätten, Produktionsorte und eigene Freizeit- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten zu schaffen. Zielvorstellung ist dabei immer gewesen, einen Lebensrahmen zu konstruieren, der materiell und institutionell

unabhängig und dergestalt auch frei ist von gesamtgesellschaftlichen Zwängen und Reintegrationsgefahren. In solchem, was als Gegengesellschaft (counter-society) oder auch als Gegenkultur (counter-culture) lebenswirklich auf den Begriff gebracht ist, wird eine Vereinheitlichung von Leben und Arbeit geprobt, welche außerhalb alternativer Strukturen nun schon seit vielen Jahrzehnten oft so schmerzhaft auseinandergerissen ist (Newfield 1967).

2 Die neuen Kennzeichen der Alternativbewegung

Im Gegensatz zu den progressiven Protest- und Oppositionsbewegungen früherer Zeiten bezeichnet die seit der Beat-Generation anhaltende Suche nach alternativen Lebensformen historisch insofern eine Zäsur, als ihr ganz neue Struktur- und Wesensmerkmale zu eigen sind. Die wichtigsten seien knapp resümiert:

(1) Ausgangspunkt der Bewegung ist keine festgefügte Theorie, wie das etwa bei Sozialisten und Kommunisten, aber auch bei Anarchisten und in der Gewaltszene (RAF; Bewegung 2. Juni; Rote Brigade) der Fall ist. Der Alternativbewegung sind vielmehr ihre konkreten Lebenserfahrungen, Gefühle und Wünsche näher als jedwedes abstrakte Gedankengebäude. Ihr Ausgangspunkt ist deshalb der vitale, existentielle Protest.

(2) Entgegen früheren progressiven Sozialbewegungen konzentrieren sich die alternativen Gruppierungen auch nicht auf die exakte Ausarbeitung einer Revolutionstheorie oder gar auf die Beschreibung dessen, was an Gesellschaftsform und menschlicher Beziehung nach der Veränderung des Bestehenden entstehen sollte. Aktuelle Praxis war ihnen wichtiger als schöne Utopie. Jerry Rubin erklärte: „Schon jetzt, wenn wir handeln, müssen wir Kenn-

zeichnen jener Welt verwirklichen, die wir anstreben: Schönheit, Liebe und Offenheit“ (Rubin 1978).

Statt Flugblätter zu verteilen oder – wie die Studentenbewegung – in gescheiterten Schriften für ihre Ideen und Ziele einzutreten, ziehen es die alternativen Gruppierungen vor, durch konkrete Praxis zu werben. Das anschauliche und lebbarere Beispiel gesünderer Nahrung und abgeschaffter Konkurrenzverhältnisse im Arbeitsleben, Solidarität im Zusammensein, gleicher Lohn und gleiche Verteilung, sinnvolle Energieversorgung und anderes dünkt sie überzeugender als jedwede intellektuelle Äußerung in Wort und Schrift. So könne auch der Außenstehende experimentierend erfahren, was alternatives Leben bedeutet und angesichts des konkreten Beispiels seine Ängste vor unbekanntem Neuen verlieren.

(3) Der Widerstand gegen das bestehende Gesellschaftssystem soll nicht mehr in den traditionellen Parteien und existierenden politischen Organisationen erfolgen, sondern neu strukturiert werden. Die alternativen Gruppierungen haben ein Arsenal von Möglichkeiten und Strategien entwickelt, um Politik aus den festgefügt organisierten Organisationen auf die Straße zu bringen und Politik zur Sache aller Bürger werden zu lassen.

(4) Die alternativen Gruppierungen wenden sich in ihrer Gesellschafts- und Organisationskritik nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern ebenso sehr gegen den Sozialismus. Der 'Eisbrecher', das Blatt der Zürcher Bewegung, notierte dazu exemplarisch: „Der Kapitalismus und der Sozialismus sind dem Untergang geweiht. Beide verfolgen ein rein materielles Ziel und degradieren das Individuum zum Konsum- und Arbeitsvieh. Beide werden von einem kleinen Kreis einflußreicher Herren beherrscht; sei es durch das Kapital, das sich bei den einen

Herren mehr und mehr massiert, sei es durch das Politbüro, das nur aus einem engen Kreis Mächtiger besteht.“ Dagegen fordern die alternativen Gruppierungen seit ihren Anfängen, daß sich Menschen erst selber ihrer Zwänge, Ängste und Einschränkungen bewußt werden müssen, bevor eine freiere Gesellschaft entstehen kann. „No one else can make your change!“ sang schon George Harrison von den Beatles.

(5) Gegen den Attentismus der traditionellen Linken setzten die alternativen Gruppierungen schon frühzeitig ihren augenblicklichen Veränderungswillen. Sie wollen sich nicht auf ferne Revolutionen und klassenlose Gesellschaft in weiter Zukunft vertrösten lassen, sondern ihr aktuelles und einziges Leben neu gestalten. Dazu schufen sie sich den gegengesellschaftlichen Rahmen von eigenen Werkstätten, Läden und sonstigen Arbeitsmöglichkeiten, von Kommunen, Wohngemeinschaften, Medien, Theatern, Schulen u.a. In diesen Gegeninstitutionen versuchen sie ihren Zielen von einem neuen Menschen näherzukommen.

3 Die Verweigerung der Beats

Schon zu Beginn der 50er Jahre bereiteten Schriftsteller, Musiker, Künstler, Wissenschaftler und Bohémiens der Beat-Generation den kompromißlosen Auszug aus der amerikanischen Gesellschaft vor. Existenz innerhalb des Offiziellen war ihnen zu düster geworden: Die USA hatten ihren Pioniergeist von einst aufgegeben; alle Werte wie Glück, Selbstverwirklichung, Mut und Abenteuerum erstickten unter dem Warenberg der Konsumgesellschaft. Autos, Fernsehapparate und Statussymbole aller Art, Prestige, Geld und Glamour verbarriadierten Herzen und Köpfe der Amerikaner. Der Konflikt der Weltmächte in Korea beschwor vehement die Gefahr eines Dritten und atomaren Weltkriegs herauf, kaum daß der

Zweite mit seinem Schrecken vorbei war. McCarthy jagte Liberale, Sozialisten, Nonkonformisten und schuf dergestalt ein unerträgliches Klima von Mißtrauen, Unehrlichkeit, Bespitzelung und geistigem Mittelmaß - das unbeschwerte Grinsen Eisenhowers zu alledem wurde den Beats nachgerade zum Symbol für den Tanz der Welt auf dem Vulkan.

Jack Kerouac beschrieb in seinem für die neue Bewegung prototypischen Roman 'On the road' (dtsh. Übersetzung: 'Unterwegs') den Ekel der Beats ob einer Gesellschaft, „wo Millionen einander auf der Jagd nach Dollars drängen und stoßen: raffend, grabschend, gebend, seufzend, sterbend, in einem verrückten Traum, nur damit sie in jenen furchtbaren Friedhofstädten hinter Long Island City begraben werden.“ Nebst solchem Abscheu vor einer sinnentlehrten Konsumgesellschaft entwickelten die Beats ausdrücklich oder embryonal alle wesentlichen Kritikpunkte der Alternativbewegungen: der zunehmende Verlust immaterieller Werte, Korruptiertheit und Korruption der offiziellen Gesellschaft, Aufrüstung und Friedlosigkeit, eine unterdrückende Technik, die Naturzerstörung, Manipulation und Kontrolle der Menschen durch Medien, Werbung und Datenbanken, das erschreckende Schrumpfen von Individualität, Kreativität und Originalität. David McReynolds resümierte lapidar: „Die Welt erwies sich als phantastische Enttäuschung“.

Demgegenüber waren die Beats 'hip' – sie wußten Bescheid und erhofften sich von der offiziellen Welt nichts mehr. Jack Kerouac bekannte, daß er Seelen und Städte von der übersichtlichen Warte seines Elfenbeinturms erforsche; Michael McClure notierte, daß er die Musik seines Selbst höre und sie niederschreibe; Gary Snyder beschrieb, wie er Liebe, Hingabe, Ehrfurcht vor dem Leben, Pazifismus und Anarchismus in den 'tribes' der Beat-Generation

fand. Diese 'tribes', d.h. Stämme nach indianischem Vorbild, bildeten so etwas wie den Lebensrahmen der Beats: lockere Gemeinschaften, in Amerika verstreut, ohne Hierarchie, offen, mit den Prinzipien von Gastfreundschaft, gegenseitiger Hilfe, Besitzlosigkeit, Kommunikation, Mut und Veränderung. Die Beats lebten dort, meist nicht für allzu lange Zeit, da sie auch immer wieder gezwungen waren, in der Außenwelt mit Gelegenheitsarbeiten und temporären Jobs Geld für ihr Leben in den 'tribes' zu verdienen.

In ihren neuen Verhaltensweisen wandten sich die Beats von der Konformität der amerikanischen Konsumgesellschaft radikal ab; Michael McClure postulierte: „Das äußerste Ziel ist die Freiheit des Individuums, ein Seraph, ein Führer, ein Held, ein Wolf oder ein Lamm zu werden, das Gleichmaß, die Logik und die Gesellschaft zu zerstören. Und an ihre Stelle zu setzen: Chaos, Wahrheit, Wandlung“ (dazu ausführlich Paetel 1962). Der Beat brach aus der amerikanischen Konsumgesellschaft aus, und mit ihr ließ er Statuszwänge, Konkurrenzdenken, Sicherheitsstreben, Besitzgeilheit und die Pathologie der kapitalistischen Massengesellschaft wie Anonymität, Isolation, Brutalität, Egoismus und die ganze Zerstörung der Zwischenmenschlichkeit und der Geschlechterbeziehungen hinter sich. In seinen 'tribes' bemühte sich der Beat um eine alternative Lebensweise, wie sie wohl niemand besser beschrieb als Jack Kerouac in seinen zahlreichen Romanen; doch auch das Werk der Ginsberg, Snyder, Watts, Corso, McClure, Kandel und Kaufman muß in diesem Kontext zumindest erwähnt sein. Sie alle gaben dem Wort, was die Beats – konträr zum System – an Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft, Solidarität, Liebe, Genügsamkeit, Zufriedenheit, Freude und Kreativität in ihren Werten und Verhaltensweisen ausdrückten. Diesen neuen Geist benennt Japhy beispielhaft in

Kerouac's 'The Dharma Bums' (dtsh. Übersetzung: 'Gammler, Zen und Hohe Berge'): „Ich habe eine Vision von einer großen Rucksackrevolution, Tausende oder sogar Millionen junger Amerikaner, die mit Rucksäcken 'rumwandern, auf Berge gehen, um zu beten, Kinder zum Lachen bringen und alte Männer froh machen, junge Mädchen glücklich machen und alte Mädchen noch glücklicher, altes Zen-Besessene, die 'rumlaufen und Gedichte schreiben, die ihnen zufällig und ohne besonderen Anlaß einfallen, die durch Freundlichkeit und auch durch seltsame, unerwartete Handlungen ständig jedermann und jeder lebenden Kreatur die Vision ewiger Freiheit vermitteln...“

4 Die europäischen Epigonen

Was Beats wie Kerouac, Kandel oder Ginsberg vorlebten, prägte in den 60er Jahren die Beatniks in England, Frankreich und Holland, die Capelloni in Italien und die Gammler im deutschsprachigen Raum. Mit dem üblichen Verzug von zehn Jahren formierten sich nun auch in Europa Prosperität, 'Wirtschaftswunder' und Konsumgesellschaft und proportional dazu ein erster Protest gegen die materialistische Nivellierung allen Lebens. Programmatisch formulierten die Gammler: „Wir kehren uns ab und treten aus der Gesellschaft aus; wir gehen eine Straße entlang, ohne zu wissen, wohin wir kommen, nur mit der Realität des Asphalts, unserer Schritte, der dösenden Sonne, der konkreten Dinge um uns. Wir ziehen uns zurück und besinnen uns auf uns selber, wir gehen fort, um Distanz zu gewinnen. Wir mißtrauen den Etiketten an den Dingen, den abstrakten Forderungen, Theorien und Dogmen der Gesellschaft.“

Doch solcher Erklärung bedurfte es eigentlich kaum; die Gammler waren schon in Haltung und Kleidung Protest genug. Ungepflegt und

für bürgerliche Kategorien nahezu verwahrlost, störten sie Sauberkeits- und Ordnungssinn der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Ihr langes Haar attackierte das Image vom männlichen Mann mit Frau, Familie, Haus, Besitz und Erfolg. Öffentlich stellte der Gammler die Leistungsgesellschaft in Frage, indem er sich arbeitslos ob der Sonne freute, las oder musizierte, während die Gesellschaft mit Fleiß und Frustration ihr Bruttosozialprodukt mehrte. Ohne die Autorität unmittelbar zu verhöhnen, verhöhnte der Gammler sie doch, weil er alle Gesetze, Normen und Regeln verachtete. Im Gegensatz zu Routine und Konventionalität der Gesellschaft lebte der Gammler ungesichert im Augenblick; sein Dasein war punktuell und nicht linear wie jenes des Bürgers. Der Gammler wünschte zu leben, wie er leben wollte und erfand sein Dasein jeden Tag neu. „Wenn wir hier faulenzten, dann hat das Gründe. Was wir hier machen, läßt sich einfach erklären: Wir wehren uns dagegen, daß wir von unserer Gesellschaft total verplant werden“ (Kosel 1967).

Dieser Protest gab sich indessen vornehmlich passiv. Die Gammler und Beatniks nahmen zwar an Ostermärschen und Friedenskundgebungen teil; doch versuchten sie nirgendwo, lebensweltliche Gegenstrukturen zur offiziellen Gesellschaft zu begründen. Die Gammler lebten von den Abfällen der Wohlstandsepoche und damit parasitär; sie wollten das Alte provozieren, aber so recht eigentlich nichts Neues konstruieren. Rückzug war ihre Losung.

5 Leben als Spiel

„Ein Gammler“, so erklärte Provo-Sprecher Rob Stolk, „leistet impulsiv Widerstand, während die Provos sich bewußt und rational dem System verweigern.“ Nämliches gilt für die Hippies. Die einen wie die anderen kritisieren, was Provo Roel van Duyn folgendermaßen

faßte: „Wir leben in einer geschmacklosen Einheitsgesellschaft; das kreative Individuum ist eine Ausnahme; Verhalten und Konsum werden uns vorgeschrieben oder aufgezwungen durch kapitalistische oder kommunistische Big Bosses“ (Duyn 1966).

Begeistert empfanden die Provos und noch mehr die Hippies, daß sie aus organisierter Entfremdung in freie Gemeinschaft gelangt waren, wo sich alle in den Kommunen, WG's und Kollektiven miteinander verbunden fühlten. Solches prägte auch neue Geschlechtsbeziehungen. Die gängigen Cliches von der verführerischen Frau und dem virilen Supermann wurden zurückgewiesen; die jungen Protestierer lebten die Freundschaft zwischen den Geschlechtern und befreiten die Frau aus dem goldenen Käfig, in den Hollywood, der Broadway und die Frauenvereine sie verbannt hatten. Insbesondere die Hippies veränderten auch die Bedeutung erotischer Liebe in einem Maße, daß Lawrence Lipton der Ethnologin Margret Mead den Rat erteilte, doch die „sonnigste und einfachste Haltung gegenüber der Sexualität nicht mehr auf Samoa, sondern bei den Hippies zu suchen.“

Provos und Hippies waren auch die ersten in der Zeitgeschichte der Alternativbewegung, die ganz bewußt Gegenstrukturen zur offiziellen Welt zu errichten begannen. Gemeinschaftshäuser, Werkstätten, Läden, Farmen und Landkommunen, Restaurants, Theater, Musikgruppen, medizinische Versorgung, Zeitungen und Zeitschriften entstanden, allesamt die Möglichkeit bietend, die in der bürgerlichen Gesellschaft so getrennten Sphären von Arbeits- und Lebensort wieder zu verbinden.

6 Die politische Offensive

Nach dem Rückzug der Beats und noch stärker der Gammler aus dem System, wendeten

sich Provos und Hippies tendenziell zur Gesellschaft zurück. Die Hippies hatten den Anspruch, der Welt ein positives Lebensbild von Selbstverwirklichung, Glück, Gemeinschaftsinn und Liebe zu vermitteln und dergestalt vorbildhaft zu wirken. In vielen Aktionen demonstrierten sie ihre Verachtung für die 'falschen' Werte der amerikanischen Gesellschaft; so erschienen sie z.B. auf der Besuchergalerie der New Yorker Börse, ließen Dollarscheine auf die erstaunten Spekulanten herabregnen und feierten so den 'Tod des Geldes'. Solch provokatorischen Arsenalen hatten sich zuvor auch die Provos bedient, um Bewußtseinsprozesse bei den 'angepaßten Bürgern' kräftig in Gang zu setzen. Gleichzeitig hatten die holländischen Provos der Öffentlichkeit ihre 'Weißen Pläne' vorgelegt, mit denen sie für autofreie Städte, einen verstärkten Umweltschutz und eine bessere Versorgung der Menschen mit Sozialdiensten plädierten.

Mit nachfolgenden Bewegungen wie Studenten, Yippies und Kabouters verstärkte sich die Politisierung der Alternativbewegung, wenn auch auf unterschiedliche Art. In ihrer Gesellschaftskritik reaktualisierten die Studenten in den 60er Jahren die marxistische Theorie, um mit deren Kategorien die ökonomischen und menschlichen Zwänge der kapitalistischen Sozialordnung zu denunzieren. Elaborierte Analysen wiesen nach, daß wir im Zustand der Entfremdung lebten – ein Ergebnis, das die Rolling Stones simpler faßten: „I can't get no satisfaction“.

Emotionaler als die rational-marxistische Kritik der Studenten zeigte sich auch jene der Yippies. YIP (Youth International Party) verstand sich nicht als Partei im traditionellen Sinne, sondern als Ereignis voller Aktion, Leben und Dynamik; Politik sollte entbürokratisiert, auf die Straße gebracht werden, und Tanz, Gesang, Aufklärung oder Guerilla-Thea-

ter bedeuten. „Denn nur die volkstümliche Revolution“, verkündete YIP-Sprecher Jerry Rubin in einem Grundsatzartikel der 'Village Voice' am 21.3.1968, „kann die eingekerkerterte Seele der amerikanischen Bevölkerung befreien.“ Die holländischen Kabouters attackierten vornehmlich die 'institutionalisierte Brutalisierung' des Lebens durch den Staat und dessen Bürokratien: „Wir sind gegen Zentralisierung, weil sie zum Gebrauch tödlichen Terrors führt... Wir arbeiten für die Schaffung einer Konföderation von freien Gemeinschaften.“

Studenten, Yippies und Kabouters versuchten dem kapitalistischen Verhaltenssyndrom von Konkurrenz, Vereinzelung, Angst und Charaktermaske neue Werte und Verhaltensweisen entgegenzusetzen. Bündig formulierte Carl Oglesby, der Präsident der amerikanischen SDS: „We want to create a world in which love is more possible.“ Die Studenten traten weltweit für Freiheit, Glück, Selbstverwirklichung, Kreativität, Solidarität und für das ein, was der amerikanische SDS trefflich 'participatory democracy' nannte. Die Abwendung von den materiellen Werten zeigte sich ebenso deutlich wie - proportional dazu - die Hinwendung zu einer Neudefinition menschlicher Beziehungen und kollektiver Aufgaben (Peterson 1968).

Yippies und Kabouters setzen hier einzig Akzente verschieden. Die Yippies begriffen sich als 'life-actor', die Zustände verändern und Vorgänge schaffen. Im Gegensatz zu gesellschaftlichen Institutionen, die Menschen zu 'Impotenz und Isolation' zwingen, wollte der Yippie Veränderung: „Revolution ist kein Resultat, sondern ein Prozeß. In der Revolution befreit der Mensch sich selber und wird unabhängig, indem er seine Identität erschafft und entdeckt. Revolution ist immer; wir müssen nur beginnen, sie zu leben.“

Die Kabouters betonten vor allem die kollektive Befreiung: Die neue Gesellschaft „wird nicht regiert, sie regiert sich selbst. Die neue Gesellschaft ist sozialistisch, aber dieser Sozialismus ist anders als früher, nicht mehr bürokratisch und zentralisiert. Er ist dezentralisiert und antiautoritär. Er ist nicht mehr der Sozialismus der geballten Faust, sondern der zärtlichen Hand.“

Alle drei Gruppierungen hatten das Ziel, den in-group-Charakter der Bewegung zu überschreiten und in Richtung Gesamtbevölkerung aktiv zu werden. Die Studenten organisierten Massenkundgebungen gegen den Krieg in Vietnam und griffen in großen Demonstrationen nationale und internationale Mißstände (Rassismus, Ausbeutung, Meinungsmanipulation) an; sie versuchten – wie z.B. der amerikanische SDS – in ‘Haus-zu-Haus-Aktionen’ die Bürger zu politisieren oder – wie z.B. der deutsche SDS – sich in Betrieben anstellen zu lassen und dort die Arbeiterschaft zu agitieren. Die Yippies wollten mit Straßentheater, Musik, Tanz und Festivals das politische Bewußtsein der Amerikaner umstrukturieren. Die Kabouters beteiligten sich sogar an den holländischen Gemeinderatswahlen, gewannen einige Sitze und engagierten sich in den kommunalen Sozialausschüssen.

Danebst setzen insbesondere Studenten und Kabouters die Bemühungen von Provos und Hippies fort, Gegeninstitutionen zur offiziellen Gesellschaft aufzubauen. Die Studenten gründeten in aller Welt sogenannte Anti-Universitäten, in denen sie sich mit oppositionellen Lehrinhalten beschäftigten.

7 Die eigene Welt stärken

Mehrere Entwicklungen förderten den Aufbau von Gegeninstitutionen: Zum einen wurde

der Außendruck auf die Protestbewegungen stärker; zum zweiten wuchs das Bedürfnis, sich auch materiell gegenüber der offiziellen Welt abzugrenzen; zum dritten sollte die Schizophrenie von geteiltem Leben in der offiziellen und in der Gegen-Gesellschaft aufgehoben werden. Diggers und Underground sind in dieser Perspektive besonders wichtig.

Die Diggers begannen ihre Arbeit 1966 in den Hippie-Zentren vor San Francisco. Angesichts der vehement anwachsenden Hippie-Community sahen Leute wie Peter Cohen, Billy Murcott, Emmett Grogan u.a. die deutliche Gefahr, daß die Bewegung ihre eigene Dynamik aus dem Griff verlor und ob einer mangelnden Infrastruktur schließlich in Hunger, Krankheit und Chaos endigen könnte. So begannen die Diggers erst einmal Nahrung heranzuschaffen, indem sie morgens um vier in die Markthallen von San Francisco gingen und von den Händlern das übrig gebliebene Gemüse, Fleisch und Brot erbaten. Daraus erwuchs sukzessive eine Digger-Kette von Läden, Farmen, Kommunen, Gemeinschaftshäusern, freier ärztlicher Betreuung u.a. Dargestellt wollten die Diggers sich und die ‘Community’ der kapitalistischen Händler-Mentalität verweigern und die Voraussetzungen für eine Gesellschaft schaffen, „wo wieder die Handlungen des einzelnen und nicht so sein Geld zählen.“

Der Underground erweiterte diese Praxis, indem er versuchte das System dadurch an der Basis aufzugreifen, daß er eine eigene ökonomische Basis errichtete. Beabsichtigt war, das System zweifach zu schwächen, indem man ihm die offiziell geforderte Konsumleistung verweigerte und parallel dazu die eigene Organisationsgrundlage stärkte. Landwirtschaftliche Kommunen, Produktionsgenossenschaften, Handwerkskollektive, Läden entstanden und dazu: eigene Wohnformen, eine eigene Gegen-Kultur, neue Erziehungsorte, ein eige-

nes Mediensystem, medizinische Versorgung etc.

Die Gegen-Institutionen hatten Folgen für Verhaltensweisen und Lebensformen im Underground. Egoismus, Machtstreben, Geltungsdrang und Konkurrenzverhalten nahmen ab; Geschmeinschaftssinn, Kollektivität, Verantwortung und Gesellung wurden gefördert. „Die Revolution“, so notierte Gary Snyder, „hat aufgehört, eine ideologische Angelegenheit zu sein. Statt dessen versuchen Menschen hier und jetzt Kommunismus in kleinen Gemeinschaften - der neuen gesellschaftlichen Ordnung - zu praktizieren... Wie erkennen sie einander? Nicht immer an den Bärten, langen Haaren, nicht daran, daß sie barfuß sind oder Perleschnüre tragen. Das wahre Denkmal ist das gewisse Glänzen und die Zärtlichkeit im Blick, ihre Ruhe und Güte, ihre Begeisterung und Ungezwungenheit.“ Selbstverwirklichung, Kreativität, Selbstgenügsamkeit, Lockerheit, Vielfalt, Dezentralisierung und Kooperation waren neue Werte, die den Underground bestimmten.

8 Wachsen in der Vielfalt

Die gegengesellschaftlichen Bemühungen von Diggers und Underground setzten epochale Zeichen; sie machten vor allem Mut. Viele Menschen erkannten daran, daß es auch anders geht, und wagten dementsprechend den eigenen Aufbruch. Seit dem Beginn der 70er Jahre läßt sich die Geschichte der Alternativbewegung nicht mehr auf einzelne Gruppierungen und Höhepunkte zurückführen. Die sichtbaren Erfolge alternativer Gruppierungen stimuliert auch breitere Bevölkerungskreise zur Selbsthilfe. Angesichts lokaler und regionaler Bedrohung werden nun in größeren Zusammenhängen Kritik und Forderungen aufgenommen, wie sie die Alternativbewegung seit zwanzig Jahren vertritt: die Fragwürdig-

keit der Ideologie vom Wirtschaftswachstum; die Betonung von Lebensqualität; die einseitige Akzentuierung materieller Werte und die Vernachlässigung menschlichen Glücks, die Zerstörung der Natur und das zunehmende Ungleichgewicht von natürlicher und technisierter Umwelt; die Bürokratisierung unseres Lebens und deren implizierte Tendenz, die Menschen zu Rädchen in unlenkbaren Getrieben zu machen; die Intransparenz und Anonymität des Alltags.

Worum es geht, hat eine Zeitung der Alternativbewegung, der 'New Utopian' (Vol. 2, Nr. 2), formuliert: „Wir sind der großen Organisationen, der großen Korporationen, der großen Fabriken, der großen Universitäten, der Großregierungen und der Großstädte müde. Wir wollen unsere eigenen Angelegenheiten in der persönlichen Begegnung mit jenen Leuten angehen, die wir kennen.“ Was avantgardistische Gruppierungen wie die amerikanischen Beats schon in den 50er Jahren lebten, begann sich nun – zwanzig Jahre später – lokal-, regional-, problem- und gesellschaftsspezifisch zu verbreiten: Schlecht versorgte Stadtquartiere, unterentwickelte Regionen, AKW-Gegner, Arbeitslose, Frauen, Männer versuchten sich auf der Basis von Selbsthilfe zu organisieren. Die Alternativbewegung diversifizierte.

Alle diese Gruppen vereinigten sich trotz vieler Unterschiede in bestimmten Gemeinsamkeiten: Dazu gehörte vorab das basisdemokratische Verständnis, Entscheidungsprozesse von unten nach oben fließen zu lassen. Damit verbunden ist das Vertrauen auf die eigene Kraft, die Lösung anstehender Probleme selber zu schaffen und nicht mehr von Institutionen zu erwarten. In diesem Kontext schreibt sich auch der Wille ein, bereits jetzt anders zu leben und dergestalt aufzuhören, im Horizont ständiger Vertröstungen zu existieren (Touraine 1982).

9 Alternative Erfolge und Ambivalenzen

Im vorgängigen Kontext läßt sich konstatieren, daß es der Alternativbewegung – ganz unstrittig – gelungen ist, in ihrer Arbeit Wertvorstellungen und Gegenbilder sichtbar zu machen, die in deutlichem Widerspruch zu unserem heutigen Leben stehen: Selbstorganisation der Bedürfnisse, Selbsthilfe, Solidarität, Basisdemokratie, Selbstverwirklichung, Arbeitslust, Kreativität und soziale Gerechtigkeit. Damit ist in vielen Projekten und Experimenten der Alternativbewegung einem nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung praktisch gezeigt worden, was ein sinnvolles Leben heute tatsächlich sein kann und wie es zu verwirklichen ist. Dabei bleiben Ambivalenzen nicht aus. Fassen wir thesenartig zusammen:

- Die Alternativbewegung hat den historischen Wert, mit neuen Lebens- und Arbeitsformen zu experimentieren und damit erstarrten Sozialstrukturen zumindest Gegenbilder vorzuhalten.
- Die Alternativbewegung hat frühwarnartig Probleme aufgezeigt, die zehn bis zwanzig Jahre später von der bürgerlichen Öffentlichkeit aufgenommen wurden. Beispiele dafür sind die Entfremdungsdebatten über die industrielle (kapitalistisch-sozialistische) Gesellschaft, die Frage der Humanisierung der Arbeitswelt, das Energieproblem, das industrielle Wachstum, die Naturzerstörung, der Umweltschutz, die Geschlechterproblematik.
- Die Alternativbewegung äußert sich praktisch; sie hat in diesem Sinne Modellcharakter als Gebrauchswert für andere.
- Die Alternativbewegung hat Lebens- und Kommunikationsformen geschaffen, die z.T. wegweisend für die Zukunft sind. Das gilt insbesondere für die Aufhebung der Kleinfamilie, für die Verbindung von Arbeits- und Lebenswelten, für neue Kooperationsformen in der Arbeitswelt, für Konsumverzicht und neue Einfachheit, für die Betonung der Wichtigkeit von Körpersprache, für die Akzentuierung nicht professioneller Kreativität u.a.
- Die Alternativbewegung verdeutlicht als praktische Kritik des staatsmonopolistischen Kapitalismus wie des realexistierenden Sozialismus die Bedeutung von Freiheit, Meinungsvielfalt, Individualität, Phantasie, Basisorganisation u.a.
- Die Alternativbewegung hat dort keine Zukunft, wo sie in bestimmten Ausdrucksformen parasitär von den Abfällen der Industriegesellschaft zu leben versucht (z.B. Gammler, Punks).
- Die Alternativbewegung gerät dort in Sektennähe, wo sie Einzelprobleme wie Ernährung, Sexualität, Kunst, Therapie u.a. verabsolutiert. Die Totalisierung partikularer Fragen führt die Alternativbewegung in die Isolation von belächelten Außenseitern.
- Die Alternativbewegung scheitert, wo sie Selbstbefreiung als Ego-Trip versteht und die gesellschaftlichen Bedingungsfaktoren von Zwang und (kollektiver) Befreiung ignoriert.
- Die Alternativbewegung manövriert ihre Anhänger in Sackgassen von Ausgeflippten, wo sie Existenz, Ich-Findung, Kreativität, Lieben u.a. von den konkreten Lebenswelten unseres Zeitalters abtrennt.
- Die Alternativbewegung kann nur (exemplarisch) wirken, wenn sie individuelle und

gesellschaftliche Befreiung dialektisch verbindet, statt individuelle Eigenwelten zu hypostasieren (z.B. Landkommunen, Sekten).

Das deutet an, wie sehr Desintegration in der sozialen Praxis zweierlei bedeuten kann: Sie ist realisierbar als Ansatz zur Lösung kollektiver (sozialer) Probleme und als Flucht vor den gesellschaftlichen Widersprüchen. Die Entscheidung über den Weg zu diesem oder jenem Ziel fällt stets, wenn es gilt, aus dem erklärten Anders-sein-wollen konkrete sozio-politische Gegenwelten zur bestehenden Gesellschaft zu entwickeln und zu stabilisieren.

Damit ist nichts anderes gemeint als der Schritt von der Subkultur zur Gegenkultur: Subkulturen entstehen, wenn Status und Rollen von Individuen unzureichend festgelegt sind. Diese Individuen finden in formellen Gruppen zusammen, die eigene Wert- und Verhaltensmuster herausbilden. Da die Industriegesellschaften vor allem Status und Rollen der Heranwachsenden undefiniert lassen, ist die Jugend prädisponiert, Subkulturen zu begründen. Der Unterschied zwischen Sub- und dominanter Kultur wird dabei nicht als grundsätzlicher verstanden; die letztere vermittelt durchaus die erstere, was etwa die Teenager- und Twen-Subkulturen illustrieren, welche sich in eigener Mode, Musik und besonderen Sprachgepflogenheiten äußern, ohne indessen die bestehende Gesellschaft herauszufordern. Die Subkultur bezeichnet mithin einzig einen akzidentiel- len Dissens von der dominanten Kultur, der

sich zeitlich beschränkt in eigenen Verhaltensweisen, Werten und Gruppenbeziehungen manifestiert.

Die Gegenkultur drückt sich indessen als unterschiedene Opposition zum bestehenden Gesellschaftssystem aus und nimmt die Umstrukturierung ihres sozialen Raums in Angriff.

Walter Hollstein ist Hochschullehrer für politische Soziologie in Berlin. Er beschäftigt sich seit den 60er Jahren praktisch und theoretisch mit sozialen Bewegungen. 1980 erhielt er für sein Buch 'Die Gegengesellschaft' den Deutschen Sachbuchpreis. Seit zwölf Jahren beschäftigt sich der Verfasser vornehmlich mit der Männerbewegung; er ist Gründungsmitglied der 'Arbeitsgemeinschaft für Männer- und Geschlechterforschung'.

Literatur

- Hollstein, W.* 1969: Der Untergrund. Neuwied: Luchterhand.
- Newfield, I.* 1967: A Prophetic Minority. New York: Signet.
- Rubin, J.* 1978: Ohne Titel. In: W. Hollstein, Die Gegengesellschaft. Reinbek: Rowohlt.
- Paetel, K. O.* 1962: Beat – eine Anthologie. Reinbek: Rowohlt.
- Kosel, M.* 1967: Gammler, Beatniks, Provos. Frankfurt/M.
- Duyn, R. v.* 1966: Provo-Einleitung ins provozierende Denken. Berlin.
- Peterson, R. E.* 1968: The Student left in American Higher Education. In: Daedalus.
- Touraine, A. u.a.* 1982: Die antinukleare Prophe- terie. Frankfurt/M.: Campus.

Forschungsjournal

Neue soziale Bewegungen

Die Themenhefte im Überblick

Symbolik und Habitus
in Neuen Sozialen Bewegungen
(*FJ NSB Jg. 1/1988, Heft 1, 70 Seiten*)

Neue Soziale Bewegungen
und soziale Kontrolle
(*FJ NSB Jg. 1/1988, Heft 2, 67 Seiten*)

Geschlechterverhältnis
in Neuen Sozialen Bewegungen
(*FJ NSB Jg. 1/1988, Heft 3, 74 Seiten*)

Parteien und Neue Soziale Bewegungen
(*FJ NSB Jg. 1/1988, Heft 4, 82 Seiten*)

Medien und Neue Soziale Bewegungen
(*FJ NSB Jg. 2/1989, Heft 1, 82 Seiten*)

Alternativökonomie:
Zwischen Traum und Trauma
(*FJ NSB Jg. 2/1989, Heft 2, 127 Seiten*)

Institutionalisierungstendenzen
der Neuen Sozialen Bewegungen
(*FJ NSB Jg. 2/1989, Heft 3/4, 142 Seiten*)

40 Jahre Soziale Bewegungen:
von der verordneten
zur erstrittenen Demokratie
(*FJ NSB Jg. 2/1989, Sonderheft, 186 Seiten*)

Gegenexperten in der Risikogesellschaft
(*FJ NSB Jg. 3/1990, Heft 1, 114 Seiten*)

Soziale Bewegungen und
politischer Wandel im Osten
(*FJ NSB Jg. 3/1990, Heft 2, 120 Seiten*)

Strukturwandel und Neue Soziale Milieus
(*FJ NSB Jg. 3/1990, Heft 3, 120 Seiten*)

Großstadt und neue soziale Bewegungen
(*FJ NSB Jg. 3/1990, Heft 4, 120 Seiten*)

Zukunft der Reformpolitik.
Die politische Gestaltung des
gesellschaftlichen Wandels bei SPD
und den Grünen
(*FJ NSB Jg. 4/1991, Heft 1, 120 Seiten*)

Bewegung, Gegenbewegung und Staat
(*FJ NSB Jg. 4/1991, Heft 2, 120 Seiten*)

Triumph der Verbände –
Bewegungen zwischen Gesellschaft und Staat
(*FJ NSB Jg. 4/1991, Heft 3, 120 Seiten*)

Power in der Provinz –
Ländlicher Raum und
neue soziale Bewegungen
(*FJ NSB Jg. 4/1991, Heft 4, 120 Seiten*)

Von der DDR zu den FNL –
Soziale Bewegungen vor und
nach der Wende
(*FJ NSB Jg. 5/1992, Heft 1, 108 Seiten*)

10 JAHRE FORSCHUNGSJOURNAL

Perspektiven der Bewegungsforschung.
Fragestellungen – Anregungen – Kritiken
(FJ NSB Jg. 5/1992, Heft 2, 108 Seiten)

Gewerkschaften
zwischen Morgen und Grauen
(FJ NSB Jg. 5/1992, Heft 3, 124 Seiten)

Zwischen Markt und Staat –
Dritter Sektor und
Neue Soziale Bewegungen
(FJ NSB Jg. 5/1992, Heft 4, 125 Seiten)

Europa im Umbruch –
Neue Soziale Bewegungen im Schatten
des europäischen Binnenmarktes
(FJ NSB Jg. 6/1993, Heft 1, 110 Seiten)

Osteuropa in der Krise –
Bewegungen ohne Einfluß
(FJ NSB Jg. 6/1993, Heft 2, 144 Seiten)

Die herausgeforderten Kirchen –
Religiosität in Bewegung
(FJ NSB Jg. 6/1993, Heft 3/4, 204 Seiten)

Zivilgesellschaft und Demokratie
(FJ NSB Jg. 7/1994, Heft 1, 124 Seiten)

Soziale Bewegungen und
soziologische Theorie
(FJ NSB Jg. 7/1994, Heft 2, 124 Seiten)

Solidaritätsbewegung –
Zwischen Hoffnung und Resignation
(FJ NSB Jg. 7/1994, Heft 3, 136 Seiten)

Bewegungen von rechts? Analyse und Kritik
(FJ NSB Jg. 7/1994, Heft 4, 124 Seiten)

Soziale Bewegungen und
Kollektive Identität
(FJ NSB Jg. 8/1995, Heft 1, 124 Seiten)

Subkultur und Subversion
(FJ NSB Jg. 8/1995, Heft 2, 124 Seiten)

Kommunitarismus und praktische Politik
(FJ NSB Jg. 8/1995, Heft 3, 142 Seiten)

Das Erbe der Bürgerbewegungen
(FJ NSB Jg. 8/1995, Heft 4, 124 Seiten)

Soziale Bewegungen und Medien
(FJ NSB Jg. 9/1996, Heft 1, 131 Seiten)

Soziale Bewegungen und
Nicht-Regierungsorganisationen
(FJ NSB Jg. 9/1996, Heft 2, 141 Seiten)

Soziales Handeln und politisches Lernen
(FJ NSB Jg. 9/1996, Heft 3, 145 Seiten)

Bilanz der Umweltbewegung
(FJ NSB Jg. 9/1996, Heft 4, 139 Seiten)

Zivilgesellschaften im Transformationsprozeß
(FJ NSB Jg. 10/1997, Heft 1, 139 Seiten)

Marginalität und Mobilisierung
(FJ NSB Jg. 10/1997, Heft 2, 124 Seiten)

Masse – Macht – Emotion
(FJ NSB Jg. 10/1997, Heft 3, 124 Seiten)

Mediation – Konfliktregelung durch
Bürgerbeteiligung
(FJ NSB Jg. 10/1997, Heft 4, 124 Seiten)

Forschungsjournal

Neue soziale Bewegungen

Das elektronische Register

Die Redaktion des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen hat ein elektronisches Register aller bislang erschienenen Beiträge, Artikel und Rezensionen der Themenhefte von 1988 bis 1995 zusammengestellt. In dem Register werden die bibliographischen Nachweise der einzelnen Texte in alphabetischer Reihenfolge, sowie nach Hefrubriken und Themengebieten sortiert aufgelistet. Das Register ist ein umfassendes Nachschlagewerk für die LeserInnen und AbonentInnen, welches die Recherche für eigene wissenschaftliche und journalistische Texte zu allen journalspezifischen Fragestellungen erleichtert. Komplettiert wird das Register durch umfassende Abstracts der einzelnen Themenhefte der zehn Jahrgänge.

Das Register kann auf 5 1/4"- und 3 1/2"-Disketten in allen gängigen Textverarbeitungssystemen – in jeweils aktualisierter Version – bereitgestellt werden. Es kostet 15 DM (inkl. Porto und Verpackung) und kann bei folgender Adresse bestellt werden:

Michael Hasse, Dorotheenstr. 85, 53111 Bonn,
Tel und Fax: 0228/696243

Inhalt des eRegisters

Alphanumerisches Gesamtverzeichnis

Rubriziertes Gesamtverzeichnis

- Editorials
- Beiträge
- Chronik, Aktuell & Essay
- Kommentare & Analysen
- Bewegungsforschung
- Forschungsvorhaben & Forschungsberichte
- Selbstdarstellungen
- Berichte & Kurzberichte
- Tagungsberichte
- Nachgefragt & Interviews
- Sammelrezensionen, Literaturberichte & Repliken
- Rezensionen

Übersicht über die Themenhefte

Kurzdarstellungen/ Abstracts der Themenhefte

- Der erste Jahrgang – 1988
- Der zweite Jahrgang – 1989
- Der dritte Jahrgang – 1990
- Der vierte Jahrgang – 1991
- Der fünfte Jahrgang – 1992
- Der sechste Jahrgang – 1993
- Der siebte Jahrgang – 1994
- Der achte Jahrgang – 1995
- Der neunte Jahrgang – 1996
- Der zehnte Jahrgang – 1997

Personalia und AnsprechpartnerInnen

Forschungsjournal

Neue soziale Bewegungen

Der Förderverein

Soziale Bewegungen e.V.

Die Redaktion des Forschungsjournals arbeitet seit Gründung der Zeitschrift auf rein ehrenamtlicher Basis. Das Journal verfügt über keine institutionellen Anbindungen und muß sich daher aus eigener Kraft die notwendigen Ressourcen für die redaktionelle Arbeit verschaffen. Zu diesem Zweck haben Herausgeber und Redaktion des Forschungsjournals einen Förderverein gegründet.

Der Verein heißt „Soziale Bewegungen - Verein der Freunde und Förderer politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Partizipation e.V.“. Zweck des Vereins ist es, die Arbeit des Forschungsjournals wirkungsvoll zu unterstützen.

Der Mitgliederbeitrag beträgt jährlich DM 120. Die Arbeit des Fördervereins ist als gemeinnützig anerkannt, d.h. Spenden und Mitgliedsbeiträge können von der Steuer abgesetzt werden. Mit dem Mitgliedsbeitrag, der ein Jahresabo bereits enthält, kann die Arbeit des Jour-

nals schon jetzt wirkungsvoll gefördert werden.

Auf Mitgliederversammlungen und Aktivitäten des Vereins wird zukünftig im Forschungsjournal hingewiesen. Wir laden alle Leserinnen und Leser herzlich ein, dem Verein beizutreten und dadurch das Journal zu unterstützen. Weitere Informationen (Vereinsatzung etc.) können bei der Redaktion angefordert werden. Wir hoffen sehr, daß dieser Weg der Förderung von unseren Leserinnen und Lesern lebhaft genutzt wird.

Die Herausgeber und die Redaktion des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen

Ansprechpartner: Ludger Klein, Im Erlengrund 1, 53757 St. Augustin, Tel.: 02241/330583

Kontonummer: 7514607 bei der Sparkasse Bonn BLZ: 380 500 00

Dieter Rucht: Society as a project -- projects in society. Towards the role of social movements, FJ NSB 1/98, pp. 15-24

In his essay, Dieter Rucht discusses the role of social movements in modern societies from the perspective of the 'movement society' thesis. The author characterizes social movements as historical subjects seeking profound social change. The coming into being of modernity itself is marked by the rise of the revolutionary demands of bourgeois liberalism and socialism. The social movements of historical modernity sought a departure from traditional bonds towards a utopian vision of encompassing social renewal. The social movements of the present, to the contrary, are characterized by relatively modest demands. As a consequence, their function no longer lies in the search for revolutionary counterdesigns, but much rather in their reform-oriented, corrective, and enduring interference in institutional politics. In this context, we can witness both a multitude of movement-specific themes, and an increase in movement-like protest forms across all social categories. To investigate the accuracy of the movement society thesis, Rucht distinguishes between an 'early modern' perspective, which sees society as a (malleable) project, and a 'late modern' point of view, which assumes the existence of a multitude of projects in society. According to the author, the function of such projects in a movement society can consist of committing society to a 'reflexive modernity', which must constantly ascertain itself of its own direction and limits of development.

Joachim Raschke: Transfer of power and social movements, FJ NSB 1/98, pp. 25-47

Will social movements be able to contribute to surmounting the blockades in the political system of the Federal Republic and to overcoming the intransigence of politics in the election year 1998? To answer this question, Joachim Raschke presents an historic-analytical comparison of the years 1966, 1968, and 1982, each of which saw a transfer of power in the 'old' Federal Republic. An analysis of the potential of social movements in postindustrial societies makes clear that narrow limits are set to the effectiveness of social movements vis-a-vis the party system. The effects of social movements are often paradoxical and may lead to a strengthening of the forces that they struggle against. Moreover, social movements can themselves become part and parcel of a blocked system. At present, there is no evidence of a development of political parties away from the classical membership party towards an organizational structure more open to social movements. At the same time, the new social movements suffer from a 'strategic powerlessness', which results from their undecidedness between power and culture orientations and their ideal of grassroots democracy. Their weakness in addressing economic and social themes is conspicuous in this respect. On the other side of the political spectrum, right-wing movements are at present on the defensive due to countermobilization, state repression, and more general historical and cultural factors. One of the important aspects of asymmetry within the party system lies in the fact that the costs of interaction, communication, and coordination between parties and social movements are much higher on the left than on the right. Finally, the type of reactive movements without a clear political direction seems to be growing in importance. However, it does not play an important role with regard to the question

ABSTRACTS

of a transfer of power. The author concludes that bridges between the political system and civil society, which may increase the political weight of progressive movements, are only possible if the boundaries between party and movement are drawn more clearly and their mutual relations are designed more flexibly.

Roland Roth: New social movements and liberal democracy – Challenges, innovations und paradoxical effects, FJ NSB 1/98, pp. 48-62

Democracy can be seen as the central theme of the new social movements. However, they have tended to be much more effective in defining themes and problems than in implementing solutions in institutionally effective ways. The author takes stock of the criteria and conditions for a new round of democratization by new social movements in the context of the dangers to, and limits and insufficiencies of the Western-liberal project of democracy. He identifies a broad range of challenges, which, however, do not converge on a compact and detailed concept of postliberal democracy. They include conservative reactions to the civil disobedience of civic initiatives ('ungovernability'); the blurring of the boundaries of the political and the redrawing of existing policy domains; the thematization of the limits of the majority principle of democracy; the growing importance of 'unconventional' participation; as well as questions of gendered democracy, ecological democracy, and decentralization and a less prominent role of the state in politics ('Entstaatlichung'). The examples of the Green Party, and of institutional openings and innovations on the local level show that the new social movements have not initiated wide-ranging political-institutional reforms, but have instead contributed to extensions of existing repertoires and additions to the existing institutional framework. Moreover, paradoxical effects can be identified. Thus, the citizenry's claims for democratization have led to the development of a defensive 'fortress mentality' among the political class, while the lacking responsiveness of the political institutions has strengthened political alienation and tendencies towards a spectator democracy. The positive interplay of protest and reform has thus come to a halt and the democratic potential of new social movements remains latent. Unfortunately, the neglect of the 'democratic question' in social movement research has contributed to this tendency. In the future, therefore, social movement researchers should seize the opportunity to offer an innovative contribution to a new round in the discussion on democratization and to the definition of the contours of a postliberal democracy.

Karl Werner Brand: New social movements: 'European' approaches, FJ NSB 1/98, pp. 63-79

In his contribution, Karl Werner Brand evaluates European research on new social movements (NSMs) – including the peace, anti-nuclear energy, ecology, Third World solidarity, self help, alternative and women's movements – of the 1960s, 1970s, and 1980s. Brand starts with a brief discussion of the historical predecessors of social movement research, the marxist tradition and 'collective behaviour' (mass psychology, anomie, and relative deprivation) approaches. More

than other strands of social movement research, the literature on NSMs has been inspired, or even shaped by these theoretical traditions. Subsequently, Brand focusses on the main theses of the NSM approach, which build on the idea of a crisis of modern societies, on the one hand, and Inglehart's theory of value change, on the other. This is illustrated by a discussion of central authors like Alain Touraine and Alberto Melucci. Finally, the author addresses the question as to the explanatory strengths and limits of the NSM approach. This approach has met with a number of serious criticisms, for instance regarding the unity of the new social movements (can the women's movement be unproblematically subsumed under this heading?), or the problem of empirically operationalizing the concept (how can the abstract, overarching phenomenon be empirically concretized and delimited?). Brand argues, however, that one of the the approach's important merits – and a reason for its continued relevance for international social movement research – lies in the fact that it has drawn attention to the societal 'role' of social movements as indicators of crises.

Myra Marx Ferree and Silke Roth: Collective identity and organizational culture – Theories on new social movements in an american perspective, FJ NSB 1/98, pp. 80-91

In their contribution on the American reception of the European NSM debate, Myra Marx Ferree and Silke Roth discuss the reactions and criticisms of American social movement scholars to this approach. They conclude that the use made by American social movement research of concepts such as collective identity and crisis diagnosis has been primarily instrumental. At the same time, however, it is acknowledged that the recent interest in, and influence of values, ideology, identity, frames, and culture among American social movement scholars can be traced to the influence of European social movement research. Nevertheless, American scholars have also brought forward important points of critique. Thus, the question has been raised whether 'new social movements' really constitute something 'new', which may be related to the fact that the USA never had the kind of 'old' labour movement that served as a point of contrast and reference in the European debate. In addition, marxist conceptual influences and the attempt to place the NSMs within a clear left/right frame of reference have met with skepticism due to the different political culture in the USA. Finally, the NSM approach has been accused of eurocentrism because it tends on the basis of Europe's particular socio-political history (e.g., the welfare state) to draw much more pronounced boundaries between social movements in highly industrialized countries and those in other countries than is the case in the USA. In conclusion, then, Ferree and Roth see from an American perspective – in spite of undeniable merits – a need for reform, if not paradigmatic change in European social movement research.

ABSTRACTS

Detlef Pollack: How alternative were alternative groups in the GDR? Remarks on their relationship to socialism, democracy, and german union, FJ NSB 1/98, pp. 92-102

Detlef Pollack's contribution starts from the observation that the East German citizens' movements have emerged rather negatively from a series of critical investigations. These critiques are centered around the reproach that these movements - measured by the public image they presented - were by no means as antisystemic and oppositional as they wanted us to believe. Against this critique, Pollack argues that evaluations of the East German citizens' movements have often not given political opportunity structures, and the constraints on options these entail, the attention they deserve. Evaluations of the radicalness of the citizens' movements should take the political context much more into consideration in order to allow a more realistic assessment of the actual options and possibilities that were available to them. After all, ideas alone do not define what is possible: a full analysis should additionally include those conditions and constraints pointed at by the concept of political opportunity structures.

Helmut Fehr: Movements for civil rights and the general public, FJ NSB 1/98, pp. 103-112

From a somewhat different angle, Helmut Fehr also deals with the 'leading ideas' of the citizens' movements, which he locates in an 'emphatic conception of civil rights'. Fehr sketches the movements' development from 1987 into the beginning of the 1990s. He draws attention to the fact that, in comparison with the citizens' movements in Poland, Czechoslovakia, and Hungary, intellectuals, social scientists, and other 'experts of ideas' played a minor role in the East German movements. Regarding research on these movements, East German movement researchers have often used West German explanatory models, particularly those developed for the study of 'New Social Movements'. However, this strategy of intra-German comparison has proved to be inappropriate. According to Fehr, a more fruitful approach would be to focus on comparisons with other East European movements, which faced similar opportunity structures.

Regina Dackweiler and Reinhild Schäfer: Perspectives of women's movements, FJ NSB 1/98, pp. 113-130

Regina Dackweiler and Reinhild Schäfer analyze the development of the new women's movement in Germany from the perspective of international cooperation among women's movements. According to the authors, the international dimension of women's movements is a decisive mobilizing factor, which is often neglected in analyses of the movement. Using the example of the central movement theme 'violence against women', Dackweiler and Schäfer show that the effects of new women's movements in national contexts cannot be understood without taking their embeddedness in international networks into account. Thus, the preoccupation of the German movement with this theme was initiated by the International Tribunal on Crimes Against Women, which was held in Brussels in 1976. Similarly, the manifold strategies of self-help developed by women's movements (women's

houses, emergency hotlines, advice centres), as well as feminist analyses of violence were initiated through international networks. An important facilitating role in this context was played by the World Women's Conferences organized by the UN. The success of international campaigns against male violence can be seen for instance in the change of consciousness with regard to sexualized forms of violence and in national reforms of criminal law. The authors analyze the interplay among women's movements and between them and supranational organizations drawing on the example of equal opportunity politics, in particular the implementation of the EU guidelines for equal opportunity. In view of the thematic interconnectedness of international women's politics, Dackweiler and Schäfer conclude that women's movements cannot be subsumed under the category of new social movements.

Andreas Buro: Transformations and perspectives of the German peace movement, FJ NSB 1/98, pp. 131-141

Andreas Buro assesses the transformations and perspectives of the German peace movement. He gives an overview of the different mobilization cycles and institutional changes of the movement since the 1950s. Depending on the changing political and historical context, the different peaks and troughs in peace movement mobilization are characterized by specific thematic orientations, protest types and action forms, as well as motivational structures. Buro identifies the end of the East-West conflict as a watershed in the history of the German peace movement: instead of the dominant orientation on questions of disarmament, we now see a growing emphasis on developing models of peaceful coexistence and civic forms of conflict resolution. The discussion on the (im)possibility of humanitarian military intervention in the face of the war in the former Yugoslavia has led to a further differentiation of the peace movement and has strengthened its pacifist profile. The common efforts towards the establishment of an international civil peace order and more democracy were in the 1990s bundled in the campaign for a 'Federal Republic Without Army'. Buro concludes that the German peace movement is highly professionalized, but is not very successful in mobilizing its basis. The movement's main task in the author's eyes is to create acceptance for civil forms of conflict resolution and to simultaneously question the legitimacy of the military. In doing so, the movement may counter the tendency towards Western Europe becoming a new military superpower.

Wolfgang Ehmke: Transformations of the ecology movement, FJ NSB 1/98, pp. 142-153

In his contribution, Wolfgang Ehmke assesses the success and failure of the ecology movement. He sees the broad change of consciousness that the movement has brought about as one of its most important successes. Ecological knowledge has become part of common sense and pervades all societal domains. Environmental demands are no longer the exclusive domain of ecological civic initiatives, but are also brought forward by specialized and professional environmental associations and research institutes. Moreover, the impact of environmental initiatives and organizations is enhanced by the results of the large environmental conferences, such as the

ABSTRACTS

Climate Convention, the Convention on Biological Diversity, and the Action Program for the 21st Century. Against these successes stands the empirical observation that the global destruction of the environment has not been slowed down, let alone halted. Ehmke employs this contradiction to point out the difficulties involved in assessing the movement's success, which requires complex longitudinal causal analyses combining political and ecological factors. Analyses of the media resonance of environmental protests and campaigns, protest event analyses, surveys, as well as election results provide at best partial indicators of ecology movement success. Drawing on the example of the anti-nuclear-energy movement and energy politics, Ehmke concludes that the development of concrete environmental guidelines for action and efficiency scenarios, successful alliance politics, as well as the enduring establishment of environmental consciousness across generations provide the most adequate measures of success for environmental engagement.

Walter Hollstein: The alternative movement: Facts of the past – possibilities for the future, FJ NSB 1/98, pp. 154-163

Walter Hollstein discusses the development of the alternative movement in Germany. This very heterogenous field is characterized in his view by a rejection of the existing, the demand for new values and ways of life, as well as the wish to construct a separate framework for living in a 'countersociety'. In contrast to other protest movements, the alternative movement is orientated towards emotions and concrete life experiences, instead of political utopias and revolutionary theories. Thus, the movement does not struggle for political demands for a better society, but constructs its own, concrete framework of countercultural life. Starting with the 'tribes' of the American beat generation and the rebellious, but politically passive German 'Gammler' (drop outs) of the 1960s, Hollstein describes the stronger politicization of the provos and hippies, who paved the way for the student movement's determined critique of society and its construction of socio-cultural counterinstitutions. In conclusion, the author points at the movement's successful development of oppositional values, which, realized in everyday praxis, have served as a model for other social developments. At the same time, Hollstein also points at the limits of the alternative movement, exemplified by parasitical ways of living, sectarian (self)isolation, and a focus on self-discovery and self-liberation. Such tendencies have always emerged when the movement failed to make the dialectic link between individual and social liberation.

Neu im Programm Sozialwissenschaften



Rüdiger Jacob

Wissenschaftliches Arbeiten

Eine praxisorientierte Einführung für Studierende der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften 1997. 146 S. (wv studium, Bd. 176)
Br. DM 26,80

ISBN 3-531-22176-0

Voraussetzung für ein erfolgreiches wissenschaftliches Studium ist das souveräne Beherrschen der Techniken wissenschaftlichen Arbeitens. Dazu zählen neben dem Umgang mit wissenschaftlicher Literatur, der Archivierung gelesenen Materials und der Erstellung von Manuskripten und wissenschaftlicher Abhandlungen auch Präsentationstechniken und die Moderation von Arbeitsgruppen. Allerdings existiert bisher keine kompakte Einführung für Studienanfänger und Studierende im Grundstudium. Die Lücke soll mit diesem Band geschlossen werden.

Georg Krücken

Risikotransformation

Die politische Regulierung technisch-ökologischer Gefahren in der Risikogesellschaft 1997. 272 S. (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 190) Br. DM 52,00
ISBN 3-531-13050-1

Die Arbeit unternimmt den Versuch, theoretische Einsichten der Risikosoziologie für den Bereich der Politik fruchtbar zu machen. An Luhmanns Unterscheidung von externen Gefahren und im Entscheidungssystem anfallenden Risiken schließt die forschungsleitende These an, daß technische und ökologische Gefahren in politische Risiken transformiert werden.

Gebhard Geiger

Verhaltensökologie der Technik

Zur Anthropologie und Soziologie der technischen Optimierung 1998. 182 S. Br. DM 44,00
ISBN 3-531-12983-X

Das Buch befaßt sich mit den Ursachen des Fortschritts in der Natur- und Kulturgeschichte der Technik. Dahinter steht die Absicht, die Voraussetzungen zu klären, unter denen der technische Fortschritt steuerbar ist. Drei Millionen Jahre der Technikevolution haben gelehrt, daß der harte Kampf gegen die Naturgewalten mit sanfter Technik nicht zu gewinnen ist. Wenn die Menschheit jetzt etwas völlig Neues dazulernen soll, gelingt das vielleicht nur um den Preis jener Umweltzerstörung, die es eigentlich zu verhindern gilt.

Änderungen vorbehalten. Stand: März 1998.

WESTDEUTSCHER VERLAG

Abraham-Lincoln-Str. 46 · 65189 Wiesbaden

Fax (06 11) 78 78 - 400



Gesellschaft und Sozialstruktur

Michael Braun /Peter Ph. Mohler (Hrsg.)

Blickpunkt Gesellschaft 4

Soziale Ungleichheit in Deutschland

1998. 315 S. Br. DM 59,80

ISBN 3-531-13200-8

Die hier vorgestellten Analysen beruhen zum größten Teil auf der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), die seit 1980 in West- und seit 1991 auch in Ostdeutschland durchgeführt wurde. Die Beiträge decken ein weites Spektrum der Sozialberichterstattung und der Analyse des sozialen Wandels ab. Inhaltlich konzentrieren sie sich auf den Aspekt der Sozialen Ungleichheit, den verschiedenen sozialen Schichten und zwischen den Geschlechtern.

Hartmut Häußermann /Ingrid Oswald (Hrsg.)

Zuwanderung und Stadtentwicklung

1997. 470 S. [Ivathan-Sonderheft 17/97]

Br. DM 78,00

ISBN 3-531-13097-8

Großstädte sind immer multikulturell. Wie die daraus sich ergebenden Spannungen bewältigt und verarbeitet werden, hängt von den Regeln und dem Verhalten der aufnehmenden Stadtgesellschaft einerseits, und von den Aspirationen und Selbstdefinitionen der Zuwanderer andererseits ab. In diesem Band sind Beiträge aus verschiedenen Ländern versammelt, die Integrationsprozesse und Konflikte in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Politik analysieren sowie Strategien der symbolischen Repräsentation und des Überlebens in der Illegalität behandeln.



Jürgen Friedrichs

Die Städte in den 90er Jahren

Demographische, ökonomische und soziale
Entwicklungen

1997. 298 S. Br. DM 58,00

ISBN 3-531-13052-8

Seit dem Erscheinen des Bandes „Die Städte in den 80er Jahren“ hat sich die Situation der Städte in Deutschland erheblich verändert. Zehn Jahre später erfordern die Wiedervereinigung, Wanderungsbewegungen, Prozesse der fortgesetzten Deindustrialisierung, steigende Arbeitslosigkeit und Armut sowie eine zunehmende Finanznot der Städte neue Diagnosen. Die Originalbeiträge des Bandes geben eine materialreiche Darstellung dieser demographischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen der Städte in West- und Ostdeutschland.

Änderungen vorbehalten. Stand: März 1998.



WESTDEUTSCHER VERLAG

Abraham-Lincoln-Str. 46 · 65189 Wiesbaden

Fax (06 11) 78 78 - 400

Aktuelle Neuerscheinungen

Martin Teising (Hrsg.)

**ALTERN: ÄUSSERE REALITÄT,
INNERE WIRKLICHKEITEN**

PSYCHOANALYTISCHE BEITRÄGE
ZUM PROZESS DES ALTERNIS

Westdeutscher Verlag

Martin Teising (Hrsg.)

**Altern: Äußere Realität,
innere Wirklichkeiten**

Psychoanalytische Beiträge zum Prozess
des Alterns

1998. 294 S. Br. DM 56,00

ISBN 3-531-13035-8

Die Beiträge des Bandes konzentrieren sich auf die Frage, wie dynamisch die psychische Realität ist: Ist sie ewig jung, altert sie, verändert sie sich mit der äußeren Realität, mit den Lebenserfahrungen? U. a. wird auch der Frage nachgegangen, welche Rolle Objektverluste spielen, die sich im Alter häufen, wie sich Veränderungen der sozialen Welt auswirken und auch die im Alter zunehmende Abhängigkeit, die frühkindlichen Stadien gleicht.

Mark Terkessidis

Psychologie des Rassismus

1998. 280 S. Br. DM 54,00

ISBN 3-531-13040-4

Rassismus wird in der Psychologie als gesellschaftliche Ausnahmerecheinung begriffen. Die Verbreitung und Beharrlichkeit von „Vorurteilen“ allerdings deuten darauf hin, daß „ethnische Vorurteile“ zum selbstverständlichen Wissensbestand unserer Gesellschaft gehören. „Rassistisches Wissen“ steht in Verbindung mit den sozialen Institutionen des Arbeitsmarktes, der Staatsbürgerschaft und der nationalen Kultur, die eine ständige Ungleichheit zwischen Einheimischen und Migranten hervorbringen. Rassismus ist also kein „Wahn“, er wird in einer praktischen Einheit von Wissen und Institutionen permanent gelebt.

Manfred Herzer

**Ehescheidung als sozialer
Prozeß**

1998. 279 S. (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 197) Br. DM 72,00

ISBN 3-531-13098-6

Diese Arbeit ist ein Plädoyer für eine Prozeßperspektive, die Ehescheidung als zeitlich ausgedehnten Prozeß begreift, der durch kritische Punkte strukturiert ist und an dem unterschiedliche Akteure beteiligt sind. In kritischer Auseinandersetzung mit der in der Forschung dominierenden Sicht von Ehescheidung als Problem werden psychologische Phasenmodelle, Konzepte des Rollenübergangs und der familialen Krise vorgestellt.

Änderungen vorbehalten. Stand: März 1998.

WESTDEUTSCHER VERLAG

Abraham-Lincoln-Str. 46 · 65189 Wiesbaden

Fax (06 11) 78 78 - 400



